

251/KOMM XXIV. GP

Kommuniqué

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 40. Sitzung vom 26. Juni 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen, die Internetversion zu berichtigten und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
40. Sitzung / öffentlicher Teil
vom 26. Juni 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
9.10 Uhr – 21.47 Uhr

Wien, 2012 06 26

Dr. Peter Pilz

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur
Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

40. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 26. Juni 2012

Gesamtdauer der 40. Sitzung
9.10 Uhr – 21.47 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(40. Sitzung; Dienstag, 26. Juni 2012)

Ing. Mag. Rudolf FISCHER (zu Beweisthema 3)	3
Ing. Mag. Rudolf FISCHER (zu Beweisthema 6)	46
Mag. Harald HIMMER	66
Ing. Franz GEIGER	100
Mag. Dr. Christoph ULMER	125
Alfons MENSDORFF-POUILLY	166
Arno ECCHER	187
Ing. Mag. Rudolf FISCHER (zu Beweisthema 6)	217

Beginn der Sitzung: 9.10 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 40. Sitzung des Untersuchungsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

9.11

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer

(zu Beweisthema 3)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Mag. Rudolf Fischer** als **Auskunftsperson** zum **Beweisthema 3: Behördensfunk**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Fischer, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie wieder an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Aussage** vor dem Untersuchungsausschuss erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Ing. Mag. Rudolf Fischer**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die **Aussageverweigerungsgründe** nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersetze ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Nun zur **Vertrauensperson**, die uns ja schon bekannt ist.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Otto Dietrich**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Dietrich als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre **Aufgabe** ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Fischer, Sie können am Beginn Ihre Sicht der Dinge zum Thema Behördenfunk, Beweisthema 3, präsentieren. Wenn Sie darauf verzichten, beginnen wir mit der Befragung. – Sie ziehen es vor, uns einen Überblick zu geben? (*Mag. Fischer: Eine ganz kurze Stellungnahme!*) – Bitte.

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vorerst einen schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht lange aufhalten bezüglich der Befragung, nur eine ganz kurze Einleitung.

Wie auch bei den letzten beiden Terminen, wo ich schon hier sein durfte, bin ich natürlich daran interessiert, Ihnen bei der Aufklärung der einzelnen Themen behilflich zu sein; ich möchte aber vorab vielleicht nur einige Punkte ganz kurz festhalten.

Viele der Gespräche, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, Vereinbarungen, Aktivitäten, liegen zum Teil schon mehr als acht Jahre in der Vergangenheit. Naturgemäß ergeben sich auch dadurch Erinnerungslücken, und es ist nicht immer einfach, den zeitlichen Ablauf exakt nachzuvollziehen.

Zusätzlich erschwerend ist natürlich auch der Fakt, dass ich **keinen Zugriff** auf jeweilige Dokumentationen oder Unterlagen habe, um entsprechende Zusammenhänge genau nachzuvollziehen zu können.

Die überschäumende mediale Berichterstattung zu den einzelnen Themen trägt einerseits natürlich zum Wissen bei, öffnet aber gleichzeitig eine Grauzone zwischen den tatsächlichen Erinnerungen und der medialen Aufarbeitung zu diesen einzelnen Themen.

Abschließend noch ganz kurz die Anmerkung, dass ich zum Thema Behördenfunk – TETRON noch nicht von der Staatsanwaltschaft einvernommen wurde, aber ich werde versuchen, soweit wie möglich von meinem Entschlagungsrecht **nicht** Gebrauch zu machen. – Danke vielmals, und ich stehe jetzt gerne zur Verfügung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube, es wird uns gelingen, weil wir sehr viel an Akten und Aussagen haben, das meiste gemeinsam zu rekonstruieren, mit Ihrer Hilfe.

Beginnen wir einmal mit dem Oktober 2003. Sie werden sich erinnern können, damals ist im Innenministerium beschlossen worden, eine zweite Ausschreibung durchzuführen, das war am 29. Oktober 2003. Bevor ich zu dem sehr großen Komplex Mensdorff-Pouilly, wo Sie meiner Meinung nach eine Schlüsselperson sind, komme, möchte ich Sie dazu kurz ein paar Sachen befragen.

Sagen Sie: Kennen Sie einen Herrn Kurt Schlager?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ist mir jetzt unmittelbar nicht in Erinnerung, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer von Alcatel zuständig war für die Abwicklung des Projekts, das wir da untersuchen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also, wer konkret jetzt namentlich bei Alcatel verantwortlich ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich jetzt wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, wir kommen darauf zurück.

Zweite Frage in diesem Zusammenhang: Das Innenministerium wäre so oder so auf die Telekom angewiesen gewesen, mit den Backbone-Leitungen und so weiter. Das konnte niemand anderer zur Verfügung stellen. Das heißt, wurscht, ob das jetzt Siemens kriegt mit Rohde & Schwarz-Technologie oder Motorola mit der eigenen Technologie, in irgendeiner Form hätte es eine Kooperation mit der Telekom **geben müssen**. Zumindest ist das meine Grundinformation.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ganz kurzer Einwand: ist bei der ersten Ausschreibung auch nicht passiert.

Wenn Sie sich vielleicht noch erinnern: Bei der ersten Ausschreibung, wo master-talk gewonnen hat, hat ja damals die Telekom angeboten mit einem Tochterunternehmen, wo wir nicht mehrheitlich, sondern minderheitsbeteilt waren, die Firma **Walky Talky**. Damals gab es das Konsortium Motorola, Kapsch und Austro Consult, und es gab die master-talk und es gab uns, und wir haben damals auch verloren.

Natürlich ist es so, dass wir eine langjährige Beziehung zum Innenministerium hatten bezüglich Backbone-Leitungen, dass es aber natürlich auch die Möglichkeit gibt, nach der Privatisierung des Telekommunikationsmarktes Leitungen von anderen Unternehmen zuzukaufen, natürlich auch einen Teil von der Telekom. Aber solch ein ehemaliges Monopolgeschäft war es zu dem Zeitpunkt nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Innenministerium macht einen zweiten Anlauf – das ist der Grund meiner Frage – und versucht, diesmal die Ausschreibung besser zu machen.

Sagen Sie: Ist es richtig, dass da jemand vom Innenministerium an Sie herangetreten ist beziehungsweise an Ihr Unternehmen und gesagt hat: Wie können wir die Ausschreibung besser machen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: An das kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte auf Folgendes draufkommen: Ist es richtig, dass Sie vom Innenministerium bereits einen **Entwurf** zur Ausschreibung erhalten haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich persönlich sicher nicht. Ich könnte das nicht bestätigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie das ausschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann weder etwas ausschließen, noch kann ich es bestätigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie können es nicht ausschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich es nicht mehr weiß.
Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie mit dem zuständigen Vertreter von Alcatel diesen Entwurf für die Ausschreibung gemeinsam durchgesehen und hat daraufhin der Vertreter von Alcatel am Entwurf zur Ausschreibung Änderungen derart vorgenommen, dass die Ausschreibung besser für Alcatel und Motorola gepasst hat? Können Sie sich daran erinnern?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da ich mich persönlich sicher nicht im Inhalt mit der Ausschreibung auseinandergesetzt habe – also wenn, dann muss das irgendjemand anderer durchgeführt haben, ich persönlich habe das sicher nicht gemacht –, kann ich auch das nicht bestätigen. (*Abg. Dr. Pilz: Schauen Sie, ...!*) Ich habe mich mit dem Inhalt der Ausschreibung ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie es ausschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Für mich persönlich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Vom Innenministerium gibt es ein Formular über Herrn Kurt Schlager im Zusammenhang mit TETRON, „Information über personelle Ressourcen“. Herr Kurt Schlager war – ich zitiere –:

„Projekt Manager bei Alcatel

Geplante Funktion im Projekt bzw. in der Projektgesellschaft | Mitarbeiter Funknetzplanung“.

Ich möchte von Ihnen ganz konkret eines wissen: Hatten Sie einen Entwurf zur Ausschreibung und hatte, im Kontakt mit Ihnen, Herr Schlager von der Alcatel die Aufgabe, den Entwurf zur Ausschreibung so zu überarbeiten, dass er für Alcatel und Motorola passt und hat im Weiteren das Innenministerium genau diese maßgeschneiderte Ausschreibung zur eigentlichen und offiziellen Ausschreibung gemacht? Haben Sie darüber irgendwelche Wahrnehmungen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Pilz, so leid es mir tut, ich habe darüber keine Wahrnehmung. Es tut mir wirklich ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie diesen Vorgang ausschließen? Ich werde ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist eine sehr suggestive Frage. Ich kann weder etwas ausschließen ... Ich kann es nicht bestätigen. Ich habe keine Änderungen durchgeführt.

Wer sonst Änderungen durchgeführt hat, kann ich nicht bestätigen, das ist reine Spekulation. Ich habe es nicht getan.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer, ich frage Sie in aller Ruhe aus einem Grund, den Sie ja sicherlich verstehen werden. (*Ing. Mag. Fischer: Absolut!*) Sollte es sich als richtig herausstellen, dass mithilfe der Telekom ein Mitarbeiter der Firma Alcatel – möglicherweise gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden von Alcatel – die Ausschreibung für Motorola/Alcatel selbst maßgeschneidert hat, dann gibt es da ein Problem, und wahrscheinlich auch ein Problem mit durchaus strafrechtlicher Relevanz.

Ich wollte diesen Punkt nur einmal festhalten, weil da wird es wahrscheinlich darum gehen, auch noch weitere Auskunftspersonen zu befragen. Ich möchte einmal Herrn Himmer dazu befragen, und dann werden wir ja sehen, ob auch diese Person uns noch genauer Auskunft geben kann. – So.

Dann gibt es die Ausschreibung und dann gibt es den Herrn Mensdorff-Pouilly. Sagen Sie, woher kennen Sie Herrn Mensdorff-Pouilly?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe ihn irgendwann einmal kennengelernt, glaube ich, nach meinem Eintritt in die Telekom. Ich habe begonnen im November 1998 – also vielleicht irgendwann 1999/2000 bei irgendwelchen Veranstaltungen. Herr Mensdorff-Pouilly war ja sehr umtriebig, also es ist nicht auszuschließen, dass man sich in Wien doch irgendwann einmal über den Weg läuft. Aber es muss ungefähr in dem Zeitraum gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie vorgeschlagen, dass Herr Mensdorff-Pouilly im Zusammenhang mit TETRON tätig wird (**Mag. Fischer:** Nein! Nein!) gegenüber Firmen wie Alcatel oder Motorola? (**Mag. Fischer:** Absolut nein!)

Können Sie das mit Sicherheit ausschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das schließe ich mit Sicherheit aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer Herr **Ing. Herbert E. Martin** ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, ich habe das im Protokoll gelesen und das ist absolut irritierend. Ich kenne den Herrn Martin ... – Vielleicht kenne ich ihn wirklich, ich kann mich aber an diesen Menschen überhaupt nicht erinnern. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass es irgendwo eine Empfehlung der Telekom oder von mir persönlich gab, mit Herrn Mensdorff-Pouilly bei dem Thema zusammenzuarbeiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lese Ihnen einfach vor, was meine Kollegin Daniela Musiol gefragt hat:

„Herr Ing. Martin! Sie haben gerade erzählt, und das finde ich ja sehr spannend, dass Sie sich, nachdem Sie erfahren haben, dass Motorola von Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly beraten wird, dann zurückgezogen haben.“

Und dann kommt's:

„Und Sie haben auch dazu gesagt, dass Sie gehört hätten, dass das auf Wunsch von Herrn Fischer, sprich aus der Telekom, so passiert ist.“

Martin darauf: „Ja. Ausgesprochen wurde.“ – Was immer das heißt.

Musiol wieder: „Woher haben Sie das erfahren? Wissen Sie das noch? Wer hat Ihnen das erzählt?“

Ing. Martin: „Von Herrn Wirth.“ – Das ist Herr Wirth von Motorola.

Ing. Martin weiter – nachzulesen im Stenographischen Protokoll –:

„Hans-Joachim Wirth hat mir mitgeteilt, die Telekom, der Herr Fischer möchte mit dem Ali Mensdorff arbeiten und nicht mit mir, und damit war für mich klar, okay, das ist eine andere Ebene, eine andere Spielwiese ...“, und so weiter.

Wollen Sie damit sagen, dass Herr Martin diesem Ausschuss die Unwahrheit gesagt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollen Sie damit sagen, dass Herr Wirth die Unwahrheit gesagt hat? Sie sagen ja ganz dezidiert, ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, das kann ich nicht bestätigen. Ich weiß nicht, was Herr Wirth da im Zusammenhang mit diesem Thema Herrn Martin gegenüber tatsächlich gemeint hat.

Es kann genauso ein taktisches Geplänkel sein, in dem er Herrn Martin vielleicht loswerden will, damit er mit Herrn Mensdorff-Pouilly zusammenarbeiten kann (Abg.

Dr. Pilz: Es gibt ...!) – Entschuldigung, darf ich jetzt ausreden? (Abg. Dr. Pilz: Natürlich!) – und im Endeffekt auch in die Richtung geht und sagt: Jetzt braucht er irgendjemanden als Feigenblatt, und sagt: Okay, die Telekom hätte ganz gerne Mensdorff-Pouilly.

Das ist ein absoluter Schwachsinn und ich weise das nachdrücklich zurück. Wir werden auf das Thema kommen, warum die Auftragsvergabe der Telekom bei Mensdorff-Pouilly erfolgt ist. Da werden wir ohnehin darüber reden, aber das hat mit diesem Thema überhaupt nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. – Wer hat dann Mensdorff-Pouilly vorgeschlagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das weiß ich nicht. Ich nicht. (Abg. Dr. Pilz: Sondern wer?) – Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann ja nicht spekulieren, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es den Herrn Mensdorff-Pouilly beim Fenster hereingeschneit – oder wie ist das passiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe mit Herrn Mensdorff-Pouilly ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat sich Herr Mensdorff-Pouilly bei der Jagd zur Telekom verirrt – oder was ist da passiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Lieber Herr Pilz! Erstens einmal war ich nicht bei der Jagd, zweitens einmal habe ich Herrn Mensdorff-Pouilly nicht empfohlen, auch nicht gegenüber der Firma Motorola – das sage ich jetzt noch einmal nachdrücklich; es ist so –, und die Auftragsvergabe der Telekom Austria an Herrn Mensdorff-Pouilly hatte einen anderen Hintergrund, über den wir noch reden werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im „*g9 form*“, das Motorola-intern ausgefüllt worden ist, wird unternehmensintern Folgendes angegeben. Da geht es darum, Valurex zu beschäftigen, und da wird von Motorola gefragt, ob das eine neue Geschäftsbeziehung ist. – Es wird daneben ausgefüllt: New Relationship.

Erster Kontakt mit dieser Firma, März 2004. Und dann:

If yes, who recommended the company to us? – Wenn ja, wer empfahl uns diese Firma?

Antwort Motorola-intern: Austrian partners Telekom Austria, Alcatel and others.

Hat die Telekom der Firma Motorola die Firma Valurex empfohlen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein! Ich kenne die Firma Valurex nur aus den Medien. Wir haben sie auch nicht empfohlen. Vielleicht können Sie ein bisschen antizipieren, dass in so einem Verfahren wie bei der Motorola, wo ein lokaler Manager seinem globalen Head versucht, eine neue Geschäftsbeziehung anzubahnen, dass er sagt: Okay, recommended – da kann **irgendjemand** drinnen sein.

Das ist doch jetzt bei Weitem nicht ein Beweis, dass wir bei irgendeinem Thema Herrn Mensdorff-Pouilly und die Firma Valurex empfohlen hätten!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Weiters heißt es dort:

Our experience with Valurex: Valurex has been introduced to us by partner companies in Austria, namely Telekom Austria and Alcatel.

Es ist überall dasselbe – überall dasselbe! –: Herr Wirth von Motorola sagt es, Herr Martin sagt es und bestätigt die Wirth-Geschichte, der Anwalt von Motorola sagt es, in den internen Dokumenten von Motorola steht es seit 8 Jahren.

Überall steht es: Wer hat Mensdorff-Pouilly, wer hat die Valurex in den Behördenfunk hineingebracht? – Erstens: Telekom, zweitens: Alcatel.

Herr Mag. Fischer, ich kann es nur feststellen. Sie als ehemaliger Vertreter der Telekom sind der Einzige, der sagt: Nein, das war nicht so! – Ich nehme das einmal so zur Kenntnis: Auf der einen Seite alle, die sagen, es war so, auf der anderen Seite Sie, der sagt, es war nicht so. Zumindest ist das meine jetzige Wahrnehmung.

Jetzt frage ich Sie: ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Letzte Frage in der 7-Minuten-Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt dann einen Vertrag mit Mensdorff-Pouilly über 1,1 Millionen €, über den werden sicherlich andere Kollegen dann noch sehr detailliert fragen; das wird uns noch länger beschäftigen.

Herr Mensdorff-Pouilly hat dieses Geld bekommen. Frage: Was war seine Leistung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist vielleicht ganz konkret zu sagen. Jetzt kommt es also doch zum Teil auch zu diesem TETRON-Thema und jetzt wird es ein bisschen ausführlicher in der Erklärung.

Ursprünglich war bei der Ausschreibung geplant, dass die Telekom Austria Teil des Konsortiums ist, gemeinsam mit Motorola/Alcatel. Und eigentlich aufgrund unserer Erfahrungen aus der Vergangenheit von der ersten Ausschreibung weg, aber natürlich auch unter Berücksichtigung der Probleme, die es in der ersten Ausschreibung mit master-talk gegeben hat, nämlich die Erfüllung der technischen Voraussetzungen und der Anforderungen durch das Bundesministerium, war ich in einer Situation, wo ich eigentlich kein Konsortialrisiko eingehen wollte.

Ich wusste nicht, ob Motorola tatsächlich in der Lage ist, all die Spezifikationen zu erfüllen, die notwendig sind, um die Anforderungen dann tatsächlich umsetzen zu können, ich wollte aber auf der anderen Seite – und das sage ich auch ganz offen – den Auftrag, der potenziell – und das darf man nicht vergessen – um die 100 Millionen € für die Telekom ausgemacht hätte, den wollte ich natürlich auch nicht verlieren.

Wie Sie bereits eingangs erwähnt haben, gab es ja schon eine längere Beziehung zwischen der Telekom Austria und dem Bundesministerium für Inneres, speziell beim Thema Sicherheitsnetze, Backbone-Dienstleistungen und dergleichen. Für mich war wichtig, dass ich irgendwo die Möglichkeit haben konnte, doch in der vollen Größe an diesem Auftrag mitzupartizipieren.

Es ist eigentlich ein **Greenfield-Project** gewesen, wenn man es genau nimmt: Es war ein komplett neues Funknetz und eine neue Funknetzplanung mit erheblichen Leistungen auf der Datenseite für die Telekom. Ich wollte aber auf der anderen Seite nicht Teil des Konsortiums sein, sondern ich wollte eigentlich eher eine Lieferantenrolle, aber eine dezidierte Lieferantenrolle einnehmen.

Da gab es langwierige Diskussionen zwischen Motorola und uns, zwischen dem Herrn Wirth und uns bezüglich der Positionierung, weil Motorola natürlich davon ausgegangen ist: Wenn wir Teil des Konsortiums in der Ausschreibung sind, dann ist das – unter Anführungszeichen – „sowieso eine g'mahte Wies'n“, weil, wie Sie bereits eingangs erwähnt haben, das Bundesministerium ohne Telekom sicher nicht arbeiten kann. Noch dazu hat man auf die doch langjährigen Beziehungen zwischen der Telekom und dem Bundesministerium gebaut.

Es gab dann in dem Zeitraum durch Zufall, muss ich eigentlich sagen, bei einer Begegnung ein Gespräch mit dem Mensdorff-Pouilly, wo wir über verschiedene

Themen gesprochen haben. Es kam auch dieses Thema hoch und ich habe ihm meine Situation damals erklärt, und er hat mir damals gesagt, ja, da kann er mir helfen, das sollte kein allzu großes Problem sein. Wir werden schauen, dass wir das Thema insofern lösen können, als wir versuchen, nicht Teil des Konsortiums zu sein, sondern eher die Lieferantenposition einnehmen zu können. Worauf ich gesagt habe, wenn das funktioniert, dann gibt es einen Bonus. – Genau so war es: Sehr flapsig haben wir das damals vereinbart.

Im Endeffekt war es dann so, dass wir im Grunde genommen nicht Teil des Konsortiums waren. Wir waren eigentlich Sublieferant oder Lieferant bei dem Unternehmen. Da gab es dann, glaube ich, auch eine gemeinsame Stellungnahme im Jahr 2004 zu dieser Geschichte.

In weiterer Folge – und jetzt muss man das wieder zeitlich sehen – kam das Ministerium eigentlich in die Situation, dass man – durch den Herrn Skorsch eigentlich – sowieso eigentlich schon relativ viele Leitungen und Leitungsnetze besitzt, und dann kam es zu so einer Art Auflösung des ursprünglichen Themas und wir wurden eigentlich dann mehr oder weniger – „gezwungen“ will ich nicht sagen – höflich ersucht, einen direkten Vertrag zwischen dem Bundesministerium und der Telekom Austria durchzuführen, um so weit wie möglich aus den vorhandenen Leitungsnetzen und den geplanten neuen Leitungsnetzen für die Funknetzplanung eine Lösung zu finden.

Das heißt, Herr Skorsch hat versucht, das Volumen der Telekom Austria eigentlich maßgeblich zu reduzieren und da Einsparungen durchzuführen, was ihm dann auch gelückt ist. Wir haben einige Haare lassen müssen bei der gesamten Thematik, aber das war so im Wesentlichen der zeitliche Ablauf und auch der Inhalt meines persönlichen Vertrages und Gespräches mit dem Mensdorff-Pouilly. Da ging es nicht um die Ausschreibung im Bundesministerium, sondern es ging rein um das interne Verhältnis innerhalb des Konsortiums Motorola, Telekom Austria und Alcatel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende! Ich habe eine einfache und verständliche Frage gestellt: Was war die Leistung von Alfons Mensdorff-Pouilly, für die er 1,1 Millionen € von der Telekom erhalten hat?, und ich habe auf diese Frage keine Antwort bekommen.

Ich ersuche schlicht und einfach, für die Beantwortung dieser Frage zu sorgen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Mensdorff-Pouilly – wenn ich ganz kurz darf (*Obfrau Dr. Moser: Ja, bitte!*) – hat mir geholfen, das interne Verhältnis im Konsortium Telekom Austria, Motorola und Alcatel entsprechend zu bereinigen, dass wir nicht Teil des Konsortiums sind, sondern als **Lieferant** betrachtet werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann möchte ich kurz von meiner Zeit der nächsten Runde – ich brauche nur mehr sehr kurz – einen kleinen Zeitvorgriff ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, ich notiere das aber penibel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Darauf lege ich größten Wert!

Herr Mag. Fischer! Das ist eine völlige Änderung der Verantwortung der Telekom in der Vergangenheit. Ist es richtig, dass in der Vergangenheit die Telekom, auch Sie, auch

andere behauptet haben, das **Projekt Alpha** wäre die Leistung von Mensdorff-Pouilly gewesen, ein Projekt in der Slowakei? Ist das richtig?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe das nie behauptet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das steht in allen Telekom-Unterlagen. Hier steht bei der „Beschaffungsanforderung für allgemeine Bedarfsfälle“:

„Wunsch des Vorstands“. 1,1 Millionen € für Mensdorff-Pouilly, „M.P.A. Budapest“, „Alfons Mensdorff-Pouilly“, „Leistungsgegenstand“: „Unterstützung Projekt Alpha“.

Daher: Können Sie uns sagen, was das **Projekt Alpha** ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ihnen ist aber schon bekannt, dass der Herr Schieszler zu dem Zeitpunkt auch schon Vorstand war und dass er den Auftrag mit dem Herrn Mensdorff-Pouilly abgewickelt hat? Von den 1,1 Millionen € habe ich auch dem Herrn Schieszler nicht berichtet. Also irgendwo sollte man jetzt versuchen, die Kirche im Dorf zu lassen.

Ich bin auch gerne bereit, Aufklärung zu geben, wie das Ganze entstanden ist, aber es ist nicht mein Thema.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist unser Thema, ob die 1,1 Millionen € ausgegeben worden sind für ein Projekt Alpha in der Slowakei, wie es lange von der Telekom behauptet worden ist – oder, wie Sie jetzt angeben, für Mensdorff-Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Behördenfunk. Wir kommen ohnehin Stück für Stück weiter.

Also: Ist das, was hier steht – auf offiziellem Telekom-Papier –, nämlich 1,1 Millionen € für Mensdorff-Pouilly für das Projekt Alpha in der Slowakei, richtig oder falsch?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das habe ich beantwortet: nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist also falsch. (**Mag. Fischer: Ja!**) Warum ist da ein falsches Papier angelegt worden? Wer sollte da irregeführt werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß nicht, ob irgendjemand irregeführt werden soll. Ich habe versucht – und ich stehe hier unter Wahrheitspflicht, falls Sie das nicht schätzen –, ... Ich habe angegeben, dass ein Teil dieses Themas projektbezogen mit TETRON zusammenhängt in einer internen Thematik der Konsortialmitglieder zwischen der Telekom, Motorola und Alcatel. Das ist ein Teil der Leistungen, für die wir einen Auftrag an Mensdorff-Pouilly vergeben haben.

Herr Mensdorff-Pouilly wollte damals, zu dem Zeitpunkt, das nicht gleich abrechnen und im Zusammenhang mit anderen Projekten mehr oder weniger aufarbeiten. Er hat dann im Laufe dieser Zeit auch viele andere Projekte an mich herangetragen, und die Abgeltung dieser Leistungen waren vor meinem Abgang. Ich wollte damals, bevor ich aus dem Unternehmen ausscheide, diese Altlasten bereinigen. Ich habe damals den Herrn Schieszler ersucht, diese Altlasten entsprechend zu bereinigen.

Ab dem Zeitpunkt hat sich Herr Schieszler mit dem Herrn Mensdorff-Pouilly zusammengesetzt, hat die Aufträge gestaltet. Ich kann Ihnen nicht sagen, was die beiden besprochen haben. Das ist reine Spekulation – ich weiß es nicht, ich war nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer, haben Sie jemals behauptet, das **Projekt Alpha** wäre ein **Projekt InfoTech** und Mensdorff-Pouilly sei mit den 1,1 Millionen € für **InfoTech** im Zusammenhang mit der Slowakei bezahlt worden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nicht im Untersuchungsausschuss und auch nicht vor dem Staatsanwalt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo haben Sie es dann behauptet?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann irgendwo in einer privaten Erklärungsrunde bei Anwälten passiert sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war keine private Erklärungsrede, sondern das war die *interne Untersuchung* der Telekom, wo Sie am 10. August 2011 – interne Besprechungsnotiz – gegenüber der Task Force der Telekom betreffend Projekt Alpha Mag. Christopher Schneck auf dessen Fragen ganz offensichtlich, wie sich heute herausstellt, die *Unwahrheit* gesagt und lang und breit erklärt haben, warum Mensdorff-Pouilly für ein Projekt Alpha im Zusammenhang mit InfoTech in der Slowakei bezahlt worden ist. Ich kann Ihnen das lang und breit ... (*Mag. Fischer: Ja, ich kenne das!*)

Warum haben Sie sich daran beteiligt, die Interne Revision der Telekom in diesem Zusammenhang zugunsten von Mensdorff-Pouilly irrezuführen? Warum haben Sie damals *nicht* die Wahrheit gesagt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es geht nicht darum, ob ich die Wahrheit gesagt habe. (*Abg. Dr. Pilz: Es geht sehr wohl darum!*) Es ist ein Auftrag erstellt worden an Mensdorff-Pouilly mit einem bestimmten Inhalt. Ich habe den Auftrag *nicht* verhandelt mit Mensdorff-Pouilly, ich weiß auch nicht, was Gernot Schieszler mit ihm tatsächlich verhandelt hat.

In dem Zusammenhang kann ich meinem Kollegen jetzt nicht in den Rücken fallen, ohne dass ich weiß, was da wirklich passiert ist. Ich sitze heute hier, Herr Pilz – vielleicht sollten Sie das doch noch einmal erkennen – unter Wahrheitspflicht (*Abg. Dr. Pilz: Das ist auch gut so!*), und ich habe Ihnen ganz genau erzählt, was der Inhalt des Auftrages an Mensdorff-Pouilly ist. Und ich werde das auch gegenüber jedem Staatsanwalt erzählen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer – und damit bin ich schon am Ende –, wir haben jetzt Folgendes festgestellt: Erstens, das war die Unwahrheit im Unternehmen und es sollte – wer auch immer – getäuscht werden mit einem Scheinprojekt Slowakei InfoTech im Zusammenhang mit Mensdorff-Pouilly.

Zweitens: Sie waren an der Täuschung der Internen Revision bis ins Jahr 2011 beteiligt.

Drittens: Sie sind jetzt bereit, wahrheitsgemäß auszusagen, dass diese 1,1 Millionen € niemals für ein InfoTech-Projekt in der Slowakei, sondern immer für Mensdorff-Pouilly im Zusammenhang mit **TETRON** gedacht waren. Ist das richtig? Sie können das jederzeit ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist ein falscher Vorhalt. Ich habe gesagt, dass ein Teil dieser Zahlung ... – Ich weiß nicht, ich weiß es wirklich nicht, wie die 1,1 Millionen tatsächlich zustande gekommen sind, inhaltsmäßig, gefüllt mit Leistungen. Ein Teil dieses Themas – und das habe ich heute zu Protokoll gegebenen – war auf das Projekt TETRON bezogen im Zusammenhang mit dem internen Status der Telekom Austria im Verhältnis zu den Konsortialmitgliedern. Der Rest dieses Themas kam über andere Themen und wurde von Herrn Schieszler gemeinsam mit Herrn Mensdorff-Pouilly abgerechnet. Ich war bei diesen Gesprächen nicht dabei. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, wie und mit welchem Inhalt sie das diskutiert haben.

Herr Schieszler kam danach und sagte, er hat eine Möglichkeit, die Altlasten in dem **Projekt InfoTech** abzurechnen. Es kam mir aus meiner Sicht bei diesem Projekt noch dazu – mit einer Erfolgsprämie – nicht in den Sinn, zu sagen, das ist jetzt eigentlich eine komplett fingierte Rechnung, denn sonst würde ich nicht einmal ein

Erfolgshonorar einbinden. Da muss man einen Nachweis bringen, dass irgendetwas passiert ist. Sonst kann man die Erfolgsrechnung nicht einmal deklarieren. Also bin ich davon ausgegangen, dass das ein Vertrag ist, wo Schieszler die Altlasten miteingepackt hat.

Ich habe Herrn Schieszler dann auch nicht mehr gefragt, weil ich schon am Absprung vom Unternehmen war. Ich bin am 31. Juli aus dem Unternehmen ausgeschieden. Ich habe keine weiteren Zahlungen an Herrn Mensdorff-Pouilly veranlasst, und ich weiß auch nicht, wie es endgültig abgerechnet wurde. Da war ich nicht mehr im Unternehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Fürs Erste reicht mir das. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte auch in Hinkunft Zusammenfassungen als persönliche Interpretation kennzeichnen!

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende! Ich hätte ganz gerne gefragt, wie viel Zeitkontingent Kollege Pilz bereits für seine zweite Runde aufgebracht hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe extra im Vorfeld der Parlamentsdirektion gesagt, bei der 12. Minute ist Schluss. 11 Minuten hat Kollege Pilz insgesamt gebraucht, das heißt, 4 Minuten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann, geschätzte Frau Vorsitzende, würde ich das jetzt gerne thematisieren. Grundsätzlich haben wir mehrere Rednerrunden ausgemacht, 7 Minuten, 5 Minuten. Es war Usus, dass man sagt, wenn es noch eine Zusatzfrage gibt, dann auf Anrechnung, aber dass man gleich fast die gesamte Redezeit im ersten Block verbraucht, das ist eine Neuordnung des Reglements. Einmal sagen, so es ist jetzt, weil ich der Herr Pilz bin und hänge gleich meine zweite Runde dran, und es dann nicht zu machen, so geht es nicht.

Doppelconférencen kann man woanders machen, kann man sich auch im Kabarett anschauen. Wenn wir hier eine andere Redeordnung machen wollen, dann würde ich das generell besprechen, denn ich möchte mich nach irgendetwas richten können, und nicht nach dem, wie der Kollege Pilz vorgeht. Ich verstehe auch durchaus, dass er zusammenhängend fragen möchte, aber dann müssen wir generell eine andere Modalität finden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf nur daran erinnern, auch Sie hatten bei der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses nicht nur eine Frage. Ich kann es gerne heraussuchen. Ich habe Ihnen den Vorgriff – es ist immer der Titel „Vorgriff auf die zweite Runde“ – im Ausmaß, glaube ich, auch von 4 Minuten zugestanden. Es geht mir um die Gesamtsumme, sprich 12 Minuten. Diese darf nicht überschritten werden, das habe ich gleich der Parlamentsdirektion mitgeteilt. Ich kann aber gerne, falls es Ihr und das Bedürfnis anderer ist, eine Unterbrechung der Sitzung vornehmen, um die Fragezeit reglementarisch noch einmal durchzubesprechen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte keine Unterbrechung, weil es den Untersuchungsgegenstand jetzt behindern würde. Ich möchte nur generell wissen, ob ich, wenn ich an die Reihe komme, meine 12 Minuten durchfragen kann.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das habe ich bereits letztes Mal teilweise auf Ihren Wunsch so gehandhabt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Frau Vorsitzende! Ich bin auch nicht für eine Unterbrechung, weil ich glaube, an sich ist das Reglement klar, das wir getroffen haben. Aber die Idee ist ja wohl schon so, dass nur in Ausnahmefällen die Fragezeit überzogen werden kann und dass das nicht die Regel sein soll. Natürlich hat der Erstfrager auch, wenn man so will, den Vorteil, die essenziellen Themen sofort zur Sprache zu bringen, und den anderen Fraktionen bleibt dann ein Weniger an Möglichkeit. Deshalb haben wir ja auch das Rotationsprinzip.

Man kann selbstverständlich auch vertiefen. Das kann allerdings auch die erstfragende Person in der zweiten Runde noch machen. Ich glaube, es geht darum, dass man wirklich nach Möglichkeit die Zeit, die vereinbart ist, einhält, und dass man in Ausnahmefällen einmal überziehen kann. Aber die Regel sollte schon sein, dass man die Zeit einhält.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So habe ich es auch gehandhabt. Es war nicht die Regel.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Frau Vorsitzende! Ich glaube, dass wir jetzt schnell, zügig, der Zeitökonomie entsprechend die Befragung durchführen sollten. Ich würde aber gerne nach dieser Runde mit Herrn Mag. Fischer zum Blaulicht-Thema entweder eine Fraktionsführerbesprechung oder eine Geschäftsordnungssitzung abhalten, weil ich glaube, dass es einige wichtige Punkte sind, die zu diskutieren sind. Aber jetzt sollten wir schauen, dass wir diese Runde schnell fertig bekommen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gerade das habe ich mit der Parlamentsdirektion schon besprochen, dass es nach dieser ersten Runde eine Fraktionsführerrunde gibt, wenn es notwendig ist. Und diese Notwendigkeit artikulieren Sie jetzt. Ich werde dann schauen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich kann nur sagen: Tun wir weiter! Ich darf schon darauf verweisen – vielleicht können wir uns darauf verständigen –, dass wir heute zumindest versuchen sollen – ich für meinen Teil werde das zumindest tun –, die Meldungen zur Geschäftsordnung auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, vor dem Hintergrund, dass wir heute einen sehr straffen Zeitplan haben. Sonst sitzen wir heute um Mitternacht noch da. Es sollte schon das Ziel sein, unseren Zeitplan, den wir uns heute gegeben haben, einzuhalten – und nicht durch elendslange, teilweise unnötige Geschäftsordnungsdebatten das Ganze wieder bis ins Endlose zu ziehen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar.

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Inq. Mag. Rudolf Fischer

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt Abg. Tamandi das Wort.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Herr Kollege Petzner, das sagt der, der letztendlich mit elendslangen Geschäftsordnungsmeldungen das Ganze in die Länge zieht.

Herr Mag. Fischer! Sie haben vorhin angesprochen, dass es sich offensichtlich auch um Altlasten gehandelt haben soll, die da vertraglich mit Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly zusammenhingen.

Ich möchte gerne einen anderen Komplex mit Ihnen besprechen, und zwar möchte ich von Ihnen wissen, was Sie uns über die InfoTech Holding GmbH sagen können.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die InfoTech GmbH, das ist – wenn mich jetzt nicht alles täuscht und aus der Erinnerung heraus – das gemeinsame Unternehmen, oder die geplante gemeinsame Unternehmung, die wir mit der UIAG, glaube ich, geplant gehabt haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Mit wem? Ich habe das jetzt akustisch nicht verstanden.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Mit der **UIAG**, damals auch unter der Leitung im Vorstand von Herrn Mag. Paierl. Hier ging es uns darum, einen gemeinsamen Fonds zwischen der **Telekom Austria** und der **UIAG** aufzubauen, um jungen IT-Unternehmen, speziell aus dem osteuropäischen angrenzenden Raum, aber auch natürlich aus Österreich, die Möglichkeit zu bieten, Seed-Kapital für Entwicklungen zu bekommen und in weiterer Folge natürlich dieses Know-how nützen zu können. Und dann war natürlich die Exit-Strategie für uns eine Überlegung: Für die UIAG ist es ja immer so, dass irgendwann einmal dann ein IPO bei solchen Themen geplant ist. Da ging es dann darum: Machen wir ein IPO unter Umständen, oder kauft dann die Telekom diese Unternehmen?

Warum geht man so einen komplexen, komplizierten Weg? Wenn man versucht, so kleine Unternehmen zu akquirieren in ein Unternehmen wie die Telekom Austria, dann sind sie sehr bald verschwunden, weil das sind oft nur ein paar Mitarbeiter. Das Know-how verschwindet im Unternehmen.

Wir wollten eigentlich einen Technologie-Nukleus aufbauen, der sich damals mit diesen IT-Themen auseinandersetzte, die er entsprechend pflegt, zwar das Know-how dieser Unternehmen nutzt, aber die unternehmerische Fähigkeit der Unternehmen so beläßt, dass sie sich entwickeln können.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie hoch war da die Beteiligung der Telekom Austria bei dieser InfoTech?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich Ihnen jetzt gar nicht mehr sagen. Die UIAG hat damals ein Unternehmen eingebracht, ich glaube, es war die Datentechnik oder so ähnlich. Und wir haben damals, glaube ich, 50 Millionen ... – Ich kann es aber nicht mehr genau sagen. Irgend so etwas war geplant und als Beteiligungs volumen gemeinsam festgelegt, um eben derartige Akquisitionen durchzuführen.

Das Ganze geht ja nicht nur, weil es irgendjemand lustig entscheidet, sondern wir haben das natürlich auch im Vorstand der Telekom Austria diskutiert, ich meine jetzt den Telekom Austria Group-Vorstand, nicht die TA TA AG. Und es war dem gesamten Vorstand der Telekom Austria bewusst, dass es dieses Unternehmen gibt, dass wir diese Grundkapitalausstattung durchführen, eben mit dem Hinblick, jungen Unternehmen zu helfen und sie sozusagen in diese Gruppe miteinzubinden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Würden Sie sagen, dass die Telekom Austria einen wesentlichen Anteil an der InfoTech gehalten hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Absolut. Würde ich schon sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was können Sie uns über das **Projekt Alpha** sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe den Decknamen damals eigentlich erst irgendwann gehört. Ich habe das gar nicht so wirklich nachvollziehen können. Das hängt natürlich mit dem InfoTech-Thema zusammen. Ich weiß nicht – und jetzt kann ich nur spekulieren –: Ich habe damals mit Herrn Mensdorff-Pouilly diesen Vertrag nicht durchgeführt. Das hat in der Abwicklung Herr Schieszler selbst gemacht. Ich kann auch nicht sagen, wie sie auf das Thema „Alpha“ gekommen sind. Es kann auch ohne

Weiteres sein, dass Teile für das Projekt Alpha dann tatsächlich durchgeführt wurden. Das entzieht sich aber meiner Kenntnis, weil ich es selbst nicht weiß.

Ich war nicht verantwortlich für die Abwicklung des Projekts Alpha, sondern wir haben das Thema **InfoTech** und alles, was im Nachklang stattgefunden hat, aufgesetzt. Zu dem Thema war ich operativ nicht wirklich eingebunden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie können uns zum **Projekt Alpha**, was da dahinter gesteckt ist und was das hätte werden sollen, gar nichts sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann – noch einmal – nur spekulieren, dass es sozusagen ein Teil des InfoTech-Themas gewesen ist, wo es im Wesentlichen darum ging, eben lokale IT-Firmen, ob es jetzt in der Slowakei, in Tschechien, in Ungarn oder sonst wo ist, entsprechend in diesen Fonds mit aufzunehmen. Das kann schon Teil davon gewesen sein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie wissen auch nicht, welche Berater für dieses Projekt Alpha zugezogen worden sind?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wie ich vernommen habe, natürlich, und unterschrieben hat Mensdorff-Pouilly, einer der ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber sonst wissen Sie nicht, ob irgendwelche anderen Berater für dieses Projekt zuständig waren?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben bis heute nicht gewusst, dass Herr Mensdorff-Pouilly den Beratervertrag hauptsächlich für dieses Projekt hatte?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Oja, das wusste ich schon. Den Vertrag habe ich ja mit Gernot Schieszler unterschrieben. Das ist ja der Vertrag; da ging es ja darum – und vielleicht sollte ich das jetzt noch einmal in meiner emotionalen Phase mit dem Herrn Pilz aufklären –, dass im Grunde genommen ... – Bei meinem schon gedanklich vorbereitetem Abgang von der Telekom habe ich damals Herrn Schieszler ersucht, dass wir diese Altlasten, die wir aus dem TETRON-Thema und einigen anderen kleineren Themen hatten, wo Herr Mensdorff-Pouilly uns geholfen hat, oder mir speziell auch geholfen hat, Altlasten abdecken.

Jetzt ist es natürlich schwer, herzugehen und zu sagen, jetzt mache ich irgendeinen Vertrag im Zusammenhang mit irgendwelchen Altlasten. Gernot Schieszler kam dann und sagte, ja, ich werde mit Mensdorff-Pouilly eine Möglichkeit finden, dass wir diese Altlasten bereinigen. Er hat dann mit ihm gemeinsam, glaube ich, dieses **Projekt Alpha** ins Leben gerufen. So wurde der Vertrag aufgesetzt, ich glaube, in der Gesamtsumme eben in einem Volumen von 1,1 Millionen € – davon 800 000 € fix, 300 000 € Erfolgsprämie.

Für mich war das so, dass das ein Teil des **Projektes InfoTech** ist, wo auch Leistungen erbracht werden, aber gleichzeitig die Altlasten mit abgerechnet werden. Es wäre unlogisch gewesen, einen Vertrag, der komplett fingiert ist, mit einer 300 000 € Erfolgsprämie aufzusetzen, die dann überhaupt nie nachvollziehbar ist.

Also aus der Systematik heraus war es für mich verständlich: Er hat das gemacht, er hat ein Projekt aufgesetzt, er hat es ins Leben gerufen. Ich bin ja davon ausgegangen, dass Herr Mensdorff-Pouilly Leistungen dazu erbringt. Ich kann sie aber nicht nachvollziehen, weil ich nicht mit ihm über das Thema gesprochen habe. Und dann ist dieses Projekt angelaufen.

Am 31. Juli 2008 war ich dann nicht mehr im Unternehmen und die letzten Zahlungen, soweit ich medial erfahren habe, waren dann irgendwann im Jänner oder Februar 2009. Also ich kann zur Letztabwicklung dieses Projektes eigentlich überhaupt nichts mehr beitragen, weil ich es nicht mehr unter Kontrolle hatte.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Können Sie sich noch an den Inhalt dieses Beratervertrages erinnern?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Im Detail nicht mehr.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Der Beratervertrag hat ja ursprünglich gelautet: Strategische Kommunikation und Lobbying-Aktivitäten zum Projekt Alpha. Jetzt haben Sie vorher von Altlasten im Zusammenhang mit TETRON gesprochen und ... (*Mag. Fischer: Und anderen Themen, ja!*) – In erster Linie von Altlasten.

Jetzt möchte ich gerne wissen: Welche Leistungen hat Mensdorff-Pouilly für das **Projekt Alpha** erbracht? Gab es überhaupt keine Leistungen für das Projekt Alpha – oder: Welche gab es?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich Ihnen leider nicht beantworten, weil Herr Mensdorff-Pouilly das Projekt mit Herrn Schieszler durchgeführt hat und die Zahlungen auch im Endeffekt von Herrn Schieszler freigegeben wurden, ich mich aber operativ mit dem Thema überhaupt nie auseinandergesetzt habe. Es kann auch ohne Weiteres möglich sein ... – Aber das müssen Sie dann den Herrn Mensdorff-Pouilly und auch den Herrn Schieszler irgendwann einmal fragen, ob da tatsächlich Leistungen erfolgt oder nicht erfolgt sind. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Hat Ihnen Herr Mensdorff-Pouilly jemals berichtet, was er mit dem Alpha-Projekt gemacht hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Mir persönlich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Ich halte Ihnen aus der Beschuldigtenvernehmung des Herrn Mensdorff-Pouilly vom 21. 9. 2011 vor und zitiere daraus:

Nachdem das Projekt Alpha über ein halbes Jahr dauerte, gab es selbstverständlich zwischenzeitig immer wieder Berichte an Mag. Fischer. Diese erfolgten mündlich. – Zitatende.

Wie erklären Sie sich das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das weiß ich nicht, das müssen Sie Herrn Mensdorff-Pouilly fragen. Vielleicht verwechselt er mich mit Herrn Schieszler, denn mit mir hat er nicht gesprochen.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Wir werden ihn fragen, denn das ist natürlich interessant, weil die Aussage schwarz auf weiß auf Papier gedruckt ist.

Ich hätte jetzt ganz gerne von Ihnen gewusst: Um welche **Altlasten** hat es sich gehandelt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Erstens einmal die Aufarbeitung beim Projekt TETRON im Zusammenhang mit der Gestaltungsform des Konsortiums; das war für uns ein entscheidender Punkt. Wie ich bereits erwähnt habe, war ja ganz am Anfang geplant, dass die Telekom Austria Teil des Bieterkonsortiums Motorola/Alcatel ist. Ich persönlich wollte das nicht, aufgrund des Konsortialrisikos. Ich habe damals, wie auch gesagt, in einem Gespräch, soweit mir das noch erinnerlich ist, dieses Thema einmal erwähnt und Mensdorff-Pouilly hat mir damals angeboten, er kann hier helfen.

Ich habe damals genau so, wie er es mir gesagt hat, über den Tisch gesagt, wenn das möglich ist, dann gibt es einen Bonus. Genau so. Und es ist dann auch möglich gewesen. Die Wogen haben sich geglättet. Wir sind dann sozusagen in eine Art Lieferantenstatus gerutscht. Ich habe mir diese ganze Thematik dann eher sozusagen aus der zweiten Reihe fußfrei angesehen und habe mit dem ursprünglichen Konsortium und mit dieser ganzen Thematik des Konsortialrisikos eigentlich nichts mehr zu tun gehabt. Für mich war nur sicher, dass ich meine Zulieferleistungen sicherstellen konnte.

Es hat sich aber in weiterer Folge durch die aufgemachte Option des Bundesministeriums für Inneres ergeben, dass sie dann selbst einen Vertrag mit uns zu diesem Zwecke aufnehmen wollten und diskutiert haben. Dem Wunsch sind wir natürlich auch nachgekommen. Was hätten wir tun sollen? – Nein, machen wir nicht? Und dann hat sich sowieso ein ganz anderes Bild ergeben. Also in der gesamten Abwicklungskette war zuerst Plan: Konsortium, dann im Wesentlichen das Herunterrücken auf sozusagen Lieferantenstatus und in weiterer Folge die Diskussion mit dem BMI bezüglich der direkten Verbindung zu diesem TETRON-Thema zwischen dem BMI und der Telekom Austria, ohne das Bieterkonsortium.

Herr Mensdorff wollte damals diesen Bonus, den ich ihm angeboten habe, nicht gleich abrechnen. Er sagte, wir werden in der nächsten Zeit schon irgendwelche Projekte vielleicht einmal gemeinsam machen. Er hat sich dann auch in den Jahren danach bemüht, und er ist auch mit einigen Themen gekommen: Sei es aus Ungarn alternative Netzbetreiber, er hat uns auch das eine oder das andere Mal Optionen aufgezeigt, wo Projektmöglichkeiten vorhanden sind.

Um ehrlich zu sein, waren sie aber nicht wirklich das, was wir gesucht haben. Wir haben nicht irgendwelche kleinen Themen gesucht, sondern wenn, dann eher Größeres. Es nützt nichts, wenn ich jetzt ein Unternehmen kaufe mit 5 Millionen € Umsatz – das wird die Telekom nicht retten, bringt aber nur massiven Aufwand. Also viele dieser Themen oder dieser Vorschläge sind dann eigentlich nicht wirklich etwas geworden, obwohl er Zeit investiert hat.

So hat sich das eigentlich über die Jahre hinweg gezogen. Im Endeffekt kam es nie zu einer tatsächlichen Abgeltung seiner Leistung. Und als ich dann gedanklich aus dem Unternehmen ausgeschieden bin und schon geplant habe, wann es sein wird, kam es eben zu dieser Situation, als ich Gernot Schieszler ersucht habe, dass wir, eben auch für diese Altlasten, eine Lösung finden müssen, um diese Themen und auch die Leistungen, die da erbracht wurden, entsprechend abzugelten.

Ab dem Zeitpunkt hat Herr Schieszler die Diskussion mit Herrn Mensdorff-Pouilly selbst übernommen, weil er gesagt hat, ich kenne den eh. Und sie haben sich dann zusammengesetzt und haben im Endeffekt die Vertragsgestaltung des **Projektes Alpha** durchgeführt. Ich habe das nach der Fertigstellung dieses Angebotes gesehen, habe das dann mit dem Gernot unterschrieben. Er hat mir gesagt, hier sind die Themen mit verpackt. Es ist im Grunde genommen genau das, was auch die Abgeltung der Altlasten betrifft. – Und dann war das Thema eigentlich für mich erledigt.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Wenn Herr Mensdorff-Pouilly so viele Leistungen erbracht hat: Wozu musste man dann ein Scheinprojekt konstruieren, um diese ganzen Leistungen in irgendeiner Form da hineinzupacken? Wären Leistungen gewesen für verschiedene Punkte, für verschiedene Projekte, für verschiedene mögliche Geschäftsfelderweiterungen – warum muss man da ein Scheinprojekt erfinden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es nicht sagen, ich weiß es nicht. Ich war in der abschließenden Besprechung, wie man diese Leistungen mit Mensdorff-Pouilly und Gernot Schieszler abrechnet, nicht dabei. Ich weiß es nicht.

Ich habe auch kein Resultat oder kein Feedback von diesem Gespräch. Ich weiß nur, dass als Resultat dann eben dieses **Projekt Alpha** entsprechend definiert wurde. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, aus welchem Grund sie es so gemacht haben. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich halte Ihnen von der neunten Beschuldigtenvernehmung vom 25. Juli 2011, wo Gernot Schieszler nach Alfons Mensdorff-Pouilly gefragt wird, Folgendes vor und zitiere daraus:

Bereits, glaube ich, 2006 kam Mag. Fischer zu mir und teilte mir mit, dass bezüglich Alfons Mensdorff-Pouilly noch eine Verbindlichkeit der Vergangenheit offen sei, welche getilgt werden sollte. Ich versuchte, dieses Thema auszusitzen, weshalb dies kurz vor Ausscheiden von Mag. Fischer trotz mehrmaliger Urgenz von Fischer und Mensdorff-Pouilly nicht passiert ist. – Zitatende.

Wie erklären Sie sich diese Aussage von Schieszler?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube nicht, dass die in einem Widerspruch zu irgendetwas steht. Es ist auch vollkommen richtig. Es kann auch ohne Weiteres möglich sein, dass ich schon 2006 zu Herrn Schieszler gesagt habe: Wir haben noch Altlasten! Diese Altlasten haben wir auch 2008 noch gehabt. Es ist ja nicht so, dass die verschwunden sind.

Ich glaube nicht, dass Herr Schieszler irgendetwas ausgesessen ist, sondern ich bin eher derjenige, der es selbst ausgesessen hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Also doch ein Widerspruch?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Widerspruch? – Also wer es aussitzt, ist vollkommen egal. Aber im Grunde genommen ja, es kann ohne Weiteres möglich sein, dass wir darüber geredet haben.

Altlasten sind damals Altlasten gewesen und sind auch 2008 Altlasten gewesen. Für mich war nur wichtig, dass die Altlasten – und er hat mir damals geholfen, das ist unbestritten – im Grunde genommen abgegolten werden sollten.

Aber, noch einmal: Mit der Gestaltung des Vertrages, wie diese Leistungen abgegolten werden, habe ich persönlich nichts zu tun, weil ich nicht dabei war. Ich kann es nicht einmal bestätigen. Ich weiß auch nicht, was sich die zwei gedacht haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Welche Leistung hat Ihrer Wahrnehmung nach Herr Mensdorff-Pouilly in der TETRON-Angelegenheit für die Telekom erbracht? Was hat er getan, dass das so gekommen ist, wie Sie das vorhin geschildert haben, nämlich dass die Telekom nicht Konsortialpartner wird, weil Sie das Risiko nicht auf sich nehmen wollten, sondern dass Sie eben Lieferant bleiben und eine fast, würde ich sagen, bessere Stellung einnehmen? Welche Leistung hat Mensdorff-Pouilly in diesem Zusammenhang getätigter?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist jetzt auch rein spekulativ aus unserer Sicht, aber wahrscheinlich hat er mit Motorola gesprochen oder auch mit Alcatel oder mit beiden gemeinsam über den Status der Telekom, den Wunsch der Telekom, nicht Teil des Bieterkonsortiums zu sein. Das hätte – und das muss man dazusagen –, so wie es Motorola ja ursprünglich geplant hatte, dass wir dabei sind, unter Umständen die Situation des Bieters oder des Konsortiums verschlechtern können.

Für mich war nur wichtig: nicht Teil des Konsortiums, kein Konsortialrisiko, aber Absicherung, dass ich meine Leistungen entsprechend abrechnen und meine Umsätze pflegen kann. Für mich war es wichtig, einmal aus diesem ganzen Thema ausgenommen zu sein – gelernt auch aus der Vergangenheit –, und das war mir einiges wert, muss ich dazusagen, weil ich mich da nicht auf riesengroße Diskussionen einlassen wollte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was hat Sie so sicher gemacht, dass Ali Mensdorff-Pouilly genau das für Sie erreicht hat, oder ob das nicht schon vorher oder jedenfalls geglückt wäre, weil eben das ganze **Projekt Blaulichtfunk** vielleicht ohne Telekom und in dieser Zusammensetzung – nämlich was die Telekom und die Zulieferung betrifft – gar nicht geklappt hätte?

Was hat Sie so sicher gemacht, dass Herr Mensdorff-Pouilly die entscheidenden Leistungen getätigkt hat, dass das so gekommen ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da wir im Vorfeld ziemlich intensive Diskussionen über die Zusammensetzung und die Gestaltung des Konsortiums geführt haben und sich das dann **nach** dem Einbinden von Mensdorff-Pouilly relativ rasch erledigt hat, bin ich davon ausgegangen, dass er seine Aufgabe erfüllt hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Abschließend möchte ich noch einmal aus der Beschuldigtenvernehmung von Herrn Mensdorff-Pouilly vom 21. September 2011 einen Vorhalt machen, und ich zitiere daraus:

Auf Nachfrage, warum auf sieben Teilrechnungen aufgesplittet wurde, gebe ich an, dass ich keinen Grund dafür kenne. Die Telekom splittete die Zahlungen aus mir unbekannten Gründen auf. – Zitatende.

Dann sagt Herr Mensdorff-Pouilly weiter:

Auf Nachfrage, ob diesen Zahlungen ein Projekt TETRON zugrunde liegt (Anmerkung: wie in den Medien ausführlich beschrieben), gebe ich an, dass dies nicht der Fall war. Ich hatte niemals Aufträge zum Themenbezug TETRON; weder für, von der Telekom noch für eine andere Firma. – Zitatende.

Wie erklären Sie sich das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da kann ich nur spekulieren, ich weiß es nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Glauben Sie, dass Herr Mensdorff-Pouilly da die Unwahrheit gesagt hat bei der Beschuldigungseinvernahme?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Dazu will ich keine Stellung nehmen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich würde trotzdem bitten – da Sie es anders dargestellt haben –, dass Sie meine Frage, nachdem ich Ihnen das jetzt zitiert habe, insofern beantworten, als dass Sie mir sagen können, ob Herr Mensdorff-Pouilly die Unwahrheit gesagt hat, wenn er sagt, er habe mit dem Projekt TETRON nie etwas zu tun gehabt!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich werde zu Aussagen des Herrn Mensdorff-Pouilly **nicht** Stellung nehmen. Ich kann Ihnen nur sagen, zu meiner Aussage heute hier, die Sie auch protokolliert vorfinden werden, für welche Leistungen Herr Mensdorff-Pouilly sein Honorar bezogen hat, stehe ich – und über alle anderen Aussagen möchte ich mich nicht äußern.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wahrheit oder Unwahrheit, das ist immer eine Einschätzung, die auf auch persönlichen Eindrücken beruht. – Das möchte ich nur noch einmal klarstellen, auch für andere Fragesteller.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte da gleich ein bisschen anknüpfen.

Herr Mag. Fischer, Sie haben ja bereits ausgesagt, Sie haben gesagt, das ist jetzt Ihre Stellungnahme, und Sie haben in Ihrer Stellungnahme gesagt, dass eine Altlast bei Mensdorff-Pouilly bestanden hat, die wirtschaftlich abzugelten war, die mit dem Konsortium TETRON zu tun hatte, Motorola, Alcatel und dann eben nicht mehr Telekom.

Habe ich das so richtig verstanden? (*Mag. Fischer: Ja!*) – Frau Kollegin Tamandl hat aus der Beschuldigtenvernehmung von Herrn Mensdorff-Pouilly vorgelesen, dass er mit TETRON nie einen Auftrag mit Telekom und Sonstiges hatte. Das kann man sich an sich durchaus auch selbst zusammenreimen, da muss man wirklich keine Aussagen, keine Wertungen oder Ähnliches dazu nehmen, sondern da stellt man halt einfach diese beiden Aussagen gegenüber. Wir haben heute auch noch Gelegenheit, Herrn Mensdorff-Pouilly diesbezüglich zu fragen.

Aber: Ist es richtig, dass dieses Strafverfahren, aus dem Frau Kollegin Tamandl zitiert hat, das Herrn Mensdorff-Pouilly betrifft, auch Herrn Schieszler und auch Sie betrifft, dass Sie drei **Beschuldigte** sind, wo sich auch die Telekom als Privatbeteiligte genau mit diesen 1,1 Millionen angeschlossen hat? Ist das richtig?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann das nur aus den Medien entnehmen. Ich gehe davon aus, dass das gut recherchiert ist. Ich weiß es persönlich nicht, man hat mich auch nicht informiert. Ich hatte auch keine Einvernahme zu diesem Thema beim Staatsanwalt, ich wurde auch noch nicht einvernommen zu diesem Thema. Alles, was wir jetzt hier sozusagen diskutieren, ist rein aus Erfahrungsberichten aus den Medien.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es wurde Ihnen auch nicht dieser Schriftsatz zugestellt, dieser Privatbeteiligtenanschluss seitens der Telekom beziehungsweise seitens der Rechtsvertreter der Telekom? (*Mag. Fischer: Nein!*)

Jetzt zu dieser Leistung. Sie haben gesagt, das Ausscheiden aus dem Konsortium und die Reduktion auf nur Lieferant seien für Sie etwas Wichtiges gewesen, weil Sie sich dadurch wirtschaftlich in einer besseren Lage fühlten, weil das Risiko ein anderes war. Sie haben dabei Gespräche geführt oder die Telekom hat Gespräche geführt mit den Konsortialpartnern Motorola und Alcatel, und das sei schwierig gewesen. (*Mag. Fischer: Richtig!*)

Mit wem wurden die Gespräche geführt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Hauptsächlich mit Herrn Wirth, aber es waren auch andere beteiligt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Für **Motorola** war Herr Wirth Konsortialführer. – Kann man das so bezeichnen? (*Mag. Fischer: Richtig, ja!*) Also Herr Wirth war das Sprachrohr.

Wer war für **Alcatel** bei den Besprechungen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß es wirklich nicht mehr. Ich kann jetzt nur spekulieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben daran teilgenommen. (*Mag. Fischer: Teilweise!*)

Aus Sicht der Telekom oder aus Ihrer Sicht: Wo waren die Schwierigkeiten in dieser Frage des Ausscheidens oder des Nichtbestandes im Konsortium?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wie schon eingangs erwähnt: Ich glaube, dass Motorola von der taktischen oder strategischen Überlegung ausgegangen ist, dass, wenn das Konsortium tatsächlich aus allen drei Partnern bestehen würde, angesichts der Position der Telekom Austria mit ihren langjährigen Erfahrungen mit dem BMI, Staatssicherheitsnetzen und dergleichen, es eigentlich ein großer Vorteil ist im Rahmen der Ausschreibung, dass dieser Partner sozusagen auch sehr sichtbar das Konsortium mitträgt.

Und diese Rolle war genau die, die ich nicht wollte. Ich wollte mich nicht in eine Rolle zwingen lassen, dass ich sozusagen den Schuhlöffel bilde für andere, ein Konsortialrisiko eingehe bei einer technischen Lösung, obwohl ich nicht gewusst habe, ob Motorola in der Lage ist, diese Leistungen dann gemeinsam mit Alcatel tatsächlich zu erfüllen.

Mein Anteil der gesamten Leistungserbringung in dem Konsortium beschränkte sich eigentlich auf die Leitungen, etwas, das hundert Jahre lang unser Basisgeschäft war, da kann im Grunde genommen nicht allzu viel schiefgehen. Aber das, was bei Endgeräten passieren kann, das, was beim Switch passieren kann, das, was im Grunde genommen bei der Software passieren kann, bei Durchschalte-Raten, bei Abdeckung der Lufteinheiten und dergleichen. Diese Themen, das war mir etwas zu viel Risiko.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War das Scheitern des Systems **master-talk** zuvor für Sie auch ein Punkt, dass da eben etwas passieren kann?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist genau der Punkt, ja – und aus unserer Erfahrung, aus der Ausschreibung master-talk, wo wir eigentlich angeboten haben, auch schon einen Feldversuch hatten an der Grenze Burgenland und natürlich auch bei der Schi Weltmeisterschaft in Kitzbühel. Also wir haben damals bewiesen, dass wir es konnten, sind dann trotzdem ausgeschieden gegen master-talk. Master-talk hat dann technische Probleme erlebt.

Also all diese – wie soll ich sagen? – Erfahrungen aus der Vergangenheit haben mich dazu geführt, eher eine zurückgezogene Rolle bei dem Thema einzunehmen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): So nach dem Sprichwort: nicht mitgefangen und daher auch nicht mitgehängen!?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Genau so ist es, richtig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann stocken diese Verhandlungen, und es ist schwierig. Motorola drängt.

Wie kommt da jetzt Herr Alfons Mensdorff-Pouilly ins Spiel? Ich kann mir das bei der Telekom ja nicht so vorstellen, dass man hingehört und ständig irgendwelche Papiere vorlegt und sagt: Übrigens habe ich mit dem gesprochen im Interesse der Telekom!, und die Telekom weiß gar nichts davon, und sechs Jahre, vier Jahre oder sonst etwas später bekommt man dann 1,1 Millionen € dafür. – Das kann ich mir – hoffentlich – nicht so vorstellen, oder?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein. Grundsätzlich war es so, wenn man das jetzt aus der Historie betrachtet:

Zu dem damaligen Zeitpunkt, als es diese Diskussion gab, und das hat sich doch einige Zeit hingezogen, habe ich Herrn Mensdorff-Pouilly – ich kann nicht mehr sagen, wo – irgendwo bei einem Event getroffen. Normal reden wir halt miteinander, und ich habe ihm ein bisschen meine Probleme erzählt im Zusammenhang mit dieser TETRON-Ausschreibung. Er hat mir damals gesagt, wenn das ein Problem ist, dann kann er mir helfen. Ich habe gesagt, wenn er mir helfen kann und wir das Problem

lösen können, sodass wir uns aus dem Konsortium zurückziehen, aber die Lieferantenrolle einnehmen können, dann ist mir das einen Bonus wert.

Genau so habe ich es gesagt, und das ist dann auch so passiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Sie haben bei einem gesellschaftlichen Anlass so zwischen Tür und Angel Herrn Mensdorff-Pouilly gesagt: Wir haben ein Problem! Er hat gesagt: Ich kann mir vorstellen, dass ich mich einbringen kann, dass ich das zu einer Lösung bringe! – Und auf einmal lief es wie geschmiert!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, ganz so einfach läuft es nicht. Es ist ja nicht so, dass ich Herrn Mensdorff-Pouilly getroffen habe und wir nur über TETRON gesprochen haben, sondern wir haben einfach über viele Themen gesprochen, und das Thema TETRON kam natürlich auch als Sorge. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das kann ich mir durchaus vorstellen, ja!*)

Man muss das emotionale Gefilde damals auch ein bisschen mit berücksichtigen. Das klingt immer alles so abgehackt, wenn wir sagen, das Gespräch hat stattgefunden.

Wir haben über das Thema geredet, und es ist mir damals sehr am Herzen gelegen, dass wir das Thema bereinigen. Ich wollte keinen Krieg mit den Konsortialmitgliedern haben, das lag mir fern. Ich wollte auf der anderen Seite aber auch sicherstellen, dass die Telekom Austria die Möglichkeit besitzt, die Leistungen auch tatsächlich zu erfüllen oder erfüllen zu können, weil die Auftragswerte damals geplanterweise relativ hoch waren.

Ich gehe wie immer davon aus, dass wir die Bundesländer komplett abgedeckt hätten – das war der ursprüngliche Plan – und auch nicht nur das BMI, sondern natürlich auch Rettung und Feuerwehr. Es war auch geplant, dass sich unter Umständen auch noch private Nutzer und Unternehmen wie zum Beispiel Speditionen anschließen. Das Auftragsvolumen war also ein sehr sattes.

Ich wollte mich nicht komplett aus diesem Konsortium zurückziehen und sagen: Ihr müsst eh bei mir bestellen!, sondern ich wollte eine halbwegs gesicherte Zulieferfähigkeit haben, auf der anderen Seite aber kein Risiko tragen bei der Erfüllung der Tätigkeiten, die wir als Telekom Austria überhaupt nicht beeinflussen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das verstehe ich auch alles. Aber Sie sprechen über viele Dinge, und das ist auch erlaubt, Sie können mit Herrn Mensdorff-Pouilly über alles reden, unter anderem auch über dieses kleine Problem, das Sie da bezüglich Konsortialausstieg hatten – und dann passiert es auch relativ rasch, dass Motorola als Konsortialführer, und auch die anderen, Telekom, dann gesagt haben: Ja, wir nehmen euch als Zulieferer!

Wie konnten Sie sicher sein, dass für diesen Erfolg die Leistung des Herrn Mensdorff-Pouilly verdienstlich war? Hat er gesagt: Ich habe gestern mit Herrn Wirth geredet, und der hat gesagt, das wird funktionieren!? Was ist da passiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Mehr oder weniger. Herr Mensdorff-Pouilly hat, wie er mir danach einmal gesagt hat, im Grunde genommen auf das Konsortium eingewirkt. Ich habe nicht nachgefragt, mit wem er gesprochen hat, ob das in Österreich war oder sonst irgendwo. Herr Mensdorff-Pouilly hatte die Kontakte und hat gesagt, das Thema sollte eigentlich bereinigt sein, wir können das jetzt neu aufsetzen, wir können die Lieferantenrolle einnehmen, es sollte eigentlich keine – wie soll ich sagen? – abweichenden Meinungen mehr zu der Wunschvorstellung der Telekom geben.

Und das hat so funktioniert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das hat Herr Mensdorff-Pouilly Ihnen auch nachher gesagt (*Mag. Fischer: Ja!*): Ich habe jetzt mit jemandem gesprochen, mache dir keine Sorgen, es wird so funktionieren, wie wir damals zwischen Tür und Angel ein kleines Gespräch gehabt haben, das wird funktionieren!

Das ist auch tatsächlich eingetreten. Und Sie haben nicht nachgefragt, mit wem Herr Mensdorff-Pouilly gesprochen hat oder sonst etwas.

Was Ihnen als **Vorstand** der Telekom nicht unmittelbar geglückt ist, das war zäh wie Strudelteig, das hat Herr **Mensdorff-Pouilly** innerhalb kürzester Zeit bewerkstelligt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: In kürzester Zeit kann ich jetzt auch nicht mehr sagen, aber es war in einem absehbaren Zeitraum, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist nämlich interessant, dass es dann, wenn man die richtigen Personen einsetzt, wirklich wie geschmiert läuft. Der Vorstandsdirektor der Telekom ist bei Motorola beim Mitteleuropa-Chef und Alcatel-Vorstand, also die Bosse sitzen beisammen, und es wird nichts – und dann kommt auf einmal Graf Mensdorff-Pouilly, den braucht man nur anzutippen auf der Schulter, und es funktioniert schon wie geschmiert! (*Mag. Fischer: Vielleicht hat er sehr gute Kontakte gehabt zu einigen der Partner!*) – Das dürfte wirklich so sein. Dieser Eindruck kommt immer mehr heraus, dass diese Kontakte wirklich sehr gut und wertvoll und teuer sind; ich sage manchmal auch **lieb und teuer**.

Als Telekom Geschäfte machen zu wollen mit den Leitungen, das war für Sie sicherlich auch schon beim Projekt ADONIS in der ersten Runde interessant, als master-talk gewonnenen hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Damals wollten wir, soweit ich mich erinnern kann – ich war damals noch nicht wirklich komplett in dieses Projekt integriert –, die Gesamtleistungen anbieten. Wir hatten eine Tochter-Firma, wie ich bereits eingangs erwähnt habe, die **Walky Talky**, bei der wir minderheitsbeteiligt waren, mit der Option, unterschiedliche Endgeräte anbieten zu können. Damals waren wir schon eher in der Rolle, eine Gesamtleistung anbieten zu wollen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Allein oder auch gemeinsam mit Siemens?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, ohne Siemens.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf Ihnen jetzt ein Schreiben vom 19. April 2002 von der Firma Austro Consult vorlesen. Generaldirektor Dr. Baubin, Vorsitzender des Vorstandes, schreibt an Herrn Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser:

Lieber Karl-Heinz,

ich komme zurück auf unser Gespräch in Sachen ADONIS. – So beginnt das Ganze.

Dann geht es weiter, ich zitiere:

Seitens BMI wurde uns signalisiert, dass eine solche Lösung, sollte sie möglich sein, durchaus in Frage kommt, man dort allerdings aus vergaberechtlichen Gründen Probleme sieht, diese Lösung jetzt offiziell anzuregen. Gleichzeitig läuft die Zeit ab, weil der Akt mit einer Vergabeempfehlung an Siemens (master-talk) bereits im Finanzministerium zur Freigabe liegt.

Ich wollte dir diesen Stand unverzüglich mitteilen, um gegebenenfalls zu ermöglichen, dass durch die entsprechende Behandlung des Aktes im Finanzministerium die Zeit von etwa ein bis maximal zwei zusätzlichen Wochen geschaffen wird –

das ist schon einmal schön, dass es eine entsprechende Behandlung des Aktes gibt, wenn man ein bis zwei Wochen braucht; das ist für das Beamten-Deutsch schon etwas sehr Schönes –,

um weiterführende Gespräche zwischen TA, unserem Konsortium, Tetratel und Siemens zumindest so weit zu führen, dass wir ein klares gemeinsames Konzept haben. (Da der TA-Vorstand ja zurzeit seine Roadshows macht, braucht man dazu eben noch ein paar Tage.)

Überdies haben sich Herr Fischer (TA) und ich bei Herrn Bundesminister Reichhold, der meines Wissens eine solche Lösung auch unterstützt, angemeldet, was aber wegen der bekannten Terminnot in diesen Tagen noch nicht stattfinden konnte.

Es wäre schade, wenn uns jetzt diese letzten Tage wegen einer plötzlichen Eile bei der Setzung formaler Schritte fehlen würden und wir uns dadurch Lösungsmöglichkeiten verbauen würden, die den österreichischen Sicherheits- und Budgetinteressen besser entsprechen sollten.

Mit den besten persönlichen Grüßen

Dein Christoph – Zitatende.

Welche Intervention hat damals die Telekom Austria versucht, um zum Schluss das master-talk-Konsortium noch irgendwo entweder zu kippen beziehungsweise daran zu partizipieren? Das heißt, gute österreichische Lösung: Es gibt so viele Bieter, die sich konkurrieren, also holen wir **alle Bieter** gemeinsam in ein Boot, dann gibt es eh nur mehr eines, und dann ist alles wunderbar, alle partizipieren davon.

Wie haben Sie das damals, im April 2002 gesehen? Sie sind ja auch zitiert in diesem Schreiben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, den Herrn Baubin kenne ich auch sehr gut. Das Thema ist, dass der Herr Baubin ja nicht auf unserer Seite war, sondern in einem anderen Konsortium. Die AustroConsult hat ja damals mit Motorola und Kapsch zusammengearbeitet und geboten, wir eben als Telekom Austria mit Walky Talky und Siemens mit Raiffeisen, Verbund und wer sonst noch.

Nachdem, glaube ich, die ersten Empfehlungen im Ministerium – aus welchen Gründen auch immer – gekommen sind, das Ganze in Richtung master-talk zu empfehlen und zu verschieben ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine kurze Zwischenfrage: Das haben Sie gewusst, wie da im Innenministerium ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, nein, der Herr Baubin dürfte es gewusst haben. Der Herr Baubin ist dann auf uns zugekommen und hat gesagt, wir sollten vielleicht die Möglichkeit finden – typisch österreichisch –, eine gemeinsame Lösung zu finden, wo wir alle mehr oder weniger mitpartizipieren können, und vielleicht können wir uns irgendwie die Leistungen aufteilen, und wir können im Grunde genommen dann eigentlich etwas auf die Beine stellen, das für die Republik wesentlich besser ist als **ein** Lieferant, ein Technologielieferant, nämlich Siemens alleine im Wesentlichen. Und soweit ich weiß, war in dem master-talk-Projekt ja sonst kein Technologielieferant außer Siemens.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Erste Frage: Können Sie uns sagen, wann dieses Gespräch mit dem Herrn Mensdorff genau stattgefunden hat, wo Sie über Ihre Probleme mit TETRON berichtet haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Muss irgendwann vor der Ausschreibung gewesen sein, Herr Petzner. Ich kann es nicht genau sagen. (Abg. **Petzner:** Vor der Ausschreibung?) – Vor der Ausschreibung, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das irgendwie auf ein Monat oder Jahr ... (Mag. **Fischer:** Nein!) – Gut, also vor der Ausschreibung auf alle Fälle. Das ist schon spannend: Immer wenn Mensdorff auftaucht, dann funktioniert es; wenn Mensdorff auftaucht, dann gibt es Grippe-Schutzmasken, und wenn Mensdorff auftaucht, dann kann man plötzlich als Konsortialpartner aussteigen.

Sie haben Mensdorff ja beauftragt und auch mit ihm gesprochen und das Ganze eigentlich auch eingefädelt. Sie haben schon gesagt, aus Sicht der Telekom Austria ging es ja um viel Geld – ich glaube, 100 Millionen € –, ist auch verständlich. (Mag. **Fischer:** Geplanterweise, ja!)

Hat Ihnen Herr Mensdorff jemals berichtet – er sagt ja auch immer, er hätte Ihnen mündlich berichtet –, hat er Ihnen jemals gesagt, wie er das angestellt hat, mit wem er da geredet hat, welche Lobbying-Aktivitäten er da gesetzt hat – oder hat Sie das nie interessiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Um ehrlich zu sein: hat mich nie interessiert. Und man fragt einen Lobbyisten nicht, was er und wie er es getan hat, sondern es geht darum, dass das Resultat dem Endzweck entsprechend ist und dem Ziel entspricht. Und das hat er umgesetzt, und das hat funktioniert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen Sie davon aus, dass Herr Mensdorff-Pouilly im Rahmen seiner Lobbying-Tätigkeiten auch seine politischen Kontakte genutzt hat? Ich nenne hier das Innenministerium, ich nenne den Christoph Ulmer, ich nenne den Ernst Strasser.

Haben Sie da jemals Wahrnehmungen gehabt, dass Herr Mensdorff-Pouilly Ihnen berichtet hat, ich werde mit Ulmer reden, ich werde mit dem oder dem reden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, weil das Thema überhaupt nichts mit dem BMI zu tun hatte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es war Ihnen aber bekannt, dass Herr Mensdorff-Pouilly über gute politische Kontakte verfügt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Sagen wir so, es war uns bekannt, dass Herr Mensdorff-Pouilly Kontakte in alle Richtungen hatte, aber im Grunde genommen: Unser Thema hatte nichts mit dem BMI zu tun, und es gab auch diesbezüglich keine Kontakte zum BMI.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen ein Dokument vor. Schauen Sie sich das kurz an, und sagen Sie mir, ob Sie das Dokument kennen oder jemals gesehen haben.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß, was das ist, aber ich habe es vorher nicht gesehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist das Angebot, das Herr Mensdorff über die MPA Budapest an die Telekom Austria schickt – offensichtlich an den Herrn Schieszler –, vom 11. März 2008, wo sich Herr Mensdorff-Pouilly als Berater und Vermittler für das „Projekt Alpha“ anbietet – MPA bietet als Berater folgende Leistungen zu diesem „Projekt Alpha“ an –, und dann ist auch die Summe genannt, nämlich diese 100 000 monatlich plus 300 000 Erfolgshonorar, unterschrieben mit

Mensdorff-Pouilly. Also dieses Dokument haben Sie nie gesehen, sondern das hat alles Herr Schieszler gemacht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also dieses Dokument und dieses Angebot habe ich nicht gesehen. (Abg. **Petzner:** Aber ...) – Aber ich kenne den Auftrag, da muss man immer aufpassen. Ich kenne den Auftrag an Herrn Mensdorff-Pouilly, ich weiß, dass ich den gemeinsam mit Gernot Schieszler intern zur Auftragsvergabe unterschrieben habe, aber ich habe **das** Angebot nicht gesehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wann dieser Vertrag oder diese Geschichte mit dem Herrn Mensdorff unterschrieben wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das muss dann irgendwann im März passiert sein ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Komische ist nämlich – wir legen es Ihnen vor (*der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt*) –:

Herr Mensdorff schickt am 11. März 2008 dieses Angebot an die Telekom und den Herrn Schieszler über seine Beratungsleistungen beim „Projekt Alpha“ – das **Angebot!** –; die Telekom prüft offensichtlich ein paar Minuten lang oder ein paar Stunden lang, denn den Vertrag, den Sie gemeinsam mit Schieszler unterschrieben haben für Mensdorff, haben Sie am **gleichen Tag** unterschrieben. Das heißt, am **11. März** kommt das Angebot und am **11. März** wird auch schon der Vertrag unterzeichnet. Das ist mir aufgefallen, weil da normalerweise zumindest immer ein paar Wochen dazwischen sind.

Wie können Sie sich erklären, dass Herr Mensdorff auch bei der Telekom so erfolgreich ist, dass er am 11. März das Angebot schickt und noch am 11. März gleich den fixfertigen Vertrag über eine Summe von 1,1 Millionen unterschrieben zurückgeschickt bekommt? Eine Vergabe von 1,1 Millionen €, so einen Auftrag unterschreibt man ja nicht im Vorbeigehen. Normalerweise werden Angebote geprüft, das haben Sie ja sonst auch immer gemacht.

Also: Warum ist das alles am **gleichen Tag** erfolgt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Warum es am gleichen Tag war, weiß ich nicht, da müssen Sie den Herrn Schieszler fragen. Ich habe versucht, zu erklären, was der Inhalt der Beauftragung für den Herrn Mensdorff-Pouilly gewesen ist, vom Inhalt her. Ich kann nicht sagen, warum das innerhalb eines Tages passiert ist; ich weiß es nicht.

Ich habe das Angebot, also die Beauftragung, dann mit Herrn Gernot Schieszler unterschrieben, das ist richtig, und ich habe also auch bestätigt, dass Teile dieser Leistungen, die da drinnen enthalten sind, die Abdeckung war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wer den Text dieses Vertrages zwischen der Telekom Austria und der MPA Budapest vom 11. März 2008 geschrieben oder wer diese Vereinbarung verfasst hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht beantworten; spekulativ kann es nur der Herr Schieszler gemeinsam mit dem Herrn Mensdorff-Pouilly gewesen sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Schieszler gemeinsam mit Mensdorff-Pouilly – wir legen Ihnen dazu gleich ein Dokument vor.

Können Sie ausschließen, dass dieser Vertrag vom 11. März 2008 zwischen Mensdorff-Pouilly und der Telekom Austria rückdatiert wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht bestätigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was heißt, Sie können es nicht bestätigen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Na, weil ich es nicht weiß. Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen dazu ein Dokument vor.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Schauen Sie, das Komische ist: Am 11. März 2008 kommt das Angebot, datiert mit 11. März 2008; am gleichen Tag, am 11. März 2008, unterschreibt die Telekom Austria schon die Vereinbarung mit Mensdorff-Pouilly auf Basis des Angebotes, das am gleichen Tag gekommen ist. Es gibt aber – und jetzt wird es spannend; also immer am 11. März 2008 – ein E-Mail von Herrn Andreas Krenn, Telekom-Mitarbeiter, an den Herrn Schieszler vom 3. Juni 2008 – also ein paar Monate später –:

Hi Gernot, wie gewünscht der Vertragsentwurf.

Und dann schaut man in den Anhang dieses Mails – Wien, im Juni 2008 –: Das ist 1 : 1 wortgleich jener Vertrag, den Sie laut Datierung am 11. März 2008 mit dem Herrn Mensdorff unterschrieben haben.

Sie haben das unterschrieben, und Krenn schickt aber ein paar Monate später, nämlich erst am 3. Juni 2008, offensichtlich den vorgefertigten Vertragsentwurf. Da steht dann sogar:

strategische Kommunikation und Lobbying-Aktivitäten zum „Projekt Alpha“, Leistungszeitraum: (einfügen).

(*Die Auskunftsperson liest in einem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Das heißt, es ist wieder die klassische Geschichte: Die Telekom Austria verfasst selber einen Vertrag, man braucht nur mehr die Eckdaten einzufüllen, und Mensdorff braucht nur mehr zu unterschreiben.

Was ich mich aber frage: Warum schickt Herr Krenn an den Herrn Schieszler erst im Juni 2008 den Vertragsentwurf – konkret war das der **3. Juni 2008** –, unterschrieben ist das Ganze aber mit **11. März 2008**?

Das schaut mir schon sehr nach Rückdatierung aus.

Was können Sie dazu angeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: So leid es mir tut: gar nichts. Ich weiß es nicht. Da müssen Sie den Herrn Krenn oder den Herrn Schieszler fragen. Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War Ihnen irgendetwas in Sachen Rückdatierung bekannt? Haben Sie gewusst, dass Herr Andreas Krenn für die Telekom Austria selber offensichtlich den Vertragsentwurf gemacht hat, oder war das alles im Bereich des Herrn Schieszler?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Abwicklung war im Bereich des Herrn Schieszler; und wie es abgewickelt wurde – noch einmal –: Ich habe bestätigt, ich habe einen Auftrag, damals gemeinsam mit dem Herrn Schieszler, im Zusammenhang mit einer Beauftragung Mensdorff-Pouillys unterschrieben, aber ich habe von der Rückdatierung – oder was immer es auch sein soll – keine Ahnung. Es tut mir furchtbar leid.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Finden Sie das nicht komisch, dass im **Juni** ein Vertragsentwurf geschickt wird und der fertige Vertrag schon mit **März** unterschrieben ist? Wie können Sie sich diesen zeitlichen Widerspruch erklären?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich will ihn mir gar nicht erklären, weil ich es nicht weiß. Man müsste die betroffenen Personen dazu befragen, Herr Petzner; ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf dazu sagen, dass auch die Prüfer in der Telekom Austria – Deloitte zum Beispiel – bei ihren Prüfungen, in ihren Berichten ganz klar schreiben, dass sie in diesem Zusammenhang von einer **Rückdatierung** ausgehen.

Eine andere Frage noch kurz dazu: Sie haben gesagt – das sagt ja auch Herr Mensdorff im Prinzip –, in diesem „Projekt Alpha“-Vertrag – der offensichtlich um ein paar Monate rückdatiert wurde; wir werden mit dem Herrn Mensdorff noch diskutieren, warum das geschehen ist – sind diverse Altlasten verpackt worden.

Können Sie alle diese Altlasten aufzählen, oder hat man da nur die TETRON-Causa verpackt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe vorher erwähnt, dass es neben dem TETRON einige Themen gab ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche waren das genau?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es gab alternative Netzbetreiber in Ungarn, die zur Akquisition gestanden sind, es gab zwei Projekte, glaube ich, in der Slowakei, es gab ein IT-Projekt in Tschechien, es gab irgendetwas, glaube ich, in Bulgarien und Rumänien.

Herr Mensdorff-Pouilly hat viele dieser Themen an meinen Tisch herangetragen, das waren aber von der Größenordnung eher Themen, die nicht für die Telekom Austria geeignet gewesen sind, und wir haben bei den Themen eigentlich Abstand genommen, hier weiter vorzugehen. Das heißt aber nur – und das habe ich zu erklären versucht –, dass er sich bemüht hat, nachfolgend zu dem Thema TETRON Lösungen für uns aufzubereiten, das Unternehmen zu unterstützen und zu schauen, ob es die Möglichkeit für eine vertragliche Zusammenarbeit gibt. Mehr kann man dazu gar nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das üblich? – Ich finde es nicht üblich. Warum schreibt man bei 1,1 Millionen € für Herrn Mensdorff aufs Packerl „Projekt Alpha“ drauf – und alle Verträge, die ich Ihnen vorgelegt habe, die rückdatierten, sind auf „Projekt Alpha“ aufgebaut; da steht nichts drinnen von TETRON oder sonstigen Dingen –, wenn in Wirklichkeit **etwas anderes** drinsteckt? Warum hat man nicht wie bei einer Kinderüberraschung den Schoko weggetan und gleich gesagt, was im Überraschungsei drinnen ist, und der Herr Mensdorff alles gemacht hat?

Das versteh ich nicht: Warum diese Verschleierung, warum – ich formuliere es jetzt aus meiner persönlichen Sicht so – dieser **Scheinvertrag** mit dem Herrn Mensdorff, wo man nach außen hin „Projekt Alpha“ draufschreibt, 1,1 Millionen € zahlt, und in Wirklichkeit hat er – ich weiß nicht, was – alles auf Basis dieses Vertrages gemacht, unter anderem eben seine Aktivitäten bei TETRON? Warum hat man das nicht gleich in einen Vertrag hineingeschrieben?

Können Sie mir diese umständlichen Konstruktion – inklusive Rückdatierung – erklären?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Rückdatierung kann ich Ihnen nicht erklären, das habe ich vorher schon versucht.

Die andere Situation ist die, dass diese Altlasten neben TETRON einige andere Themen beinhaltet haben. Mir wäre es vollkommen egal gewesen, wir hätten den Vertrag auch mit TETRON oder einem anderen Thema machen können; es wäre mir wirklich wurscht gewesen, denn es gab da nichts zu verheimlichen.

Ich habe damals Gernot Schieszler ersucht, vor meinem Abgang dieses Thema – bitte – zu erledigen. Das hat er getan, und er hat mit Herrn Mensdorff-Pouilly einen Weg gefunden über das „Projekt Alpha“. Wie es zustande gekommen ist, und warum sie auf das Projekt gekommen sind, und weshalb sie es in dieser Art und Weise abgerechnet haben, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich bei dem Gespräch nicht dabei war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie haben es letztendlich verheimlicht, und für mich stellt sich die Frage, **warum**. Wenn Sie sehen, was im Vertragstext steht und wie offiziell das Ganze verrechnet wurde, nämlich ausschließlich „Projekt Alpha“, und was in Wirklichkeit dahintersteckt hat, ist für Sie dieser Vertrag, diese Vereinbarung, die Sie mit Mensdorff und Schieszler unterschrieben haben, ein Scheinvertrag oder nicht?

Wenn nein, was ist es dann, wenn in einem Vertrag von einem „Projekt Alpha“ nur geschrieben wird und das unterzeichnet wird, aber in Wirklichkeit etwas ganz anderes drinsteckt? Was ist dieser Vertrag für Sie?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Dieser Vertrag ist für mich eine Möglichkeit, eine Leistung, die in der Vergangenheit passiert ist, abzudecken. Ich wusste nicht, ob jetzt tatsächlich zu diesem „Projekt Alpha“ zwischen Mensdorff-Pouilly und Schieszler noch Leistungen für die Zukunft vereinbart wurden oder nicht. Ich kann es auch nicht sagen, ich war zu dem Zeitpunkt auch nicht mehr da, sondern für mich war das ein Teil, Altlasten abzudecken.

Und – jetzt muss ich vielleicht schon noch ausholen –: Es passiert sehr oft, dass Leistungen für bestimmte Akquisitionsprojekte und dergleichen unter einem ganz anderen Codenamen oder sonstigen Projekt geführt werden, weil man als börsennotiertes Unternehmen nicht immer in der Lage ist, zu sagen, das ist für das Projekt XY, denn dann wären Sie vielleicht sogar ad-hoc-pflichtig. Also so ungewöhnlich ist es nicht, dass man Leistungen in Verträgen verpackt, die nicht ursprünglich mit dem Thema etwas zu tun haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind abgelaufen. (*Abg. Petzner: Schlussfrage!*) – Sie greifen vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann frage ich umgekehrt: Halten Sie es für eine saubere, korrekte Vorgehensweise, dass in einem Unternehmen gegenüber der Buchhaltung und allen Instanzen – was auch immer – nach innen hin, in alle Richtungen es auf Basis eines Vertrages so dargestellt wird, als würde der Herr Mensdorff ausschließlich für das „Projekt Alpha“ arbeiten und dafür 1,1 Millionen € kriegen, und in Wirklichkeit sind da ganz andere Sachen hineinverpackt – „Altlasten“, wie Sie es nennen –, unter anderem auch das „Projekt Alpha“?

Halten Sie das in einem Unternehmen für eine korrekte, saubere Vorgehensweise? – Ich nicht.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, Herr Petzner, das ist Ihre Meinung. Es gibt vielleicht Gründe, warum man das tut und warum man das auch nicht tut, und wie weit so etwas geht. Es ist im Grunde genommen dahinter nichts Kriminelles zu sehen. Wir haben weder jemanden bestochen, und wir haben weder irgendwo versucht, etwas zu beeinflussen, wir haben nicht eingewirkt auf irgendeinen Amtsträger, sondern das sind Leistungen, die ausschließlich zwischen der Telekom Austria und Herrn Mensdorff-Pouilly stattgefunden haben. Und wie diese dann im Zusammenhang mit anderen Themen abgerechnet werden, ist ein Thema – Entschuldigung – privatrechtlicher Natur zwischen dem Herrn Mensdorff-Pouilly und der Telekom Austria.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ganz kurz noch: Kann es sein, dass man einfach Telekom-intern verschleiern wollte, dass Herr Mensdorff-Pouilly Lobbying-Tätigkeiten für TETRON macht, denn wir haben das parallel bei Motorola auch. Bei Motorola haben die Herren Wirth und Neureiter auch den Herrn Mensdorff **versteckt**, wie Rechtsanwalt Asner feststellt.

Kann es sein, dass ein Grund dafür, den Überraschungsei-Inhalt TETRON in eine „Projekt Alpha“-Schokolade zu verpacken, war, dass man nicht wollte, dass man weiß – nach innen und dann möglicherweise auch nach außen –, dass Herr Mensdorff in der Causa TETRON für die TA aktiv ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, es geht nicht ums Verpacken, denn ich habe hier offen gesagt, warum es passiert ist und wie es passiert ist. Und ich habe damals Herrn Schieszler ersucht, aufgrund dieser Altlasten, auch in Bezug auf das Projekt TETRON, das Thema entsprechend abzurechnen.

Noch einmal: Ich war bei der endgültigen Gestaltung der Verträge nicht dabei, ich weiß nicht, warum es so passiert ist, aber der Grund war für mich immer der gleiche.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also eine Verantwortlichkeit gibt es seitens der Geschäftsführung schon noch: Die Republik ist Eigentümerin der ÖIAG. Die ÖIAG hat einen Aufsichtsrat bestellt.

War es aus Ihrer Sicht möglich, dass der Aufsichtsrat seinen Kontrollpflichten gegenüber der Telekom nachkommen könnte, wenn in Verträgen Leistungen abgerechnet werden, die überhaupt nicht thematisiert sind oder vorkommen? (*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, Sie sollten sich vielleicht die Struktur der Telekom Austria genau anschauen. Das war nicht die ÖIAG als Eigentümer, sondern es war die **TA Group**, die im Grunde genommen der Eigentümer der TATA ist. Also der Aufsichtsrat besteht dann aus dem Vorstand der Gruppe und nicht der ÖIAG-Vorstände. Das heißt, das ist ein reines internes Thema der Telekom Austria. Das sind Verträge, wie sie intern Dutzende Male durchgeführt werden, und wenn man jeden Auftrag, den man extern vergibt, auch durch den ÖIAG-Aufsichtsrat, also durch den Aufsichtsrat der Telekom-Austria-Gruppe „schleift“, dann wird das ein sehr zeitaufwendiges Thema. Das ist im Tagesgeschehen des Vorstands, und der hat auch das Risiko, zu beurteilen, macht er das oder macht er das nicht; der unterliegt ja den ganz normalen Compliance-Regelungen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Aber Aufsichtsräte haben trotzdem Prüfrechte, insgesamt für eine Gesellschaft. (**Mag. Fischer:** *Absolut!*) Sie hätten ja Sonderprüfungen beauftragen können. Ich glaube, insofern ist auch dieses Rechtsgeschäft den Prüfbefugnissen des Aufsichtsrates unterlegen, wenn auch nicht direkt. – Geben Sie mir da recht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Jeder Aufsichtsrat, welcher Ebene auch immer, hat die Möglichkeit, in ein Unternehmen hineinzuschauen und auch Sonderprüfungen zu verlangen, wenn er den Verdacht hat, dass irgendetwas schiefgeht.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ist dieser Vertrag mit „Alpha“ so ausgestaltet, dass im Rahmen einer Sonderprüfung für den Aufsichtsrat oder die Prüfer erkennbar gewesen wäre, dass da Leistungen für die TETRON abgerechnet wurden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Diese Vorgangsweise, dass es Verträge gegeben hat, wo eben Leistungen abgerechnet worden sind, die aber nicht Vertragsgegenstand sind, ist in Ihrer Vorstandstätigkeit üblich gewesen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist jetzt wieder sehr subjektiv. Ich will nicht sagen, dass sie **üblich** sind, aber es gibt Möglichkeiten und auch Notwendigkeiten, einen derartigen Weg einzuschlagen. Aber es ist nicht die Praxis, und es ist auch nicht die Regel.

Ich möchte aber noch etwas dazu sagen: Jeder dieser Aufträge ist im internen Kontrollsyste m vorhanden. Sie können ihn jederzeit anschauen. Es hätte auch ein jeder nachfragen können. Wieso wäre es denn dann nachträglich zu dieser großen Diskussion mit dem Herrn Schieszler und seinem Abgang aus der Telekom Austria gekommen? Es ist ja so, dass das Kontrollsyste m funktioniert haben muss, denn sonst wäre es ja nicht passiert.

Also im Grunde genommen hat die ganze Kette schon funktioniert. Es war im Kontrollsyste m, es war im SAP-System. Man hätte nachvollziehen können, welche Leistungen wann zu welchem Zeitpunkt erbracht wurden. Und es ist überhaupt kein Problem, zu erklären, **warum** welche Leistungen in welchen Rechnungen und Aufträgen verpackt sind.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wie soll ich im internen Kontrollsyste m, wo die Verträge drinnen sind, nachvollziehen können, wenn Sie da schreiben, die Auftraggeber im „Projekt Alpha“ zu beraten – und da war das „Projekt Alpha“ determiniert –, dass damit aber TETRON abgerechnet wird?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Indem Sie sagen: Jetzt hätte ich ganz gern die Leistungen oder den Inhalt der Leistungen gesehen, die aus diesem Vertrag herauskommen. – Das kann eine interne Revision ja immer machen. Sie kann sagen: Okay, wo gibt es Leistungen?

(*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Dann hätten Sie TETRON als Leistung angegeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, wahrscheinlich – sicher sogar. Ich habe ja auch keinen Grund, es zu verschleiern.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Dann springen wir kurz zurück. Da jetzt in diesem Vertrag Leistungen im Zusammenhang mit TETRON abgerechnet worden sind, insgesamt geht es um 1,1 Millionen: Wie hoch war das Leistungsvolumen, das mit Mensdorff im Zusammenhang mit TETRON abzurechnen war? Sie müssen ja in irgendeiner Form dem Herrn Schieszler gesagt haben, wie hoch dieser Bonus für den Herrn Mensdorff und wie hoch der Anteil von den 1,1 Millionen war.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Der Bonus war in der Größenordnung von einigen Hunderttausend Euro. (*Abg. Mag. Schickhofer: Wie viel?*) – Von einigen Hunderttausend Euro.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Können Sie uns sagen, wie viel Hunderttausend Euro ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Einige. Ich habe gesagt: einige. Ich habe nicht gesagt eine, sondern **einige** Hunderttausend Euro.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das können 200 000 oder 900 000 sein.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, das sind keine 900 000, und es sind auch keine 200 000. Es ist irgendwo in der Größenordnung ...

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also zwischen 200 000 und ... – Sie können es ja sagen. Wissen Sie, wie viel ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß nicht mehr ganz genau, wie es war. Das liegt jetzt acht Jahre zurück, aber vielleicht waren es 500 000 €. Irgendetwas in der Größenordnung. Ich habe keine Ahnung mehr.

Da aber auch andere Leistungen passiert sind – wie ich vorher schon zu erklären versucht habe, beispielsweise was Herr Mensdorff-Pouilly an Aufträgen an uns herangebracht hat und er an Leistungen, an Stunden da erfüllt hat –: Ich habe damals Gernot Schieszler – und er wird es nicht einmal bestätigen können, weil es der Wahrheit entspricht – auch nicht gesagt, um welche Summen es geht, ich habe nur gesagt, es gibt die Altlasten aus dem TETRON-Projekt und die Abrechnung dieser alten anderen Themen, die er uns zur Verfügung gestellt hat. Und Herr Schieszler – so weit kannten wir uns – hat gesagt: Nein, er klärt das mit ihm. Er wird versuchen, das Thema mit ihm insofern zu bereinigen und die Altlasten zu bezahlen, und er wird einen Auftrag mit ihm durchführen, wo dann diese Leistungen mitverpackt werden können. – Das war es.

Ich habe mich dann auch wirklich nicht mehr darum gekümmert.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben dem Herrn Schieszler gar nicht genau gesagt, wie hoch die Summe ist, die er mit dem Herrn Mensdorff über „Alpha“ abwickeln muss?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe vorhin zu erklären versucht, dass es mir nicht unlogisch erschienen ist, dass die Summe so hoch ist, noch dazu mit einer 300 000-€-Erfolgsprämie, weil ich davon ausgegangen bin, dass für das „Projekt Alpha“ dann in dem Zusammenhang doch Tätigkeiten durchgeführt werden – denn sonst mache ich so eine Art des Vertrages nicht –, aber alle anderen Themen mit inkludiert sind. Das war meine Ausgangsbasis.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also 500 000 € TETRON, weitere kleinere Themen und ... (**Mag. Fischer:** *Das ist jetzt Ihre Interpretation! Ich habe das nicht gesagt!*) Sie haben gesagt, in etwa 500 000. (**Mag. Fischer:** *Genau so ist es!*)

Irgendeine Größendimension muss man ja haben, weil es ein Unterschied ist, ob ich zum Beispiel 50 000 € über ein 1,1-Millionen-Projekt abwickle oder die Hälfte des gesamten Auftragsvolumens, wobei es eigentlich mehr ist, denn 800 000 war das reguläre Auftragsvolumen, und der Rest war Erfolgsprämie.

Die Verhandlungsposition – Sie wollten nicht im Konsortium sein, Sie waren lieber Lieferant – ist betriebswirtschaftlich relativ gut nachvollziehbar. Man verhandelt da wahrscheinlich im Regelfall und sagt: Wenn ich im Konsortium bin, dann möchte ich als Unternehmen natürlich mehr Profit machen. Wenn ihr mich nur als Lieferanten nehmt, dann sind unter Umständen die Produkte billiger. In diesem Sinne haben Sie für die weiteren Verhandlungen, was Businesspläne, Vertragskonstruktionen betrifft, Mensdorff beigezogen und nicht irgendeinen Wirtschaftsanwalt oder eine Steuerberatungskanzlei. Sie haben 500 000, unter Umständen, in dieser Größendimension, zur Verfügung gestellt.

Welches Verhandlungspouvoir haben Sie Herrn Mensdorff-Pouilly für die Verhandlungen mit Motorola und Alcatel mitgegeben, um sie zu überzeugen, dass dieser Weg der richtige wäre?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich verstehe die Frage nicht. Was heißt: „dass dieser Weg der richtige wäre“?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Dass Ihr Weg der richtige wäre, dass Sie nur Lieferant sind und nicht Mitglied des Konsortiums. – Welches Verhandlungspouvoir hat Herr Mensdorff-Pouilly da gehabt, Alcatel und Motorola zu überzeugen, dass diese Position dann akzeptiert worden ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Noch einmal – ich glaube, es ist relativ einfach –: Man gibt einem Menschen einen Auftrag und sagt: Kannst du ein Problem beseitigen? Ich will nicht im Konsortium sein, aber ich will **Lieferant** sein! – Das ist ganz einfach.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Na ja, das hat schon eine Relevanz. Also wenn ich einfach sage: Ich habe ein Problem X, und ich zahle dafür 500 000 €, löse es mir!, dann ist es, glaube ich, juristisch Eventualvorsatz, wenn ich sage: Es ist mir total wurscht, es gibt mögliche strafbare Handlungen, die passieren könnten, aber Hauptsache, er schafft dieses Ergebnis!

Ich möchte einfach von Ihnen wissen: Wie kann er das erreicht haben? – Das müssen Sie ja nachbesprochen haben: Warum gelingt Herrn Mensdorff-Pouilly, etwas zu argumentieren, was Ihnen als **Vorstand** nicht gelungen ist?

Ist Ihnen das 500 000 € wert, oder hat er unter Umständen – und das ist jetzt eine persönliche Einschätzung oder Frage – diese 500 000 € eingesetzt, um gegenüber dem Vertragspartner Motivationsleistungen oder Jagden, oder wie auch immer, zu erbringen? Und haben Sie das akzeptiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, da müssen Sie Mensdorff-Pouilly und nicht mich fragen. Ich habe mit ihm eine Vereinbarung gehabt, und die Vereinbarung und deren Inhalt haben wir, glaube ich, hier jetzt schon ziemlich lange diskutiert. Er hat diese Vereinbarung so umgesetzt. Und die Entscheidung, ob ich Konsortialpartner oder Lieferant sein will, das ist damals schon in meinem Entscheidungsbereich gelegen und nicht in dem von irgendjemand anderem.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie wollten Lieferant sein (**Mag. Fischer**: *Genau so ist es!*) und haben gesagt: Herr Mensdorff, wenn Sie es schaffen, dass ich nur Lieferant bin, dann bekommen Sie 500 000 €, oder in etwa 500 000 €.

Waren solche Partnerschaften mit Beratungsunternehmen sonst auch üblich (**Mag. Fischer**: *Jetzt kommt der Hochegger!*), wo Sie gesagt haben, wenn ein gewisses betriebswirtschaftliches Ziel, das wir auf Vorstandsebene nicht verhandeln können, erreicht wird, dann zahlen wir, ohne Leistungsnachweis, die Summe X?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wenn es darum geht, dass man bestimmte Lobbyisten zu bestimmten Themen mit einem bestimmten Ziel einsetzt und das Ziel erreicht wird, dann ist für mich die Aufgabe erledigt. Das ist, glaube ich, das Wichtigste.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Es wird nicht nachgefragt, welche Mittel die Lobbyisten einsetzen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also ich habe die Mittel nicht eingesetzt, und ich habe immer wieder – vielleicht sollte man das auch nachlesen – gesagt: Wir haben **nie** jemanden bestochen. Wir haben diese Mittel **nie** eingesetzt, um einen Amtsträger oder sonst irgendjemanden in dem Zusammenhang zu beeinflussen. Das war für uns wichtig, dass da **keine Straftat** durchgeführt wird.

Und was Mensdorff-Pouilly sonst gemacht hat, ist mir, ehrlich gesagt, egal.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Darum will ich ja mit Ihnen den Eventualvorsatz herausarbeiten. Sie haben als Telekom direkt **nie** jemanden bestochen. Sie haben aber Herrn Mensdorff 500 000 € gegeben und haben gesagt: Es

ist uns egal, wie du das Ziel erreichst; Hauptsache, du erreichst es, dann kriegst du 500 000 €! (*Mag. Fischer: Und?*) – Und? Ach so, das ist wurscht? Also das ist Ihre Unternehmensphilosophie gewesen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das hat mit Unternehmensphilosophie nichts zu tun. Es geht darum: Wie beschäftige ich einen Lobbyisten? Noch einmal: Das Einzige, was für mich interessant ist, ist, ob es da eine Straftat gibt oder nicht. Wie er das macht, ob er mit fünf Leuten redet, mit hundert Leuten redet, drei Jagden veranstaltet, ist mir so etwas von egal.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Aber Ihnen war es auch wurscht, ob er eine Straftat begeht oder nicht? **Ing. Mag. Rudolf Fischer:** Ich habe gerade gesagt, es geht darum, dass wir immer wieder bei all diesen Themen, wo wir Lobbyisten verwendet haben – das trifft genauso den Herrn Hochegger wie auch den Herrn Mensdorff-Pouilly –, es ging immer darum und es wurde festgehalten: ***keine Straftat!*** Wir bestechen niemanden! – Wir haben keinen Amtsträger beeinflusst. Wir haben weder einen Minister gekauft noch sonst irgendwas. Und der Rest, ob es Einladungen sind, Sponsorings sind – Entschuldigung! –, das ist normales Business.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Aber kontrolliert, was er dann getan hat, haben Sie nie, oder?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Na, wie hätte ich denn das tun sollen?!

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie hätten ihn ja immerhin fragen können! (*Mag. Fischer: Okay, ... – Ich frage ihn!*) Ich bin vielleicht ein junger Betriebswirt und mich interessiert es halt, wenn ich jemandem 500 000 € zahle und diese Zahlung fällig wird, dass man zumindest nachfragt: Wie haben Sie denn das erreicht? Mit welchen Personen haben Sie gesprochen?

Er hat das Ziel erreicht! – Ich meine, jetzt kann man eh sagen, das ist da irgendwie die Fahrlässigkeit. Da können sich jetzt die Juristen streiten. Aber letztlich war es Ihnen wurscht, wie er es erreicht hat, und Sie haben es jedenfalls nicht kontrolliert. Oder haben Sie gesagt: Bitte, strafbare Handlung dürfen Sie keine begehen, aber Sie können sich sicher sein, dass wir Sie nicht kontrollieren!?

Das ist vielleicht jetzt eine persönliche Einschätzung, aber trotzdem als Frage (*Mag. Fischer: Das würde ich jetzt auch so sagen. Das würde ich jetzt auch so formulieren!*) formuliert: War Herrn Mensdorff klar, dass seitens der Telekom nicht kontrolliert wird, wie die Zielerreichung erfolgt ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es war ihm nicht klar – wenn Sie das wissen wollen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Herr Mensdorff-Pouilly musste davon ausgehen, dass Sie ihn nachprüfen? (*Mag. Fischer: Absolut!*) – Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr. Das spricht eh für sich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Damit sind wir mit der ersten Runde und gewissen Vorgriffen zu Ende. Es bestand der Wunsch auf eine Fraktionsrunde, um die weitere Vorgangsweise kurz zu akkordieren. Wenn dieser Wunsch weiter aufrecht ist, mache ich das; sonst setzen wir einfach fort. (*Abg. Dr. Pilz: Nur: Der Kollege Pendl dürfte gerade nicht da sein.*) Ja, der Kollege Pendl ist draußen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich persönlich brauche jetzt keine Fraktionsführerbesprechung. Ich bin für die zügige Fortsetzung der Befragung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es sonst noch irgendwelche Anregungen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir können es auch nach der Befragung von Mag. Fischer kurz machen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Also wir setzen einfach fort und beginnen mit der zweiten Runde.

Restfragezeit Pilz von der ersten Runde 1 Minute.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde sehr schnell sprechen.

Herr Mag. Fischer! 1,1 Millionen €, „Projekt Alpha“, an Mensdorff-Pouilly. Es sind bei Mensdorff-Pouilly bei Hausdurchsuchungen Unterlagen beschlagnahmt worden, handschriftliche Unterlagen, aus denen meiner Meinung nach hervorgeht, dass es sich insgesamt um 1,4 Millionen € handelt.

Und zwar: Mensdorff-Pouilly hat selbst bei einer Befragung identifiziert, dass hier in der handschriftlichen Aufzeichnung „TA: 1,4“ „TA“ „Telekom Austria“ heißt.

Da gibt es einen Pfeil: MPA Budapest Retainer – das sind die 1,1 Millionen.

Und dann gibt es einen weiteren Pfeil, und der wird für die weiteren Untersuchungen noch entscheidend sein: CFU direkt. – Das sind offensichtlich weitere 300 000 €. „CFU“ ist, wenn Sie ins Firmenbuch schauen, die CFU – damals hat sie so geheißen – Unternehmensberatungs und Beteiligungs GmbH; Alleineigentümer: Christoph Ulmer, Alleingeschäftsführer: Christoph Ulmer.

Wissen Sie etwas über Zahlungen der Telekom Austria AG an Christoph Ulmer? (**Mag. Fischer: Nein!**) – Können Sie ausschließen, dass es solche Zahlungen direkt oder indirekt gegeben hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann nichts ausschließen, aber von mir wurden sie nicht freigegeben, und ich weiß auch nichts von diesen Zahlungen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber Sie können es nicht ausschließen.

Ich sage Ihnen, was wir versuchen müssen in diesem Untersuchungsausschuss herauszukriegen aus den Unterlagen, die angefertigt worden sind von einem gewissen Roland Kainzinger, von Young & Rubicam, der versucht hat, die Mensdorff-Buchhaltung in Ordnung zu bringen, und, nachdem er das geschafft hat, zwei Monate später bei einem Jagdunfall tödlich verunglückt ist.

Dieser Roland Kainzinger hat das festgehalten. Und da steht eben unter: Pfeil **MPA Budapest Retainer**. Pfeil **CFU direkt**.

Da geht es offensichtlich um 300 000 €. Jetzt kann „CFU direkt“ zweierlei heißen: Entweder es hat eine direkte Zahlung von der Telekom Austria an Christoph Ulmer und seine CFU gegeben – oder Mensdorff-Pouilly hat direkt das Geld nicht über die MPA, sondern persönlich Herrn Ulmer übergeben und es vorher von der Telekom bekommen.

Das müssen wir zu klären versuchen: Was war der Weg? Wie hat da möglicherweise Ulmer extra 300 000 € erhalten?

Und deswegen versuche ich mit Ihrer Hilfe zu klären: Hat es irgendeinen Titel gegeben – denn das ist die eine Erklärungsmöglichkeit –, unter dem Mensdorff-Pouilly noch einen weiteren Auftrag von der Telekom erhalten hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit mir bekannt ist, nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann bleibt die zweite Möglichkeit: dass es eine Beauftragung der CFU GmbH gegeben hat. Und dazu – das haben Sie ja schon

gesagt – haben Sie keine Wahrnehmungen; ausschließen können Sie es nicht. – Okay, das zu dem Punkt. Da müssen wir dann andere Auskunftspersonen fragen.

Letztes: Woher kennen Sie den Herrn Himmer? Sie waren doch selbst einmal bei Alcatel beschäftigt. Ist das richtig? (*Mag. Fischer: Richtig, ja!*)

Kennen Sie Herrn Himmer noch aus Ihrer Alcatel-Zeit?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja.

(*Obfrau Dr. Moser: Die Fragezeit ist schon überschritten!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war eigentlich das Wichtigste, das ich wissen wollte. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit ist alles geklärt. Abgeordnete Tamandl kann in die zweite Runde einsteigen, falls sie es für notwendig hält. (*Abg. Mag. Tamandl: Keine weiteren Fragen!*)

Damit geht es weiter zu Herrn Abgeordnetem Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mag. Fischer! Dass zwischen Ihrer Wahrnehmung und der Wahrnehmung von Herrn Mensdorff-Pouilly für einen Außenstehenden, der allerdings lesen und hören kann, Unterschiede bestehen, wurde schon in der letzten Runde anhand eines Beispiels aufgezeigt.

Ich möchte Sie daher jetzt noch mit ein paar Aussagen von Herrn Mensdorff-Pouilly in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 21.9.2011 konfrontieren, und zwar immer dann, wenn Sie namentlich ins Spiel kommen.

Herr Mensdorff-Pouilly sagt – ich zitiere –:

Auf Nachfrage ist es mir erinnerlich, dass die Telekom in Bulgarien eine Festnetzgesellschaft kaufen wollte, dann aber das Angebotsverfahren, ich glaube, gegen die Griechen verloren hat. Mag. Fischer hat mich dann beauftragt, zu ermitteln, warum die Telekom nicht zum Zug gekommen sei. –

Und er sprach dann entweder mit Personen oder sonst was, er weiß zwar nicht mehr, mit wem.

Meine Frage: Können Sie sich an diesen Auftrag erinnern, dass Sie diesen erteilt haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern, Herr Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Schließen Sie es aus? (*Abg. Petzner: Der Pilz ...!*)

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich will auch nichts ausschließen. Aber wir haben wirklich oft so viele Themen diskutiert, dass ... – Ich kann es wirklich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Weil gerade ein Zwischenruf vom Kollegen Petzner war: Können Sie ausschließen, dass der Herr Pilz jetzt gerade eine Pressekonferenz gibt?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Es steht jedem Abgeordneten frei, dass er Presseerklärungen abgibt. Nur, ehrlich gesagt, dass dann Mitarbeiter jetzt anfangen, in der aufrechten Sitzung da Einladungen auszusprechen, das finde ich von der Vorgangsweise her doch ein bisschen eigenartig.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, also – Herr Abgeordneter Pilz ist schon wieder anwesend –: In Zukunft bitte keine Einladungen durch Mitarbeiter.

Wir setzen fort mit der Befragung durch Herrn Abgeordneten Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nächstes Zitat aus dieser Einvernahme:

Als Beispiel fällt mir etwa auch Tschechien ein. Dort, glaube ich, 2006 oder 2007, bot die Telekom neben vier anderen Bewerbern, und die tschechische Regierung zog schließlich das Angebot zurück, weil alle zu wenig geboten hätten.

Die anderen Anbieter, zum Beispiel die Deutschen, hätten aber schon wieder viel mehr Informationen, wie es weitergehen würde, die Telekom jedoch nicht. Dies war der Grund, warum Mag. Fischer auf mich zukam und meinte, ich müsse etwas machen. – Zitatende.

Können Sie sich an dieses Projekt erinnern?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nicht wirklich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aus seiner weiteren Einvernahme – Zitat –:

Bis Ende 2007 war ich in dieser Form für die Telekom tätig. Ich sprach dann aber Mag. Fischer darauf an, dass ich nun 3 Jahre ohne Bezahlung für die Telekom tätig war und durch meine Tätigkeit die Telekom viel Geld gespart hat. –

Das merkt man anhand der Überweisungen, nicht wahr?

Ich zitiere weiter aus der Einvernahme von Herrn Mensdorff-Pouilly:

Ich habe der Telekom zum Beispiel ausgeredet, für gewisse Unternehmen zu bieten, weil ich es für aussichtslos hielt. Ein konkretes Beispiel fällt mir gerade nicht ein, aber wahrscheinlich weiß es Mag. Fischer besser, weil es **sein** Geschäft war. Mag. Fischer meinte dann, er werde nachdenken. Ich sagte aber, ich werde für die Telekom nichts mehr machen, bis er bezahlt. – Zitatende.

Frage: Wie viel Geld hat Herr Mensdorff-Pouilly der Telekom Austria erspart aufgrund seiner Beratungstätigkeit?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann diese Frage sehr schwer beantworten, wahrscheinlich überhaupt nicht.

Ich möchte das jetzt noch einmal festhalten: Die Leistungen, die ich mit ihm abgerechnet habe, Teile, die diesem Betrag zugrunde liegen, haben sich mit der Aufarbeitung des Themas TETRON beschäftigt, nämlich die Geschichte mit dem Konsortial-Thema. Herr Mensdorff-Pouilly ist in der Folge des Öfteren zu mir gekommen, hat mir auch Projekte vorgestellt, hat mir Möglichkeiten gegeben, Projekte zu evaluieren im Zusammenhang mit alternativen Netzbetreibern und dergleichen. Er hat da sicher einige Stunden oder viel Arbeit investiert, um auch sozusagen diese Altlast TETRON irgendwie abdecken zu können.

Wir haben dieses Thema eigentlich nie zu einem Abschluss gebracht im Zusammenhang mit der Abgeltung dieser Leistungen. Das hat sich halt über die Jahre hinweggezogen. Es ist auch nie irgendetwas passiert in einer konkreteren Zusammenarbeit. Und im Wesentlichen dann bei meinem geplanten Ausscheiden aus der Telekom – wie gesagt, ich kann das nur mehr wiederholen – habe ich damals den

Gernot Schieszler ersucht, diese Altlasten, die sich auf diese Themen bezogen haben, mit dem Herrn Mensdorff-Pouilly abzurechnen. Dann kam es zu dieser Vertragsgestaltung mit dem „Projekt Alpha“.

Mehr kann ich dazu gar nicht sagen. Ich glaube, das erklärt eh schon alles.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt war die Problematik bei Zahlungen, wenn der Herr Alfons Mensdorff-Pouilly dort irgendwo auftrat, dass – wie es zum Beispiel bei TETRON der Fall war, wo interessanterweise der Herr Ulmer dann mit dem Herrn Wirth gemeinsam auftrat – dann der Vorschlag kam, dass es über den Herrn Mensdorff-Pouilly abzuwickeln sei. Dann haben Motorola und Alcatel auch Zahlungen geleistet über eine Firma Valurex, an der Mensdorff-Pouilly größtes Interesse hatte.

Es gibt da eine Aussage von Herrn Schieszler, der gemeint hat, dass der Herr Himmer – eine weitere Auskunftsperson – schon gedrängt hätte, dass die Telekom endlich auch ihre Verpflichtung gegenüber dem Herrn Mensdorff-Pouilly, gegenüber MPA erfüllen möge, weil Alcatel und Motorola diese ihrerseits schon erfüllt hätten.

Haben Sie zu dieser Aussage von Herrn Schieszler irgendeine Wahrnehmung, dass Sie darauf angesprochen worden wären?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein. Ich habe das nur den Medien entnommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zusammenfassend: Sie sagen, Ihres Wissens war Mensdorff-Pouilly lediglich lobbyierend tätig, damit Sie nicht im Konsortium aufscheinen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aus unserer Sicht ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aus *Ihrer* Sicht? (**Mag. Fischer:** Ja!) – Aus „unserer“ – da weiß ich nicht, wen Sie damit meinen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aus der Sicht der Telekom Austria. Die Aktivitäten der Telekom Austria haben sich ausschließlich auf das Thema TETRON, Konsortium und die Gestaltung des Konsortiums bezogen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und die anderen Passagen, wo Sie namentlich erwähnt werden: mit tschechischem Geschäft, wo Sie nicht zum Zug kommen, warum die Griechen in Bulgarien etwas bekommen haben, wie viel Geld Mensdorff-Pouilly Ihnen erspart hat, also diese Aussagen, wo er über Gespräche mit Ihnen spricht ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist ja auch zum Teil passiert, Herr Rosenkranz. Wir haben ja miteinander gesprochen. Er hat ja auch Projekte an mich herangetragen. Nur kann ich heute nicht mehr sagen, ob es jetzt Bulgarien war. Und ich habe ihm ja auch nicht wirklich einen Auftrag gegeben, sondern er war bemüht, Lösungen zu finden, wie wir auch die Leistung, die wir bei TETRON gemeinsam vereinbart haben, irgendwie abrechnen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na ja, wenn er eine Leistung erbracht hat, warum muss er dann etwas anderes tun, damit er eine Leistung rechtfertigt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Mensdorff-Pouilly wollte es damals nicht unter dieser Bezeichnung laufen lassen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Er wollte damals mit TETRON *nicht* in Verbindung gebracht werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann möglich sein, ja. Das ist aber meine private Vermutung zu diesem Thema.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir haben jetzt auch ein Gespräch miteinander gehabt, aber ich werde Ihnen trotzdem keine Leistungen verrechnen. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ganz kurz anschließend an das, was Kollege Rosenkranz gesagt hat: Schieszler sagt – Zitat laut Angaben von Mag. Gernot Schieszler aus einem Justizdokument –, es handle sich bei dieser Zahlung – also bei der Zahlung an den Mensdorff-Pouilly im Rahmen des „Projekts Alpha“ – um eine Altschuld der Telekom Austria gegenüber Mensdorff-Pouilly, die im Zusammenhang mit der Ausschreibung TETRON/Digitalfunk gestanden habe.

Es ist im Prinzip nicht falsch, was der Herr Schieszler da sagt? (*Ing. Mag. Fischer: Richtig! Ja!*) Abgesehen davon, dass auch andere Dinge hineinverpackt wurden.

Dann sagt Herr Schieszler weiter – und das ist jetzt die Frage, weil Herr Himmer heute auch noch zu Gast bei uns ist –, nach Aussage von Mag. Gernot Schieszler aber habe sich der Vorstand der Alcatel, Mag. Harald Himmer, wiederholt erkundigt, wann seitens der TA die ausständige Zahlung an Mensdorff-Pouilly geleistet werden würde; die Alcatel hätte ihren Teil schon längst erledigt.

Das heißt, der Herr Himmer hat da offensichtlich immer nur mit dem Herrn Schieszler gesprochen, ab er nie mit Ihnen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Mit mir hat Herr Himmer über dieses Thema nicht gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals mit dem Harry Himmer im Zusammenhang mit dem TETRON-Projekt Kontakt gehabt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zwangsläufig, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das klingt aber nicht sehr begeistert.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein! „Zwangsläufig“ – das meine ich nicht negativ, sondern natürlich im Rahmen des Projektes.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Worum ging es da unter anderem? Welche Position hat denn der Herr Himmer da immer vertreten?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Im Detail kann ich es nicht mehr sagen. Das Thema ist im Grunde genommen dann eigentlich positiv abgewickelt worden. Es ist zwar positiv im Sinne der Etablierung des Systems, es ist **nicht** positiv im Sinne der Gesamtnutzung des Systems, weil es ja wesentlich breiter geplant war, als es jetzt tatsächlich eingesetzt wurde.

Aber im Endeffekt sind es ganz normale Themen gewesen: Wie geht es dem Projekt? Gibt es irgendwelche Probleme? Und sonstige Sachen. Nichts Ehrenrühriges, sondern ganz normale Themen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also es waren da nie politische Zusammenhänge ein Thema?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, überhaupt nicht!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine kurze Frage noch: Haben Sie jemals mit Harry Himmer zusammen eine Studie verfasst unter dem Titel „**Global Hero – Local Chances, Breitband und seine Bedeutung für Österreich**“?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das muss ein Buch sein. (*Abg. Petzner: Bitte?*) Das ist ein Buch, glaube ich, oder?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese da nur vor aus einem Amtsvermerk der Justiz, und die schreiben da, dass offensichtlich Mag. Rudolf Fischer und Mag. Harald Himmer zusammen eine Studie verfasst haben im Umfang von 115 Seiten. – Ist das korrekt oder nicht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ohne weiteres möglich sein, ja.

Ich glaube, Sie wissen genau, wie so etwas funktioniert: Ein Mitarbeiter schreibt etwas, man macht ein gemeinsames Projekt. Dann kommt ein Ergebnis heraus. Und dann stehen oben der Herr Sowieso und der Herr Sowieso.

Ich habe das sicher nicht selber geschrieben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kurz zusammenfassend: Können Sie jetzt ganz konkret irgendwelche Leistungen nennen, die Herr Mensdorff-Pouilly für das **Projekt Alpha** erbracht hat – oder müssen wir das alles den Herrn Schieszler fragen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das sollten Sie den Herrn Schieszler fragen, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es ist schon korrekt, dass Sie den Vertrag gemeinsam mit Herrn Schieszler unterschrieben haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das habe ich auch bestätigt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben das nie hinterfragt, denn Vertragsgegenstand 1,1 Millionen € war ja ausschließlich das „Projekt Alpha“? Sie haben da nie nachgefragt, obwohl Sie einen Vertrag in Höhe von 1,1 Millionen € zum „Projekt Alpha“ an den Herrn Mensdorff-Pouilly unterschrieben haben, welche konkreten Leistungen denn der Herr Mensdorff-Pouilly für das „Projekt Alpha“ erbringt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vielleicht sollte ich noch einmal ins Detail gehen: Die 1,1 Millionen € setzen sich zusammen aus mehreren Themen, auch aus der Altlast von TETRON und sonstiger Projekte. Man zitiert immer so leicht die 1,1 Millionen €, aber da stecken ja auch andere Themen drinnen.

Das „Projekt Alpha“, das dann im Endeffekt abgerechnet wurde, wurde schlussendlich zu einem Zeitpunkt abgerechnet, wo ich schon sechs Monate nicht mehr im Unternehmen war. Also fragen Sie bitte Herrn Schieszler, wie abgerechnet wurde!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wollte ich nur einmal klargestellt haben: Also alles, was das „Projekt Alpha“ betrifft, müssen wir den Herrn Schieszler fragen, Sie haben da keinerlei Wahrnehmung dazu.

War Ihnen bekannt, und wenn ja, seit wann, dass der Herr Mensdorff-Pouilly in der Causa TETRON nicht nur für die Telekom Austria im Zuge des „Projektes Alpha“ aktiv war, sondern auch für die Alcatel – 720 000 € – und auch für die Motorola in der Höhe von rund 2 Millionen €?

War Ihnen bekannt, dass Herr Mensdorff-Pouilly da an allen Ecken und Enden im Zusammenhang mit der Causa TETRON aktiv ist und von allen Seiten Gelder kassiert – oder haben Sie von diesen Aufträgen von Alcatel an Mensdorff-Pouilly beziehungsweise von Motorola an Mensdorff-Pouilly nichts gewusst?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe es auch nur aus den Medien nachträglich erfahren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie haben es erst jetzt im Zuge der ...
(Mag. Fischer: Ja!) Das war Ihnen zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt?
(Mag. Fischer: Nein!)

Das hat auch der Herr Mensdorff-Pouilly nie gesagt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe auch nicht gefragt, um ehrlich zu sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mensdorff-Pouilly hat von sich aus nie berichtet: Ich bin in der Causa TETRON noch dort und dort aktiv!? (***Mag. Fischer: Nein!***) – Schlussfrage: Wie würden Sie jetzt die Leistungen des Herrn Mensdorff-Pouilly beurteilen: Waren seine Leistungen, die er im Zuge seiner Aktivitäten bei TETRON erbracht hat, ausgezeichnet? Hat sich das Investment Ihrer Meinung nach ausgezahlt? Und würden Sie den Herrn Mensdorff-Pouilly in der Folge, wenn Sie heute noch einmal die Entscheidung hätten, wieder engagieren oder nicht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Mensdorff-Pouilly hat eine Aufgabe, die ihm gestellt wurde, gelöst. Er hat sie zufriedenstellend gelöst. Und damit war für mich das Thema eigentlich erledigt.

Und die Frage, ob ich Herrn Mensdorff-Pouilly weiterempfehlen würde oder nicht, beantworte ich sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage mit dem „würden“ war eh nicht ganz konkret; passt schon.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Waren eigentlich die Steuergesetze und die Rechnungslegungsvorschriften für Sie in Ihrer Tätigkeit als Vorstand relevant?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, die sind für jedes Unternehmen relevant – oder?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Genau! Daher möchte ich eigentlich darauf hinweisen ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Entschuldigung! Was wollen Sie von mir? Wollen Sie mich jetzt genau fragen, welche Paragraphen im Steuergesetz wo stehen?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ich sage es Ihnen ganz ehrlich – ich habe dann nur mehr eine Stellungnahme –: Für mich ist es einfach unverständlich, dass es ***kein Unrechtsbewusstsein*** im Zusammenhang mit dem gibt, was Sie gemacht haben, dass Sie ohne Vertragsgrundlage, also dass Sie über einen Vertrag abgerechnet haben, wo TETRON überhaupt nicht vorkommt, und so tun, als wäre das absolut wurscht.

Diesen einen Aspekt will ich bringen – neben ein paar moralischen Geschichten für die Steuergesetzgebung –, denn für das Abführen von Steuern und Abgaben ist nicht irrelevant, mit welchem Partner, mit welcher Tochterfirma ich die Leistungen abrechne, zu welchem Leistungszeitraum. Hätte nämlich die Telekom die Leistung korrekt sechs Monate nach deren Erbringung abgerechnet, dann hätte der Staat die entsprechenden Steuern dafür bekommen, und zwar schon 2003 – und nicht 2008.

Abhängig davon, ob ich mit einer GmbH, mit einer KG oder anderen Partnern abrechne, gibt es steuerliche Folgen. Das hat auch Folgen für die Umsatzsteuer, für die Einkommensteuer, und daher versteh ich einfach nicht, dass Sie so tun, als wäre es Ihnen absolut wurscht, über welche Verträge welche Leistungen abgerechnet werden, weil es neben den rechtlichen Bestandteilen jedenfalls für den Staat und für den Eigentümervertreter ***nicht*** egal ist, wie Sie das abrechnen!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Haben Sie noch eine Frage?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Nein. Das war meine Stellungnahme.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Na ja, gut, das ist immer an der Grenze. Normalerweise ist zu ***fragen***.

Wir sind am Ende der zweiten Fragerunde angelangt. Gibt es noch eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben in Summe 1,1 Millionen bei dem „Projekt Alpha“. – Können Sie uns von dieser Auftragssumme in der Höhe von 1,1 Millionen € sagen, wie hoch der Summenanteil für TETRON ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein. Ich habe auch schon versucht, das dem Herrn Abgeordneten Schickhofer zu erklären. Es müsste in der Größenordnung von etwa 500 000 € gewesen sein. (*Abg. Petzner: Wie viel, noch einmal?*) In der Größenordnung von 500 000 €. (*Abg. Petzner: Für TETRON?*) – Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und die anderen Altlasten?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das weiß ich nicht genau, weil ich die Stundenaufstellung nicht habe und auch nicht genau gewusst habe, wie viel Mensdorff gearbeitet hat. Deswegen haben ich auch Gernot Schieszler darum ersucht, das Thema mit ihm abzuwickeln.

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben die Auskunftsperson Mag. Fischer zu **zwei** Beweisthemen geladen. Wir haben jetzt ausschließlich – und ich halte das auch für sinnvoll – zum Beweisthema **TETRON** befragt. Ich hätte eine ganze Reihe von auch zeitlich sehr umfangreichen Fragen zum Beweisthema Glückspielgesetz. Ich werde jetzt nicht dazu fragen, denn wir kommen heillos in Verzug, wenn wir dazu noch Fragen stellen.

Ich rege an, bei einer Fraktionsführerbesprechung dann zu klären, in welcher Form und wann wir Herrn Mag. Fischer zum **Glückspielgesetz** befragen, und ich rege auch an, zu klären, wann wir die zwei wichtigsten Auskunftspersonen zum Glückspielgesetz, nämlich den Herrn Lukasek aus dem BZÖ, der bereit ist, über alle Personen offen auszusagen, über die Rolle von Scheibner, von Westenthaler und vielen anderen, über ihre Involvierung in diese BZÖ-Schmiergeldgeschichte, und zweitens den Herrn Meischberger, befragen.

Ich rege an, das möglichst schnell bei einer Fraktionsführerbesprechung zu klären, wie wir da weiter vorgehen.

Ich werde jetzt im Zusammenhang mit dem Glückspiel – denn wir sind schon eine Viertelstunde drüber – keine Fragen mehr stellen.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Ich habe bei meiner ersten Meldung darum ersucht, dass wir nach Beendigung der Fragerunde entweder eine Geschäftsordnungsdiskussion führen oder eine Fraktionsführerbesprechung machen. Warum wir das nicht machen, kann ich nicht nachvollziehen. Ich würde also dringend ersuchen, dass wir das jetzt machen. Es ist egal, ob ich hier war oder nicht, man sollte zumindest sagen, ob man es macht oder nicht macht.

Ich halte es für zweckdienlich, dass man es macht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. – Das Problem lag nur darin: Ich habe nach der ersten Runde noch einmal gefragt, und Sie waren nicht anwesend, und die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten, das waren zwei, hat es als nicht notwendig

empfunden, zu **diesem** Zeitpunkt eine Fraktionsführerbesprechung abzuhalten. Und so bin ich vorgegangen.

Wir können dann, wenn es zeitlich passt, dem Anliegen des Abgeordneter Pilz durchaus folgen, eine Fraktionsführerbesprechung über die angesprochenen Probleme abzuhalten.

Ich weiß nicht, ob das jetzt, zwischendurch, einen Sinn hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz.*) Wir haben **eine** Wortmeldung zur Geschäftsordnung vereinbart. (*Zwischenruf des Abg. Pendl.*)

Nein. Das Problem ist: Wir sind in Zeitverzug! Ich kann natürlich die Sitzung unterbrechen. Ich unterbreche die Sitzung, wenn das die Mehrheit der Fraktionsführer möchte. Dann können wir die Fraktionsführerbesprechung abhalten. Wenn das nicht der Fall ist, dann arbeiten wir weiter im Sinne des Zeitplanes.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gibt einen Vier-Parteien-Beschluss über die Ladung des Herrn Fischer für heute zu zwei Beweisthemen, nämlich zuerst zum Thema TETRON – das haben wir jetzt abgeschlossen – und dann zum Thema Glücksspiel. Und ich bin dafür, nachdem es einen Vier-Parteien-Beschluss ganz klar dazu gibt, jetzt die Befragung mit dem Thema „Glückspiel“ zu beginnen und das Ganze nicht durch endlose Geschäftsordnungsdebatten zu verzögern. Es gibt einen Vier-Parteien-Beschluss dazu, und an den halten **zumindest wir** uns. Und **wir** wollen jetzt den Herrn Fischer zum Thema „Glücksspiel“ befragen! Punkt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das Problem ist: Normalerweise kann man sich nur einmal in der Debatte zur Geschäftsordnung zu Wort melden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende! Mir liegt die Ladungsliste vor: 9 Uhr: Mag. Fischer zum Beweisthema 3; 10 Uhr: Mag. Fischer zum Beweisthema 6.

Meine Fraktion fühlt sich sehr wohl körperlich als auch geistig in der Lage, die Besprechung zum Thema „Glücksspiel“ durchzuführen. Daher würde ich vorschlagen, das zu machen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich kann mich den Aussagen des Kollegen Rosenkranz anschließen. Ich habe natürlich nichts gegen eine Fraktionsführerbesprechung, wenn Kollege Pendl es so will. Das ändert aber nichts daran, dass wir an unserem Beschluss festhalten und die Befragung heute durchzuführen ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das ist sowieso klar. Die Beschlusslage ist, dass während der Befragung aus der Geschäftsordnungsdiskussion jetzt noch die Notwendigkeit einer Fraktionsführersitzung entstanden ist, und deswegen unterbreche ich jetzt die Sitzung. Und dann setzen wir fort in der Befragung zum Beweisthema 6, Themenbereich **Glücksspiel**. Ich weise nur noch darauf hin, dass die Auskunftsperson nur bis 12.30 Uhr Zeit hat.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(*Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.19 Uhr unterbrochen und um 11.22 Uhr als solche wieder aufgenommen.*)

11.22

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 11.22 Uhr – die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende, ist es bei Protokoll, dass der Kollege Pilz gemeint hat, er sieht sich außerstande, heute zum Thema Glücksspiel zu befragen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nach meinem Gedächtnis hat er das **nicht** zu Protokoll gegeben.

Abgeordneter Dr. Rosenkranz (FPÖ) Ich habe es so aufgefasst, dass ursprünglich Kollege Pilz gesagt hat, es ist aufgrund der Zeit sinnlos, und er kann nicht zum Thema Glücksspiel befragen. Herr Kollege Pilz ist auch jetzt nicht da. Wenn das im Protokoll so vermerkt ist, dass Kollege Pilz nicht fragen kann, dann würde ich vorschlagen, dass wir halt in der Redeordnung, in der Frageordnung fortschreiten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich kann das eruieren lassen. Nach meinem Gedächtnis hat er das informell gesagt und nicht in der öffentlichen Sitzung, aber vielleicht trügt mich mein Gedächtnis. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Also hat er es informell gesagt?*) Ich lasse das gerne überprüfen. Es war die Frage, ob das protokollarisch festgehalten ist, darum lasse ich das überprüfen. Wir gehen auf Basis dessen vor, was nachvollziehbar ist.

Wir setzen die Befragung unmittelbar fort, wenn die Auskunftsperson wieder im Raum ist, und wir wechseln über zum Bereich Glücksspiel.

(Die **Auskunftsperson** Ing. Mag. **Fischer** kommt mit der Vertrauensperson wieder in den Sitzungssaal.)

11.24

Befragung der Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer

(zu Beweisthema 6)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich muss jetzt wieder fragen, ob Ihrerseits, Herr Mag. Fischer, der Wunsch besteht, zum Bereich **Glücksspiel** ein Statement abzugeben. An sich war das eingangs möglich, allerdings kommen wir jetzt zu einer zweiten Ladung, und es bestünde für Sie noch einmal die Möglichkeit, ein Statement abzugeben. Wir wären Ihnen natürlich im Sinne der Zeitökonomie dankbar, wenn Sie darauf verzichten, aber es ist Ihr Recht. (*Die Auskunftsperson verzichtet. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Amon das Wort.*)

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mag. Fischer! Können Sie uns einleitend schildern, wie es im Jahr 2006 zur Zusammenarbeit mit Novomatic gekommen ist?

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wenn ich mich zurückinnere, glaube ich, das müsste schon 2005 begonnen haben, im Zusammenhang mit einer Idee, die, glaube ich auch, damals von Walter Meischberger gekommen ist, eine Kooperation mit der Novomatic durchzuführen. Für uns war das insofern ein Thema, weil wir speziell die Vernetzung der Terminals auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch, eigene Angebote auf unserem Portal anbieten zu können, als ganz attraktiv gesehen haben. Es gab ja damals schon die ersten Anzeichen, dass das Thema Glücksspielgesetz auch aufgrund von EU-Richtlinien oder -Wünschen geändert werden sollte, speziell auch der Aufbruch des Monopols.

Wir haben dann in der Folge, glaube ich, die ersten Gespräche gemeinsam mit der Novomatic geführt: Wie könnte eine derartige Zusammenarbeit ausschauen? Wer macht was? Und ich war dann selbst ein paar Mal bei der Novomatic, habe mir das Unternehmen angesehen, habe auch die Innovationskraft gesehen, die in dem Unternehmen steckt. Und wir wollten dann eigentlich zu dem Zeitpunkt schon sehr vehement neue Möglichkeiten und Geschäftsmodelle finden, die wir auf unser eigenes Portal bringen. Und da wäre das ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Erinnern Sie sich, wer, wie Sie sagen, 2005 sozusagen die Initialzündung für diese Kooperation gegeben hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich mich erinnern kann, muss das gewesen sein Walter Meischberger, der dann, glaube ich, auch mit Peter Hochegger gesprochen hat, und dann sind sie irgendwie gemeinsam auf uns, auf den Herrn Wohlfahrt und auf mich, zugekommen mit dem Thema.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was waren da für die Telekom die Argumente? Ich meine, Glücksspiel ist ja nicht gerade die Kernkompetenz, der Kernbereich der Telekom. Was waren die Gründe dafür, zu sagen, das ist für uns ein möglichweise interessantes Projekt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Na ja, Glücksspiel ja und nein. Natürlich ist es so, dass wir auch, wie viele andere am Portal die Möglichkeit gehabt hätten, Spiele, Glücksspiele, Wetten anbieten zu können. Aber in weiterer Folge ging es ja darum, dass wir die Möglichkeit haben, mit der Kooperation mit der Novomatic die Vernetzung all dieser Filialbetriebe möglicher Casinos, möglicher Terminals, die natürlich draußen sind, unter Umständen auch bei den Trafiken und dergleichen – das wäre für uns eigentlich ein Hauptthema des Geschäftsfeldes gewesen –, aber zusätzlich natürlich auch die Möglichkeit Themenbereiche aus dem Bereich Glücksspiel und Wetten direkt auch auf

unserem Portal gemeinsam mit der Novomatic anbieten zu können, also am Aon-Portal.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wurde eigentlich innerhalb der Telekom einmal diskutiert, warum man diese Kooperation mit der Novomatic eingeht und nicht allenfalls mit den Casinos?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wir haben ja eine bestehende Kooperation mit den Casinos Austria gehabt, die hat aber nur recht und schlecht funktioniert. Damals war man – ich will das nicht einmal sagen, ich will das weder beurteilen, noch will ich es bewerten – auf der Seite der Casinos und der Lottieren eher bedacht, das Geschäftsfeld so weit wie möglich für sich selbst zu behalten und den Partner halt nicht unbedingt zu bevorzugen in dieser Kooperation. Wir haben das auf unserem Portal zum Teil gehabt, kleine Bereiche. Aber es kam eigentlich nicht wirklich zu einer ausgedehnteren Kooperation, obwohl wir oft über diese Themen gesprochen haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wenn Sie sagen, Meischberger und Hochegger sind auf Sie zugekommen: Gab es im Zuge dieser Projektabwicklung Beraterverträge?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, wir hatten einen mit Hochegger. Und der Vertrag war unter dem Titel **Aon-Entertainment** gezeichnet, wo dann dieses ganze Thema Lobbying-Tätigkeiten und Businesspläne, Geschäftspläne und dergleichen – es war ja doch ein sehr zeitaufwendiger Prozess – abgerechnet wurde.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass es jenseits von Hochegger auch mit Meischberger einen Beratervertrag gab?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe aus den Medien darüber erfahren, aber ich wusste nicht genau, wie Hochegger Meischberger eingebunden hat in das Thema.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie schließen aus, dass Sie von ihrer Seite mit Meischberger einen Beratervertrag abgeschlossen haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich weiß, haben wir persönlich keinen Vertrag mit Meischberger gehabt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie uns schildern, wie dann die Arbeit vonstatten ging? Hat man einen Businessplan erstellt, oder wie ist man da vorgegangen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wir haben ganz am Anfang einmal das Geschäftsmodell diskutiert, auch die mögliche Partnerschaft zwischen der Novomatic und der Telekom Austria, gemeinsame Geschäftsmodelle einmal niedergeschrieben, auch Businesspläne erstellt, einmal aus der Sicht der Unternehmen: Wer macht was? Wie könnte es ausschauen? Wie könnte sich das Geschäft entwickeln?

Auf Basis dieser Geschäftspläne oder dieser Idee gab es dann das erste Gespräch, glaube ich, mit dem damaligen Finanzminister Grasser zur Vorstellung dieses Projektes. Und er hat sich das beim ersten Gespräch eigentlich einmal angehört und war weder begeistert; noch hat sich das in irgendeiner Art und Weise niedergeschlagen, sondern er hat gesagt: Ja, die Idee ist ganz gut! – Aber für ihn war es wichtig, dass im Grunde genommen hier nicht ein System zerstört wird, dass es im Wesentlichen Einnahmen für den Bund bringt.

Finanzminister Grasser war sehr wichtig, dass auf der anderen Seite die Möglichkeit besteht, dass durch einen zweiten Anbieter mit einer anderen Lizenz im Grund genommen durch die Nachfrageelastizität sozusagen das Angebot steigt und damit auch die Einnahmen für den Bund steigen. Minister Grasser hätte dem Thema nie

zugestimmt, wenn sich irgendwo sehr starke negative Änderungen auf der Einnahmeseite ergeben hätten.

Und das war dann eine Aufgabe, die wir auch noch hatten. Wir haben dann Vergleiche, glaube ich, gerechnet und geschaut, wie sich derartige Systeme unter Umständen auch in anderen Ländern ausgewirkt haben. Da haben massiv die beiden Herren Krenn daran gearbeitet. Das waren Andreas Krenn und Stefan Krenn.

Dann gab es irgendwann einmal einen komplett fixierten Businessplan, und irgendwann einmal vor dem Abänderungsantrag gab es dann noch einmal ein finales Gespräch auch mit dem Finanzministerium, mit dem Bundesminister Grasser und einer damaligen Mitarbeiterin von ihm, wo man das gesamte System noch einmal vorgestellt hat. Und dann kam es zum Abänderungsantrag.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich zu dem ersten Gespräch mit Finanzminister Grasser noch einmal zurückkommen. Erstens: Können Sie einordnen, wann dieses Gespräch ungefähr war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es müsste im Winter 2005 gewesen sein. Irgendwo in der Größenordnung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Waren zu dem Zeitpunkt die Pläne für dieses Projekt schon sehr konkret, – oder sprach man mit Grasser einmal nur über die *Idee*, das zu machen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, es gab ein Grundkonzept. Und dieses Grundkonzept hat einmal beinhaltet, wie die Partnerschaft der beiden Firmen ausschauen könnte, was wir tun und wie wir es anbieten wollen. Natürlich war auch ein Argumentarium enthalten im Zusammenhang, dass sich ja hier auch zukünftig die Gesetzgebung verändern wird müssen aufgrund der EU-Richtlinien, dass es also zu weiteren Lizenzen führen muss.

Argument war natürlich, wir wollten ein Unternehmen, wenn es erfolgreich gewesen wäre, gründen, das den Sitz in Österreich hat und nicht irgendwo in Gibraltar, sondern es ging auch darum, die Möglichkeit zu haben, dass ein österreichisches Unternehmen bei einem weiteren Vergabeprozess anbieten kann – mit Sitz in Österreich, mit der Steuerpflicht in Österreich.

Also das waren die Grundkonzepte, die wir damals mit Grasser diskutiert haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Erinnern Sie sich noch, wer bei diesem ersten Gespräch anwesend war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also sicher Herr Wohlfahrt, ich – ich bin mir jetzt nicht sicher, ob Meischberger oder Hochegger dabei waren. Das kann ich nicht sagen. Aber könnte sein. Und Grasser natürlich. (*Abg. Amon: Der Finanzminister?*) – Der Finanzminister, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Erinnern Sie sich. War vonseiten des Büros ...?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Damals noch nicht. Soweit ich weiß, damals noch nicht. Aber ich kann es nicht beschwören.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was „damals noch nicht“?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ob jemand aus Grassers Büro dabei war. (*Abg. Amon: Das wissen Die nicht?*) – Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben dem Finanzminister den Wunsch vorgetragen, dass Sie eine Änderung des Glückspielgesetzes anstreben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wir haben damals gesagt, sollten wir ein derartiges gemeinsames Projekt anstreben zwischen der Novomatic und der Telekom Austria, dann wäre ja zwangsläufig notwendig, dass man einen Abänderungsantrag durchführt und die Möglichkeit bietet, eine zusätzliche Lizenz auszuschreiben in einem ganz normalen Bewertungsmodus, der europaweit ausgeschrieben wird.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Diese Idee ist von Ihnen an den Finanzminister herangetragen worden? (**Mag. Fischer:** Ja!) – Wie hat der Finanzminister auf diesen Vorschlag reagiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Naja, eben mit der Aussage, bevor wir so ein Projekt angehen – das ist ja nicht ganz einfach umzusetzen –, ging es ihm darum, festzuhalten, dass wir nachweisen sollen, dass aufgrund dieses neuen Konzeptes, auch mit zusätzlichen Lizenzen in Österreich, die Möglichkeit von **Mehreinnahmen** des Bundes da ist. Es ist dann, glaube ich, auch diskutiert worden über die Lotto-Toto-Förderung und sonstige Themen.

Minister Grasser ging es eigentlich darum, wann, dann muss es einen Sinn machen für die Republik, denn sonst machen wir das überhaupt nicht. Also das war mehr oder weniger der Nucleus aus der ganzen Diskussion.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gab es vonseiten des Finanzministers den Vorschlag, sich an die parlamentarischen Klubs zu wenden.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja – haben wir auch durchgeführt. Ich persönlich habe mit zwei parlamentarischen Klubs gesprochen, es wurde auch von Herrn Wohlfahrt einiges abgedeckt, weil wir nicht verdeckt arbeiten wollten, sondern wir haben die Klubs informiert, was wir vorhaben, warum wir das vorhaben. Und es ist ja eigentlich bis zum eigentlichen Antrag auf der Tagesordnung im Parlament für gut befunden worden. Es war ja nicht so, dass wir etwas auf die Beine zu stellen versucht haben, das von Haus nicht einmal eine Chance gehabt hätte, in einen Abänderungsantrag zu kommen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie vor diesem ersten Termin mit dem Finanzminister mit anderen politischen Entscheidungsträgern Termine gehabt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Damals noch nicht, nein.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben dann in weiterer Folge mit den parlamentarischen Klubs Gespräche geführt. Können Sie sagen: Haben Sie mit allen Klubs Gespräche geführt? In welcher personellen Zusammensetzung wurden diese Gespräche geführt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich persönlich habe speziell mit zwei Klubs Gespräche geführt. Das eine war die ÖVP, das andere das BZÖ. Ich glaube, Herr Wohlfahrt hat – ich weiß es nicht, müssen Sie ihn dann fragen, wenn er da ist – mit der SPÖ gesprochen. Ich weiß nicht, wer sonst noch irgendwo mit anderen Klubs Kontakt hatte, aber ich kann es nur von mir persönlich sagen: Bei mir war es die ÖVP und das BZÖ.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und mit welchen Personen wurde da gesprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vorrangig mit dem Abgeordneten Stummvoll von der ÖVP und mit dem Herrn Westenthaler und, glaube ich, auch mit dem Herrn Scheibner.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie Rückmeldung, also aus Ihrer eigenen Erfahrung natürlich mit ÖVP und BZÖ, aber haben Sie auch Rückmeldung von Generaldirektor Wohlfahrt, wie insgesamt reagiert wurde vonseiten der Parteien auf diese Wünsche?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das hat sich im Laufe der Zeit ein bisschen verändert. Wir haben einige Gespräche geführt, natürlich auch im Zusammenhang mit der Verfeinerung der einzelnen Geschäftspläne. Auch war ja schon irgendwo sichtbar, dass es irgendwann einmal zu einer generellen Veränderung wird kommen müssen. Wir haben versucht, zu überzeugen, dass hier zwei große Unternehmen aus Österreich zusammenarbeiten, dass wir versuchen, den Steuersitz des Unternehmens nicht nach Gibraltar zu verlegen, sondern in **Österreich** zu behalten, und natürlich auch versuchen nachzuweisen, dass dadurch aufgrund der Elastizitätskurve im Grunde genommen auch Mehreinnahmen für den **Bund** garantiert werden können.

Es gab natürlich auch noch die Diskussion: Wie schlägt sich das auf die Casino Austria nieder? Auch da haben wir festzuhalten versucht, dass es natürlich zwangsläufig Marktanteileinbrüche geben wird bei einem anderen Anbieter, aber dass sich der in Grenzen hält; und aufgrund der Innovation, die in den Markt kommt und des Nachfrageverhaltens sich eigentlich der negative Effekt für die Casino Austria in Grenzen halten sollte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Es entstand ja dann im Zuge dieser Gespräche – wie genau, versuchen wir herauszufinden – dieser berühmte Abänderungsantrag, der dem Finanzministerium die Möglichkeit eröffnen sollte, eine weitere Lizenz zu vergeben.

Können Sie Ihre Wahrnehmungen im Zusammenhang mit diesem Antrag schildern? Haben Sie mitbekommen, wo er verfasst wurde, wer den Entwurf verfasst hat und dergleichen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wer den Entwurf verfasst hat, weiß ich nicht. Wir haben nur das Letztgespräch damals mit dem Bundesminister Grasser durchgeführt, und da war eine Mitarbeiterin von seinem Kabinett oder von seinem Ministerium damals bei dem letzten Gespräch anwesend, wo es um die Details und Feinheiten ging und auch um die Möglichkeit, dass man das in Form eines Abänderungsantrags durchführen kann. Und ich glaube, die hatte auch dann letztendlich die Aufgabe, diesen Antrag auszuführen. Aber persönlich habe ich den nicht gesehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, dass eine der Parteien, mit denen Sie die Gespräche geführt haben, ihre Position im Lauf der Gespräche verändert hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vor dem Abänderungsantrag nicht. (*Abg. Amon: Und danach?*) – Naja, danach kam es zu dieser etwas unglücklichen Situation, dass unser Abänderungsantrag auf der Tagesordnung des Parlaments war zur Beschlussfassung, dann an diesem erwähnten einen Tag **nicht** zur Abstimmung gekommen ist, aufgrund anderer Themen verschoben wurde auf den nächsten Tag – und dass sich dann über Nacht die Situation einfach verändert hat und Zusagen, die vorher getätigt wurden, dann eigentlich keine Unterstützung mehr fanden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie das ein bisschen konkretisieren?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit es aus meiner persönlichen Wahrnehmung noch nachvollziehbar ist, kam es damals aus dem BZÖ, und die Unterstützung speziell von der BZÖ-Klubseite wurde dann nicht mehr gegeben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist das Ihnen gegenüber begründet worden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, das Thema ist dann einfach nicht mehr behandelt worden, und wir haben das Projekt leider Gottes abgehakt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also Sie haben keinerlei Wahrnehmungen im Hinblick auf diese Meinungsänderung, auf diesen Meinungsumschwung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, ich habe dann nur aus den Medien erfahren, dass es einen Auftrag gab, von den Casinos Austria an eine bestimmte Werbeagentur, und es wurde dann spekuliert, dass das unter Umständen dazu beigetragen haben könnte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mag. Fischer, Sie haben es jetzt schon geschildert. Hochegger war im Rahmen seiner Lobbying-Tätigkeit für Sie, für diesen Vorschlag eingebunden. Da hat es auch Projekte für Novomatic gegeben, das hat sich ja genannt „die Grünen einkochen“ und solche Dinge. Befasst damit war der Herr Mag. Stefan Krenn vonseiten des sogenannten Lobbying-Teams bei Hochegger, und, Sie haben es selbst erwähnt, das war an sich aus Ihrer Sicht auf Schiene.

Sie haben Gespräche mit den damaligen Fraktionen der Bundesregierung gehabt, ÖVP und BZÖ. Sie haben auch geschildert, wie das dann mit diesem Abänderungsantrag gekommen ist über Nacht. In Ihrer Einvernahme zu diesem Thema am 28.2.2012 vor dem BAK haben Sie gesagt – ich zitiere –:

Aus meiner Wahrnehmung heraus wurden in dieser kurzen Zeit Lobbying-Maßnahmen der Casinos Austria in Form von Aufträgen über zirka 360 000 € an die Werbeagentur Orange vergeben, mit dem Inhalt, die Glücksspielsituation Österreichs, ich denke unter dem Namen Responsible Gaming, zu durchleuchten. Deshalb wurde meines Erachtens die ursprüngliche Zusage des BZÖ, sprich von Peter Westenthaler, zurückgenommen. – Zitatende.

Sie haben gemeint, diese Wahrnehmung hätten Sie aus den Medien gehabt, weil es diesen Auftrag gegeben hat. Das war ja eigentlich relativ viel später, dass das dann in den Medien war. Haben Sie zeitnah zu dieser – unter Anführungszeichen – „Abstimmungspanne“, weil es eben nicht mehr auf der Tagesordnung war, eine Wahrnehmung, dass da die Casinos Austria ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zeitnah konnten wir nur nachvollziehen, dass etwas passiert sein musste, weil die Meinung oder die Unterstützung des BZÖ zu dem Zeitpunkt dann weggefallen ist und dieser Abänderungsantrag dann überhaupt nicht mehr zur Abstimmung gekommen ist. Dann – da bin ich vollkommen bei Ihnen – im zeitlichen Ablauf hat sich ergeben, dass es diesen Auftrag gab, der in den Medien das erste Mal diskutiert wurde. Und aus meiner Sicht gab es einen absoluten Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben aber zeitnah, ohne das Wissen von diesem Auftrag ... – Auf einmal war es so: Verschiebung und nicht Abstimmung. Sie haben gefragt, was ist da passiert? Dann haben Sie erfahren, das BZÖ macht nicht mehr mit. Haben Sie das beim BZÖ hinterfragt oder hinterfragen lassen, warum es nicht mehr so ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, haben wir dann eigentlich nicht mehr. Es wollte auch die Novomatic dann nicht mehr. Das Thema war für uns erledigt, das Fenster war geschlossen, und wir wollten dann ... – Das Problem war, ich sage es ganz offen ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung, normalerweise, wenn man bei der Telekom etwas nicht bekommen hat, hat man laut Aussage dann gleich den Herrn Mensdorff-Pouilly dort hingeschickt, um irgendwann einmal eine kleine Altlast ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nicht bei dem Thema – aber Spaß beiseite. Das Thema war, dass wir gewusst haben ... – Wir haben eigentlich das gesamte Projekt so aufgesetzt, dass wir sehr viele Monate, bis zum Abänderungsantrag, eigentlich im Dunkeln gearbeitet haben. Wir haben das alles aufbereitet, wir haben die Klubs informiert, es hat alles wirklich von der Informationsweitergabe her funktioniert. Wir haben alle informiert, die notwendig waren zu diesen Themen, und haben natürlich

versucht, so wenig wie möglich öffentlich Wind zu machen bei dieser Geschichte, weil wir gewusst haben, wenn das Thema gegenüber den Casinos Austria ruchbar wird, dann müssen wir damit rechnen, dass da Gegenmaßnahmen ergriffen werden, denn es ist ihr Monopol. Und wenn ich ein Monopolunternehmen habe, werde ich auch versuchen, mich zu verteidigen. Nachdem es dann passiert ist, dass der Abänderungsantrag nicht mehr unterstützt wurde, war das für uns erledigt. Wir hätten dann nicht mehr gegen die Casinos Austria antreten können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung, aber mit Verlaub: Wenn man die politische Verfasstheit Österreichs kennt, wie können Sie sicher sein, bei einer ganz klaren parteipolitischen Besetzung im Vorstand der Casinos Austria, und Sie verhandeln sogar mit politischen Parteien und Klubs genau dieser Parteien, die die dort hinsetzen, haben Sie wirklich im Ernst geglaubt, das bleibt in Österreich tatsächlich bis zum Schluss so derartig unter der Tuchent?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: So naiv bin ich auch nicht. – Wir haben das Thema kurzfristig auf Eis gelegt damals und haben gesagt, okay, im Moment jetzt nicht, die Unterlagen sind alle da, wir haben im Grunde genommen ja nichts verloren, sondern nur den zeitlichen Aspekt. Man hätte im Grunde genommen das ganze Thema wieder aufgreifen und einige Zeit später wieder einen Anlauf machen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In einem anderen Bereich, der die Telekom Austria betroffen hat, im Beweisthema 1, ist es darum gegangen, bei dieser Universaldienstverordnung, dass die Telekom Austria den Gesetzesvorschlag, den Wunsch nach der Änderung direkt ins Ministerium geschickt oder den Fraktionen zugestellt hat. Also die eigene Abteilung hat die Reform vorgeschlagen.

Jetzt gibt es da offensichtlich einen ganz ähnlichen Vorgang über Ihren Lobbyisten, damals über das Lobbying-Team Hochegger. Ich zitiere da ein Schreiben, das bei den Akten, bei den Unterlagen gefunden wurde:

Wien, 3. Juli 2006.

Herrn Klubobmann Herbert Scheibner, BZÖ. Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien.

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes sowie einen kurzen Status quo und einige Medienberichte zum Thema übersenden.

Mit besten Grüßen, Mag. Stefan Krenn, Head of Public Affairs. – Zitatende.

War es tatsächlich so, dass vonseiten Novomatic, Telekom, Hochegger konkret der Vorschlag für diese Gesetzesinitiative erarbeitet, festgeschrieben wurde und dann einfach, „wie mit Herrn Meischberger besprochen“, an den Klubobmann des BZÖ so geschickt wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht sagen, Herr Rosenkranz, ich weiß es nicht. Ich habe mich mit dem Thema Abänderungsantrag nicht beschäftigt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Um es mit dem Kollegen Pilz zu formulieren: Können Sie es ausschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann auch nichts ausschließen zu diesem Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das eine haben wir schon geklärt, nur noch einmal zur Wiederholung: Sie sagen da immer aus, in Bezug auf die 300 000 €, in Ihrer Beschuldigtenvernehmung liest man das so heraus, als würden Sie **wissen**, dass 300 000 € für diese Responsible Gaming-Studie an das BZÖ geflossen sind.

Das haben Sie nie so gesagt in Ihrer Beschuldigtenvernehmung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Habe ich auch nicht. Ich habe es auch hier nicht gesagt. Ich habe gesagt: Aus meiner Wahrnehmung heraus habe ich empfunden, dass die Änderung der Vorgangsweise des BZÖ zur Unterstützung des Abänderungsantrages damit zu tun haben könnte. – Mehr habe ich nicht gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie haben keine konkreten ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe niemanden beschuldigt. Ich habe gesagt „aus meiner Wahrnehmung heraus“.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Passt schon! Aber Sie haben keine konkreten Hinweise oder Beweise dafür?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ich ja auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das glaube ich auch!

Wissen Sie, wie die politische Haltung des BZÖ zum Thema Glücksspielmonopol war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zum damaligen Zeitpunkt, als wir dieses Projekt betrieben haben, gab es regelmäßige Informationen an alle Klubs im Wesentlichen, und die Haltung war eigentlich sehr, sehr positiv, ich würde sagen nicht einmal negativ in irgendeiner Art und Weise, sondern positiv. Deswegen haben wir uns letztendlich auch entschlossen, dass wir versuchen sollten, das ganze Thema auch entsprechend projektmäßig umzusetzen, sonst hätten wir das gar nicht probiert. Wenn das von Beginn an eine Totgeburt ist, dann setzt man nicht Ressourcen ein, um im Endeffekt dann dazustehen und zu sagen, wir haben nicht einmal irgendwo die Möglichkeit, dass ein Abänderungsantrag unterstützt wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das BZÖ war und ist noch immer, nach wie vor, das ist ja der Widerspruch ... (*Heiterkeit des Abg. Dr. Pilz.*) – Der Kollege Pilz hat irgendwelche ... – Geht es Ihnen gesundheitlich nicht gut? Muss ich mir Sorgen machen? (*Abg. Dr. Pilz – in Richtung Obfrau Dr. Moser –: Was soll das?*) Kollege Pilz gibt so Glucksau von sich, da mache ich mir ein bisschen Sorgen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nützen Sie die wenige Fragezeit, die Sie haben, um die Auskunftsperson zu fragen, und nicht um Abgeordnete irgendwie zu kommentieren!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das BZÖ war immer für die Aufhebung des Glücksspielmonopols, insofern ist das ein Widerspruch zu der vorgeworfenen Zahlung.

Also gab es mit allen Parteien Gespräche; auch mit den Grünen? – Ich gehe davon aus.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht beurteilen, denn ich habe nicht alle Gespräche selbst geführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Ihrer Wahrnehmung nach wurde mit allen Parlamentsparteien einfach, die ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Sie können mich fragen, aber ich weiß es nicht. Es kann möglich sein, dass irgendjemand aus den gesamten Arbeitskreisen auch mit dem Club der Grünen gesprochen hat. Ich persönlich war es nicht. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Form der Rückmeldung haben Sie da vom BZÖ bekommen? Gab es jemals irgendeine fixe Zusage oder irgendetwas in die Richtung? Wie hat das BZÖ darauf reagiert, auf diese Positionsvorbringung Ihrerseits?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also eines kann ich mit hundertprozentiger Sicherheit bestätigen, nämlich dass zu dem Zeitpunkt des Abänderungsantrages die Unterstützung des BZÖ und des Klubs vorhanden war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das noch einmal wiederholen, ich habe das akustisch nicht verstanden!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zum Zeitpunkt des Abänderungsantrages, und das war zu dem Zeitpunkt, wo es im Parlament zur Beschlussfassung gegangen ist, war die Unterstützung des BZÖ den beiden Unternehmen zugesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf Basis welcher Aktenlage kommen Sie zu dieser Feststellung? War das schriftlich zugesagt, oder wie war das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es gibt immer noch Vereinbarungen, wenn man mit jemandem diskutiert und jemand ja dazu sagt, dann gehe ich davon aus, dass das so hält. Man wird bei solchen Themen keine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Klub und einem Unternehmen machen. Ich glaube, das wird auch nicht funktionieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zitiere, es gibt einen Masterplan Novomatic AG: Ziele, Strategie, Maßnahmen für Public Affairs, Lobbying und PR, vom Herrn Hochegger, aus dem Oktober 2005. Hochegger schreibt in diesem Masterplan etwas sehr Spannendes, und zwar auf Seite 23, zum Thema Glücksspielgesetz und Änderung des Glücksspielgesetzes – ich zitiere –:

Politiker werden in der Regel erst dann tätig, wenn sie für sich einen konkreten Nutzen darin sehen. Da sich dieses Nutzendenken höchst individuell gestaltet, muss dieses bei jedem lobbyierten Stakeholder spezifisch herausgearbeitet werden. – Zitatende.

Das war ein Masterplan, den eben Herr Hochegger für Sie erstellt hat. Wie meint denn der das konkret, „Politiker werden in der Regel erst dann tätig, wenn sie für sich einen konkreten Nutzen darin sehen“? Wie kommt Herr Hochegger zu dieser Feststellung, und wie hat das die Telekom Austria interpretiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist vielleicht jetzt böser interpretiert als es tatsächlich sein soll. Im Grunde genommen geht es darum, dass jede Partei Ihre eigenen Programme hat, Ihre eigenen Interessen hat und natürlich auch damit verbunden eine eigene Interessenslage zu so einem speziellen Thema.

Aber was sich dann genau der Herr Hochegger dabei gedacht hat, da sollte man ihn fragen. Aber er hat da sicher mehr Erfahrung als ich; ich bin kein Lobbyist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hochegger schlägt dann auch vor – und da möchte ich Sie zu ein paar Personen befragen – zu Glücksspielgesetzänderungen, und ich zitiere:

Persönliche Gespräche: In dieser ersten Lobbying-Phase sind konkret persönliche Gespräche mit folgenden Stakeholdern zu koordinieren: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Generalsekretär Abgeordneter zum Nationalrat Reinhold Lopatka, Abgeordneter zum Nationalrat Günter Stummvoll, Michael Ikrath, Landeshauptmann Erwin Pröll und Landeshauptmann Dr. Jörg Haider.

Wissen Sie, ob dann tatsächlich auch diese Lobbying-Gespräche mit diesen Personen stattgefunden haben oder nicht?

Also noch einmal: Grasser, Lopatka, Stummvoll, Ikrath, Pröll, Haider.

Hochegger schlägt vor, dass man mit denen reden muss, eben in Sachen Änderung Glücksspielgesetz.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann nicht sagen, ob mit allen gesprochen wurde, aber mit den meisten wurde gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihnen ist bekannt, dass Raiffeisen ein wesentlicher Aktionär der Casinos Austria ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das war ja eines der Themen, warum wir versucht haben, es auf eine sehr breite Basis zu stellen, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie Wahrnehmungen, dass das Verhalten der ÖVP im Zusammenhang steht mit Raiffeisen und deren wirtschaftlicher Rolle in den Casinos Austria?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wir haben das Thema bei uns im Projekt mitevaluierter als mögliche Gegenmaßnahmen. Aber es ist eigentlich in den Gesprächen mit den einzelnen Klubs nicht wirklich als Thema hochgekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War Ihnen bekannt, dass wesentlich ... – Die Frage ist ja auch, wo die Informationslücke irgendwie passiert ist, dass man bei den Casinos Austria aufgeschreckt ist. Die haben ein eigenes Schreiben geschickt an die Parlamentsklubs, das haben wir auch vorliegen, wo man auf einmal irgendwie gesehen hat: Halt da ist irgendwas im Busch, da entwickelt sich etwas zwischen Telekom und Novomatic!

Ist Ihnen bekannt, dass der Sohn des Casino-Menschen – ich nenne es einmal so – Leo Wallner im ÖVP-Klub tätig war und man davon ausgeht, dass der diese Information, als ÖVP-Mitarbeiter im Interesse von Raiffeisen, vom ÖVP-Klub hinausgetragen hat an die Casinos Austria und gesagt hat: Achtung, werdet aktiv, da ist etwas im Busch zum Schaden der Casinos Austria?

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich gebe nur zu bedenken, Herr Kollege Petzner, das ist ein falscher Vorhalt. Herr Wallner war nicht im Klub beschäftigt, sondern er war in der Österreichischen Volkspartei beschäftigt. So Sie einen Vorhalt tätigen, sollten Sie den auch richtig tätigen, damit das auch im Protokoll richtig drinnen steht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Danke für den Hinweis. (*Ing. Mag. Fischer: Es war mir nicht bewusst!*) Er war nicht im Klub, sondern in der Österreichischen Volkspartei tätig. Trotzdem geht aus den Akten hervor, dass manche davon ausgehen, dass eben dieser ÖVP-Mitarbeiter, in dem Fall Wallner, Sohn des Casino-Chefs, dieser Informationsträger war und daher eigentlich auch das Ganze ins Rollen gebracht hat, nämlich dass die Casinos Austria aktiv wurden. – Haben Sie das gewusst? (*Mag. Fischer: Nein!*) – Jetzt wissen wir, Casinos Austria-Leute arbeiten bei der ÖVP. Telekom Austria-Leute arbeiten nicht bei der ÖVP, oder? Sie haben nie Strohmänner im ÖVP-Klub oder in der ÖVP-Partei sitzen gehabt, oder schon? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*) Gut, da waren die Casinos Austria offensichtlich ein bisschen besser.

Haben Sie jemals Wahrnehmungen dazu gehabt, dass es Gespräche mit dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider gegeben hat, oder nicht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, da gab es Gespräche.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann und mit wem und wie sind diese Gespräche abgelaufen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht sagen, weil ich bei dem Gespräch nicht dabei war. Aber diese Gespräche hat es gegeben. Es hat ein Gespräch dazu, es war ein Informationsgespräch, gegeben, sonst gar nichts. Soweit ich weiß, ging es darum, das Projekt vorzustellen, es ging nicht um irgendwelche Entscheidungen oder Sonstiges, sondern es gibt im Vorfeld Informationen an einzelne Personen, und der damalige Landeshauptmann Haider war eine der Personen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hat Landeshauptmann Haider auf dieses Vorbringen reagiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ich heute auch nur mehr spekulieren. Ich weiß es nicht mehr. Also wir hätten ja mit dem Projekt nicht weitergetan, wenn wir irgendwo massiven Widerstand gefunden hätten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen dazu, dass es ein entsprechendes Gespräch auch gegeben haben soll zwischen Haider und Leo Wallner?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Dazu kann ich nichts sagen; das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, das Komische ist nämlich, das taucht immer auf, aber es gibt keinen Einzigen, der das bestätigen kann.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Kollege Petzner hat den Masterplan Novomatic AG zitiert, der von Hochegger.Com erstellt wurde. Dieser Masterplan enthält ja verschiedene Zielsetzungen, und es wird ganz klar angesprochen, Ziel ist eine § 12a Glücksspielgesetz-Lizenz, ist eine strategische Partnerschaft mit der Telekom, und Hochegger spricht auch von der Gründung eines gemeinsamen Unternehmens.

Beschrieben werden da drinnen auch die Lobbying-Maßnahmen. Es gibt Stakeholder-Gruppe 1, Stakeholder-Gruppe 2 und 3. Die eine Stakeholder-Gruppe sollte auf die andere eben Druck ausüben, dass etwas weitergeht.

Ich zitiere daraus:

Auslandsbesuch: Einladung ausgewählter Stakeholder ins Ausland. Konzeption und Durchführung eines großen Events in einem Admiral-Casino in der Schweiz oder in Berlin. Exklusive Gestaltung des gesamten Events. Privatjet, Top-Entscheidungsträger mit Ehepartnern ... – und so weiter.

Weiters steht da: Konkreter Benefit eines solchen Events ist das Erlebbarmachen des Novomatic-Geschäftsmodells. Damit soll eine nachhaltige Absicherung des neuen Images der Novomatic AG raus aus der Schmuddelecke sichergestellt werden. – Zitatende.

Meine Frage: Wissen Sie, wer zu diesem Auslandsbesuch eingeladen wurde? Wurden auch Sie eingeladen, war aus dem Kreis Ihres Unternehmens jemand dabei? Wer war dabei?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich mich erinnern kann, gab es diese Thematik überhaupt nicht, weil es keine Einladungen gab – soweit ich weiß. Ich meine, ein Konzept ist ein Konzept; die Umsetzung ist ein zweites Thema.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das ist dann eben eine Frage, die die Vertreter von Novomatic beantworten werden müssen.

Peter Hochegger hat ja sehr viel für Novomatic und die Telekom gearbeitet, unter anderem hat er einen **Niederösterreich-Maßnahmenplan: Novomatic AG** erstellt, es wurden aber auch Personen-Dossiers angelegt.

Herr Fischer, ich bin selbst betroffen, ich musste erfahren, dass über frei gewählte Politiker Personen-Dossiers angelegt wurden. Es gibt auch hier schriftliche Unterlagen. Ich zitiere aus diesen Unterlagen:

Personen-Dossier Nationalrat Mag. Dietmar Hoscher, Mag. Wilfried Lehner – der oberste Beamte in der Finanzpolizei –, Nationalrat Mag. Johann Maier, Dr. Peter Erlacher – Finanzministerium –, Landesrätin Christa Kranzl, Dr. Eleonore Wolf – Niederösterreichische Landesregierung. Später kamen noch der Bundesrat Stefan Schennach und auch die Wiener Stadträtin Ulli Sima dazu.

Meine Frage: Was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, über gewählte Politiker, die als **Gegner** des sogenannten kleinen Glücksspiels ausgewiesen waren, Dossiers anzulegen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Was soll ich mir dabei gedacht haben? Ich habe die Dossiers ja nicht angelegt. Ist das ein Dossier, das ich angelegt habe?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Fischer, so können Sie sich nicht aus der Verantwortung ziehen! Das ist ein gemeinsames Projekt von Telekom und Novomatic, bei dem der Herr Tweraser aus Ihrem Unternehmen ständig bei den Besprechungen dabei war und auch darüber informiert war, dass Personen-Dossiers angelegt wurden.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe weder das Dossier gesehen, noch kenne ich den Inhalt dieses Dossiers. Ich kann nicht sagen, was da über diese Personen drinnen steht. Wenn es darum geht, dass es unter Umständen erklärte Gegner eines Änderungswunsches oder eines Projektes gibt, dann wird man natürlich versuchen, mit diesen Personen zu reden. Es ist besser, im Vorfeld zu wissen, wer ein potentieller Gegner eines Projektes sein kann, als es nicht zu wissen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass da irgendetwas Böses dahintersteht. Und wenn Sie jetzt vermuten, dass hier etwas Böses beabsichtigt ist, dann kann ich das nur auf das Strengste zurückweisen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das wird ebenfalls eine Frage sein, die die Vertreter der Novomatic und der Herr Tweraser noch zu beantworten haben werden. Ich glaube, es fühlt sich jeder frei gewählte Abgeordnete betroffen, wenn ein Unternehmen, das zum Teil auch noch der Republik Österreich gehört, gemeinsam mit einem privaten Unternehmen Dossiers über Kritiker anlegt.

Eine andere Frage: Herr Hochegger hat uns sehr viele Informationen überlassen und Herr Hochegger hat ja auch die Vorschläge zu und die Umsetzung des Aon-Portal – elektronische Lotterien erarbeitet. Und ich war schon erstaunt, als ich hier lesen konnte – ich zitiere –:

Gemeinsame Entwicklung: Aon-TV Content und Gaming Umsetzung.
Gründungsansuchen: Errichtung, Betriebnahme.

Und jetzt kommt's:

In der ersten Phase hat die Telekom Austria 51 Prozent des Unternehmens, Novomatic 26 Prozent, ein Medium –

hier hat man ein Printmedium gesucht –

10 Prozent, andere: 13 Prozent. Sprecher in der Phase eins: Telekom Austria als Vertreter nach außen.

Die Company in der zweiten Phase: Telekom Austria: 51 Prozent; Novomatic: 39 Prozent; Medium: 10 Prozent.

Die Company in der Phase drei: Novomatic: 60 Prozent; Telekom Austria: 26 Prozent, Medium. 14 Prozent. – Zitatende.

Herr Fischer, bitte erklären Sie uns, warum es da zu einem Rückzug auf Raten der Telekom kommen sollte, hätte es diese Gründung gegeben! Was war der Grund dafür, Novomatic 60 Prozent der Firmenanteile zu überlassen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Grundsätzlich muss man dazu sagen, dass das Geschäftsmodell zu einem wesentlich größeren Anteil Novomativ-lastig und nicht Telekom-Austria-lastig ist.

Wie Sie vorher richtig erwähnt haben, geht es um die Änderung des Glücksspiel-Monopols und das Glücksspiel ist sicher nicht das Kerngeschäft der Telekom Austria. Warum man diese Vorgangsweise gewählt hat, war einfach: Da die Novomatic – und ich sage das ganz offen – zu diesem Zeitpunkt sicher nicht immer und überall sozusagen als salonfähig betrachtet wurde, wollte man den Anteil, den Status der Telekom Austria nutzen, um öffentlich wirksam zu sein – daher auch die Beteiligung des Printmediums oder eines Mediums – und einen vernünftigen kleineren Anteil. Das hätte sich im Laufe der Zeit verändert, weil das Geschäftsmodell natürlich vorgesehen hat, dass da wesentlich stärkere Aktivitäten durch die Novomatic durchgeführt werden und nicht durch die Telekom Austria.

Ich würde sagen, das ist ein Entwicklungsthema eines bestimmten Projektes und sollte nicht allzu viel Raum für irgendwelche Spekulationen geben, sondern da geht es einfach um die Entstehungsgeschichte bis zur Projekteinführung und dann natürlich auch bis zum normalen Tagesgeschäft.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das Unternehmen **Aon Wettdienstleistungs GmbH** ist ja dann gegründet worden.

Ist es richtig, dass dafür Matthias Winkler vom Kabinett des Bundesministers Grasser als Geschäftsführer vorgesehen war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht sagen. Das weiß ich nicht. Ich habe mit dem Herrn Winkler nie über dieses Thema gesprochen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie nie mit Matthias Winkler gesprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe schon mit Herrn Winkler gesprochen, aber nicht über dieses Thema.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Zur nächsten Frage: Es läuft natürlich sehr viel beim BZÖ zusammen. Es gibt hier mehrere Schreiben. Kollege Rosenkranz hat bereits ein Schreiben an den Klubobmann Herbert Scheibner vom 3. Juli 2006 zitiert. Sie haben zuerst gesagt, Sie haben die Kontakte mit dem BZÖ geführt.

Konkret noch einmal die Frage: Mit wem vom BZÖ haben Sie die Gespräche geführt? Sie haben Westenthaler und Scheibner genannt.

Westenthaler ist erst am 23.6.2006 zum Bündnis-Obmann gewählt worden.

Daher meine Frage: Wann haben Sie mit Peter Westenthaler gesprochen und wann haben Sie mit Scheibner gesprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Er war ja vorher im Club. Ich habe mit ihm gesprochen, das muss irgendwann Anfang 2006 gewesen sein. Aber fragen Sie mich nicht, in welchem Monat, das weiß ich jetzt wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben jedenfalls vom BZÖ eine Zusage zu einer Änderung des Glücksspielgesetzes erhalten, mit der der § 12a Glücksspielgesetz geändert wird? (*Mag. Fischer: Eine Unterstützungs zusage!*) – Ich möchte nur Folgendes zu Ihrer Aussage klarstellen: Der Abänderungsantrag, den Sie zitiert haben, ist nie eingebracht worden. Es gab nur einen Initiativantrag zur Änderung des Glücksspielgesetzes, eine sogenannte Raketenlösung, und im Rahmen der Behandlung sollte ein Abänderungsantrag eingebracht werden. Dieser Abänderungsantrag wurde allerdings nie eingebracht.

Meine Frage in diesem Zusammenhang, nachdem auch die Sozialdemokratische Partei angesprochen wurde: Mit wem haben Sie von der Sozialdemokratischen Partei darüber gesprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe mit niemandem in der Sozialdemokratischen Partei über dieses Thema gesprochen, das war bei der Aufgabenverteilung nicht meine Aufgabe, und ob das jetzt – es tut mir leid, wenn ich das verwechsle – ein Abänderungsantrag oder ein Initiativantrag war: die parlamentarischen Feinheiten in diesem Bezug, sorry.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben auch mit der Österreichischen Volkspartei gesprochen. Meine Frage: Hat Günter Stummvoll zugesagt, oder hat er nicht zugesagt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Er hat auch eine Erklärung abgegeben, dieses Projekt zu unterstützen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer hat – meine Frage – mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei gesprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das müssen Sie den Herrn Wohlfahrt fragen, vielleicht weiß er das; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte nur anmerken, dass ich damals der Verantwortliche für den Glücksspielbereich war, und mit mir und anderen hat niemand gesprochen. Dies zur Klarstellung.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Eine letzte Frage noch: Wie war Ihr Verhältnis zu Walter Meischberger?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist allgemein bekannt. Wir haben gemeinsam viele Projekte durchgeführt, und wir waren auch bis zu einem gewissen Grad befreundet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt ein Schlüsseldatum, nämlich den **6. Juli 2006**. An diesem 6. Juli 2006 findet hier im Budgetsaal um 11 Uhr eine Sitzung des Finanzausschusses unter dem Vorsitz von Günter Stummvoll von der Österreichischen Volkspartei statt. Dafür haben in etwa einjähriger Vorarbeit – und dazu haben Sie heute für mich durchaus einiges Neues gesagt – der Finanzminister, die Firma Novomatic und die Telekom AG gemeinsam mit Meischberger und Hochegger einen Änderungsantrag für das Glücksspielgesetz vorbereitet, der dort hätte beschlossen werden sollen.

Die ÖVP war mit im Boot. Das BZÖ war mit im Boot. Das war für mich das wichtige Neue heute – denn das war mir noch nicht so dezidiert klar –, dass die Gespräche abgeschlossen waren und es bereits einen fertigen Deal – oder wie auch immer man das bezeichnen will – mit dem BZÖ und der ÖVP gegeben hat.

Dann kommen plötzlich die Casinos Austria über die Lotterien AG und machen etwas im Prinzip Verständliches und sagen: Wir wollen nicht viel Geld ausgeben, also kaufen

wir uns das BZÖ! – und das tun sie auch. Na, selbstverständlich! Sie geben dem Herrn Ing. Westenthaler, einem bedeutenden Studienautor und Experten für **Responsible Gaming**, den Auftrag, eine Studie zu erstellen. Ich gehe davon aus, dass der Herr Ing. Westenthaler weiß, auf welcher Seite des Banditen der eine Arm ist; viel mehr dürfte da an sachlichen Voraussetzungen nicht gegeben gewesen sein – zu dem Gutachten kommen wir ohnedies noch – und dazu werden, sofort nachdem das BZÖ die Seiten gewechselt hat, 300 000 € für eine Studie bezahlt, bei der jeder, der damit zu tun hat, nur den Kopf schütteln kann. Das alles hinter dem Rücken des Zuständigen für Responsible Gaming in der Casino AG. Das ist ja ganz wichtig: Die Zuständigen in der Casino AG haben nicht einmal gewusst, dass Herr Westenthaler eine Studie über Responsible Gaming erstellt.

Es wendet sich der Beamte Franz Eckerstorfer vom Bundesamt für Korruptionsbekämpfung am 7. März 2012 an Kurt Lukasek, einen früheren Mitarbeiter des BZÖ, der jetzt in Klagenfurt den Herrn Scheuch belastet hat und der bereit ist, sehr viel offen auszusagen, den wir leider noch nicht auf der Zeugenliste haben, der aber meiner Meinung nach die **mit Abstand** wichtigste Auskunftsperson zum gesamten Glücksspielgesetz ist.

Herr Eckerstorfer schreibt an Herrn Lukasek:

Sehr geehrter Herr Lukasek,

ich ersuche bei Gelegenheit um einen Anruf, und zwar: Hatte jemand außer Ihnen bei der Orange Werbeagentur oder dem BZÖ Kenntnisse über die Zahlung der Österreichischen Lotterien Gesellschaft an die Orange Werbeagentur und der zugrunde liegenden Vereinbarungen? – Zitatende.

Gleich darauf, am 12. März 2012, antwortet Kurt Lukasek und schickt Herrn Eckerstorfer ein Mail; Betreff: Westenthaler – Österreichische Lotterien GmbH.

Und das ist ein Schlüsselmail, es lautet:

Hallo Herr Eckerstorfer!

Meiner Wahrnehmung nach haben Peter Westenthaler, Arno Eccher – Geschäftsführer –, Uwe Scheuch – Generalsekretär –, Michael Richter und Harald Fischl definitiv Kenntnis gehabt vom erfolgreichen Kauf des BZÖ bei der Angelegenheit: Änderung des Glücksspielgesetzes durch die Casino AG über die Lotterien AG!

Ich zitiere weiter:

Wer in den Wahlkampffinanzierungsgremien saß und dort Kenntnis erlangte, kann ich nicht vollständig sagen, aber jedenfalls Herbert Scheibner, Klubobmann, und Günther Barnet, Klubdirektor.

Dann geht es weiter, ich zitiere wieder:

Tatsächlich war das Ganze ein mehr oder weniger offenes Geheimnis, weil ja das BZÖ mit den Zahlungen an die Mitarbeiter im Rückstand war und jeder wusste, dass es mit der Zahlung der Österreichischen Lotterien Gesellschaft Geld geben würde, und die Sekretärinnen wurden für Botendienste in dieser Angelegenheit verwendet.

Beste Grüße, Kurt Lukasek. – Zitatende.

Da haben wir den Punkt. Herr Lukasek sagt genau: Wer hat von dieser Aktion „Casinos kaufen das BZÖ aus“ gewusst? Und plötzlich hat der Abänderungsantrag nur mehr die Unterstützung der ÖVP und nicht mehr des BZÖ. Das ist ja dann auch genau so gewesen.

Jetzt frage ich Sie in diesem Zusammenhang: Wann haben Sie erfahren, dass das BZÖ Seiten gewechselt hat? Am 5. Juli hätte das im Finanzausschuss hier in diesem Saal beschlossen werden sollen. Der Abänderungsantrag war vom Finanzminister fertig, er war bereits im Parlament. Wann haben Sie erfahren, dass hier einer der beiden Regierungspartner gekauft worden ist?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, aber vorneweg erhebt sich für das Präsidium die Frage, ob das Zitat aus dem regulären Aktenmaterial stammt. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Gut. Das ist geklärt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Das ist ein schriftliches Mail, das eine Antwort auf eine Anfrage von der Staatsanwaltschaft ist, glaube ich. Der Herr Pilz hat hier mehrfach unrichtige Aussagen getätigt, die ich gerne korrigieren würde: Der Kollege Pilz hat mehrfach behauptet, Ing. Peter Westenthaler hätte die Studie zu Responsible Gaming verfasst – Sie haben das mehrfach behauptet und gesagt, der Herr Westenthaler ist als „Experte“ bekannt und das wie immer zynisch kommentiert.

Diese Aussage ist falsch und dieser Vorhalt ist damit falsch. Aus den Akten geht eindeutig hervor, dass Peter Westenthaler diese Studie **nicht** verfasst hat, sondern andere. Außerdem kennen Sie die entsprechenden Aussagen des Herrn Westenthaler im Rahmen seiner Einvernahmen und wissen daher auch, welche Position der Herr Westenthaler diesbezüglich bezogen hat, der deutlich gemacht hat – wir werden das dann eh bringen –, dass das in keinem Zusammenhang mit ihm steht. Aber das können wir ja alles aufklären.

Nur noch einmal: Wir sind für Aufklärung, aber man muss bei den Fakten bleiben und die Behauptung, Westenthaler sei Verfasser dieser Studie, ist schlichtweg falsch. Die Verfasser – noch einmal – sind andere Personen. Ich bitte Sie schon, Herr Kollege Pilz, bei den Fakten zu bleiben!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (Zur Geschäftsbehandlung): Darf ich nur eines noch zur Fragestellung ergänzen, denn da hat der Kollege Petzner vollkommen recht. Diese Frage kann natürlich letzten Endes nur die Auskunftsperson Westenthaler wirklich ordentlich beurteilen und deswegen wird es sicherlich den Antrag Petzner/Pilz zur Ladung von Westenthaler geben. Den werden wir nachher gleich gemeinsam unterschreiben, aber das ist jetzt ein Geschäftsordnungskapitel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch einmal: Der entscheidende Punkt ist: Sie haben beschrieben, das BZÖ wechselt Seiten. Wann haben Sie zum ersten Mal erfahren, dass das BZÖ die Seiten gewechselt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wenn ich das jetzt zeitlich noch in Erinnerung habe, dann muss ich Ihnen Recht geben, das war der Initiativantrag zu diesem Thema. Der war im Parlament, wurde nicht behandelt. Wir wurden verständigt, dass er auf einer Tagesordnung zu späterer Stunde hätte abgearbeitet werden sollen. Das hat dann nicht funktioniert, aufgrund mehrerer anderer Themen, und über Nacht – am nächsten Tag – wurden wir dann informiert, dass dieser Antrag im Grunde genommen nicht mehr weiter behandelt wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist so spannend! Da ist hier im Haus der Abänderungsantrag der Abgeordneten Stummvoll und Neudeck – Neudeck für das

BZÖ – gelegen. Der hat bereits die Nummer 844/A gehabt, das war ein fertiger Abänderungsantrag. Der war bereits dem Finanzausschuss zugeleitet. Dann kommt plötzlich das BZÖ und sagt: Wir sind nicht mehr dabei, wir haben die Seiten gewechselt! Nur wenige Stunden, bevor das im Ausschuss beschlossen hätte werden sollen – maximal einen Tag vorher – ist das BZÖ gekauft worden und hat Seiten gewechselt!

Wer hat Ihnen eigentlich mitgeteilt, dass das BZÖ Seiten gewechselt hat?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur zur Korrektur: das ist eine persönliche Einschätzung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, natürlich ist das eine persönliche Einschätzung, die der Staatsanwalt und ich teilen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das wird sich zeigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber das werden wir sowieso dem Akt entnehmen. Ich werde dann noch später sehr viel aus dem Akt zitieren. Aber das sind lauter persönliche Einschätzungen, die sich zum Glück decken.

Von wem haben Sie erfahren, dass das BZÖ die Seiten gewechselt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß das nicht mehr. Ich kann es wirklich nicht mehr sagen. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Diese ganze Geschichte um Westenthaler/Lukasek/Scheibner/Uwe Scheuch und so weiter, wie das BZÖ um 300 000 € von den Casinos gekauft worden ist, das machen wir **extra**. Mir geht es jetzt um etwas anderes Wichtiges, das Sie gesagt haben: zum Teil hier im Ausschuss, zum Teil in Ihrer Befragung durch die Beamten im Zuge des Strafverfahrens.

Da hat es ja – Sie haben heute schon auf die Fragen des Abgeordneten Amon geschildert – diese erste Besprechung beim Finanzminister gegeben.

Man muss sich immer ins Gedächtnis rufen, worum es gegangen ist. Es ist darum gegangen, dass **Novomatic** in Begleitung von Telekom Austria die gesetzliche Ermächtigung für **Internet-Wetten** bekommen wollte.

Es ist um Internet-Wetten gegangen. Bis jetzt war durch das Glücksspielgesetz keine gesetzliche Basis da, und die sollte geschaffen werden. Ist das richtig? (**Mag. Fischer: Ja!**) – So, und jetzt muss man sich einmal vorstellen: Da sitzen Herr Wohlfahrt von Novomatic – über dessen Methoden ich später noch sehr viel in diesem Ausschuss sagen und befragen werde, weit über den Wiener Prater hinaus – da sitzen Sie, und wir müssen noch klären, ob Meischberger und Hochegger physisch anwesend waren, aber die spielen in jeder Hinsicht dann Schlüsselrollen.

Sagen Sie: Ist es richtig, war zu diesem Zeitpunkt bereits klar, wie das gesetzliche Vorhaben im Grunde ausschauen soll?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich verstehe die Frage jetzt nicht im Zusammenhang ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja ein Unterschied, ob man nur sagt, wir haben ein Problem, das müssen wir irgendwie lösen, oder ob zu dem Zeitpunkt bereits klar war, es geht um die Änderung des Glücksspielgesetzes, und jetzt schauen wir uns an, wie das geht.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das war von Anfang an klar, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war von Anfang an klar. Es geht um die Änderung des Glücksspielgesetzes.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, die 7 Minuten sind vorüber.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, ich darf mich gleich für die nächste Runde melden. Ich will nichts aufhalten, aber da ist wirklich sehr viel zu fragen. Ich sage es nur.

Ich muss nur die ganze Chronologie durch, weil dann Arbeitsgruppen eingesetzt werden und es eine generalstabsmäßige Vorbereitung gibt, gemeinsam mit Meischberger und Hochegger, und viele Arbeitsgruppen und wieder Treffen mit Grasser und so weiter.

Und dann müssen wir herausfinden, wie erst das BZÖ von Novomatic – ich sage halt – **gekauft** worden ist und wie dann der **Gegenkauf** funktioniert hat.

Das ist ja eine spannende Geschichte. Und ich glaube, dass Sie uns da, in diesem Beweisthema, relativ viel sagen können und offensichtlich auch sagen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bevor wir die nächste Runde beginnen, weise ich nochmals darauf hin, dass uns die Auskunftsperson heute bis 12.30 Uhr zur Verfügung steht. Das sind 3,5 Stunden. Wir müssen in irgendeiner Weise damit umgehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Selbstverständlich, wir kennen beide die Geschäftsordnung, Sie haben da freie Hand im Grunde genommen. Natürlich liegt es auch an der Auskunftsperson, denn wenn die Auskunftsperson, wenn Sie, Herr Magister, sagen, Sie müssen jedenfalls um 12.30 Uhr weg, dann werden wir den Komplex heute schwer abschließen können.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es tut mir leid. Wir haben versucht, flexibel zu sein, so weit möglich, aber es geht leider nicht anders.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dann werden wir noch eine nächste Ladung besprechen, schätze ich.

Ich weiß nicht, ob es noch Sinn hat, die zweite Runde zu beginnen, weil ja nur mehr 5 Minuten zur Verfügung stehen, und die gleichmäßig auf die Fraktionen aufzuteilen, hat eigentlich keinen Sinn.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Da mache ich einfach den geschäftsordnungsmäßigen Vorschlag, dass wir die weitere Vorgangsweise wieder auf Fraktionsführerebene besprechen und auf die zweite Runde verzichten, denn dass jeder jetzt 40 Sekunden fragt, bringt es ja wirklich nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es hat keinen Sinn. Wir werden das wie vorgeschlagen dann handhaben. Ich darf mich jetzt einmal bei der Auskunftsperson für ihre Anwesenheit bedanken.

Gibt es noch was von Herrn Abgeordnetem Rosenkranz zur Geschäftsordnung?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ja, natürlich. Warum hat jetzt eine Frage oder sonst irgendwas von jemandem nach Kollegen Pilz keinen Sinn, auch in diesen restlichen Minuten? Ich weiß nicht, warum es keinen Sinn haben soll?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Meine Interpretation ist dahin gehend, dass 5 Minuten als Fragezeit **und** Antwortzeit nicht gerecht auf 5 Fraktionen aufgeteilt werden können. Das bedeutet pro Fraktion eine Frage plus eine Antwort von 1 Minute. Mit meiner Erfahrung kann ich Ihnen sagen, das ist unmöglich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Nur eine Frage: Was steht auf der Ladung für Herrn Mag. Fischer?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir haben ihn schlicht geladen bis 10.30 Uhr, weil um 10.30 Uhr war der Vizepräsident des Bundesrates, Mag. Harald Himmer, geladen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Was steht auf der Ladung? Da steht sicher nicht, er ist geladen bis 10.30 Uhr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, die Ladung habe ich persönlich nicht, vielleicht kann kurz Herr Ing. Fischer die Ladung nochmals heranziehen und die Antwort geben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es ging eigentlich darum, dass wir für den 26. und den 27. die Termine vorgesehen haben. Beide Termine wären aus meiner Sicht komplett in Ordnung gewesen, ohne Probleme. Der 27. wurde aber dann abgesagt, weil es irgendwelche Sonderthemen gibt, die keinen Untersuchungsausschuss zulassen. Das ist morgen.

Und dann ging es um die Diskussion: Wann sollte dann das Thema kommen? Und ich habe gesagt: Wenn es geht, so schnell wie möglich.

Es gab einen Alternativterminvorschlag, glaube ich, genau in der Zeit, wo ich auf Urlaub bin, und dann am 18. Juli.

Ich habe dann gesagt: Okay, es wäre doch gescheit, wenn man das nicht vielleicht am selben Tag machen könnte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist die Zeit. Das Wesentliche ist, wie lange Sie geladen sind. Sie sind geladen mit 9 Uhr, aber mit Open End ist eine Zeit angegeben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende, das ist so nicht korrekt! Verzeihen Sie!

Es gibt Ladungen **ab** einem Zeitpunkt. Es gibt meines Wissens keine Ladungen **von bis**.

Ich meine, wir sind der Auskunftsperson entgegengekommen, indem wir den Wunsch erfüllt und gesagt haben, wir ziehen das zusammen auf einen Tag. Und jetzt gibt es einen Endtermin auf einmal.

Das ist mir nicht bekannt, dass Ladungen mit einem **Endtermin** versehen sind.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bevor Abgeordnete Lapp zur Geschäftsordnung kommt, noch einmal die Ausräumung des Missverständnisses:

Ich habe Ihre Frage so verstanden, ob es einen Endpunkt gibt. – Natürlich ist mir klar, dass wir nur **zu** einem gewissen Zeitpunkt laden und nicht weiter.

Gut, aber dann habe ich Ihre Frage an Ing. Fischer missverstanden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Aber dann ist die Befragung so lange fortzusetzen, bis sie eben zu Ende ist. So sagt es die Geschäftsordnung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das sagt die Geschäftsordnung. Das Problem ist nur der Termin. Dann werden wir halt Herrn Ing. Fischer weiterbefragen, aber bitte zuerst noch Frau Abgeordnete Lapp zur Geschäftsordnung.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich würde auch so fortfahren, dass wir heute die Befragung von Herrn Ing. Mag. Fischer abschließen in beiden Beweisthemenbereichen, weil ich mir denke, Herr Ing. Fischer ist auch ein Pensionist, und wie vorher diskutiert worden ist, war die Ladung ab 10.30 Uhr, und es ist uns ja wichtig, dass wir bei dem Thema weitermachen und das beenden können.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Ladung zum Beweisthema 6 war auf 10 Uhr, nur zur Korrektur.

Jetzt sind wir, glaube ich, schon wieder in einer Geschäftsordnungsdebatte. Ich glaube, da muss man wieder unterbrechen, weil sonst ufert das aus.

Ganz schlicht, ich unterbreche die Sitzung. Es wird jetzt wieder geregelt, wie lange Herr Ing. Mag. Fischer noch befragt wird. Kompromisse sind möglich, aber nicht immer erzielbar.

Ich **unterbreche** die Sitzung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.28 Uhr **unterbrochen** und um 12.40 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

12.40

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass im Konsens mit den Fraktionen vereinbart wurde, die Befragung von **Ing. Mag. Fischer** zu unterbrechen und am **Abend** mit der Befragung zum Beweisthema 6 fortzusetzen.

Die Obfrau ersucht nun darum, die **nächste Auskunftsperson** zum **Beweisthema 3** in den Sitzungssaal zu bitten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): An sich war mit den Fraktionen vereinbart, dass Sie zunächst die Auskunftsperson fragen, worin die Unaufschiebbarkeit des Termins besteht. Wenn es etwas Persönliches, Privates ist, was die Öffentlichkeit nichts angehen sollte, nehme ich das selbstverständlich zu Kenntnis. Aber die Vorgangsweise war, erst fragen und dann erst auf den Abend verschieben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe mich an die Vorgangsweise gehalten. Es wurde ein triftiger Grund genannt – er ist nicht nur privater Natur –, und ich kann ihn gerne in der Fraktionsführersitzung bekanntgeben.

Die Obfrau ersucht nun darum, die **nächste Auskunftsperson** zum **Beweisthema 3** in den Sitzungssaal zu bitten.

13.43

Auskunftsperson Mag. Harald Himmer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr **Mag. Himmer**, danke für Ihr Erscheinen!

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und –übertragungen, sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Himmer, vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Harald Himmer**. – Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Auskunftsverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet ist, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren Vertreter der Bildmedien, den Raum zu verlassen, damit wir mit der Befragung beginnen können.

Herr Bundesrat Mag. Himmer, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer zehnminütigen Erklärung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge zum Beweisthema Behördenfunk darzulegen. (*Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Mag. Himmer das Wort.*)

Auskunftsperson Mag. Harald Himmer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Hoher Ausschuss! Ich darf gerne ein paar zusammenhängende Sätze zum Untersuchungsgegenstand sagen.

Ich bin seit 1992 bei Alcatel, heute Alcatel-Lucent. Ich bin seit 1.4.2007 Vorstandsvorsitzender. Wir sind ein internationaler Konzern mit etwa 77 000 Mitarbeitern, 550 davon in Österreich, und mit 130 Länderniederlassungen.

Es kam in der Vergangenheit immer wieder vor, dass wir in Ländern, wo wir mit unserem Erfolg nicht zufrieden waren und Märkte zu wenig verstanden haben, Berater

beigezogen haben, so auch in Ungarn von Mai 2005 bis April 2007. Mein Ex-Kollege Oliver Schmerold hat dem Hohen Ausschuss diesbezüglich bereits berichtet.

Mir ist klar, dass der Untersuchungsausschuss eine wichtige Rolle zur Klärung von politischer Verantwortung wahrzunehmen hat. Es ist aber auch umgekehrt so, dass das Verbreiten von Unwahrheiten zur Schädigung von Personen und Unternehmen **kein Kavaliersdelikt** ist, auch wenn es im Schutzmantel der Immunität nicht verfolgt werden kann.

Peter Pilz hat am 15. September Vorwürfe erhoben, über die dann insbesondere in der Tageszeitung „Die Presse“ am 16. September 2011 berichtet wurde. Der verbreitete Vorwurf lautete: 3 Millionen von der Alcatel an die Industriellenvereinigung und von dort an die ÖVP. Das wurde im Untersuchungsgegenstand in einen Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe gerückt.

Ich bleibe so höflich wie möglich und sage: Diese von einer anonymen Person über einen immunen Abgeordneten verbreitete, gezielt berufsschädigende Aussage ist unwahr! Sie schadet nicht nur meiner Person und der ÖVP, sondern auch meinem Unternehmen und deren Mitarbeitern, die unschuldig in eine offensichtlich parteipolitisch motivierte Attacke hineingezogen werden.

Dasselbe Grundmuster – immunter Abgeordneter verbreitet schwere Vorwürfe in der Öffentlichkeit und zitiert anonymen Informanten – bedient auch Herr Abgeordneter Petzner mit seinem „Geheimdokument“.

Die anderen Personen können für sich selbst sprechen. Ich selber weise diesen so verbreiteten Vorwurf der Korruption jedenfalls auf das Schärfste zurück!

Was meine Gespräche mit dem Kollegen Schieszler betrifft, der Aussagen darüber gegenüber der Staatsanwaltschaft im Jahr 2011 getroffen hat, darf ich Ihnen Folgendes sagen:

Ich kann bestätigen, dass es zwischen mir und Gernot Schieszler Gespräche gegeben hat und dass wir uns öfter nach der Arbeit auf ein Getränk getroffen haben. Neben einer Vielzahl beruflicher, halbberuflicher, privater Themen hat er mir auch davon erzählt, mit Mensdorff-Pouilly auf der Jagd gewesen zu sein, dass Mensdorff-Pouilly für die TA tätig ist oder war – das weiß ich nicht – und dass er gesagt hat, dass er diesbezüglich dabei ist, einen Vertrag aufzusetzen.

Er hat mir das gesagt. Das heißt nicht, dass ich ihn das gefragt habe. Ich frage meine Kunden nicht nach Interna; wenn Sie mir etwas erzählen, höre ich ihnen zu.

Keinesfalls habe ich Herrn Schieszler aufgefordert, einen Vertrag zu machen. Als Vertreter eines Zulieferanten hatte ich es gegenüber dem Finanzvorstand der Telekom nicht in geringster Weise an der Hand, ihm **Aufträge** zu erteilen.

Unser Unternehmen Alcatel hatte einen Vertrag mit Mensdorff-Pouilly; das war für den ungarischen Markt. Er wurde dort erfüllt, und das ist bei uns intern bekannt und dokumentiert und wird auch von einer Mehrzahl involvierter Personen gewusst.

Ich kann sagen, Gernot Schieszler **irrt** sich. Ich gehe davon aus, dass sich in seiner Wahrnehmung die Gespräche mit mir, mit anderen Gesprächen und mit dem, was er in den Medien gelesen hat, vermischt haben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich aufgrund des Beschuldigtenstatus auch die Möglichkeit habe, mich zu entschlagen, aber ich möchte gerne auf sachliche Fragen sachlich antworten. – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Rosenkranz das Wort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Bundesrat Himmer, Sie sind ja als Generaldirektor, als Vorstandsvorsitzender der **Alcatel** hier. Sie haben es angesprochen, Sie haben mehrere Gespräche geführt.

Frage Jagdeinladungen: Waren Sie jemals als Jäger bei einer Jagd des Alfons Mensdorff-Pouilly eingeladen?

Mag. Harald Himmer: Ich war einmal bei einer Jagd.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sind dort berufliche Dinge besprochen worden? (**Mag. Himmer: Nein!**) – Jetzt zum gesamten Komplex des ...

Mag. Harald Himmer: Jedenfalls in keinem Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand. Ich weiß nicht mehr, was ich dort alles gesprochen habe, aber sicher keine Dinge in Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Was für Alcatel interessant war, es hat seitens des Innenministeriums ein Projekt gegeben, bei dem es darum gegangen ist, in Gesamt-Österreich, generell zwischen den Blaulichtorganisationen, ein **digitales Funknetz** aufzubauen: ein ambitioniertes, großes Projekt. Es hat eine Ausschreibung dazu gegeben. Auch Alcatel war 2002 am Rande bei den Bewerbern dabei. Es kam zu keinem Zuschlag an Sie, beziehungsweise das Konsortium, in dem Sie dabei gewesen wären. Es hat ein Konsortium aus Siemens, einer Raiffeisen-Tochter, Wiener Stadtbetriebe und Verbund bekommen; zusammengefasst unter dem Namen **master-talk**.

Es kam in der Folge dann zu Problemen – ob mehr herbeigeredet oder tatsächlicher Natur, das soll jetzt auch nicht Thema dieser Befragung sein.

Auf jeden Fall kam zwischen dem BMI und master-talk „Sand in das Getriebe“. Herr Hansjörg Tengg hat das so bezeichnet, dass, wie dann, aus welchen Gründen auch immer, dieser Sand im Getriebe war, sich auch bereits **Aasgeier** versammelt haben, die dieses Projekt in irgendeiner Form nutzen wollten.

Und da ist jetzt insbesondere **Motorola** ins Spiel gekommen, mit Ihnen. Es wurde gesagt, dass für die Frage, im Innenministerium etwas für das Konsortium Motorola/Alcatel und auch noch Telekom zu tun – davon sprechen wir noch, dass die laut ursprünglichen Vorhaben im Konsortium dabei gewesen sein sollten –, von Ihnen die Information oder der Tipp gekommen sei, man solle sich des Lobbyisten **Alfons Mensdorff-Pouilly** bedienen, um entsprechend positiv einwirken zu können.

Ich möchte jetzt noch nicht sagen, dass dieses positive Einwirken in Form eines strafbaren Zusammenhangs zu sehen ist, sondern also rein diese Tatsache.

Frage: Ist von **Ihnen** die Empfehlung gekommen, das Lobbying-Unternehmen oder eines der Unternehmen von Mensdorff-Pouilly bei Motorola, insbesondere auch bei Herrn Wirth einzusetzen?

Mag. Harald Himmer: Daran habe ich nicht die geringste Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Können Sie es ausschließen?

Mag. Harald Himmer: Ich kann es mit einer hohen Wahrscheinlichkeit ausschließen. – Ich kann es eigentlich ausschließen, denn das, was ich auch in der Zeitung gelesen habe, die Firma Valurex ist mir bis zum heutigen Zeitpunkt nicht einmal bekannt gewesen. Für meine Person kann ich ausschließen, diese Empfehlung abgegeben zu haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welchen Kontakt haben Sie im Rahmen der Ausschreibung mit dem Herrn Ulmer, ehemaliger Kabinettschef von Bundesminister Strasser, gehabt?

Mag. Harald Himmer: Es ist mir nicht bewusst oder bekannt oder sonst etwas gewesen, dass Herr Ulmer eine besondere Rolle in dieser Ausschreibung gespielt hätte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Ulmer hat sich aber dann in weiterer Folge auch mit Vertretern von Alcatel getroffen.

Mag. Harald Himmer: Dazu muss ich Ihnen sagen, das kann ich nicht ausschließen. Das weiß ich nicht. Aber wie Ihnen auch bereits mein Kollege Oliver Schmerold ausgeführt hat: Ich selber war für dieses Projekt nicht zuständig und habe daher in Zusammenhang mit diesem Projekt überhaupt keine operativen Gespräche geführt. Ich war weder in die Vertriebsstrategie eingebunden, noch bin ich beim Pricing dabei gewesen. Ich habe auch an keiner Verhandlung teilgenommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Tatsache ist aber dennoch, dass Alcatel für sich Dienste von MPA, von Mensdorff-Pouilly, in Anspruch genommen hat.

Mag. Harald Himmer: Das ist richtig, aber die haben in einem völlig anderen Zusammenhang stattgefunden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es besteht aber der Verdacht, dass diese Aufträge – von denen Sie sagen: ein anderer Zusammenhang, mit Engagements in Osteuropa oder dergleichen – nur vorgeschoßene Titel waren und es in Wirklichkeit um TETRON gegangen sei.

Nur ein kurzer Hinweis, wir haben soeben von der vorherigen Auskunftsperson gehört, dass bei der Telekom im Zusammenhang mit dem Projekt TETRON eine Zahlung an Mensdorff-Pouilly geflossen ist. Das wurde von Herrn Fischer als sogenannte **Altlast** bezeichnet. Es wurde mit einem Auftrag in der Slowakei verrechnet – was überhaupt keinen Zusammenhang mit irgendetwas gehabt hat. Das heißt, die Überschrift des Vertrages klaffte nicht nur deutlich, sondern überhaupt mit dem tatsächlichen Zahlungsgrund auseinander.

Kann es sein, dass es in Ihrem Unternehmen so gewesen ist, dass der Auftrag von Mensdorff-Pouilly nur ein Scheinauftrag war?

Mag. Harald Himmer: Herr Abgeordneter, zunächst möchte ich Ihnen sagen, dass, wie Sie sich vorstellen können, mir die Spekulationen, die in den Medien ja schon über viele Jahre stattfinden, bekannt sind – auch die Spekulationen über mein Unternehmen.

Ich wiederhole. Unser Auftrag an MPA stand in Zusammenhang mit dem **ungarischen Markt**, ist dort erfüllt worden, und das ist einer Mehrzahl an Personen in unserem Unternehmen bekannt. Ich kenne keinen anderen Zusammenhang und ich habe, nachdem ich ja um 10.30 Uhr geladen und hier schon im Haus anwesend war, den Live-Ticker verfolgt und auch diese Aussage von Vorstandsdirektor Fischer registriert. Dazu kann ich nur sagen, ich habe diese Aussage zum ersten Mal gehört.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben nicht wahrgenommen, dass der Herr Ulmer in irgendeiner Form mit diesem Projekt befasst gewesen sein könnte, mit der Ausschreibung, mit TETRON und was auch immer.

Kennen Sie den Herrn Gattringer?

Mag. Harald Himmer: Ja, ich kenne den Herrn Gattringer. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Woher?*) – Herr Gattringer ist mir zum ersten Mal als ÖH-Vorsitzender aufgefallen, da

war er Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft und als solcher einmal eingeladen, an den Klubtagen der Österreichischen Volkspartei teilzunehmen. Dort habe ich mein erstes persönliches Gespräch mit ihm gehabt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben sicher auch gewusst, dass Herr Gattringer dann später im Kabinett des Innenministers tätig war. – Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Mag. Harald Himmer: Es war für mich kein Geheimnis, dass Wolfgang Gattringer im Innenministerium tätig war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist Herr Gattringer später irgendwann einmal im Bereich Alcatel angestellt worden?

Mag. Harald Himmer: Ich glaube, das ist evident und bekannt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Was „evident und bekannt“ ist, kann unter Umständen nicht der Wahrheit entsprechen, darum haben wir Auskunftspersonen unter Wahrheitspflicht. Wenn ich nur Akten vorlesen oder durchlesen würde, am Abend oder sonst, dann weiß ich unter Umständen mehr, als hier im Ausschuss dann tatsächlich bekannt würde.

Daher meine Frage: Herr Gattringer ist angestellt?

Mag. Harald Himmer: Ich nehme diesen Kommentar von Ihnen mit Respekt zur Kenntnis. Sie haben natürlich Recht. Ja, es ist bei uns evident und mir bekannt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welche Tätigkeit hat Herr Gattringer dann im Unternehmen ausgeführt?

Mag. Harald Himmer: Herr Gattringer war im Ausland tätig und im Servicebereich beschäftigt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War das eine allgemeine Ausschreibung oder war das über Empfehlung? (**Mag. Himmer:** Die Rekrutierung?) – Ja, die Rekrutierung von Herrn Gattringer.

Mag. Harald Himmer: Wie das genau stattgefunden hat, weiß ich nicht mehr. Aber was ich in jedem Fall sagen kann ist, dass Kollege Gattringer von seiner Qualifikation, von seiner Bezahlung und von dem Einsatz, den er geleistet hat – er hat einen sehr guten Job gemacht –, auch von seinen Kollegen sehr anerkannt war. Ich glaube, dass man wirklich sagen kann – und da können Sie bei Alcatel gerne Geschichtsforschung betreiben, das wird man registrieren –, dass Kollege Gattringer eine Vielzahl von Aktivitäten im Unternehmen gesetzt hat, die ihn als fleißigen, Beitrag bringenden Mitarbeiter gezeigt haben, für die er eigentlich ein normales, gesteigertes Akademikereinstiegsgehalt gehabt hat. Auch hier muss ich sagen: Leistung und Gegenleistung beim Engagement von Wolfgang Gattringer waren aus der Sicht des Unternehmens mehr als einwandfrei.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist sehr gut, dass jetzt auch dieses Dienstzeugnis bei einem Protokoll eines Untersuchungsausschusses dabei ist.

Frage: Waren Sie als Entscheidungsträger in die Bestellung selbst eingebunden?

Mag. Harald Himmer: Nein, war ich nicht.

Aber weil Sie das gesagt haben, es ist jetzt auch das Kapitel mit dem Untersuchungsausschuss und mit seinem Namen verbunden. Das ist sehr traurig, wenn Personen, die anständige Arbeit machen, dann auch mit solchen Dingen befasst sind, insbesondere, wenn Sie sich nichts zu Schulden kommen haben lassen – aber das untersuchen Sie ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, richtig, wir untersuchen das auch, nämlich warum gerade Personen aus dem Innenressort, die mit dem Vergabeprozess und dem Begleitungsprozess TETRON zu tun hatten, dann bei den verschiedensten Firmen gelandet sind, die nachher den **Zuschlag** erhalten haben. Herr Gattringer ist nämlich nicht der Einzige. Und das ist halt eine Optik, die einmal von vornherein stutzig gemacht hat, obwohl es nichts Außergewöhnliches ist, dass Mitglieder eines Kabinetts nach dem Ausscheiden aus dem Kabinett auch andere Tätigkeiten machen. Es war halt diese Inzidenz der Ereignisse.

Herr Schieszler in seinen Aussagen – Sie haben sie bereits kurz gestreift, über seine Wahrnehmung oder Ähnliches. Wir sind uns auch dessen bewusst, dass Herr Schieszler derzeit ja unter einer Kronzeugen-Regelung rangiert. Ich hoffe, dass wir Herrn Schieszler auch als Auskunftsperson in den Ausschuss bekommen werden, weil zahlreiche andere Auskunftspersonen Herrn Schieszler einfach unterstellen, dass Dinge nicht stimmen, die er so ausgesagt hat, und das wäre für seine persönliche Position als Kronzeuge ja etwas durchaus nicht Ungefährliches.

Jedenfalls sagt Herr Schieszler zu Ihnen, Sie hätten bei ihm urgert, die Zahlung mit Mensdorff-Pouilly jetzt endlich rasch abzuwickeln. Alcatel hätte bereits bezahlt, aber Telekom sei säumig. Das ist ein Vorwurf.

Und jetzt meine Frage: Haben Sie jemals mit Schieszler ein derartiges Gespräch geführt? Und was würde Sie als Alcatel-Vorstand dazu bewegen, sich darin einzumischen, dass die Telekom irgendeinen Lobbyisten oder einen Berater bezahlt?

Mag. Harald Himmer: Herr Dr. Rosenkranz, zum ersten Punkt, wo Sie zwar keine Frage, aber noch eine Ausführung gehabt haben, was die Optik betrifft, dass Mitarbeiter, die vorher im Ministerium waren, dann bei Unternehmen auftauchen, die früher einen Auftrag erteilt haben: Mir ist bewusst, dass insbesondere sozusagen in der aufgeheizten Diskussion, die wir jetzt haben, eine solche Optik kritisch wahrgenommen wird; das möchte ich überhaupt nicht bestreiten.

Ich möchte aber schon einmal zu diesem Zeitpunkt auch in dem Ausschuss gesagt haben: Wir reden von Projekten, bei denen Sie auf der Seite des Kunden 20, 30, 40, 50 Entscheidungsträger haben; dasselbe gilt für die Seite der bietenden Unternehmen. Würden Sie irgendeinen anderen Geschäftsfall betrachten und genauso kritisch unter die Lupe nehmen, würden Sie auch zu ähnlichen Dingen kommen.

Es ist in unserer Branche durchaus an mehreren Stellen sichtbar, wo von einem Kundenunternehmen jemand zum Hersteller wechselt, vom Hersteller zum Kundenunternehmen wechselt und zwischen Mitbewerbern ohnehin auch. Und natürlich könnten Sie bei all diesen Wechseln auch immer Spekulationen über zuvor stattgefundene Projekte anstellen. – Das wollte ich nur sehr allgemein sagen.

Das Zweite: Sie können mir glauben, dass niemanden die Aussagen des Gernot Schieszler stutziger gemacht haben als mich. Es ist mir auch bewusst, dass es, wenn sozusagen von einem Gespräch, das zwischen zwei Personen stattgefunden hat, A so sagt und B so, sehr, sehr schwierig ist, einen Beweis zu führen, dass es **nicht** so war.

Ich glaube, den Umstand, dass zwei Personen ein Gespräch unterschiedlich in Erinnerung haben, gibt es am Tag millionenfach. Ich kann mich dem nur so nähern, dass ich Ihnen sage, ich habe in keiner Weise irgendeine Berechtigung dazu gehabt, Herrn Schieszler Aufträge zu geben! Im Gegenteil: Herr Schieszler war mein Kunde.

Herr Schieszler hat den Einkauf unter sich gehabt, und ich habe bei Herrn Schieszler üblicherweise für Projekte **meines** Unternehmens geworben, und selbstverständlich ist er als Vertreter des Kunden in der wesentlich stärkeren Position.

Wenn jemand sozusagen vom Machtverhältnis her welche Wünsche auch immer frei hätte, dann hätte viel eher **Gernot Schieszler** das bei mir frei gehabt. Ich habe mich bemüht, meistens die Getränke zu bezahlen, wenn wir solche Gespräche geführt haben.

Es mag auch sein, dass ich ihm erzählt habe, dass wir mit Mensdorff-Pouilly einen Vertrag hatten, möglicherweise auch, dass ich ihm gesagt habe, dass der zur Marktentwicklung in Ungarn war, das glaube ich aber gar nicht, weil ich im Prinzip über diese Dinge nicht spreche.

Ich kann Ihnen nur das wiederholen, was ich in meinem Eingangsstatement gesagt habe: Meine Erklärung dazu ist, dass die Aussage, die Herr Schieszler im Jahr 2011 gemacht hat und die sich offensichtlich auf Gespräche bezieht, die er mit mir 2008 oder 2007 gehabt haben muss, dass sich da gleichzeitig mit der medialen Berichterstattung, die es dazu gegeben hat, mit den vielen anderen Gesprächen, die er geführt hat, und mit dem, was er in der Zeitung gelesen hat, bei ihm ein Mix in der Wahrnehmung ergeben hat.

Ich kann Ihnen sagen, im tagtäglichen Gespräch mit dem Kunden, wo Sie vermitteln und sagen, der Kunde hat eine bestimmte Meinung, glauben Sie, wenn Ihnen berichtet wird, was der Finanzvorstand, was der Technikvorstand und was der Vertriebsvorstand gesagt haben, wenn Sie die einzeln befragen, dass die drei bei unterschiedlichen Ereignissen waren.

Ich möchte es wirklich nicht zu stark verallgemeinern, indem ich sage, es ist sehr, sehr schwierig, in der Menschheit Gespräche von zwei Personen wiederzugeben, aber meine Erklärung, die ich habe, ist: Gernot Schieszler irrt sich, weil sich im Jahr 2011 – auch in der Stresssituation der ganzen Einvernahme und mit all den Dingen, die auf ihn eingeprasselt sind – seine Wahrnehmung vermischt hat.

Ich war **nie** in der Lage, ihm einen Auftrag zu erteilen, und – Sie können auch andere Geschäftspartner von mir fragen – ich frage Kunden nicht nach deren Geschäftsgeheimnissen aus, das mache ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ein bisschen herunterbrechen, jetzt nicht auf die Ebene des formalen Auftrags, den Sie geben können – Sie haben ja auch schon versucht, eine Erklärung zu finden betreffend diesen Wahrnehmungsmix bei Herrn Schieszler.

Ich frage aber **Sie** konkret: Haben Sie aus irgendeinem Anlass zu Herrn Schieszler gesagt: Wir haben Mensdorff etwas bezahlt, und ihr bei der Telekom seid säumig, was die Zahlung betrifft!? (*Mag. Himmer: Nein, habe ich nicht!*) – Eben, das ist ...

Mag. Harald Himmer: Es ist auch so, dass ich Ihnen sage, ich habe ... – Entschuldigung, sind Sie mit der Frage fertig?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, die ist relativ einfach und klar.

Mag. Harald Himmer: Nein, das habe ich nicht. Und ich kann Ihnen auch sagen, ich habe **keine Ahnung**, welche Verträge die Telekom mit Mensdorff hat. Ich habe keine Ahnung, welche Leistung Mensdorff für die Telekom erbracht hat. Ich habe keine Ahnung, welch ein Vertrag aufgesetzt worden ist. Ich habe keine Ahnung, warum 1,1 Millionen in diesem Vertrag drinnen stehen, in welcher Relation die zu wie, was stehen. Ich hätte keinerlei Indikatoren, was ich Ihnen erklären könnte.

Hätte ein solches Gespräch mit Schieszler stattgefunden, wo ich irgendetwas wüsste, müsste ich irgendetwas dazu wissen, müsste ich irgendetwas bei ihm argumentieren. Das habe ich mit Sicherheit nicht getan. Und all diese Dinge, was Mensdorff für die Telekom erbracht hat und warum der Vertrag welchen Betrag hat und so weiter, kann

nur Schieszler beantworten oder Personen von der Telekom. Ich habe dazu keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ein letzter Themenkomplex: Es waren damals beim Bieterkonsortium für das spätere TETRON-Projekt **Motorola, Alcatel** und **Telekom** angedacht. Seitens Motorola und Alcatel war die Telekom besonders wichtig – unter Anführungszeichen –, weil man damit eine österreichische, besondere Note drinnen gehabt hat, ein heimisches Unternehmen. Der Telekom sei es laut Fischer nicht so recht gewesen, die wollten die Verantwortung nicht so übernehmen und daher eher nur **Lieferant** werden. Da hat es Diskussionen gegeben. Das hat sich auch gesperrt. Und da sei der Auftrag an Mensdorff-Pouilly gewesen, die Position von Telekom bei Motorola, insbesondere bei Wirth, der so eine – Anführungszeichen – „Konsortialsprecher“, „-führerrolle“ innegehabt hätte, dahin gehend aufzubereiten, dass akzeptiert wird, dass Telekom nur Lieferant ist.

Haben Sie zu solchen Gesprächen, zu solchen Diskussionen und insbesondere auch zu einer Lobbyingtätigkeit von Herrn Mensdorff-Pouilly bei Ihnen eine Wahrnehmung? (Mag. **Himmer:** Nein) – Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben ja Herrn Schmerold hier schon zu Gast gehabt, der hier auf mein Befragen hin, wie man denn auf Herrn Mensdorff gekommen ist, ausgesagt hat: Na selbstverständlich, aus dem Telefonbuch haben wir die Firma nicht gefunden!, also die MPA, und dann nennt er Sie, sagt, dass Sie irgendwie gesagt hätten, man könne und solle die MPA beauftragen und es gehe um Informationen und Kontakte zu relevanten Projekten.

Wie sind Sie denn ausgerechnet auf Herrn Mensdorff gestoßen? Warum haben Sie Herrn Mensdorff engagiert? Und zu welchem Zweck haben Sie Herrn Mensdorff engagiert? Und **wann** haben Sie ihn engagiert?

Mag. Harald Himmer: Wir waren im Jahr 2005 – ja, das muss 2005 gewesen sein – in Österreich ein Unternehmen mit etwa 700 Mitarbeitern. Ungarn ist von der Bevölkerungszahl sogar ein bisschen größer als Österreich. Der Telekom-Markt in Ungarn ist vom Investment her – Pi mal Daumen – die Hälfte des österreichischen Marktes.

Wenn ich Ihnen sage, dass wir zum damaligen Zeitpunkt in Österreich ungefähr 700 Mitarbeiter hatten und in Ungarn, glaube ich, so knapp 25, kann ich es an der Mitarbeiterzahl festmachen, welch marginalen Marktanteil wir in Ungarn hatten.

Wenn man solch kleine Marktanteile hat und wenige Mitarbeiter dort hat, dann ist es natürlich auch schwierig, immer wieder auch zu wachsen, weil man einfach einmal in eine kritische Größe hineinkommen muss. Wenn man Projekte hat, aus denen man Geld verdient, dann kann man die Mitarbeiter auch auf die nächsten Projekte setzen, et cetera.

Es ist einfach oft so, dass Unternehmen, die auf unterschiedlichen Märkten tätig sind, in einem Markt, der oft im Nachbarland ist, fundamental mehr Erfolg haben als im nächsten, obwohl sie den gleichen Wettbewerbern begegnen.

Wir sind in einer globalen Welt, und wir haben eigentlich in allen Ländern dieselben Mitbewerber. Und daher haben wir also den Befund gehabt, dass in Ungarn auf jeden Fall ein Wachstum für uns drinnen sein muss. Wir hatten einfach zu wenig Kenntnis über das, was auf dem ungarischen Markt los ist in Bezug auf Entscheidungsträger, in Bezug auf große Ausschreibungen, die kommen, wo man sich einfach, wenn man früher weiß, wann wo geplant ist, etwas zu investieren, früher vorbereiten kann.

Alfons Mensdorff-Pouilly hatte zu dem damaligen Zeitpunkt eine signifikant bessere Reputation als heute, um es einmal vorsichtig zu sagen, aber er war natürlich von den Parametern her – dass er ein Ungarn-Kenner ist, dass er selbst Ungarisch spricht, dass er dort beste Kontakte hat, dass er in Wien sitzt und trotzdem regelmäßig in Ungarn auf Geschäftsreise ist – für uns ideal, einen Brückenkopf zu bilden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, aber meine Frage war eine andere. Wie sind Sie konkret auf Herrn Mensdorff gestoßen? Hat ihn Ihnen irgendwer empfohlen? Oder kennen Sie ihn schon länger? Falls ja, seit wann kennen Sie ... (**Mag. Himmer:** Ja, ich kann mich da an meinen Kollegen ...!) – Darf ich meine Frage fertig stellen? (**Mag. Himmer:** Entschuldigung! Bitte!)

Seit wann kennen Sie Herrn Mensdorff und woher? Oder hat Ihnen jemand gesagt: Du, der Mensdorff, der wäre etwas für euch!, oder sind Sie selbst auf ihn gestoßen, weil Sie ihn schon Jahre kennen? Wenn ja, seit wann kennen Sie ihn und woher?

Mag. Harald Himmer: Ich kann mich nur bei meinem Kollegen Oliver Schmerold anschließen: Auch ich habe Herrn Mensdorff nicht aus dem Telefonbuch. Aber ich kann Ihnen beim besten Willen nicht mehr sagen, wann Alfons Mensdorff zum ersten Mal in meine Wahrnehmung gerückt ist, aber es ist sicher viele Jahre her. Aber ich könnte es auch in meinem nicht geschriebenen Tagebuch nicht nachlesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage war ja: Sind Sie selbst auf ihn gestoßen und auf eine Beauftragung für Ungarn – zu der kommen wir gleich –, oder ist er Ihnen empfohlen worden?

Mag. Harald Himmer: Ah, okay, jetzt habe ich ... – Ich finde das so interessant, dass Sie immer so stark auf dem herumreiten, wer wen empfohlen hat. Am Ende des Tages übernehmen wir voll die Verantwortung dafür, dass wir Herrn Mensdorff engagiert haben.

Wir haben ihn engagiert aus den Kriterien heraus, dass wir jemanden haben wollten, der den ungarischen Markt kennt – ich habe Ihnen das bereits ausgeführt. Mir ist keinerlei Empfehlung bekannt.

Ich erinnere mich, dass wir im Management-Team beisammengesessen sind und des Öfteren darüber diskutiert haben, wie wir das in Ungarn aufsetzen könnten. Ich hätte nicht mehr gewusst, dass der Vorschlag von mir gekommen ist, aber wenn Oliver Schmerold das so sagt, habe ich keinen Grund, daran zu zweifeln. Und wenn ich dann weiter darüber nachdenke, dann weiß ich, dass ich zu diesem Zeitpunkt Mensdorff-Pouilly bereits kannte. Und so ist vermutlich oder sehr wahrscheinlich diese Idee entstanden. Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Schmerold hat das ja unter Wahrheitspflicht hier ausgesagt.

Also die Frage noch einmal ganz konkret: Sie sagen, das wird schon stimmen, wenn Schmerold das so sagt. Also ist das jetzt von Ihnen ausgegangen, oder wurde Ihnen von jemandem nahegelegt, Herrn Mensdorff zu engagieren? Das frage ich jetzt zum dritten Mal. Oder können Sie sich nicht daran erinnern?

Mag. Harald Himmer: Sie können es meinetwegen auch als Nichterinnerung nehmen, wenn Sie mich so fragen.

Ich fühle mich nicht in der Lage, mehr zu sagen als das, was ich gesagt habe. Wir sprechen von einem Ereignis aus dem Jahr 2005. Oliver Schmerold hat gesagt, ich habe das vorgeschlagen. Ich sage, für mich ist das glaubwürdig, weil ich zu dem Zeitpunkt Mensdorff schon kannte, und ich weiß auch die Parameter, unter denen wir

es gemacht haben. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass ich ihn vorgeschlagen habe. Hundertprozentig wissen tue ich es trotzdem nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mensdorff sagt in seiner Beschuldigtenvernehmung – gehen wir weiter zu seinen Leistungen, die er erbracht hat –, er hätte immer an Sie direkt berichtet.

Die Frage der Behörden ist:

Mit welchen physischen Personen wurde Ihrerseits der diesbezügliche Geschäftsfall – also sein Geschäftsfall mit Alcatel – abgewickelt, abgearbeitet?

Antwort von Herrn Mensdorff:

Mit Mag. Harry Himmer. Auch die Berichte erfolgten direkt an ihn.

Frage: Was hat denn Herr Mensdorff alles geliefert und gemacht, wenn er direkt an Sie berichtet hat? Was hat er denn da alles berichtet und gemacht im Zeitraum seines Engagements für Alcatel und für die Summe von insgesamt 719 970 €? Datum haben wir auch da: vom 28.12.2005 bis 6. September 2007. Also was hat Herr Mensdorff alles geleistet und Ihnen berichtet? Und was haben Sie mit diesen Informationen gemacht? Hat sich Ihre Lage in Ungarn verbessert, und wenn ja, was konnte Herr Mensdorff dazu beitragen?

Wir haben nämlich sämtliche Berichte von ihm gelesen. Ich gehe davon aus, dass Sie wie ich gewusst haben, wer damals zum Beispiel ungarischer Ministerpräsident war, aber solche Sachen sind in den Berichten von Herrn Mensdorff drinnen gestanden, also Allgemeinweisheiten. Jetzt frage ich mich eben, welche Leistung 719 000 € rechtfertigt. Sagen Sie mir also, was Herr Mensdorff außer der Info, wer gerade der Ministerpräsident von Ungarn ist, noch geleistet hat?

Mag. Harald Himmer: Herr Kollege Petzner, ich weiß nicht, wie viel Erfahrung Sie im Ostgeschäft haben, aber weil Sie das gerade so besonders lustig finden, dass das Geburtsdatum vom Premierminister drinnen gestanden ist, wo Sie natürlich hundertprozentig recht haben, Herr Petzner, dass man das im Internet nachschauen kann: Da ist natürlich die Information, die jemand, der einen solchen Bericht schreibt, weitergeben möchte, welcher Generation der neue Ministerpräsident angehört, weil das für den, der den Bericht liest, natürlich eine Orientierung ist, dass man da sagt, da kommt eine neue Generation ans Ruder.

Die Berichte geben natürlich sozusagen Hinweise darauf, worüber man sprechen könnte, worüber man sprechen sollte, et cetera.

Aber Sie sind mit einem Punkt eh in die richtige Richtung gegangen: Was interessiert denn ein Unternehmen am Ende des Tages? – Natürlich nicht die Papierqualität des Berichtes, die Anzahl der Seiten und so weiter, sondern – Überraschung! – der Umsatz, die Sales, die man dort macht.

Daher ist es natürlich darum gegangen, von Mensdorff Informationen zu bekommen, wo Ausschreibungen geplant sind, wo zum Beispiel neue Frequenz-Versteigerungen in der Pipeline sind, et cetera, sodass wir uns besser darauf vorbereiten konnten, an solchen Ausschreibungen teilzunehmen. Damit Sie sozusagen ungefähre Verhältniszahlen haben, falls es Sie wirklich interessiert – ich sage es Ihnen nämlich gerne –: Wir haben in Ungarn zum damaligen Zeitpunkt so ungefähr 10 Millionen Umsatz gemacht, und es war unsere Überlegung, dass wir eigentlich in einem sehr kurzen Zeitraum den Umsatz auf 20, 30 Millionen erhöhen könnten. Dazu muss man

natürlich das eine oder andere Groß- oder Mittelpunkt gewinnen. Das war das Ziel und das war die Ansage.

Und was vom Ergebnis her festzuhalten ist, ist: Ja, es sind unsere Sales nach dem Engagement des Herrn Mensdorff in die Höhe gegangen und wir haben insbesondere sozusagen in dem Bereich, für den er verantwortlich ist, Business, das wir bis heute noch haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, wenn der Herr Mensdorff so toll war, warum ist dann der Vertrag am 6.9.2007 ausgelaufen und nicht weitergegangen?

Mag. Harald Himmer: Das kann ich Ihnen natürlich auch gerne beantworten. Ich habe bereits erwähnt, der Vertrag von Herrn Mensdorff ist von 2005 bis 2007 gelaufen. Ich bin am 1.4.2007 Vorstandsvorsitzender geworden. Ich habe das Vertragsverhältnis mit Alfons Mensdorff am 31. desselben Monats auslaufen lassen, und zwar aus zwei Gründen: Der erste Grund war der, dass zu diesem Zeitpunkt in der medialen Berichterstattung rund um Themen British Aerospace et cetera die Reputation von Alfons Mensdorff beschädigt war, und zum Zweiten, weil wir generell unsere Policy verschärft hatten in der Richtung, dass wir auch Beraterleistungen immer reduzierter in Anspruch genommen haben, eben weil es immer wieder Diskussionen um Beraterverträge gibt. Und so haben wir uns als Unternehmen entschieden, es durchaus auch in Kauf zu nehmen, auf dem einen oder anderen Markt weniger Geschäft zu machen, aber dafür auch weniger Diskussion über Beraterleistungen zu haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, jetzt wissen wir das auch: Also die Medien sind schuld.

Eine Frage: Kennen Sie die Valurex und welche Wahrnehmungen haben Sie zur Valurex? (*Zwischenruf der Abg. Tamandl.*) – Aber ich lege dazu dann etwas vor, im Unterschied zum Herrn Rosenkranz.

Mag. Harald Himmer: War es das schon? – Ich kenne die Valurex nicht, nein. Ich kenne sie aus den Medien, aber ich weiß so viel wie wahrscheinlich andere Zeitungsleser.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt sollte die Frau Kollegin Tamandl auch zuhören, wenn Sie sich schon darüber aufregt, dass ich eine Frage zweimal stelle. Ich halte Ihnen vor eine Mail vom 22. Juni 2004 vom Herrn Neureiter Josef an den Thomas Schmicke, Thema ist: „Info zu Valurex“. Da schreibt Herr Neureiter:

„Thomas,

wie besprochen, anbei einige Zeilen zu Valurex.“ – Erster Satz:

Und: „Valurex has been introduced to us by partner companies in Austria. Namely Telekom Austria and Alcatel.“

Das heißt – Sie sind, glaube ich, der englischen Sprache mächtig –, Neureiter berichtet hier, dass Ihnen Motorola über die TA und Alcatel bekannt wurde. Und dann schreibt Herr Neureiter eben weiter, was er alles über diese Valurex weiß und schließt dann am Schluss so:

„Ich denke, das könnte helfen.

Grüße, Josef.“

Da ist es nämlich damals schon darum gegangen, dass Korruptionsverdächtigungen in Richtung Valurex aufgetaucht sind.

Also Motorola-intern sieht man das ein bisschen anders: Da wird Alcatel mit Valurex direkt in Zusammenhang gebracht.

Was sagen Sie zu diesem Mail? Wie kommt der Herr Neureiter darauf, „Valurex has been introduced to us by partner companies in Austria“, und dann nennt er Alcatel?

Wer irrt sich da jetzt: Sie oder der Herr Neureiter?

Mag. Harald Himmer: Herr Petzner, ich habe nicht alles verstanden, was Sie sagen – vielleicht werde ich schon derrisch –, aber es ist wirklich nicht leicht, Sie akustisch zu verstehen, insbesondere wenn Sie sich die Hand vor den Mund halten.

Zu dem, was ich als Frage verstanden habe, kann ich Ihnen nur eines sagen. Wenn da steht: Liebe Grüße, Josef, oder was auch immer, würde ich diesen Josef fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir geben Ihnen dieses Mail, dann können Sie es selbst lesen und werden es verstehen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Mag. Harald Himmer: Ich kann Ihnen dazu nur sagen, ich kenne die Namen dieser Motorola-Mitarbeiter nicht und ich kann Ihnen auch gleichzeitig sagen – das werden Sie wahrscheinlich selbst wissen –, die Menschen schreiben jeden Tag Millionen Mails, auch Mitarbeiter anderer Unternehmen. Ich fühle mich wirklich überfordert und ich kann es auch nicht verhindern, dass am 22.6.2004 jemand, den ich nicht kenne, glaubt, dass mein Unternehmen etwas empfohlen hat. I am lost. Ich kann dazu nichts sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben den ersten Satz gelesen und jetzt hoffentlich auch verstanden. Wie kommt der Herr Neureiter darauf? Können Sie sich das erklären oder nicht?

Schauen Sie, das Positive ist, dass Leute sehr viele Mails schreiben. Das ist schon richtig und das ist insofern positiv, als man sich dann leichter tut, wenn es darum geht, irgendwelche komischen Dinge aufzuklären – und das ist so ein komisches Ding. Also wie ist der Herr Neureiter darauf gekommen? Wir haben schon viele Neureiter-Mails hier im Ausschuss zum Thema gehabt, Herr Bundesrat Himmer, und die Neureiter-Mails waren stets stichhaltig.

Also noch einmal: Wie kommt der Herr Neureiter darauf, dass er sagt, die Valurex komme von der Telekom Austria und von Alcatel? – Das ist Ihre Firma, da sind Sie in Österreich der Chef, und er sagt, er hat das gekriegt über den österreichischen Markt und da über TA und Alcatel. Da sind dann eigentlich Sie der Oberste.

Nochmals: Wie kommt der Herr Neureiter darauf?

Mag. Harald Himmer: Da kann ich wirklich nur empfehlen: Fragen Sie das den Herrn Neureiter! Ich habe keine Ahnung, wie er darauf kommt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie haben von der Valurex nur aus den Medien erfahren und die ist Ihnen vorher nie untergekommen?

Mag. Harald Himmer: Ja. – Ich sage Ihnen das auch gerne noch zehnmal, falls Sie mich fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle es nur klar für das Protokoll, falls irgendwann das Gegenteil herauskommt, damit wir uns dann leichter tun, falls das falsch war, was Sie gesagt haben. (*Mag. Himmer: Passt schon!*)

Ich lege Ihnen noch ein Mail vor (*Abg. Mag. Himmer: Eben! Wir sind uns sowieso ... Ganz ruhig!*) – keep cool! –, da schlägt der Herr Ulmer dem „lieben Ali“ eine Jagdeinladungsliste vor – ich kenne das Mail schon auswendig, ohne dass ich es lesen muss –, und auf dieser Einladung steht auch Ihr Name.

(*Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.*)

Sie haben gesagt, Sie waren einmal bei einer Jagd dabei: War das diese Jagd und welche Teilnehmer auf Basis dieser Liste – Sie sind die Nummer zehn – können Sie dem Ausschuss als Teilnehmer an der Jagd bestätigen? Einige haben wir ohnehin schon geklärt.

Mag. Harald Himmer: Das ist nicht die Jagd, auf der ich gewesen bin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf welcher Jagd waren Sie dann? Wann waren Sie auf dieser Jagd? Mit wem waren Sie auf dieser Jagd? Wer hat diese Jagd bezahlt und wer war bei dieser Jagd anwesend?

Mag. Harald Himmer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wo hat die Jagd stattgefunden?

Mag. Harald Himmer: Schauen Sie, Herr Petzner, ich kann Ihnen sagen, das ist sicher nicht die Jagd gewesen. (Abg. **Petzner:** ... sonst?) Ich war einmal auf einer Jagd, da waren viele Personen (Abg. **Petzner:** Sie waren auf einer einzigen! Darf ich jetzt ausreden?), aber ich war nicht auf **dieser** Jagd.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren auf einer einzigen – auf einer einzigen! –, und das merke ich mir schon, wenn ich auf einer Jagd mit dem Mensdorff war, wann das ungefähr war – ungefähr zumindest! – und wer alles dabei war. An das hat sich bisher noch jeder erinnern können, sogar die, die wirklich große Erinnerungslücken gehabt haben, Herr Himmer.

Daher frage ich Sie noch einmal: Wann war diese eine Jagd? Wo war diese eine Jagd? Wer hat eingeladen? Wer hat bezahlt und wer hat daran teilgenommen?

Mag. Harald Himmer: Sie haben mir hier eine Liste vorgelegt von einer Jagd. – Dazu sage ich Ihnen noch einmal: Auf dieser Jagd war ich nicht.

Und dann sage ich Ihnen: Ich war einmal in Schottland auf einer Jagd – zu einem anderen Zeitpunkt, in einem Zusammenhang, der nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, und daher weiß ich nicht, warum ich darüber etwas sagen sollte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Ulmer war auch einmal in Schottland auf einer Jagd mit einigen TETRON-Leuten. Wir suchen das Datum heraus und legen es Ihnen dann vor: Dann werden wir fragen, ob das diese Jagd war.

Haben Sie diese Jagd selber bezahlt oder sind Sie eingeladen worden? Ich meine – noch einmal –, wenn ich auf einer Jagd bin und noch dazu in Schottland, dann weiß ich das schon ganz genau. (Abg. **Amon:** Zur Geschäftsbehandlung!) Also ich war noch nie auf einer Jagd in Schottland – Gott sei Dank, wahrscheinlich. (Abg. **Amon:** Frau Vorsitzende, zur Geschäftsbehandlung!)

Mag. Harald Himmer: Herr Petzner, Sie erzählen mir dauernd, was Sie machen würden. Das ist Ihnen ja unbenommen, dass Sie sich die Dinge ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe dann sowieso zwei Fragen gestellt, also antworten Sie, bitte. (Abg. **Amon:** Zur Geschäftsbehandlung – das dritte Mal!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsbehandlung: Herr Abgeordneter Amon. – Bitte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende, um ein wenig Konzentration möchte ich doch ersuchen! Ich meine, wenn der Herr

Mag. Himmer schon zum zweiten Mal eine Antwort auf die gestellte Frage gibt und darauf verweist, dass das nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, dann, denke ich, sollte man es dabei bewenden lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja. Gut, das hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun. – Entschuldigen Sie, ich muss da jetzt noch wegen Lukasek et cetera Parallelaktionen betreuen. Danke für Ihren Hinweis.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Okay, wir suchen die Unterlagen heraus und fragen in der zweiten Runde nach, ob es tatsächlich keinen Zusammenhang gibt. Das wollten wir gerade herausfinden.

Kennen Sie den Herrn Mag. Bernhard Mayr? (*Mag. Himmer: Ja!*) – Wer ist das?

Mag. Harald Himmer: Das ist ein Jurist bei uns im Haus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau: Leiter der Rechtsabteilung Mag. Bernhard Mayr und ein Rechtsanwalt der Firma Alcatel. – Gut.

Da gibt es einen Aktenvermerk vom BAK vom 24.5.2012. Das Gleiche, was der Herr Asner de facto für Motorola ist, ist der Herr Mayr irgendwie für Alcatel. Auch der war da irgendwie mit firmeninternen Erhebungen beauftragt.

Blablabla – das haben wir ohnehin schon alles gemeinsam hier diskutiert –, und dann kommt der entscheidende Punkt, und diesbezüglich möchte ich Sie fragen, ob Sie dazu etwas wissen – und das ist jetzt nämlich wieder spannend und da schließt sich wieder der Kreis, wenn Sie sagen, Ihnen ist die Valurex nie untergekommen. Der Herr Mayr, also der Rechtsanwalt der Firma Alcatel, sagt Folgendes:

„Ergänzungen“ – unter Ergänzungen kommt immer das Wichtigste; das als kleiner Tipp, falls Sie einmal selber in einem U-Ausschuss als Ausschussmitglied sitzen sollten und nicht als Zeuge. Ergänzungen von Herrn Mayr (*Mag. Himmer: ... also ich finde das ...!*) – hören Sie mir zu bitte? –: ...

Mag. Harald Himmer: Wenn Sie deutlich sprechen, höre ich Ihnen gerne zu. Ich verliere Sie ständig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):

„... von Herrn MAYR wurde weiters angegeben, dass der Konzern ALCATEL „gewisse“ – unter Anführungszeichen – „Bestechungsvorwürfe in den USA gehabt hatte und das amerikanische Justizministerium ein Privatunternehmen mit der Prüfung beauftragt hatte. Das Verfahren wurde letztendlich nach Wissenstand von Herrn MAYR durch Zahlung einer Pönale durch ALCATEL beendet, näheres entziehe sich seiner Kenntnis.“

Und jetzt kommt's:

„Dieses Verfahren habe sich offensichtlich auch auf diverse Vorgänge rund um Mensdorff bezogen. Herr MAYR bzw die österreichische ALCATEL habe letztendlich nur die Information bekommen, dass keine weiteren Veranlassungen mehr zu treffen seien.“

Das heißt Folgendes – dieser Absatz ist entscheidend! –: Der Herr Mayr sagt, Bestechungsvorwürfe in den USA. Wir wissen, in den USA wurde ermittelt im Zusammenhang mit Valurex. Die amerikanische Justiz prüft gegen Alcatel auch wegen Bestechungsvorwürfen. Alcatel wird die Sache offensichtlich zu heiß und man zahlt eine Pönale, damit das Ganze beendet wird. Das Ganze wird auch beendet und es

kommt nichts mehr heraus, weil man sowieso im Vorhinein eine Pönale bezahlt hat. Aber eine Pönale zahlt man nur dann – davon gehe ich aus –, wenn man will, dass irgendetwas nicht aufkommt, was nicht aufkommen soll.

Und dann kommt der entscheidende Punkt, nämlich dass der Herr Mayr sagt – die Info, die wir gekriegt haben –, es geht auch um diverse Vorgänge rund um Mensdorff und das, was da passiert ist.

Daher frage ich Sie – weil der Herr Mayr als Rechtsanwalt weiß es nicht, vielleicht wissen Sie es als Österreich-Chef von Alcatel –: Wie hoch war die Pönalzahlung? Warum hat man die Pönalzahlung geleistet? Um welche diversen Vorgänge rund um Mensdorff ging es, weswegen die amerikanische Justiz gegen Alcatel ermittelt hat – noch einmal: hier werden Bestechungsvorwürfe genannt – und welche Informationen haben Sie dazu von Ihrem Konzern erhalten?

Mag. Harald Himmer: Ich war nicht dabei bei dem Gespräch, aus dem der Herr Mayr zitiert wird; er wird auf jeden Fall falsch zitiert.

Ich habe keine Kenntnis darüber, dass diese Erhebungen im Zusammenhang mit Mensdorff ... – Also die Erhebungen, die wir intern hatten, waren über Mensdorff, aber die Zahlungen in Amerika sind in keinem Zusammenhang mit Mensdorff zu sehen. – Aber die Behörden sind ohnehin dabei, das zu prüfen, und ich bin überzeugt davon, die werden das mit unseren Juristen in Österreich, aber auch im Konzern sehr klar klären. Die haben auch alle Informationen. – Aber dieser Zusammenhang mit Mensdorff, da bin ich mir sicher, der stimmt so nicht.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Die Zeit ist an und für sich zu Ende.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich will nur diese eine Passage abschließen. Ich mache einen Vorgriff auf die zweite Runde. (**Obfrau-Stellvertreterin Tamandl:** Kurz, bitte!) – Ganz kurz, ja.

Also noch einmal, der Herr Mayr sagt hier: Dieses Verfahren – also das amerikanische Verfahren, das dann durch eine Pönalzahlung beendet wurde, Zitat –, „habe sich offensichtlich auch auf diverse Vorgänge rund um Mensdorff bezogen“. – Das sagt er ganz deutlich.

Ich gehe davon aus, dass die Beamten des BAK, die zum Innenministerium ressortieren, das schon richtig aufgeschrieben haben.

Welche Angaben können Sie zu diesen diversen Vorgängen rund um Mensdorff, die Mayr hier nennt, machen? Keine, oder wie?

Mag. Harald Himmer: Ja, Herr Petzner, es tut mir leid. Ich weiß, dass Sie eine starke Neigung haben, an das zu glauben, was Sie sich wünschen und dass sozusagen jeder Satz, der Ihr Bild bestätigt, ein ganz hervorragender Satz und in Stein gemeißelt ist. Aber so imperfekt ist eben unsere Welt! Es kommt das BAK, nimmt an sich Unterlagen bei uns mit, und dann machen sie offensichtlich ... – Ich weiß nicht, offensichtlich haben Sie eine Notiz gemacht. Es tut mir leid, mein Informationsstand ist, dass das so nicht stimmt.

Aber es ist ohnehin nicht entscheidend, was **ich** diesbezüglich glaube, weil das ohnehin bei den Behörden aufgeklärt werden kann. Da gibt es sicher bei uns in der Alcatel, im Konzern, Personen, die das viel besser wissen, und auch die ermittelnden Behörden werden diese Frage klären. (**Abg. Petzner:** Noch einmal: Das behauptete ...!)

Ich habe wirklich nicht vor, hier die Ermittlungen zu führen. Diese Sachen werden ermittelt, und ich bin überzeugt davon, dass sich das aufklärt. Wenn Sie weiter hier

forschen wollen betreffend das, was eigentlich ermittelnde Behörden ohnehin machen, dann entschlage ich mich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage für die erste Runde. Schauen Sie, die Schwierigkeit ist ja immer – und deswegen muss ich Sie das ja fragen –, nicht ich behaupte das und das behaupten auch nicht die Beamten des Innenministeriums, das sagt der Anwalt von **Alcatel**. Der sagt das!

Und es kann eben nicht mehr ermittelt werden – weil Sie sagen, das wird ohnehin alles ermittelt und das warte ich ab. Es kann eben nicht mehr ermittelt werden – zumindest nicht auf amerikanischer Seite –, weil Alcatel – und als Grund werden unter anderem von Mayr diverse Vorgänge rund um Mensdorff genannt – die ganzen Ermittlungen – nämlich gewisse Bestechungsvorwürfe, wie Mayr hier aussagt – nicht mehr ermittelt werden in den USA, weil Alcatel das Ganze vorher durch die Zahlung einer Pönale gelöst hat. Und dazu befrage ich.

Also noch einmal – Schlussfrage für die erste Runde, denn das haben Sie mir nicht beantwortet –: Wissen Sie von dieser Pönalzahlung? Wie hoch war diese Pönalzahlung und wissen Sie etwas von gewissen Bestechungsvorwürfen in den USA und Zusammenhängen mit Alfons Mensdorff-Pouilly?

Mag. Harald Himmer: Also was war jetzt Ihre Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal; es waren drei Fragen. Kennen Sie die Höhe der Pönalzahlung? (*Mag. Himmer: Gehen wir es einzeln durch!*)

Kennen Sie die Höhe der Pönalzahlung?

Mag. Harald Himmer: Ich glaube, dass ich die Höhe der Pönalzahlung kenne, aber ich kenne keinen Zusammenhang zu Mensdorff-Pouilly.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich glaube, Sie wollen mich einfach nicht verstehen. Der Zusammenhang ist, ich habe ...

Mag. Harald Himmer: Nein, es tut mir leid! Ich bewundere Ihren Mut zur Stereotype, aber ich kann Ihnen auch immer wieder nur die gleiche Antwort geben: Ich kenne keinen Zusammenhang zu Mensdorff-Pouilly, aber ich habe die Zuversicht, dass das von den Behörden geklärt werden kann.

Vor allem: Das ist Geschichte, das hat stattgefunden! Das heißt, wenn ich einem Irrtum aufsitzten würde, wird das sowieso geklärt. Aber ich sage Ihnen, ich habe diese Verhandlungen nicht geführt, ich weiß auch nicht, was alles von dieser Zahlung – ich glaube, es waren 92 Millionen –, aber ich weiß nicht, was davon (*Abg. Petzner: Wie viel? 92 Millionen?*) alles erfasst ist. (*Abg. Petzner: 92 Millionen Dollar oder Euro?*) – Bitte?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): 92 Millionen Dollar oder Euro?

Mag. Harald Himmer: Ich glaube, dass das Dol ... – Aber noch einmal, ich muss wirklich hier sagen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage, denn ich muss ja auf meine Zeit schauen und ich will Sie nicht mit Ihrer Begriffsstutzigkeit ...

Mag. Harald Himmer: Sie dürfen nicht vergessen, wir reden hier von einem Konzern. Wir sind ein Konzern mit 130 Länderniederlassungen. Und wir reden hier von einem Thema, wo ich wirklich sagen muss, ich weiß so gut wie nichts dazu, aber zu all dem, was ich mich erkundigt habe, weil ich ja auch registriert habe, was Sie mit dem Herrn Schmerold hier für einen Dialog hatten, ist mein Kenntnisstand, dass die Abschlagszahlung nichts mit Mensdorff zu tun hat. Aber das wird klarbar sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfeststellung – noch einmal für die erste Runde –: Das behauptet ja nicht ich oder das BAK, sondern das behauptet laut BAK – noch einmal – der Leiter der Rechtsabteilung, Mag. Bernhard Mayr, und ...

Mag. Harald Himmer: Das haben Sie mir 15 Mal gesagt und ich habe es beim ersten Mal verstanden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann verstehen ich aber nicht, warum der Leiter der Rechtsabteilung ...

Mag. Harald Himmer: Sagen Sie es mir noch dreimal! Ich sage Ihnen noch dreimal die gleiche Antwort.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandi (*das Glockenzeichen gebend*): Ich muss jetzt einschreiten! (*Abg. Petzner: Darf ich ausreden?*) – Nein, ich muss jetzt bitte einschreiten. Entweder, Herr Kollege Petzner, Sie formulieren eine Frage. Wir sind (*Abg. Petzner: Da war ich gerade dabei!*) hier, um **Fragen** zu stellen.

Sie sind schon wesentlich über der Zeit, Sie haben in der ersten 7-Minuten-Runde bereits fast 12 Minuten verbraucht, das heißt, das ist Ihr gesamtes Zeitkontingent für die Befragung von Herrn Mag. Himmer. Und wenn Sie ihm eine Frage stellen, dann lassen Sie ihn auch bitte ausreden. Also bitte, formulieren Sie etwas, aber formulieren Sie lieber eine Frage als ein Schlussstatement, das immer ausartet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich war gerade dabei. Der Leiter der Rechtsabteilung, Herr Mag. Mayr, sagte – noch einmal – gegenüber dem BAK, dass sich dieses Verfahren auch auf diverse Vorgänge rund um Mensendorff bezogen hätte.

Meine Schlussfrage: Warum weiß der Leiter der Rechtsabteilung Mayr sehr wohl über diese Zusammenhänge und die Vorgänge rund um Mensendorff Bescheid, sein Chef Himmer aber nicht? Liegt das an einer mangelnden internen Kommunikation oder wie kann ich mir das erklären, dass der Leiter der Rechtsabteilung etwas weiß, was ausgerechnet der Chef Himmer nicht weiß?

Mag. Harald Himmer: Die Frage, glaube ich, kann ich Ihnen schon wieder erklären. Das hängt damit zusammen, dass Sie keine Ahnung haben, wie es in einem Konzern zugeht, und dass Sie nicht bereit sind, zu akzeptieren, dass diese Zahlung, um die es geht, eine **Konzernangelegenheit** ist und nichts mit der **Alcatel-Lucent in Österreich** zu tun hat – in etwas, in das ich überhaupt nicht eingebunden bin und daher darüber auch nicht Bescheid weiß.

Sie können jetzt noch 20 Mal sagen, der Herr Mayr hat das gesagt. Ich habe diese Verhandlungen in Amerika nicht geführt, ich weiß auch keinerlei Details darüber. Ich habe mich intern erkundigt, nachdem ich Ihren Auftritt oder Dialog mit dem Herrn Schmerold gehört habe, wo Sie auch bereits daraus zitiert haben. Ich habe die Auskunft bekommen, dass es keinen Zusammenhang mit Mensendorff gibt. Ich glaube, ich habe das schon ein paar Mal gesagt. Ich habe denselben Mut zur Stereotype und werde das auch immer wiederholen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich darf die Frau Vorsitzende ersuchen, irgendwelche Beleidigungen sind da nicht notwendig. Ich darf nur gegenüber dem Herrn Himmer klarstellen, ich weiß sehr wohl auch, wie ein Konzern funktioniert, weil ich selber jahrelang in einem großen Medienkonzern in verschiedenen Bereichen, unter anderem in der Geschäftsführung, tätig war. Ich erzähle es Ihnen gerne in einem Privatissimum in der Parlamentscafeteria.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandi: Herr Kollege Petzner, so kann man auch die Geschäftsordnung ausreizen. Das war natürlich **keine** Meldung zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Vielleicht können wir wieder, damit wir alle mithören können, einige Fragen stellen.

Herr Magister, inwieweit waren Sie als Vertriebsdirektor von Alcatel in das Konsortium TETRON beziehungsweise in das BOS-Projekt bereits eingebunden?

Mag. Harald Himmer: Entschuldigung, die Frage war, ob ich eingebunden war? (*Abg. Pendl: Ja!*) – Nein, ich war nicht eingebunden. Aber ich sage natürlich, ich habe schon mitbekommen, dass es dieses Projekt gibt. Mein Kollege Schmerold, der hier bereits vor diesem Hohen Ausschuss war, hat das nicht als Geheimprojekt geführt. Ich habe schon registriert, dass wir uns als Firma hier engagieren.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Aus Sicht von Alcatel: Wie würden Sie die Fortschritte beim BOS-Projekt beurteilen?

Mag. Harald Himmer: Schauen Sie, ich glaube, das ist in dem Ausschuss, auch was ich den Protokollen entnehme, sehr viel diskutiert worden. Ich sage, dort, wo es ausgebaut ist, funktioniert es, dort, wo es nicht ausgebaut ist, funktioniert es nicht. Zwischen Bund und Ländern in der Komplexität diese Prozesse voranzubringen ist sehr, sehr schwierig für alle Beteiligten. Es ist natürlich nicht zufriedenstellend, dass wir dieses flächendeckende Netz noch nicht haben, aber ich kann nur sagen, dort, wo es ausgebaut ist, funktioniert es.

Was mein Unternehmen betrifft, wir bauen das ja, es ist ja Motorola-Technologie, und wir bauen das. Also an uns würde es nicht scheitern, wir sind jederzeit bereit, weiterzubauen.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Davon bin ich überzeugt. Nur: Ich glaube, bei aller Wertschätzung für so ein Projekt – und ich bin selbst einer, der das sehr lange gefordert hat und behauptet, dass wir es dringend brauchen –, aber viel Geld ausgeben in zehn Jahren und eine unbefriedigende Situation vorfinden, da ist, glaube ich, keiner glücklich. Das ist so.

Und wenn ich mir anschau, ohne dass ich jetzt in Details eingehen möchte, denn dazu ist schon viel zu viel gesagt worden, auch von den Vertretern des Rechnungshofs: Jetzt hat man viel Geld bezahlt, damit man keinen Prozess hat, 30 Millionen in etwa. Und wenn ich mir die freiwilligen Kosten anschau, die das BMI auf sich selbst geladen hat, damit das Konsortium nicht überhaupt gleich wieder eingeht, sind wir bei 50 Millionen, nur dass wir Maßnahmen gesetzt haben, was nicht geht – Ausbautechnik oder sonst etwas. Das Geld ist weg.

Wir haben alle eine gemeinsame Verpflichtung, nämlich die Verpflichtung dem Steuerzahler gegenüber. Das sehen wir schon gleich, oder? (*Mag. Himmer: Natürlich!*) – Darum wundert mich Folgendes: Es ist zwar oft interessant, wenn man das so sagt, was da alles für Geschäfte gelaufen sind, das ist alles normal und alles bestens. Da rennen die Hunderttausend und die Millionen hin und her, aber aus Sicht eines hilfesuchenden Bürgers – und ich bleibe immer bei diesem Beispiel, denn es geht ja darum, dass die Einsatzkräfte rasch helfen können – muss man zur Kenntnis nehmen, dass in Wirklichkeit in zehn Jahren ein Vermögen in die Wiese gesetzt worden ist, das nicht funktioniert. – Punkt. Das ist der Sukkus.

Dazu muss es ja irgendeine Antwort geben, auch aus Sicht der Firmen, genauso wie es aus der Politik eine geben wird. Was der Rechnungshof sagt, und zwar zweimal gesagt hat, Herr Kollege, nämlich bei der ersten Untersuchung, was ADONIS betroffen hat, aber auch jetzt mit dem Rohbericht, das wissen wir auch gemeinsam.

Aber ich glaube, dass man nicht nur einfach sagen kann, die Einzelgeschäfte waren alle gerechtfertigt, das hat man alles tun müssen. Ich denke, eine Gesamtverantwortung – das wird ja niemand in Frage stellen, dass die schon notwendig ist – muss auch gegeben sein. Davon gehe ich schon aus – oder? (Mag. **Himmer:** Sicher!) – Aber, wenn wir alle sagen, „sicher“, jeder sagt, die Technik funktioniert nicht, das Zusammenspiel von Bund und Ländern funktioniert nicht, Sie kennen den Ministerratsbeschluss genauso gut wie ich.

Wenn man jetzt sagt, nach dem Ministerratsbeschluss hätte das beim ersten Mal schon nicht starten dürfen, so hat man es nicht nur beim ersten Mal gestartet, sondern beim zweiten Mal auch gestartet. Ich bleibe dabei, es kann ja nicht sein, wenn wenigstens das Produkt gegeben wäre, dass ich sage, wir haben den Ausbau flächendeckend geschafft. Haben wir ja nicht! Wir haben drei Bundesländer, wo es geht, bitte! Das wisst ihr alle genau, die sich damit auseinandersetzen. Drei – von sechs!

Ich glaube, wir brauchen da eine Erklärung dem Steuerzahler gegenüber, dass wir sagen, wenn wir gemeinsam etwas definieren, was notwendig ist, der Zeit entsprechend wichtig ist, gut ist, von mir aus auch noch kostenmäßig verträglich ist, aber da kann ja nicht unterm Strich herauskommen, dass es nicht funktioniert, und die Millionen sind weg.

Mag. Harald Himmer: Herr Abgeordneter, ich verstehne das Unglück, das Sie empfinden, und ich glaube Ihnen das. Was ich von Ihrer Person weiß, weiß ich auch, dass Sie jemand sind, der die Sinnhaftigkeit dieser Systeme nicht infrage stellt.

Ich kann an dem Punkt nur sagen, es ist im Hohen Haus und auch in der Wirtschaft so, dass die Dinge halt letztendlich immer dort am schwierigsten sind, wo ums Geld gestritten wird. Das ist eben in diesem Projekt zwischen Ministerium und Ländern und innerhalb der Länder und hin zu den Organisationen ein sehr, sehr komplexes Thema mit einer Vielzahl von involvierten Personen, wo seit Jahren trefflich ums Geld herumgestritten und gefeilt wird.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Versuchen wir, einen positiven Zugang zu finden! Nehmen wir einmal an, das wird positiv erledigt oder man kommt in die richtige Richtung – Sie kennen wahrscheinlich die Meinung des Rechnungshofes –: Wie sehen Sie das? Werden dann die Stützungsmaßnahmen des Inneren, die jetzt über 19 Millionen liegen, dass man das wieder zurückfordert? Glauben Sie das?

Mag. Harald Himmer: Ich habe, ehrlich gesagt, die Frage nicht verstanden.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Also gehen wir einmal davon aus, habe ich gesagt, dass man mit dem Projekt positiv weiterkommt, es kommt auch zu einem vernünftigen Ausbau und es funktioniert alles. Das Innenministerium hat ja jetzt, dass überhaupt etwas in den letzten Jahren weitergeht, freiwillig und von sich aus – im Rechnungshofbericht nachzulesen – über 19 Millionen gezahlt und auf Leistungen verzichtet beziehungsweise sie ausgedehnt und geschoben, damit das Projekt überhaupt überlebt.

Glauben Sie, wenn das irgendwann positiv zum Abschluss kommt, dass diese Zusatzleistung, die die nie machen hätten müssen, wieder für den Steuerzahler zurückkommt?

Mag. Harald Himmer: Also ich will da jetzt keine Aussagen über den Business Plan machen. Da bin ich auch in der Materie zu wenig drinnen. Ich bin selber nie in der Geschäftsführung von TETRON gewesen. Ich bin auch selber nicht in den Kontrollgremien drinnen, bin mit dem Thema eigentlich inhaltlich nie befasst gewesen und ich bin auch mit diesen Themen, ehrlich gesagt, nicht befasst.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Ich habe Sie nur deswegen gefragt, weil es der Rechnungshof auch angeschnitten und gemeint hat, es wäre zu überlegen, wenn es einmal wirklich funktioniert, ob man das, was da freiwillig quasi jetzt an Leistungen übernommen worden ist ... Weil, ich glaube, wir sollten immer mitdenken, dass das alles Steuergeld ist. – Das war es für die erste Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In der ersten Runde werde ich Sie ausschließlich zum Herrn Mensdorff-Pouilly befragen.

Wer war die Ansprechperson von Herrn Mensdorff-Pouilly bei Alcatel?

Mag. Harald Himmer: Das ist schon korrekt, was gesagt worden ist – zumindest habe ich es irgendwo vernommen –, dass ich in Kontakt mit Mensdorff-Pouilly war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also Mensdorff-Pouilly hat, wenn ich das richtig verstehe, Berichte aus Ungarn geliefert. Warum war das für Sie so wichtig, diese Berichte aus Ungarn zu bekommen, für Sie als Generaldirektor von Alcatel?

Mag. Harald Himmer: Ich war damals nicht Generaldirektor.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, in Ihrer Vorstandsfunktion bei Alcatel.

Mag. Harald Himmer: Ich war auch noch nicht Vorstand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, was waren Sie denn?

Mag. Harald Himmer: Ich war für den Vertrieb zuständig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, okay, als Vertriebsdirektor: Warum war das für Sie so wichtig?

(*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Mag. Harald Himmer: Ich habe es bereits ausgeführt. Wir haben uns eigentlich im österreichischen Management immer wieder darüber gewundert, warum wir in Ungarn nicht mehr auf die Reihe bringen. Und da es sozusagen ein Nachbarland ist, sind wir wieder einmal im Konzern darauf angesprochen worden – oder haben zum Teil Personen aus unserem Management das selbst aufgezeigt –, dass wir bereit wären, uns da in Ungarn stärker zu engagieren, weil wir letztendlich mit der geographischen Nähe auch bestimmte Synergien nutzen könnten. Da war ich halt einer von mehreren.

Der damalige Generaldirektor Hofbauer hat im Plan gehabt, Ungarn in seine Verantwortung zu bekommen. Das hat dann so nicht stattgefunden, aber etwas zeitverzögert hat es ja dann doch stattgefunden, dass wir die Verantwortung für Ungarn bekommen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie diese regelmäßigen Berichte von Herrn Mensdorff-Pouilly gelesen?

Mag. Harald Himmer: Habe ich gelesen, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben sie auch gelesen. Wir haben wirklich sehr viel daraus gelernt.

Haben Sie eigentlich schon vor dem Bericht vom Herrn Mensdorff-Pouilly vom 15. 11. 2005 gewusst, was er Ihnen hier genau schildert: The Prime Minister of the Republic of Hungary is Mr. Ferenc Gyurcsány ...?

Mag. Harald Himmer: Gyurcsány. (*Die Auskunftsperson spricht den Namen anders aus.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Haben Sie das schon vorher gewusst oder erst aufgrund dieses Berichtes?

Mag. Harald Himmer: Möglich, dass mich diese Information nicht komplett überrascht hat. Ja. (*Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich schätze Ihr Bildungsniveau auch entsprechend ein.

Dann sagt Ihnen aber Herr Mensdorff-Pouilly gleich noch Genaueres über den Ministerpräsidenten: ... who was born on the 4th of June 1961 in Pápa. (**Mag. Himmer:** Mhm, ja!) – Zwischen 1984 und 1988 war er Sekretär im Stadtkomitee von Pécs in der Kommunistischen Jugendallianz – und so weiter und so fort.

Waren das für Sie wichtige Informationen für die Firmeninteressen von Alcatel?

Mag. Harald Himmer: Na ja, ich habe bereits ausgeführt: Es kommt immer darauf an, wie man das liest. Also Sie liegen natürlich völlig richtig, dass jetzt in dieser Aussage und in dieser Erkenntnis nicht die Gegenleistung abgebildet ist. Also, da glaube ich ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Soweit war ich noch nicht.

Mag. Harald Himmer: Das ist wohl klar. Ich habe es zuvor bereits gesagt. Es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, derartige Passagen im Bericht der völligen Lächerlichkeit preiszugeben, weil es eben auch die Information beinhaltet: Da gibt es einen neuen Premierminister. Der gehört einer bestimmten Generation an. Das ist einer, der nicht unbedingt aus dem liberalen Lager kommt, der eigentlich früher Kommunist war. Also das ist sozusagen für potentielle Dialoge mit ihm und mit seinem Umfeld als Einstimmung nicht völlig irrelevant.

Aber natürlich ist es so, dass die eigentlichen Leistungen, auf die es uns angekommen ist, darin bestanden haben, uns bei den Marktaktivitäten zu unterstützen, uns als Unternehmen bei Entscheidungsträgern bekannter zu machen, uns Informationen über kommende Ausschreibungen zu liefern. Und was diese Qualitäten betrifft, haben wir in dem Berichtszeitraum gute Erfahrungen gemacht. Wir können auch heute klar dokumentieren, dass wir nach dieser Zusammenarbeit in Ungarn erfolgreicher gewesen sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben ja beide nicht so viel Zeit. Würde ich sämtliche Plättitüden und Absurditäten, aus denen die Mensdorff-Berichte im Wesentlichen bestehen – viel mehr steht da nicht drin –, vorlesen, das würde relativ lange dauern. Ich beschränke mich auf ein paar Beispiele.

Wahrscheinlich haben Sie nicht gewusst und haben das durch Mensdorff-Pouilly erfahren:

According to the State Employment Service politicians in Hungary earn the most, organic crop farmers the least. – Also: Politiker verdienen am meisten und Biobauern am wenigsten.

Sagen Sie: Haben Sie das vorher gewusst?

Mag. Harald Himmer: Herr Abgeordneter Pilz, ich glaube trotz Ihres Politikerwissens, dass das Leben auch mitunter Belanglosigkeiten beinhaltet. Das heißt aber nicht, dass wir die Leistung nicht bekommen haben. Wenn wir in einem Vertrag unsere Leistungen so erfüllt bekommen, dass unser Umsatz hinaufgeht, dass wir sehen, dass wir bei den Projekten erfolgreicher sind, dass wir nachhaltiger Geschäft machen können, dass wir

mehr Mitarbeiter aufnehmen können, uns auf dem Markt weiterentwickeln können, dann darf uns der Berater sozusagen auch noch zusätzlichen Lavendel berichten. **Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist schon richtig, wenn ***irgendetwas Substanzielles*** berichtet wird – nur haben wir das vergeblich gesucht.

Ich werde Ihnen jetzt einmal meine Sicht der Dinge schildern: Es ist für Mensdorff üblich, dass es überall dort, wo es bei ihm um Schmiergelder geht, vordergründig um Beratungsprojekte, immer um Osteuropa, um ***ganz wichtige Marktbeurteilungen*** und so weiter geht. Diese Fassade wird von den Firmen so lange wie möglich aufrechterhalten.

Bis jetzt hat sich in allen Fällen – Motorola, Telekom – herausgestellt, dass das ***nicht stimmt***. Motorola und Telekom haben im Grunde schon zugegeben – Herr Fischer hat es heute getan –, dass die Gelder nicht irgendwelchen Osteuropa-Projekten zuzuordnen sind, sondern ***TETRON***.

Jetzt untersuchen wir den Verdacht auf Schmiergelder bei diesen beiden. Im Fall von Alcatel halte ich es durchaus für möglich, dass wir auch relativ bald dort sind.

Es geht bei Mensdorff plattitüdenmäßig weiter:

The survey also reveals that economics is the best subject to study at university if you want to get rich.

Also: Das Survey enthüllt, dass Wirtschaft das beste Studium an der Universität ist, wenn man reich werden will. – Na bumst! Ich stelle mir richtig vor, wie Herr Mag. Himmer Herrn Mensdorff-Pouilly zuhört und sagt: Jessas na! Das ist wahr! Wenn man an der Universität Wirtschaft studiert, dann wird man am ehesten reich!

So geht es die ganze Zeit weiter. Ich will jetzt nicht unsere Zeit damit verschwenden, diese Mensdorff-Plattitüden lückenlos aufzuzählen; das würde zu lange dauern.

Sagen Sie: Hat Herr Mensdorff von Alcatel einen Entwurf bekommen, wie er diese Reports verfassen soll?

Mag. Harald Himmer: Das ist möglich, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wissen Sie nicht.

Wissen Sie, wir haben vom Justizministerium etwas aus den Unterlagen der Firma Alcatel bekommen, das vollkommen gleichlautend ist. Da steht drüber – Zitat –:

Quarterly Report. On the Hungarian vertical markets composed by MPA Budapest –

und so weiter. Und oben steht am Briefpapier –

MPA Budapest Kft. – Zitatende.

Herr Mensdorff hat nur seinen Briefkopf oben drauf tun und dann ein bisschen etwas in seine Reports einfüllen müssen, weil die Überschriften ihm schon von Alcatel vorgegeben worden sind.

Zitat: General information: Projects according to segments

Defence: General information about this segment

Project 1: Name

Project 2: Name –

Alcatel hat schon gewusst, dass immer ein Project 1 und ein Project 2 von Mensdorff berichtet werden. –

Transport: General information about this segment

Project 1: Name

Project 2: Name –

Kein Project 3, immer zwei Projekte. Bevor Herr Mensdorff das erste Mal berichtet hat, hat Alcatel schon gewusst, dass er immer zwei Projekte liefern wird. –

Energy: General information about this segment

Project 1: Name

Project 2: Name –

Und dann –:

Public –

und dann kommt noch –

Other – Zitatende.

Da haben Sie dann – ich erspare es Ihnen – wieder Lebensläufe, vom Transportminister, von allen möglichen Leuten. Lebensläufe haben Sie also immer eher am Anfang und dann unter **Other**. Das ist der Lebenslaufbereich.

Dazwischen gibt es dann die Einsichten: Wer wird reich? Wer bleibt arm? Wo stehen die Plakate der ungarischen sozialistischen Partei? Wie groß sind sie? Wann hat der Wahlkampf angefangen? Was steht heute wieder in der Zeitung?

Bei den Projekten steht – die könnte ich auch detailliert mit Ihnen durchgehen –: Sie machen eine U-Bahn. Dann ist zusammengeschrieben, was man in zwei Zeitungsartikeln über die Budapester U-Bahn liest, und so weiter und so fort.

Wir haben das wirklich genau durchgeschaut. Ich habe das Leuten aus der Branche gezeigt und sie gefragt: Ist da irgendetwas von spezifischem Interesse? Ist da irgendetwas, das für Brancheninsider eine Neuigkeit ist, das bei der strategischen Positionierung des Unternehmens hilft? – Die haben alle nur den Kopf geschüttelt und gesagt: Das ist alles ein Schmarr'n; das ist ein absoluter Schmarr'n!

Sagen Sie: Warum ist Herrn Mensdorff diese sehr enge Form, an die er sich detailliert gehalten hat, vom Unternehmen vorgegeben worden?

Mag. Harald Himmer: Wollen Sie nur das beantwortet haben? (*Abg. Dr. Pilz: Jetzt einmal nur das, ich gehe es dann stückerweise durch! Ich versuche ja, verständlich zu bleiben!*) – Okay. Sie sind auch deutlich verständlicher als Herr Petzner. Das kann man schon sagen. (*Abg. Dr. Pilz: Es hilft ja nichts!*)

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Kollege Pilz hat gerade interessanterweise ausgeführt, dass er Personen aus der Branche diese Unterlagen gezeigt hat. Mich hätte interessiert, welche Personen der grüne Klub angelobt hat, um ihnen die vertraulichen Unterlagen zu zeigen. Vielleicht können Sie uns Auskunft darüber geben?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist auch gut, Kollege Amon, damit das nicht so missverständlich im Protokoll stehenbleibt. Ich habe natürlich die Art der Information genommen und habe Leute aus der Branche gefragt, ob sie mit dieser Art von Informationen irgendetwas anfangen können und ob das für das Unternehmen eine Bedeutung hat. Selbstverständlich habe ich niemandem eine Unterlage dieses Ausschusses gezeigt. Ist das damit klar?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Es ist deshalb unklar, weil Sie ja ausdrücklich gesagt haben, dass Sie es Personen aus der Branche **gezeigt** haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann habe ich mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Ich habe den wesentlichen Inhalt wiedergegeben, aber keine Details, die der Vertraulichkeit unterliegen, weil ich der Meinung bin, dass wir da sehr vorsichtig sein müssen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann bin ich froh, dass ich Ihnen die Gelegenheit geben konnte, das richtig zu stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin ja sehr froh, dass Sie mich auf diese möglicherweise missverständliche Passage aufmerksam gemacht haben. (Abg. **Amon:** *Man tut ja, was man kann!*) – Danke schön.

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Mag. Harald Himmer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ist Ihnen die Frage noch erinnerlich – oder soll sie wiederholt werden?

Mag. Harald Himmer: Ich weiß nicht, vielleicht war es ja auch dieselbe Person aus der Branche, die behauptet hat, dass wir 3 Millionen € an die Industriellenvereinigung gezahlt haben. Sie haben ja da offensichtlich Tipptopp-Kontakte in die Branche.

Ich bemühe mich noch einmal, ohne viel Zuversicht, es Ihnen zu erklären: Wir sind ein Unternehmen, das daran interessiert ist, Umsätze zu erhalten und auszubauen. Dazu brauchen wir vertrauliche Marktinformationen. Diese vertraulichen Marktinformationen haben wir regelmäßig mündlich von Alfons Mensdorff-Pouilly erhalten.

Das Sichtbarste und für uns als Unternehmen wichtigste Dokument, das zu verarbeiten ist, ist, dass wir gesehen haben, dass wir erfolgreicher waren am Markt. Das ist das, was für uns zählt.

Da sind wir nachgiebig, was dann der eine oder andere Prosa-Teil in Berichten ist. Wir hätten vom Umgekehrten nichts, wenn wir ein genaues Tagebuch von Herrn Mensdorff hätten, was er von in der Früh bis am Abend gemacht hat, wen er getroffen hat et cetera. Davon hätten wir nichts. Wir sind **umsatzorientiert**.

Ich kann es nur ein letztes Mal sagen, was diese allgemeinen Informationen betrifft, weil die so gerne in die Lächerlichkeit gezogen werden: Es gehört natürlich dazu, wenn man einen Markt aufbearbeiten möchte, dass dann eine Mehrzahl von Personen von uns in Ungarn mit bestimmten Entscheidungsträgern und deren Umfeld Gespräche führt. Da ist es natürlich für den Smalltalk hilfreich, dass man ein bisschen weiß, was in Ungarn los ist.

Man führt ein Gespräch mit dem Kunden nicht, indem man sagt: Pass auf, bei uns gibt es den Hobel XYSLBB! Das ist nicht der Approach, den man hat, wenn man mit einem Entscheidungsträger spricht.

Wenn man mit einem Entscheidungsträger spricht, fragt man: Wie geht's? Was ist los in Ungarn? Aha, das ist die politische Situation. Dieses, jenes, welches. Das sind die Dinge, die sich im Land tun. Und: By the way, was ist mit eurem Unternehmen? Und so weiter. Wir sind ja keine Zahnpastaverkäuferbude, die ein zehnsekündiges Kundengespräch hat.

Daher, wie gesagt: Sie sind herzlich eingeladen, es weiterhin der Lächerlichkeit preiszugeben, aber solche Informationen sind für niveauvolle Gespräche bei Entscheidungsträgern auch relevant.

Warum es Sie so besonders fasziniert, dass vielleicht ein ungefähres Formblatt vorgegeben worden ist, als eine Idee, wie man einen Bericht verfassen kann, das überlasse ich Ihnen. Ich würde einmal Kunde 1, Kunde 2 als Beispiel verstehen und nicht als eine faktische, taxative Aufzählung, dass das genauso sein muss. Aber, wie gesagt, da denken wir vielleicht anders. **Ich** finde das relativ unaufregend.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Letzte Frage dazu, weil die Staatsanwaltschaft das ohnehin untersucht (*Mag. Himmer: Richtig!*) und die Werthaltigkeit dieser Gutachten überprüfen wird – es gibt ja einen Grund, warum Sie als Beschuldigter in diesem Strafverfahren geführt werden –:

Nennen Sie diesem Ausschuss jetzt einmal die wichtigsten, für das Unternehmen wirtschaftlich verwertbaren und vorher nicht bekannten Informationen, die Sie durch die Tätigkeit von Herrn Mensdorff-Pouilly erhalten haben!

Mag. Harald Himmer: Ich habe Ihnen schon gesagt, wir haben früher erfahren, dass bestimmte Projekte im Laufen sind. (*Abg. Dr. Pilz: Welche?*) – Das hat bereits Herr Schmerold ausgeführt. (*Abg. Dr. Pilz: Hat er nicht!*) – Na, dann lesen Sie nach. Er hat ja gesagt, dass bei der Bahn ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Er hat nicht. Ich möchte von Ihnen wissen, welche konkreten Projekte es waren.

Mag. Harald Himmer: Es hat Projekte bei der Bahn gegeben, es hat Projekte bei Energieversorgern gegeben. (*Abg. Dr. Pilz: Welche?*)

Ich werde diese Dinge gerne genauer bei der Staatsanwaltschaft erklären, aber nicht hier.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So. Jetzt sind wir an einem Punkt. Sie haben nicht das geringste Recht ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist überschritten! (*Abg. Dr. Pilz: Ja! Das mache ich jetzt zur Geschäftsordnung!*)

Ich weiß, dass Herr Bundesrat Mag. Himmer verpflichtet ist, dem Ausschuss Rede und Antwort zu stehen und nicht auf Gerichtsaussagen in der Zukunft, pro futuro, verweisen kann.

Überlegen Sie sich bitte noch einmal die Antwort! Es ist eine Frage, die Sie auch zu beantworten haben, weil sie vom Beweisthema her gerechtfertigt ist.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abgeordneter Petzner gemeldet. Ich habe übrigens schon darauf hingewiesen, dass die Zeit in der ersten Runde zu Ende ist. Die Meldung zur Geschäftsbehandlung hat sich hiermit erübrigt, oder? (*Abg. Petzner: Ja, ich wollte das gleiche!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Himmer, Sie sind von der Vorsitzenden darauf hingewiesen worden, dass Sie diese Frage zu beantworten haben.

Wenn Sie wollen, wiederhole ich diese Frage: Nennen Sie nicht nur Eisenbahn und das und das, sondern ganz konkrete Projekte, ganz konkrete Vorhaben, von denen Sie durch Herrn Mensdorff-Pouilly früher als auf anderen Wegen erfahren haben!

Mag. Harald Himmer: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich in diesem Zusammenhang Geschäftsgeheimnisse preisgebe, noch dazu, da es jetzt in dem Zusammenhang dann auch so ist, dass es über diese Projekte wieder entsprechende Berichte geben wird.

Ich weiß, dass wir konkret bei der **MVM** beispielsweise in das Thema Übertragungstechnik hineingekommen sind, wo wir vorher nicht drinnen waren. Allein dieses Projekt ist eines, wo wir bis heute Geschäfte machen. Wir haben, weil wir dieses Projekt gemacht haben, dann zusätzliche Ressourcen gehabt, wodurch wir auch in anderen Bereichen weiter gewachsen sind.

Es hat bei der Bahn ein Projekt zu **GSM-R** gegeben, das sich immer wieder verschoben hat, aber da ist es um ein sehr hohes Volumen gegangen, auch für uns waren das mehrere Millionen. Ich habe mich regelmäßig mit Mensdorff-Pouilly zu der Strategie besprochen. Das ist ein Projekt, das uns sehr stark nach vorne gebracht hätte, bei dem wir dann aber leider den Umstand hatten, dass die ungarische Bahn die EU-Förderungen nicht ansprechen konnte. Dadurch hat sich das dann immer wieder verschoben.

Herrn Mensdorff hat uns ein anderes Mal auf die 450-Megahertz-Ausschreibung aufmerksam gemacht, wo wir dann sehr frühzeitig geschaut haben, mit Partnern an dieser Ausschreibung teilzunehmen. Die wäre uns sonst völlig entgangen.

Auch bei Personalfragen haben wir ihn das eine oder andere Mal kontaktiert, wenn wir auch diskrete Informationen von ihm haben wollten, wie bestimmte Vertriebler von uns am Markt wahrgenommen werden. Wenn ich mit meinen Kollegen die Aufzeichnungen durchgehe, fallen mir sicher noch weitere Dinge ein.

Aber worauf ich mich für den Ausschuss vorbereitet habe, ist, dass ich Ihnen sagen kann – und das habe ich mir extra noch einmal angeschaut –, dass unser Vertriebserfolg hinaufgegangen ist. Seither sind wir in dem Bereich, wo es nicht nur um den Telekom-Markt in Ungarn geht, bis heute vertreten. Ich habe diese Informationen nicht mit mir allein herumgetragen, sondern ich habe sie auch weitergegeben, sie sind ja auch weiter verarbeitet worden, und das wissen ja meine Kollegen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nun zur zweiten Runde Herr Abgeordneter Amon. – Bitte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass auch die Auskunftsperson Herr Mag. Himmer den Aussagen des Kronzeugen Schieszler widersprochen und sinngemäß gemeint hat, dass diese Aussagen nicht stimmen. Das ist insofern bemerkenswert, als dass seit Beginn des Untersuchungsausschusses keine einzige Auskunftsperson auch nur eine Aussage des Herrn Schieszler bestätigt hat – und das unter Wahrheitspflicht.

Das Zweite ist, dass wir uns als Fraktion dem Wunsch der anderen Fraktionen, Herrn Bundesrat Mag. Himmer zu laden, nicht entgegengestellt haben. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir ihn als Klubkollegen nicht befragen werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Kollege Amon, nur damit es nicht unwidersprochen bleibt, denn meiner Meinung nach war das eine nicht ganz korrekte Feststellung: Ich nehme jetzt nur willkürlich ein Beispiel. Wenn wir uns die Angaben von Schieszler über die Finanzierung des BZÖ und von BZÖ-Wahlkämpfen über die Telekom anschauen, dann hat das eigentlich 1 : 1 der von uns festgestellten Realität entsprochen.

Sie haben Ihre Sicht der Dinge zu Protokoll gegeben. Ich habe jetzt zu einem Punkt meine Sicht gesagt. Wir müssen das dann bei den Verhandlungen zum Endbericht ohnehin klären.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt ja glücklicherweise Stenographische Protokolle auch über den Untersuchungsausschuss.

Wir kommen damit in die zweite Fragerunde. Herr Abgeordneter Rosenkranz, bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kollege Amon hat die Glaubwürdigkeit des Herrn Schieszler auf Grund von verschiedenen Aussagen bereits in Zweifel gezogen. Auch bei unserer ersten Runde haben wir uns damit beschäftigt.

Ich möchte Sie jetzt detailliert mit Aussagen des Herrn Schieszler konfrontieren. Wenn Sie diese nur kurz mit einem Ja oder Nein beantworten könnten, wäre das das Sinnvollste und das Beste, es sei denn, es tut sich für Sie etwas anderes auf.

25. Juli 2011, Herr Schieszler sagt vor dem BAK aus – ich zitiere –:

Bei mir hat zusätzlich auch immer wieder der Vorstand der Alcatel, Herr Himmer, nachgefragt, wann seitens der TA das Thema Mensdorff-Pouilly erledigt werden würde, weil die Alcatel ihren Teil schon lange erledigt hatte und dies zu erledigen sei. Auf Nachfrage, welche Größenordnung von Alcatel an Mensdorff gezahlt wurde, gebe ich an, dass, glaube ich, von Himmer im Rahmen eines der Gespräche die Zahl 1 Million € genannt wurde. – Zitatende.

Stimmt diese Passage?

Mag. Harald Himmer: Das kann ich so nicht bestätigen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine andere Passage – ich zitiere wieder –:

Nach meinem Ausscheiden hat mich der Vorstandsdirektor der Alcatel, Herr Himmer, kontaktiert. Er wollte wissen, wie es Herrn Fischer und mir ginge, und ob Herr Mensdorff-Pouilly ein Themenbereich der Untersuchungen sei. Das muss zirka neun Monate zurück liegen. – Zitatende.

Also November, Dezember 2010.

Was sagen Sie zu so einer Aussage?

Mag. Harald Himmer: Also ich habe sicher ein Gespräch mit Schieszler gehabt. Was mich immer verwundert, ist: Es sind schon Gesprächsinhalte, von denen ich weiß, dass er es mir erzählt hat. Ich kann nur nicht nachvollziehen, warum jetzt auf einmal die Darstellung so ist, dass ich ihn das gefragt habe. Ich kann mich erinnern, dass er das Thema Mensdorff im Zusammenhang mit seinem Abgang bei der Telekom gebracht hat, dass letztendlich dieser Umstand, dass er einen Vertrag gemacht hat, ihm auch entsprechende Probleme gebracht hat. Insofern, wenn Schieszler mir das erzählt hat, ist es natürlich in einem Folgegespräch möglich, dass ich ihn gefragt habe: Wie geht es dir jetzt damit?, und so weiter und so fort.

Es ist sehr wohl richtig, dass ich a) mit Schieszler gesprochen habe und dass b) sozusagen der Name Mensdorff-Pouilly da durchaus vorgekommen ist.

Was nicht richtig ist, ist, dass ich Einfluss darauf genommen hätte, ob dieser Vertrag bezahlt wird. Es ist auch nicht richtig, dass wir 1 Million Geschäftsvolumen mit Herrn Mensdorff gehabt hätten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Letzte Passage aus dieser Einvernahme, wo es auch um etwas sehr Detailliertes geht – ich zitiere –:

Bei einem folgenden Gespräch mit Herrn Himmer hat sich dieser wieder erkundigt, ob es etwas Neues gäbe, und gemeint, die Zahlungen seitens der Alcatel an Mensdorff-Pouilly seien bei Alcatel durch die IR –

ich nehme an, Interne Revision –

und SEC –

amerikanische Börsenaufsicht –

Prüfung gegangen und für in Ordnung empfunden worden, weshalb dies für Alcatel kein Problem darstelle. – Zitatende.

Mag. Harald Himmer: Wie gesagt, auch dabei ist es so, dass Teile von dieser Aussage durchaus in einem Gespräch stattgefunden haben, nämlich dass ich ihm möglicherweise erzählt habe, dass wir einen Vertrag mit Mensdorff hatten und dass es im Jahr 2009 dann auch einmal eine interne Überprüfung gegeben hat. Das war zu dem Zeitpunkt, als sich die Berichterstattung über Herrn Mensdorff weiter intensiviert hat. Es ist durchaus möglich, dass ich ihm das erzählt habe, dass wir diese Überprüfung gehabt haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es kommt immer auf das Vorzeichen an, wie man interpretiert. Das sind jetzt einmal schwarze Buchstaben auf weißem Papier. Ob man jetzt jemanden anruft und fragt, wie es ihm/ihnen geht, oder ob man jemandem gesagt hat: Er erkundigt sich nach meinem Wohlbefinden!, das sind natürlich verschiedene Interpretationen.

Mag. Harald Himmer: Absolut, aber dazu kann ich auf jeden Fall sagen, dass diese Gespräche ... – Ich habe ja überhaupt keine offiziellen Geschäftskontakte mehr mit ihm gehabt. Meiner Erinnerung nach sind diese Treffen auch eher zufällig zustande gekommen. Ich kann mich auch nicht mehr so genau daran erinnern.

Aber natürlich ist er damals von der Telekom Austria weggegangen, da hatte er bereits einige Probleme. Deswegen kann das natürlich sein, dass auch Herr Mensdorff ein Gespräch war – oder war er sogar –, und dass man dann, wenn man sich wieder trifft, das Gespräch dort fortsetzt, wo man war, das ist auch möglich.

Aber was ich ausdrücklich festhalten möchte, ist, dass ich mit Sicherheit nicht darauf gedrängt habe, dass die Telekom einen Vertrag erfüllen soll, zu dem ich wirklich nichts weiß. Es ist für mich auch völlig belanglos, wie die das tun, ob die das tun oder sonst irgendetwas. Diesen Zusammenhang kann ich in keiner Weise bestätigen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Sie geben dieser Niederschrift – Herrn Schieszler selbst haben wir ja dazu noch nicht fragen können – halt diesen Inhalt, dass Sie bei zufälligen Gesprächen auch Mitteilungen machen, aus denen Herr Schieszler eine Formulierung wählt, die missverständlich sein kann? In diesem Mix, diesem Wahrnehmungsmix von Herrn Schieszler haben Sie das erwähnt.

Also Sie schließen nicht aus, dass Sie gesagt haben: Ja, wir haben mit Mensdorff einen Vertrag gehabt, der ist geprüft worden, und da ist alles in Ordnung!?

Mag. Harald Himmer: Richtig, ja.

Wenn wir jetzt auf das Jahr 2009 zurückgehen, dann wissen Sie ja ungefähr, wo damals die Berichterstattung gelegen ist. Ich habe Ihnen auch selbst gesagt, ich habe selbst, als ich 2007 Vorstandsvorsitzender geworden bin, den Vertrag mit Mensdorff nicht mehr verlängert, weil das für uns natürlich ein Kriterium ist, was sozusagen von

so einer negativen Berichterstattung ausgehen kann. Die gegenwärtige Situation beweist das ja einmal mehr. Das war sozusagen bei mir schon 2007 das Thema.

Insofern ist es natürlich klar, dass ich das 2009 umso mehr so gesehen und gewusst habe. Aber die Information ist natürlich trotzdem auch die, dass wir bei unseren Überprüfungen die Dinge belegen konnten, dass wir Leistung hatten, dass Gegenleistung erbracht worden ist. Aber es ist natürlich durchaus professionell, dass ein Unternehmen, wenn ein Berater in der öffentlichen Meinung in Misskredit kommt, das dann intern überprüft. Das hat bei uns stattgefunden, und das findet bei uns immer statt, wenn irgendwo Berater, wenn Fragezeichen auftauchen, dass das dann intern überprüft wird.

Ich möchte auch betonen, dass natürlich auch Herr Mensdorff durch alle unsere Compliance-Regeln musste und natürlich auch entsprechende Erklärungen unterschreiben musste, wo wir als Unternehmen ganz nachhaltig darauf hinweisen, dass wir nicht in der geringsten Form irgendetwas mit illegalen Praktiken zu tun haben.

Wir sind da sehr, sehr vorsichtig. In der Zwischenzeit machen wir praktisch überhaupt keine Berater-Verträge mehr, aus genau diesen Gründen. Aber wir waren, wenn wir welche gehabt haben, extrem vorsichtig und haben die Berater, die wir beigezogen haben, das alles unterschreiben lassen, dass wir das nicht wollen. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Als Vorstandsvorsitzender – haben Sie jetzt gerade gesagt – waren Sie natürlich interessiert, dass das alles, auch die Verträge mit Mensdorff, angesehen und kontrolliert wird.

Kann das der Hintergrund sein, dass Herr Schieszler dann meint, er – also Himmer – wollte wissen, wie es Herrn Fischer und mir ginge und ob Herr Mensdorff-Pouilly ein Themenbereich der Untersuchungen sei?

Mag. Harald Himmer: Damit kann ich nichts anfangen. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Dass Sie ihn direkt gefragt hätten ...?*) – Ich weiß nicht, auf welche Untersuchungen das bezogen ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das sind die ganzen Einvernahmen, die Schieszler medial laufend gehabt hat, die Telekom-Aktivitäten, Mensdorff, mediale Sachen. Und er schildert eigentlich ...

Mag. Harald Himmer: Ich kann dazu nur sagen, und es tut mir leid, dass ich mich da wiederhole: Gernot Schieszler war ein langjähriger Geschäftspartner von mir, er war viele Jahre Finanzvorstand der Telekom Austria, er hatte an sich direkt den Einkauf zu reporten. Insofern war er für mich natürlich eine Person, die ich immer wieder kontaktiert habe, genauso wie ich das mit dem Technik-Vorstand und bei anderen Funktionen gemacht habe.

Über viele Jahre hat sich – ich hätte das durchaus so bezeichnet – auch ein gewisses Vertrauensverhältnis ergeben, und er hat mir auch oft Interna erzählt und mir viele Dinge gesagt. Als er dann damals in dieser Situation war, hat er mir auch sehr vieles erzählt. An einiges kann ich mich noch erinnern, an manches nicht mehr.

Was mich in dem Zusammenhang einfach wundert – und deshalb spreche ich von dem „Wahrnehmungsmix“ –, ist, dass ich gar nicht so eine unterschiedliche Wahrnehmung habe wie Schieszler über das, was wir gesprochen haben, von meiner Seite nur mit dem kleinen feinen Unterschied, dass ich ihn das nicht gefragt habe.

Da kann ich mich nur wiederholen, und da können Sie, so die Zeit dafür vorhanden ist, auch alle meine Geschäftspartner befragen: Ich frage Kunden nicht nach ihren Interna aus. Ich bin grundsätzlich kein insistierender Mensch, der Leute über irgendwelche

Dinge befragt, sondern wenn man es mir erzählt, dann höre ich zu. Und gerade bei solchen Dingen habe ich das aufgenommen, was mir Schieszler erzählt hat, und ich habe nicht in Erinnerung, dass ich irgendeine Fragetechnik dafür angewandt habe.

Diese Information war auch für mich bei Weitem nicht so bedeutend, sondern ich habe das Gefühl gehabt, jemandem, der in Problemen ist, zuzuhören, aber nicht, dass das Probleme sind, die mit mir etwas zu tun haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Abschließende Frage: Hatten Sie jemals von irgendjemandem, also Mensdorff-Pouilly oder auch seiner Frau, irgendwann eine Information, dass die Telekom Austria den Firmen oder Mensdorff-Pouilly persönlich irgendwo Geld schuldet?

Mag. Harald Himmer: Nein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner ist wegen des Verfassungsausschusses verhindert, seine Fragezeit ist ohnehin beinahe erschöpft; 30 Sekunden sind noch übrig.

Herr Abgeordneter Pilz, 4 Minuten Restfragezeit. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch ein paar ergänzende Fragen.

Herr Mag. Fischer, früher bei Telekom, hat uns heute erklärt, die Aufgabe von Mensdorff-Pouilly für Telekom – da hat er auch ein Honorar, wie ich glaube, in der Höhe von 1,1 Millionen € erhalten – sei gewesen, in Bezug auf TETRON dafür zu sorgen, dass Alcatel und Motorola überzeugt werden, dass die Telekom Austria **nicht** Konsortialpartner wird.

Haben Sie dazu irgendwelche Erinnerungen in Bezug auf TETRON? (**Mag. Himmer: Nein!**) – Ist Herr Mensdorff-Pouilly irgendwann einmal zu Ihnen gekommen und hat gesagt: Reden wir einmal darüber, macht das mit Motorola allein, aber lasst die Telekom draußen!? – Hat irgendein Gespräch dieser Art stattgefunden?

Mag. Harald Himmer: Nein, so ein Gespräch hat es nicht gegeben.

Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal erwähnen, ich kenne auch von irgendwelchen Kollegen von meiner Seite kein derartiges Gespräch, darf aber auch noch einmal anmerken, dass ich mit dem Projekt nicht befasst war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Herr Mensdorff-Pouilly außer Ihnen noch irgendwelche anderen Ansprechpartner in Ihrem Unternehmen gehabt?

Mag. Harald Himmer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche Funktion hatte damals bei Alcatel Herr Kurt Schlager? Hat er irgendetwas mit TETRON zu tun gehabt?

Mag. Harald Himmer: Sagt mir nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen eine Person namens Kurt Schlager im Unternehmen bekannt?

Mag. Harald Himmer: Der Name kommt mir nicht gänzlich unbekannt vor, aber ich kann ihn nicht zuordnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben vom Innenministerium und vom Amt der Tiroler Landesregierung – das war die Kooperation – ein sogenanntes Formular 7, Information über personelle Ressourcen:

Herr Kurt Schlager; Betriebsangehörigkeit seit 23. September 1999; derzeitige Funktion im Unternehmen: Projektmanager bei Alcatel; geplante Funktion im Projekt – also bei TETRON – beziehungsweise in der Projektgesellschaft: Mitarbeiter

Funknetzplanung; Erfahrung im Bereich TETRA durch Mitarbeit bei Projekt ADONIS auf Auftraggeberseite master-talk und Auftragnehmerseite Alcatel Austria.

Sagt Ihnen das irgendetwas?

Mag. Harald Himmer: Nein, aber vielleicht kann ich bei der Gelegenheit noch einmal erwähnen: Ich war mit dem Projekt TETRON nicht befasst, und deswegen geniere ich mich auch nicht dafür, die Namen nicht zu kennen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich versuche nur, draufzukommen, weil es da mehrere Punkte gibt, die wir einfach systematisch abfragen müssen.

Einer davon ist: Da sich jetzt herausgestellt hat, Mensdorff-Pouilly ist zumindest von Motorola und von Telekom Austria sehr wohl im Zusammenhang mit TETRON bezahlt worden und einige, etliche der Rechnungen waren Scheinrechnungen und der Projekte waren Scheinprojekte – so viel hat sich ja inzwischen schon herausgestellt –, stellt sich jetzt die Frage nach dem Alcatel-Bereich, ob das da vollkommen anders war oder ob das ganz genauso war.

Ich sage Ihnen jetzt gar nicht, was ich persönlich davon halte. Das ist eine Sache des Endberichtes.

Der Punkt, um den es mir jetzt bei Herrn Schlager geht, ist die Frage, ob das Unternehmen Alcatel frühzeitig von den Entwürfen zur zweiten Ausschreibung etwas erfahren hat. Aber ich nehme an, dass Sie nicht die Person gewesen wären, die mit Ausschreibungsunterlagen zu tun gehabt hätte. – Ist das richtig?

Mag. Harald Himmer: Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann werde ich Sie dazu nicht weiter fragen. Dann wird es wahrscheinlich wirklich notwendig sein, Herrn Schlager von Alcatel noch dazu zu fragen.

Es gibt ja nicht nur Aufträge an Herrn Mensdorff-Pouilly vonseiten Alcatel, sondern es gibt auch Aufträge an Herrn Hochegger. – Sind Ihnen Aufträge an Herrn Hochegger durch Alcatel bekannt?

Mag. Harald Himmer: Ja, hat es gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie dem Ausschuss schildern, um welche Aufträge es sich da gehandelt hat?

Mag. Harald Himmer (*nach einem kurzen Gespräch mit dem Verfahrensanwalt*):

Das sind Aufträge, die nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen, was das Problem dabei ist: Das hat uns Herr Hochegger auch ziemlich oft gesagt; er war ja schon mehrere Male hier bei uns im Untersuchungsausschuss. Das war immer seine erste Antwort.

Dann haben wir uns das näher angesehen, haben uns weitere Unterlagen angesehen, haben andere Auskunftspersonen befragt – und es hat sich immer herausgestellt, es hat nicht nur mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun gehabt, sondern ist plötzlich im Zentrum des Untersuchungsausschusses und des jeweiligen Beweisthemas gestanden.

Jetzt versuche ich aus diesen Erfahrungen mit Herrn Hochegger und seinen Firmen, insbesondere der Valora, immer wieder einmal nachzuschauen: Welche Projekte sind das? Sind das möglicherweise wieder Scheinprojekte, hinter denen sich etwas anderes versteckt?

Deswegen möchte ich von Ihnen wissen, um welche Projekte es sich, zumindest dem Titel und dem Namen nach gehandelt hat.

Mag. Harald Himmer: Ich bleibe dabei: Es handelt sich um Projekte, die nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ihre Zeit ist vorüber, Herr Abgeordneter Pilz!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Ich möchte diese ganzen Projekte trotzdem noch einmal kurz ansprechen und kann das gerne in einer nächsten Runde tun.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, Abg. Pilz für eine kurze Zusatzfrage das Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So geschwind kann es gehen.

Wir haben hier immer Ausgangsrechnungen der Valora AG von 2003 bis 2008, und da steht unter Alcatel Austria:

Ausgangsrechnung 11.12.2007, Analyse Substitution Strategie Telekom: 127 200 €.

Die Telekom hat eine Strategie verfolgt, diese Strategie ist offensichtlich substituiert worden durch Herrn Mensdorff-Pouilly. – Wie soll ich aus der Überschrift wissen, dass das nichts mit TETRON zu tun hat?

Weil die Überschrift durchaus einen Zusammenhang möglich erscheinen lässt, möchte ich Sie fragen: Worum ist es bei diesem Valora-Projekt gegangen?

Mag. Harald Himmer: Ich verstehe, dass Sie nicht wissen können, dass es nichts damit zu tun hat, aber ich weiß, dass es nichts damit zu tun hat. Daher kann ich dazu nur sagen: Es hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist mir halt ein bisschen zu wenig, und zwar aus einem einfachen Grund: weil ich mich positiv davon überzeugen möchte.

Ich möchte mit Ihnen gar nicht viel darüber diskutieren, ob ich den Eindruck einer besonderen Glaubwürdigkeit in Form Ihrer Person habe oder nicht, denn das ist nicht unsere Aufgabe, sondern ich möchte positiv wissen, nachdem dieser Titel durchaus die Möglichkeit offenlässt und für mich ein Hinweis ist – Analyse Substitution Strategie Telekom –, wir sind genau damit konfrontiert, mit der Mensdorff'schen Substitution der Strategie der Telekom, worum es da geht. Wenn Sie mir das beantworten, dann tun wir uns sehr leicht und dann sind wir wahrscheinlich auch gleich mit diesem Punkt fertig.

Mag. Harald Himmer: Die Aufträge, die wir in diesem Zusammenhang hatten, haben nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun; daher werde ich es auch nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt eine zweite Ausgangsrechnung vom 23. Juni 2008: Studie Verbesserungspotenziale Investitionsklima im Festnetzbereich, Gesamtsumme 117 600; das ist die Rechnung 05/2008 vom 23. Mai 2008.

Können Sie ausschließen, dass diese Studie, für die diese Rechnung von der Valora an Herrn Generaldirektor Mag. Harald Himmer persönlich geht, irgendetwas mit dem Beweisthema zu tun hat?

Mag. Harald Himmer: Ist es das schon? – Ja, das kann ich ausschließen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, schauen Sie, Sie haben mich eh verstanden, wunderbar. Ich sage gleich das Problem, Frau Vorsitzende ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, das sind schon drei Zusatzfragen. Es ist meines Erachtens exemplarisch ohnehin schon alles dargelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden uns das in einer Fraktionsführerbesprechung noch einmal anschauen müssen, denn der Herr Mag. Himmer hat ja möglicherweise recht. Das könnte eine dieser typischen Valora-Rechnungen sein, die zum Beweisthema 1 gehören, zumindest die letzte, und es wäre durchaus sinnvoll – aber das machen wir in einer Fraktionsführerbesprechung –, uns in diesem Zusammenhang das Ganze noch einmal anzuschauen. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Mag. Harald Himmer** und verabschiedet diese.

14.41

Obfrau Dr. Gabriela Moser weist darauf hin, dass ein Schreiben vom Bundesministerium für Justiz betreffend Vernichtung weiterer Ergebnisse von Kommunikationsüberwachungsmaßnahmen eingelangt ist, das allen Klubs zugegangen ist. Dieses Schreiben betreffe die Tonbandprotokolle, die nicht verwendet werden dürfen, und werde dem Amtlichen Protokoll beigefügt.

Die Obfrau **unterbricht** anschließend die Sitzung zum Zweck einer Fraktionsführerbesprechung, da es weitere Informationen betreffend Kurt Lukasek gebe.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.42 Uhr **unterbrochen** und um 14.44 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

14.44

Auskunftsperson Ing. Franz Geiger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Franz Geiger** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Ing. Geiger, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Ing. Franz Geiger**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Ing. Geiger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein genereller Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Nun bitte ich die Vertreter und Vertreterinnen der Bildmedien, den Raum zu verlassen, damit wir mit der Befragung beginnen können.

Herr Ing. Geiger, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in die Befragung ein Statement von maximal 10 Minuten über den Gegenstand im Zusammenhang mit dem Beweisthema abzugeben? (*Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Ing. Geiger das Wort.*)

Auskunftsperson Ing. Franz Geiger: Ich möchte mich kurz vorstellen: Ich bin seit September 2008 Vorstand bei der **Donau Chemie** und seit November 2009 **Vorsitzender**; ein Unternehmen mit rund 900 Mitarbeitern, 550 davon in Österreich, 300 Millionen Umsatz. Wir sind in zehn Ländern tätig.

Parallel dazu bin ich bei der **tecnet**, einem Unternehmen, das dem Land Niederösterreich gehört, als Beirat tätig für Technologie-Start-up-Unternehmen, beratend, zur Förderung.

Ich bin seit Mai 2011 im Aufsichtsrat der Telekom Austria, und seit zwei Monaten arbeite ich am Unternehmen **Austria 2025** mit.

Ich war von 1997 bis 2008 bei **Siemens**, ab dem Jahr 2000 im Vorstand der Siemens AG, und bin somit auch 2001/2002 als zuständiger Vorstand aus Sicht von Siemens für das Projekt **ADONIS** verantwortlich gewesen. Ich möchte Ihnen meine Sicht zum Projekt auch deswegen hier kurz darlegen, weil ich der Meinung bin, dass Sie als die politischen Vertreter in diesem Lande sehr zum Gelingen und Scheitern solcher Schlüsselprojekte beitragen können, und der Sicherheitsfunk war und ist natürlich ein sehr wichtiges Schlüsselprojekt gewesen beziehungsweise ist es noch. Es

ist einerseits ein Thema, das Leben retten soll – das sagen ja auch alle politischen Vertreter, wenn sie bei ihren Sonntagsreden in den Katastrophengebieten stehen –, und es ist zweitens eine Chance, weil dieses Thema Arbeitsplätze schafft, und ein Land wie Österreich in seiner Kleinheit könnte solche Themen voranbringen.

Die Chance ist vertan. Das Projektmanagement war total unprofessionell. Es gab überhaupt keine Gemeinsamkeit in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern – weder die Sichtweisen noch die Finanzierung – und aus unserer Sicht auch eine hohe Unfähigkeit im Finden von Lösungen oder Alternativen, wenn schon Probleme auftauchten. Es war ein Betreibermodell. Das Betreibermodell wurde angeboten und zugeschlagen **master-talk**, einem Unternehmen, einem Konsortium, an dem Siemens-Vorstand, Raiffeisen, die Wiener Stadtwerke und der Verbund beteiligt waren. Es war rund vier Jahre Zeit, das Netz aufzubauen, einen Betrieb aufzubauen, ein Unternehmen aufzubauen, das das voranbringt – also null Vorinvestment der Republik Österreich, mehrere hundert Millionen Vorinvestment des Konsortiums, ein Übergang, rund 100 Mitarbeiter sollten ins Unternehmen kommen, um das Know-how aufzubauen, einen Betrieb sicherzustellen, über tausend Standorte mussten gefunden werden, Endgeräte, Übertragungstechnik, Telekommunikationsnetze.

In der Errichtung war das Bundesministerium mit Beistellungen verpflichtet, sollte festlegen, wie die Kommandostrukturen sind, wie die Software ausgelegt wird, die Standorte unterstützend auch beistellen. Auch in der Akquisition haben wir uns als Konsortium eine Unterstützung erwartet, es war nur eine sehr rasche Ernüchterung festzustellen. Das Argument Sicherheit eines solchen Netzes und Nutzen ist trotz Galtür und verschiedener anderer Dinge sehr schnell verloren gegangen, und die aus meiner Sicht klassische Lose-lose-Haltung in der Politik – keiner vergönnt dem anderen etwas – hat da auch ihres dazu beigetragen, dass niemand auf diesen Zug aufgestiegen ist.

Das Testnetz wurde aufgebaut, der Betrieb sozusagen sollte dann nachher aufgebaut werden. Der ganze Vertrag war darauf aufgebaut, dass die Vorinvestition von master-talk getätigt wird. Es war eine Tarifabsicherung eingezogen auf rund 25 000 Teilnehmer, das waren 24 500 vom BMI und irgendwelche 500 aus einer Einheit der Landesverteidigung, und der Vertrag war so ausgelegt, dass – wenn kein anderer dazukommt – ein Mindestbetrag pro Teilnehmer fällig ist, das waren rund 200 € im Monat.

Durch das Dazukommen anderer Teilnehmer – zuerst natürlich derer, die in dem ganzen Thema Rettung und Katastrophen dabei sind, also Rotes Kreuz, die Rettungsgesellschaften, die Bergrettung, die Feuerwehr, der Katastrophenschutz; da gibt es ja viele, die dann mit viel weniger Geld einsteigen, aber in Summe die Gesamtkosten reduzieren – war gedacht, dass die Kosten sogar auf unter 100 € im Monat für das BMI zurückgehen. Die anderen sollten je nachdem – Feuerwehren können nicht so viel aufbringen – 25 € zahlen, und die Berufsrettung war halt dann irgendwo bei 100, 120; so genau weiß ich es auch nicht mehr. – Gut.

Landeshauptleutekonferenz Salzburg: ein Desaster; Besuche von mir persönlich, zum Beispiel in Kärnten, Rotes Kreuz, die vor einer Entscheidung standen, bewusst: alles, nur nicht das Netz; Stadtwerke Wien haben unterstützt, Wien, Feuerwehr. – Es ist zu nichts gekommen. Man hat das BMI im Regen stehen lassen und uns natürlich auch.

Dann kamen die ersten Vorwürfe im Frühjahr 2003 – oder sogar schon früher, Ende 2002 –, wir können nicht akquirieren. Also wir haben zwar maßgeblich **max.mobil**. aufgebaut, wie Sie wahrscheinlich wissen, ein Unternehmen, das heute sehr gut dasteht und der T-Mobile gehört, aber man hat uns vorgeworfen, wir können nicht akquirieren. Dann hat man am Arbeiten nicht mehr mitgewirkt, so wirklich, also es

ist alles sehr zurückhaltend abgelaufen. Dazu hat wahrscheinlich unser Geschäftsführer, Herr Tengg, viele Details nähergebracht. Das war später auch der Grund, aus dem wir gekündigt haben; aber zum Zeitpunkt Anfang 2003 oder früher haben wir ein Streitschlichtungsverfahren eingeleitet. Im Wesentlichen kam dann heraus: Es gibt kein Geld!

Es waren dann die Gespräche so, dass man zwischen Motivation und Drohung geschwankt hat. Die **Motivation** war: Ihr werdet doch dieses tolle Projekt durchziehen und dann international berühmt werden!

Die **Drohung** war: Wir werden das niemals abnehmen, denn die vielen Anforderungen, die sehr – natürlich in Bereichen – verwaschen sind, die werden uns immer einen Grund geben, dass wir sozusagen nicht abnehmen!

Also für uns hat es geheißen: Täglich grüßt das Murmeltier! Unsere Mitarbeiter haben aufgebaut, haben neue Hardware reingestellt, haben die Investitionen vorangetrieben, der Zeiger ist nach oben gelaufen – 30 Millionen, 35 Millionen, 40 Millionen –, und es ist eigentlich immer schlimmer geworden. Und dann hat man begonnen, uns zu sagen, wir schaffen es gar nicht, technisch, denn es gab Testbereiche in Niederösterreich, also in einigen ausgewählten Gebieten. Wir haben dann gemerkt, der Vorwurf kommt, wir sind technisch unfähig, was auch ein starkes Stück war. Wir sind dann zum Glück mit dem Notar und Messwagen die Strecken abgefahren, weil uns schon Übles geschwant hat.

Letztendlich war es so, dass nach Rücksprache mit der Geschäftsführung der master-talk und dem Konsortium wir uns entschlossen haben, ich dringlichst empfohlen habe, dieses Fiasko zu beenden. Wir haben irgendwann im Juni 2003 gekündigt. Das BMI hat dann eine halbe Stunde später gekündigt, der Minister hat uns im „Mittagsjournal“ **volle Unfähigkeit** vorgeworfen. Der Kündigungsgrund unsererseits war eben die **fehlende Mitwirkungspflicht**.

Es wurde dann von uns ein Schiedsgerichtsverfahren gestartet, wie es der Vertrag vorgesehen hat. Das BMI hat dann interessanterweise oder eigentlich **perfiderweise** behauptet, der Vertrag sei überhaupt nicht wirksam, weil er nur von Dr. Buxbaum im Auftrag des Ministers unterschrieben ist, hat uns vor einem ordentlichen Gericht verklagt, dass der Vertrag eben nicht wirksam ist und das Schiedsgericht überhaupt nicht wirksam ist – und hat dann 2005 diese Klage verloren. Das war natürlich auch eine Zeitgewinnungsstrategie. Wir konnten in der Zeit gar nichts machen mit dem Schiedsgericht.

Im Prinzip halte ich das Vorgehen für ein Ministerium – das Umgehen mit vier Unternehmen, Paradeunternehmen Österreichs – wirklich für **perfide** und eine **Schande**. Man kann auch in dem Urteil lesen, wie das vom Gericht gesehen wurde.

2006 wurde dann plötzlich ein Vergleich verhandelt oder vorgeschlagen, und wir haben uns dann zu guter Letzt einem Vergleich hingegeben und sind einen solchen eingegangen. Das war 2006. 2009, wie ich erfahren habe, nach meinem Ausscheiden, ist dann die master-talk aufgelöst worden.

Das ist sozusagen meine kurze einleitende Zusammenfassung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Ing. Geiger! Damit wir das auch haben, weil der Herr Ulmer ja auch heute zu Gast ist, zum zweiten Mal: Es gibt einen

Zwischenbericht, beziehungsweise es hat entsprechende Ermittlungen seitens des BIA gegeben, und da werden Sie genannt.

Ulmer machte einen Aktenvermerk, dass er am 13. August 2003 gegen 18 Uhr einen Anruf von Ihnen erhalten hätte, in welchem Sie das Scheitern des Beschaffungsprojektes ADONIS mit der Übernahme der Führungsfunktion des Leiters – also mit der Übernahme durch Skorsch – in Zusammenhang gebracht haben. Und dieser Aktenvermerk von Ulmer vom gleichen Tag, nämlich vom 13. August 2003, war dann auch Gegenstand von Ermittlungen.

Was können Sie denn zu diesem Telefonat mit dem Herrn Ulmer und zu dem Aktenvermerk, der Ihnen ja wahrscheinlich im Zuge der Erhebungen auch vorgelegt wurde, sagen?

Ing. Franz Geiger: Also mir ist kein Aktenvermerk vorgelegt worden, aber ich kann dazu sagen, dass es natürlich eine Fülle von Gesprächen, unter anderem auch mit dem Herrn Ulmer, gab. Es war ja der Versuch – eigentlich auch nach der Kündigung –, noch irgendwelche Lösungen herbeizuführen.

Faktum ist, dass durch den Wechsel, der, glaube ich, Ende 2002 im Projektteam war ... Herr Skorsch ist Anfang 2003, glaube ich, oder Ende 2002 in das Projekt reingekommen. Es hat sich schnell herumgesprochen, dass er bei einem Motorola-Vertreter war, und es war für uns evident, dass eine Blockade in der Zusammenarbeit da war. Da liegt natürlich der Verdacht nahe – und nur um einen solchen kann es sich handeln, denn einen evidenten Beweis hatte ich nicht –, den Herrn Ulmer darauf hinzuweisen: Liegt es vielleicht daran, dass der Herr Skorsch nicht so wirklich will?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In welcher Form hat sich diese Blockade konkret geäußert, beziehungsweise geben Sie dem Herrn Skorsch damit eine Mitverantwortung für das Scheitern des master-talk-Konsortiums?

Ing. Franz Geiger: Wissen Sie, wenn ich eine Verantwortung am Scheitern habe, denn ich war als Vertreter zuständig, dann hat jeder, der dort eine Projektmanagement-Verantwortung hat, vom Minister abwärts, eine Verantwortung für das Scheitern des Projekts – und so auch der Herr Skorsch, da bin ich sicher.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Weil Sie das Wort „Blockade“ verwendet haben: Wie hat sich diese Blockade in der Praxis geäußert?

Ing. Franz Geiger: Der Punkt war, dass mir von master-talk in den Beiratssitzungen berichtet wurde, dass es nahezu unmöglich war, die notwendigen Detailfestlegungen zu machen. Es ist evident, wenn man so ein großes Projekt in der Gesamtheit definiert, dass man dann in den Details zusammensitzt, in den verschiedenen Ebenen, und eben Festlegungen treffen muss, wie schaut was aus et cetera. Und das ist sehr, sehr schleppend, zum Teil gar nicht vorangegangen. Deswegen hat sich ja dann Tengg auch dazu entschlossen, oder wir, den Weg eines Streitschlichtungsverfahrens zu gehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen dazu, oder irgendwelche Hinweise darauf bekommen, dass das Scheitern des master-talk-Konsortiums auch damit zusammenhängt, dass im Hintergrund bereits Versuche von **Motorola** gestartet wurden, einzusteigen beziehungsweise das Projekt abzulösen? Haben Sie da konkrete Hinweise? Und wenn ja, welche? Welche Versuche gab es da von Motorola?

Ing. Franz Geiger: Irgendwie geht das ja am Markt nicht spurlos vorbei, dass wir in Schwierigkeiten geraten sind. Wie viel da – von uns ja weniger, aber vom BMI – in die Öffentlichkeit gegangen ist, so genau kann ich das auch nicht sagen. Fest steht, dass

selbst bei mir quasi einmal vorsichtig angefragt wurde, ob wir uns nicht vorstellen könnten, dass wir von einem deutsch-österreichischen Technologietema auf ein amerikanisches umsteigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf ein amerikanisches umsteigen, das heißt, dass der US-Konzern Motorola in das Konsortium mit einsteigt?

Ing. Franz Geiger: Er war nicht direkt bei mir, aber es gab das eine oder andere Anklopfen und Nachfragen, also Austesten, wie man so schön sagt, ob wir bereit sind, quasi die Technologie zu wechseln.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer alles hat denn da bei Ihnen angeklopft?

Ing. Franz Geiger: Konkret erinnere ich mich einmal an ein Gespräch, wo der Herr Martin bei mir war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Tengg hat den Herrn Martin unter anderem als „*Aasgeier*“ bezeichnet und sich da auch eher negativ über deren Versuche alteriert.

Wie würden **Sie** denn diese Anklopfversuche beschreiben? Waren die aggressiv, haben die gedroht, oder haben die auf rein sachlicher Ebene argumentiert, warum es klug wäre, dass Motorola mit einsteigt?

Ich frage das auch deswegen, weil es dazu auch in den Akten des Ministeriums ein Mail gibt, in dem Motorola Deutschland gegenüber dem Heinz Bick, der Ihnen wahrscheinlich etwas sagt, ankündigt, dass man die vom BMI getroffene Vergabeentscheidung bekämpfen wird, und dazu gibt es eben dieses Zitat:

Heinz, in Österreich müssen wir dich (gemeint ist das Projekt) leider umbringen. – Zitatende.

Also wie hat sich Motorola bei diesen Anklopfversuchen verhalten? War das kollegial, oder war das eher aggressiv? Wie würden Sie das einschätzen?

Ing. Franz Geiger: Der Herr Martin wollte mich aushören und feststellen, ob es eine grundsätzliche Bereitschaft gibt. Ich würde das nicht als aggressiv bezeichnen. Also es gab keine Drohung, es gab nicht einmal den konkreten Versuch, irgendetwas zu modellieren im Sinne von Angebot oder sonst etwas, sondern einfach ... Ich habe das Gespräch relativ zügig beendet, und damit war es das. Aber dass die Motorola, die das Projekt verloren hat und die natürlich in den Funknetzen einen extrem hohen Marktanteil in Europa und Übersee hat, so ein Musterprojekt – das es ja hätte sein können und leider bis heute nicht geworden ist – nicht aufgeben wollte, das ist klar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine andere Frage dazu: Nach dem Scheitern dieses master-talk-Konsortiums, mussten da dann auch Mitarbeiter entlassen werden, beziehungsweise haben Mitarbeiter durch dieses Scheitern auch ihren Job verloren? Wenn ja, um wie viele Mitarbeiter handelte es sich denn da zirka?

Ich frage das deswegen, weil es dazu auch eine entsprechende Medienäußerung von Herrn Tengg in einer Tageszeitung gibt, dass man Kündigungen habe aussprechen müssen. Ich möchte nur wissen, ob das korrekt ist, dass man Leute dann hat kündigen müssen (**Ing. Geiger:** Na klar!), und wenn ja, wie viele Leute das zirka waren, die den Job verloren haben.

Ing. Franz Geiger: Man muss es zweiteilen. Das eine ist die master-talk selbst, die aufgebaut, im Endstand, hundert Mitarbeiter gehabt hätte. Ich schätze, es war zu dem Zeitpunkt die Hälfte. So genau kann ich es aber auch nicht sagen, weil im Aufbau auch die Ressourcen des technischen Dienstes von Siemens, teilweise Techniker des Verbunds und so weiter, mit eingesetzt wurden.

In Summe haben auf jeden Fall alle master-talk-Mitarbeiter, ob das 30 waren, ob das 50 waren – so genau kann ich das jetzt auch nicht sagen –, ihren Arbeitsplatz verloren, und es hat sicherlich in Summe auch bei den beteiligten Unternehmen Druck erzeugt. Ob dann konkret daraufhin Mitarbeiter den Job verloren haben, kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gibt ja dann diese Vergleichszahlung mit diesen 30 Millionen €, konkret 29,9; dazu kommen wir dann später noch. – Konnte diese Vergleichszahlung den finanziellen Schaden für Siemens abdecken, oder ist da unterm Strich ein Minus für Ihr Unternehmen auf Basis des ADONIS-Projektes herausgekommen? Wenn ja, wie hoch ist dieses Minus inklusive Einrechnung dieser 30-Millionen-Vergleichszahlung für das master-talk-Konsortium?

Dass Leute dadurch auch ihren Job verloren haben und damit nicht nur der Steuerzahler draufgezahlt hat, das haben wir gerade diskutiert.

Ing. Franz Geiger: Es hat das gesamte Konsortium anteilig das Geld verloren. Also die ganze Vorfinanzierung ist sozusagen nach den Prozentsätzen der Anteile passiert, der Schaden auch danach gewesen und auch die Vergleichszahlung entsprechend diesen Anteilen ausgezahlt worden.

Wie groß der Schaden in Summe dann noch war? – Ich schätze, ungefähr noch einmal so hoch, wie die Vergleichszahlung war. Wir sind schadensmäßig ungefähr bei der Hälfte rausgekommen, würde ich schätzen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für Siemens allein gesprochen (*Ing. Geiger: Nein!*), oder für das ganze master-talk-Konsortium? (*Ing. Geiger: Für jeden! Für jeden!*) – Für jeden, okay.

Wer hat denn seitens Siemens an diesen Vergleichsverhandlungen teilgenommen? Und ist es korrekt, dass zum Zeitpunkt der stattgefundenen Vergleichsverhandlungen auch Brigitte Ederer in führender Siemens-Funktion tätig war?

Ing. Franz Geiger: Die Brigitte Ederer, ich weiß gar nicht, wann sie den Vorsitz übernommen hat; ich schätze, es war so rund 2006, kann sein. Davor hat sie mit dem Projekt überhaupt nichts zu tun gehabt, ich weiß auch keine Aktion, wo sie in dem Projekt in Vergleichsverhandlungen direkt an der Front aufgetreten wäre. Wir haben bestenfalls in Vorstandssitzungen das Thema aus unserer Sicht erörtert, oder ich habe die Meinung des Konsortiums in den Siemens-Vorstand getragen.

Seitens des Konsortiums hat Frau Dr. Profanter, die wir dann als Geschäftsführerin eingesetzt hatten, nachdem das Projekt tot war und es eigentlich um die Abwicklung ging, die Verhandlungen geführt. Dann waren wir unterstützt von Reich-Rohrwig, dem Anwalt des Konsortiums, oder der master-talk.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen dazu, dass sich Frau Ederer irgendwann einmal, auch in der heißen Phase, persönlich in diese Vergleichsverhandlungen eingeschaltet hat? Von Bundesseite wissen wir, auch durch die Dokumentation des Präsidenten der Finanzprokuratur, Dr. Wolfgang Peschorn, dass sich der Finanzminister Grasser am Schluss dann sehr wohl auch persönlich eingeschaltet hat. Aus den Aktenvermerken des Wolfgang Peschorn geht hervor, dass es auch immer wieder – Zitat – informelle Kontakte gegeben habe und sich schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt, nämlich schon damals im Juni, auf Basis von informellen Kontakten abgezeichnet hat, dass man sich in die Richtung einer Vergleichssumme von 30 bis 35 Millionen € bewegen wird. Und so ist es ja dann Monate später auch gewesen.

Jetzt würde ich natürlich gerne wissen, welche informellen Kontakte das gewesen sind. Können Sie dazu irgendwelche Angaben machen?

Ing. Franz Geiger: Kann ich nicht. Ich kann es nicht ausschließen, aber ich kann auch keine Angaben dazu machen. Ich kann nur sagen, das jeder Siemens-Generaldirektor versucht, den Schaden zu minimieren. Und wenn sie schon Generaldirektor war – das wäre dann die Konstellation –, dann kann es sein, dass sie ein Gespräch geführt hat. Aber ich weiß es nicht. Keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Rechnungshof spricht im Zusammenhang mit dieser Vergleichszahlung von 29,9 Millionen € von einer Schadenssumme für die Republik und den Steuerzahler. So schreibt er in seinem Rohbericht und argumentiert das unter anderem damit, dass für das Innenministerium oder die Republik oder den Steuerzahler für diese 30 Millionen dann keine Gegenleistung da ist, dass man sich dafür vonseiten des master-talk-Konsortiums nichts gesichert hat, nicht irgendwelche technischen Aufwendungen, Dinge, die man schon installiert hat, et cetera.

Ist das in dieser Form korrekt, dass das eben wirklich eine 30-Millionen-Vergleichszahlung gewesen ist, von der die Republik eigentlich keinen praktischen Nutzen in der Form gehabt hat, dass man irgendwie auf dem bisherigen Projekt und dem bisher Geleisteten und den technischen Umsetzungen, die man aufgestellt hat – an Masten und was weiß ich, was alles –, aufbauen hätte können, weil das mit der Vergleichszahlung und dem Vergleichsabschluss alles weg war?

Ing. Franz Geiger: Ja, das stimmt. Die Republik hat drei Jahre lang destruktiv gearbeitet und hat keinerlei Anstrengungen getan, wenn es schon eine Kündigung gibt, einen Vergleich zu machen. Ich finde das völlig richtig, was hier der Rechnungshof darstellt. Man hätte Standorte nutzen können, alles Mögliche hätte man können.

Aber wenn der Wille nicht da ist, oder ich weiß es nicht – es muss der Wille sein, denn es ist ja nicht so schwer, so etwas zu tun –, das zu machen, dass nach drei Jahren nichts mehr da ist, das ist klar. Also man hätte das sozusagen kurzfristig machen und dann sagen müssen: Okay, das ist halt schiefgegangen; einigen wir uns!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber das heißt für mich (*die Obfrau weist auf den Ablauf der Redezeit hin*) – Schlussfrage, okay –, Siemens als Konsortialpartner wäre durchaus bereit gewesen, bereits getätigte Investitionen, aufgebaute Infrastruktur im Rahmen einer Vergleichslösung auch an das Innenministerium irgendwie zu übertragen, damit man nicht die ganzen Investitionen umsonst gemacht hat und dann mit einem zweiten Behördenfunknetz bei null anfangen muss – das im Übrigen auch bis heute nicht funktioniert, wie wir alle wissen.

Ing. Franz Geiger: Lösen Sie sich bitte von Siemens! Siemens hätte allein überhaupt keine Entscheidung treffen können. (*Abg. Petzner: Gut, dann reden wir von master-talk!*) Wir hatten einen Konsortialvertrag, der in jeder Entscheidung eine Einstimmigkeit erfordert hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann reden wir von master-talk insgesamt.

Ing. Franz Geiger: Ich bin sicher, wenn man konstruktive Gespräche gemacht hätte, dann hätte man zu jeder Zeit, und ich könnte Ihnen – leider nicht zeigen, denn das liegt bei Siemens ... – Vorschläge und Varianten hätte es gegeben, ja. (*Abg. Petzner: Okay! Danke!*)

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Herr Ing. Geiger! Ich meine, es geht nicht um das Halten von Sonntagsreden, sondern hier geht es um die Aufarbeitung eines Projekts, in das viele Millionen Euro an Steuergeld hineingeflossen sind, und bis zum heutigen Zeitpunkt funktioniert das System nicht.

Und deswegen zuerst einmal eine Frage zu Ihren Ausführungen: Sie haben hier mitgeteilt, dass vom Innenministerium 24 000 Geräte mit einem Mindestbetrag von 200 € pro Monat vorgesehen waren. Das wären genau 57,6 Millionen €.

Wie viel musste pro Jahr unbedingt gezahlt werden, damit das Projekt wirtschaftlich ist?

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Na ja, zwischen 60 und 70 Millionen was das Projekt ein Break-even. Wenn man den Businessplan, den ich leider nicht habe, wenn man die Businesspläne anschaut, dann kann man sich das ausrechnen. Wenn man Hunderte Millionen investiert und vier Jahre keine einzige Einnahme hat, die Verzinsung der ganzen Geschichte hat, dann muss man über eine Laufzeit von 15, 20 Jahren das zurückverdienen, und dazu braucht man eine Mindestabdeckung. Ich meine, wenn man das wirklich mit 70 Millionen hingekommen wäre – das hat sich ja noch gar nicht herausgestellt –, dann wäre das, verglichen mit heutigen Betreiberkosten in der normalen Telekommunikation, eine super Lösung gewesen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Gut, jetzt haben wir diese Summe im Raum stehen. Es war ja, glaube ich, für alle Beteiligten klar, dass diese Summe pro Jahr aufgewendet werden muss, oder?

Ing. Franz Geiger: Selbstverständlich. Es war ein Vertrag. Nur, das Innenministerium hat sozusagen in der Hoffnung, dass zum Zeitpunkt der Fertigstellung weitere, sagen wir einmal, zwischen 30 000 und 60 000 Teilnehmer dabei sind ... – Das Potential wären zwischen 100 000 und 150 000 Teilnehmer gewesen; es gäbe ja neben den Rettungsorganisationen auch private Organisationen, gerade wie Verbundgesellschaft, große Industriebetriebe, die Funknetze brauchen, die man da hätte ideal einklinken können. Aber so hoch ist man gar nicht raufgegangen. Man hat damit gerechnet, dass man weitere 30 000 bis 60 000 Teilnehmer hat, und hat – und das ist ja die Dummheit gewesen – beim Ministerium budgetmäßig nur, weiß ich nicht, 25 oder 30 Millionen gedeckt, also schon nur den 100-€-Betrag. Und dann haben sie gemerkt, das geht nicht auf, weil halt die Bundesländer und die politischen Kräfte in diesem Land nicht in der Lage sind, an einem Strick zu ziehen. Das muss ich schon sagen. Das sollte man sich einmal vor Augen führen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Gut, das war auch gleich meine Frage, aufgrund dieser Aussage, die Sie hier getroffen haben, weil es natürlich auch sehr wichtig ist, wenn man budgetiert, dass man die volle Summe zumindest einmal vorsieht. Denn gerade am Anfang ist es sehr schwierig, ein Projekt für alle umzusetzen – und es war ja allen bekannt, die ein Budget erstellen, dass viele Beteiligte nicht im Boot sind, sondern teilweise auch eigene Lösungen anstreben.

Ing. Franz Geiger: Also „management by hope“ – klassischer Fehler, ja.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Gut, jetzt haben wir diese Aussage von Dipl.-Ing. Tengg auch korrigiert beziehungsweise dahin gehend angepasst, denn er spricht auch von 72 Millionen €, die notwendig gewesen sind, damit man hier auch wirtschaftlich tätig werden kann beziehungsweise das Projekt auch in Ordnung ist.

Für mich geht es jetzt am Anfang darum: Welchen Part, welche Aufgabe genau hat die Firma Siemens bei master-talk gehabt?

Ing. Franz Geiger: Na ja, Siemens hat natürlich im Konsortium technologisch die größte Erfahrung gehabt – durch seine internationale Erfahrung generell in Funknetzen, im Aufbau. Wir haben in Österreich und in Osteuropa viele Funknetze aufgebaut, private natürlich, und wir haben uns entschlossen, mit Rohde & Schwarz, einem Unternehmen der Sicherheitstechnik in Deutschland, und unserer Software-Entwicklung, der PSE in Österreich, eine sehr spezifische flächendeckende Lösung

aufzubauen. Und darauf haben die anderen Konsortialteilnehmer technologisch gesetzt.

Im Konsortium war natürlich seitens Siemens wieder die Erwartung, dass neben der Mitfinanzierung dieses Monsterprojekts – das war ja ein riesiges Vorfinanzierungsprojekt – auch quasi ... – Die Stadt Wien hat ja viele Rettungsorganisationen, oder auch die Wiener Linien. Alle diese Betriebe müssten eigentlich an so ein Netz angeschlossen werden. Und es war natürlich auch die Hoffnung, dass das sozusagen besser und einfacher geht.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Mit welchen Personen vom Bundesministerium für Inneres hatten Sie da Kontakt bei Beginn?

Ing. Franz Geiger: Ich persönlich hatte einige wenige Kontakte mit dem Minister. Ich hatte Kontakte mit den Mitarbeitern aus dem Ministerbüro: Krumpel, Gattringer und Ulmer. – Ja, das war es, glaube ich, im Wesentlichen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Gab es auch externe Personen, die im Auftrag des Ministeriums an Sie herangetreten sind?

Ing. Franz Geiger: Es kann sein, dass die AustroConsult, die, glaube ich, eine Beratungsfunktion hatte, einmal auch mit mir ein Gespräch geführt hat, aber sicher kein sehr technisch tiefes.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Sagt Ihnen der Name Ing. Blaha etwas?

Ing. Franz Geiger: Ja, Ing. Blaha war ein Mitarbeiter des Ministeriums und eingesetzt in dem Projekt – ich glaube, eher im ersten Teil des Projekts –, um das Projekt zu ... – Ich weiß nicht, ob er Projektmanager war, aber auf jeden Fall in einer wichtigen Rolle im Projekt.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Ing. Blaha war technischer Koordinator, also eigentlich gerade dieser Part, wo die Firma Siemens auch zuständig war, und er sprach da in einem internen Mail auch von „atmosphärischer Disharmonie“. – Was meinte er damit?

Ing. Franz Geiger: Na ja, **atmosphärische Disharmonie** entsteht, wenn die einen wollen und die anderen nicht tun, oder vice versa. Also es war auf der Mitarbeiterebene so weit, dass es sehr, sehr schwierig war, Projektsitzungen zu machen und zu Ergebnissen zu kommen. Und das führt zu Verstimmungen, wenn Leute sitzen und arbeiten und es tut die andere Seite nicht mit. Das ist wahrscheinlich auch eines der großen Probleme: Man schreibt was aus und glaubt, jetzt ist man der Anschaffer. In so einem Projekt muss man zusammenarbeiten und gemeinsam sozusagen vier Jahre lang etwas aufbauen. Und das ist nicht passiert, und daher gab es mehr und mehr Verstimmung, Anschuldigungen, et cetera. Ich war nicht dabei, aber ich habe mir das erzählen lassen und habe als Verantwortlicher immer mitbekriegt, dass es mehr und mehr klemmt.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Ab wann gab es diese Auseinandersetzung über das Nicht-gemeinsame-Erarbeiten des Projektes?

Ing. Franz Geiger: Ich glaube, dass das nach einigen Monaten begonnen hat, aber ich kann es nicht genau sagen. Ich weiß es nicht genau.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Das war schon relativ zeitig, bei dem Projekt.

Ing. Franz Geiger: Ja, das ist auch wichtig. Bei einem Projekt, in das man einsteigt, muss man erst einmal die Projekt-Kultur definieren, und es ist gut – und das ist auch meine Botschaft an die Mitarbeiter –, wir müssen am Anfang zum Kern kommen. Nach drei Jahren ist es zu spät. Und nach sechs Monaten waren die Schwierigkeiten schon

relativ groß, und leider hat man diese nach weiteren sechs nicht mehr überbrücken können.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Was waren die Hauptkritikpunkte vom Bundesministerium an master-talk?

Ing. Franz Geiger: Begonnen hat es damit, dass man gesagt hat, wir seien unfähig, zu akquirieren.

Wie man dem Herrn Tengg vorwerfen kann, dass er nicht akquirieren kann, das habe ich überhaupt nicht verstanden – aber gut.

Das Zweite war dann, dass man gesagt hat, wir seien unfähig, dieses Netz aufzubauen. Sie haben behauptet, es funktioniere einfach nicht.

Es sollten zu diesem Zeitpunkt, im März, April, Mai – wir haben ja vier Jahre Zeit gehabt –, nach nicht einmal einem Jahr, nach neun Monaten, sollten so einige Zellen stehen, und die sind gestanden und die mussten natürlich justiert werden. Und da hat man dann behauptet, man habe das abgefahren mit irgendwelchen Funktestgeräten und es funktioniere nicht. Daraufhin sind wir sofort mit einem Notar mehr oder weniger nachgefahren, damit wir uns schon vorbereiten, dass wir dann, wenn es kracht, Beweise haben, dass das nicht so ist.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Und haben Sie Beweise, dass es funktioniert hat?

Ing. Franz Geiger: Ja, wir haben die alle vorgelegt, klar. Ich meine, soweit man das in der Größe überhaupt definieren kann. Die Herausforderung in dem Projekt wäre gekommen. Es gibt nämlich bis heute in Europa kein flächendeckendes Sicherheitsfunknetz. Das wäre die Riesenchance Österreichs gewesen, das auch zu exportieren. Natürlich wären wir dann noch in Summe gemeinsam auf Probleme gestoßen. Da muss man aber gemeinsam daran arbeiten.

Also ist zu sagen: Das, was hätte funktionieren sollen, hat funktioniert. Sonst hätten wir ja auch nicht so einen guten Stand gehabt.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Sagt Ihnen der Name Herr Mag. Gattringer etwas? (**Ing. Geiger:** Ja!) – Was genau hat er mit diesem Projekt zu tun gehabt?

Ing. Franz Geiger: Ich glaube, er ist als Koordinator für das Ministerbüro nach Ausscheiden des Herrn Krumpel auf den Plan getreten und hat hier koordiniert und war, glaube ich, Mitarbeiter von Ulmer oder vom Minister – so genau kenne ich die Hierarchien im Ministerbüro nicht.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Mag. Gattringer war ja bis 2007 im Kabinett und jetzt bei der Firma Alcatel beschäftigt. Er hat auch davon gesprochen, dass die master-talk technisch nicht in der Lage ist, das Projekt umzusetzen. Gerade Sie als Firma Siemens hat er da massiv kritisiert.

Ing. Franz Geiger: Da hat er uns am Nerv getroffen, und es hat einfach nicht gestimmt. Aber sei es, wie es sei. Irgendetwas musste ja behauptet werden.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Brigadier Skorsch hat mit Beginn 2003 das Projekt technisch übernommen. – Wie war da das Verständnis?

Ing. Franz Geiger: Ich habe mit ihm keinen Kontakt gehabt, aber ich weiß, dass es extrem zäh und schwierig war. Ich glaube, dass man anfangs gehofft hat, dass sich bei einem Wechsel die Projekt-Kultur zum Besseren ändern wird, aber es ist eher das Gegenteil eingetreten. Das war mein Eindruck.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Ich möchte jetzt zu einem Bereich kommen, nämlich dem Aktenvermerk von Christoph Ulmer zum Telefonat, das Sie mit ihm geführt haben. Das war am 13.8.2003. Es wurde schon vorher von meinem Vorredner angesprochen. – Was wissen Sie noch darüber?

Ing. Franz Geiger: Nicht mehr, als ich schon gesagt habe. Ich habe meine Mutmaßung dazu, was der Grund sein kann, wer hindert, ausgedrückt, und das in Kombination mit der Vergangenheit des Herrn Skorsch. Ob das jetzt gerechtfertigt oder ungerechtfertigt war, weiß ich bis heute nicht, aber jedenfalls war es evident, dass wir mit Skorsch noch schlechter vorangekommen sind als ohne ihn.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Sie haben auch hier – im Aktenvermerk ist es zumindest angeführt – Brigadier Skorsch, wie Sie richtig gesagt haben, in Verbindung mit der Firma Motorola gebracht. Und einige Tage später, am 20.3., wurden Sie vom Bundesministerium für Inneres einvernommen, vom Büro für Interne Angelegenheiten.

Wissen Sie da noch etwas über das Gespräch oder wie das abgelaufen ist? Und wer bei Ihnen war?

Ing. Franz Geiger: Da waren zwei Herren bei mir. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wer das war. Die wollten Informationen von mir, waren bei mir im Büro und haben sozusagen über das Projekt Fragen gestellt. Das war aber, glaube ich, bereits im Frühjahr.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Das war im August, am 20., sieben Tage, nachdem Sie das Telefongespräch geführt haben.

Ing. Franz Geiger: Aha! Na, dann war es im August. Kann sein.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Und wie lange hat das Gespräch gedauert?

Ing. Franz Geiger: Ich weiß nicht: eine Dreiviertelstunde, eine Stunde? Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Es ist hier angeführt: BIA 1 und BIA 48. BIA 1 ist Herr Mag. Kreutner. Kennen Sie diese Person?

Ing. Franz Geiger: Ja, kann sein. Ist mir jetzt nicht vor meinem ... – Wenn, dann habe ich ihn einmal bei diesem Gespräch gesehen, bei mir im Büro, wenn er dabei war, wie Sie sagen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Haben Sie eine Erklärung dafür, warum ein Aktenvermerk darüber geschrieben geworden ist? Sie haben relativ konkret hier gesagt beziehungsweise ist aufgeschrieben worden, dass Sie den Verdacht haben, dass Brigadier Skorsch in Verbindung mit Motorola steht. Das sind doch schwere Anschuldigungen.

Warum ist gerade mit Ihnen nur ein Aktenvermerk gemacht worden und keine Niederschrift?

Ing. Franz Geiger: Warum ein Aktenvermerk gemacht worden ist? – Ich habe nicht einmal gewusst, dass einer gemacht worden ist. Aber wenn einer gemacht worden ist, dann weiß ich auch nicht, warum. Ich habe damals den Herrn Ulmer als jemanden wahrgenommen, der damit beauftragt war, dass eigentlich das Projekt im Sinne des Ministers durchgezogen werden soll, und habe versucht, mich mit ihm darüber auszutauschen: Was kann die Ursache sein, dass da nicht konstruktiv gearbeitet wird?

Und da habe ich diesen Gedanken mit ihm ausgetauscht. Dass er einen Aktenvermerk macht, habe ich nicht gewusst, ist mir auch egal. Und wie die BIA, wie sie bei mir

waren, die zwei Herren – ja, wunderbar, gerne! Da wird es wahrscheinlich auch einen Bericht geben, den Sie vorliegen haben und ich nicht, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Kennen Sie den Unterschied zwischen Aktenvermerk und Niederschrift? (*Ing. Geiger: Nein!*) – Es sind doch gravierende Unterschiede. Hier geht es um einen **Aktenvermerk**, und das ist ein Gesprächsinhalt, der zusammengefasst wird. Und **Niederschrift** sind wörtliche Aussagen, etwa hier von Ihnen, die auch festgehalten werden. Gerade bei so großen Anschuldigungen, die im Raum gestanden sind, wundert es mich, warum da nur ein Aktenvermerk geschrieben worden ist. Aber wenn man das weiter durchliest und auch berücksichtigt, dann sieht man, dass Sie gesagt haben, dass Herr Skorsch eventuell auch bei der Firma Motorola beschäftigt war. Es gibt ja auch Aussagen ...

Ing. Franz Geiger: Bei der Firma Kappacher. Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Das wollte ich gerade sagen. Er hat ja selber bei uns hier im Ausschuss die Aussage getroffen, dass er bei der Firma Kappacher von September 2001 bis Ende Dezember 2002 beschäftigt war. – Ist Ihnen das bekannt oder können Sie sich daran noch erinnern, auch an den Zeitraum?

Ing. Franz Geiger: Dass das vor seiner Tätigkeit in dem Projekt war, hat man mir erzählt, und daher ja auch sozusagen meine Sorge, dass das damit zusammenhängt. Und die habe ich ausgedrückt.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Jetzt habe ich von einigen Tagen später, vom 9.9., einen Zwischenbericht, der vom Dienststellenleiter Mag. Kreutner übermittelt worden ist, in dem er angeführt hat – ich zitiere –:

„Weitere Veranlassungen:

Da sich aufgrund der durchgeföhrten Umfelderhebungen keine weiteren Hinweise auf ein strafrechtlich relevantes Verhalten des Bgdr. Skorsch ergeben haben und zudem die Angaben des Ing. GEIGER keinen konkreten Tatverdacht enthalten, besteht seitens der ho. Dienststelle – sollten sich nicht zusätzliche Hinweise ergeben – keine Veranlassung für weitere Ermittlungen.“

Ich erwähne das aus folgendem Grund: Nachdem ich mir die Unterlagen durchgeschaut habe und wenn man berücksichtigt, wie da ermittelt worden ist, wie die Ermittlungen bei diesen Anschuldigungen durchgeführt wurden – ich würde sagen, relativ oberflächlich, da müsste man ein bisschen in die Tiefe gehen und die Ermittlungen auch dementsprechend führen –, muss ich sagen: Erstens einmal wäre eine niederschriftliche Einvernahme die richtige Vorgangsweise in diesem Bereich gewesen.

Und der zweite Punkt, der mir hier aufgefallen ist: Es sind Umfelderhebungen zu Brigadier Skorsch durchgeführt worden, aber eine Anfrage dazu, ob er bei der Firma Kappacher oder bei Motorola gearbeitet hat, ist nie durchgeführt worden. Zumindest in den Unterlagen ist es nicht erkennbar. Das ist normal eine Standardvoraussetzung, wenn man eine Erhebung durchführt von einer Person.

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum das nicht durchgeführt worden ist?

Ing. Franz Geiger: Keine Ahnung. Also das müssen Sie das BMI fragen. Wenn die das oberflächlich gemacht haben, dann finde ich das auch falsch, wenn sie das so beurteilen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Es gibt eine Schlussfolgerung: Entweder es ist schlecht oder oberflächlich oder nicht objektiv beurteilt worden, denn es war ja auch

ein wichtiger Punkt. Das haben Sie in den Raum gestellt. (*Ing. Geiger: Ja, aber das weiß ich nicht!*) – Er war ja beschäftigt, er hat es ja selber bei uns ausgesagt.

Das wurde nie ermittelt, da gibt es keine Unterlagen; zumindest haben wir keine gefunden.

Der zweite Punkt ist: Wenn ich diese Abfrage gemacht hätte, dann hätte ich sofort gesehen, ob er dort gearbeitet hat. Die Sozialversicherungsabfrage ist eine ganz einfache Handlung.

Ing. Franz Geiger: Ich bin bei Ihnen, aber das ist ja nicht mein Recht oder meine Möglichkeit.

Ich habe einen Verdacht geäußert, und Sie sagen, er ist schlecht aufgearbeitet worden. Das nehme ich zur Kenntnis. Er passt ins Bild.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Danke. Keine weiteren Fragen mehr dazu.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nicht sehr viele Fragen an Sie. – Sie haben gesagt, Sie haben einige Male mit Innenminister Strasser Gespräche geführt. Mir geht es dabei um eines: Da gibt es einen Brief von master-talk an den Innenminister Strasser vom 22. Oktober 2003 betreffend „Angebot zur Weiterführung von ADONIS.“ Ich zitiere:

„Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Bezug nehmend auf Ihr Gespräch mit Herrn Generaldirektor Hochleitner und Herrn Vorstandsdirektor Geiger dürfen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, in Abstimmung mit den Gesellschaftern einen Lösungsvorschlag zur Weiterführung des Projektes ADONIS unterbreiten.“

Ich möchte von Ihnen wissen: Was war der Vorschlag, den Sie dem Minister Strasser persönlich unterbreitet haben?

Ing. Franz Geiger: Wir haben uns konzentriert auf die finanziellen Nöte des BMI und die Budgetsituation und versuchten, einen langsameren Aufbau des Netzes vorzuschlagen, nämlich mit jenen Ländern – wir wussten, dass Tirol zumindest einigermaßen kommittiert und auch in der Not war, etwas zu tun –, also sozusagen mit jenen Ländern zu beginnen, die willig sind, und damit die Chance zu haben, dass gleichzeitig mit dem BMI in so einem Bundesland auch Länderorganisationen einsteigen. Damit wäre quasi das Gesamtprojekt, unter uns gesagt, natürlich am Ende des Tages etwas teurer geworden, denn jedes Projekt, das länger dauert, ist teurer, aber es hätte die finanziellen Möglichkeiten schneller getroffen im Sinne der Jahresbelastung. Dazu haben wir ein Konzept auf vier, fünf Folien erarbeitet und hatten die Gelegenheit, dieses ihm darzustellen – und ich glaube, es war einer seiner Mitarbeiter dabei; ob Ulmer oder Gattringer, kann ich jetzt nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es würde mich sehr wundern, wenn das der Gesprächsinhalt gewesen wäre. Ich sage Ihnen, worum es meines Wissens gegangen ist.

Im Oktober 2003 ist darüber entschieden worden: Ist es aus für master-talk oder hat master-talk noch irgendeine Chance?

War Ihnen zum damaligen Zeitpunkt klar, dass Sie nur noch dann eine Chance auf Weiterführung von ADONIS haben, wenn Sie Motorola ins Konsortium hereinnehmen? (*Ing. Geiger: Nein!*) – War Ihnen nicht klar?

Ing. Franz Geiger: Sicher nicht! Denn wir haben keinen Vorschlag mit Motorola erarbeitet. Absolut nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In dem genannten Brief steht im letzten Absatz:

„Alternativ zu dem in der Anlage vorgestellten Angebot dürfen wir Ihnen mitteilen, dass sich die Gesellschafter der master-talk eine Änderung der derzeitigen Gesellschafterstruktur vorstellen können.“

Welche Änderung der Gesellschafterstruktur?

Ing. Franz Geiger: Es sind erstens einmal Gespräche mit weiteren Finanziers dagestanden. Also es war weder Rohde & Schwarz im Konsortium, noch wäre die Motorola ins Konsortium gekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht um eine Änderung der Gesellschafterstruktur. Wie hätte die Gesellschafterstruktur geändert werden sollen?

Ing. Franz Geiger: Wir haben sicher über keine Änderung der Gesellschafterstruktur auf Folien mit dem BMI gesprochen. Die sind sicher auch noch im BMI.

Wir haben nichts anderes vorgeschlagen, als von einem „One-shot-Projekt“ in vier Jahren alles fertig aufdrehen, über ein Phasenprojekt zu gehen.

Diese Formulierung hier, dass wir bereit sind, falls das BMI in irgendeiner Form irgendwelche Sonderwünsche hat, ist, dass man eine Gesprächsbereitschaft signalisiert. Aber es wurde **nichts** dergleichen in dem Gespräch, auch nicht seitens des BMI, gebracht.

Es hat der Bundesminister leider Gottes überhaupt nichts in dem Gespräch im Wesentlichen von sich gegeben, außer dass er gesagt hat, er will den alten Plan, aber er zahlt nicht mehr als 30 oder 25 Millionen €.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von wem ist der Vorschlag, die Gesellschafterstruktur zu ändern, gekommen?

Ing. Franz Geiger: Da steht **nicht**, dass wir vorschlagen, die Gesellschafterstruktur zu ändern, sondern, dass wir **bereit sind** steht da, sagt die master-talk.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, meiner Lebenserfahrung entspricht es, dass, wenn man eine Bereitschaft äußert, etwas zu tun, was man vorher nicht tun wollte, es irgendwer von einem **wollen** muss.

Ich glaube nicht, dass Herr Geiger da gerade den Jagd-Stammtisch verlässt und sagt: Jessas Maria, da fällt mir ein, ändern wir die Gesellschafterstruktur! – **So** wird das ja wohl nicht sein! Das ist ja nicht sehr realitätsnahe.

Realitätsnäher ist, wenn man eine Bereitschaft, noch dazu dem Innenminister gegenüber, signalisiert: Geh, Herr Minister, wir wären bereit, die Gesellschafterstruktur zu ändern!, dann muss ja wer den Wunsch dazu geäußert haben. Und ich möchte nur draufkommen, wer diesen Wunsch geäußert hat.

Wer hatte Interesse, die Gesellschafterstruktur zu ändern?

Ing. Franz Geiger: Also wir haben **kein** Interesse gehabt, die Gesellschafterstruktur zu ändern. (*Abg. Dr. Pilz: Richtig!*) Wir haben **nur** unsere Bereitschaft kundgetan, sollte es irgendeinen Wunsch geben, dann denken wir darüber nach. (*Abg. Dr. Pilz: Ja, und ...!*) In einer lösungsorientierten Welt muss man sozusagen auch Vorschläge machen. Aber es gibt **keinen** konkreten Vorschlag!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, genau! Und in einer lösungsorientierten Welt ist es ganz gut, wenn Sie die Frage beantworten, wer diesen Wunsch gehabt hat.

Ing. Franz Geiger: Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen nur sagen: An mich hat **keiner** einen **Wunsch** herangetragen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von dem ist die Anregung gekommen, überhaupt darüber nachzudenken? (*Ing. Geiger: Keine Ahnung!*) – Wie können Sie dem Minister – der ist ja nicht irgendwer! – signalisieren: Wir, master-talk, sind bereit, die Gesellschafterstruktur zu ändern!, wenn niemand das von Ihnen will? – Das ist schon etwas absurd!

Sie selber haben es nicht gewollt. – Da sage ich: Ja, das stimmt mit allem, was wir wissen, überein. Sie wollten so weitermachen. Sie haben nicht gewusst, dass das schon längst gelaufen war. Sie haben geglaubt, das geht noch irgendwie.

Motorola wollte um jeden Preis rein. Das wissen wir inzwischen auch.

Aber die Frage ist: Wer hat Ihnen signalisiert, dass das der Wunsch des Ministers sein könnte? Wer hat Ihnen das signalisiert? Denn sonst schreiben Sie ja dem Minister nicht so einen Brief.

Ing. Franz Geiger: Erstens: Haben Sie bemerkt, dass den Brief **nicht** ich geschrieben habe, sondern Herr Pálffy. Und zweitens ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn ich „Sie“ sage, dann ist das im Plural gedacht (*Ing. Geiger: Ja, okay!*); damit meine ich das master-talk-Konsortium.

Ing. Franz Geiger: Ich kenne keine Antwort auf Ihre Frage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Wenn Sie das nicht wissen, dann wissen Sie etwas ganz Entscheidendes nicht. Dann hat offensichtlich der Bundesminister seinen möglichen Wunsch einer anderen Person gegenüber geäußert. (*Ing. Geiger: Möglich!*)

Ich glaube nicht, dass er mit dem Mag. Pálffy – das war nicht seine Gesprächsebene – darüber gesprochen hat.

Hat er mit dem Generaldirektor Hochleitner darüber gesprochen?

Ing. Franz Geiger: Das kann ich ausschließen, denn der hätte mir das gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer kommt denn noch in Frage, bei dem der Minister erfolgreich einen derartigen Wunsch auf Änderung der Gesellschafterstruktur deponieren kann?

Ing. Franz Geiger: Ich habe leider vom Minister keinen einzigen Wunsch gehört. „Leider“ sage ich deswegen, weil vielleicht ein Wunsch von ihm eine Möglichkeit gewesen wäre, dieses Projekt durchzuziehen. Also ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja ja, vielleicht war der Minister in diesem Projekt auch nicht der „wirkliche“ Minister. Das ist ja eine andere Erklärungsmöglichkeit.

Sagen Sie: Was war Ihre Beziehung zum Kabinettschef Ulmer, weil wir schon dabei sind?

Ing. Franz Geiger: Als ich den Minister gesehen haben, habe ich auch den Herrn Mag. Ulmer kennengelernt. Ich habe, glaube ich, ein oder zwei Gespräche mit ihm extra gehabt über die Situation.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie sonst regelmäßigen Kontakt mit Mag. Ulmer? (*Ing. Geiger: Nein!*) – Waren Sie bei diesem Jagd-Stammtisch eigentlich auch dabei?

Ing. Franz Geiger: Welchen „Jag-Stammtisch“ meinen Sie? – Sie haben schon einmal im Parlament ein falsches Zitat über mich abgegeben, deswegen bitte ich Sie, jetzt präzise zu sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Jagd-Stammtisch, der sich da am Michaelerplatz im Souterrain des Raiffeisenhauses trifft.

Ing. Franz Geiger: Dort bin ich zeitweise, aber ich habe Herrn Mag. Ulmer noch nie getroffen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei diesem Jagd-Stammtisch?

Ing. Franz Geiger: Ich nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber Sie sind Mitglied dieses Jagd-Stammtisches? (*Ing. Geiger: Ja!*) – Ist der Herr Mensdorff-Pouilly auch Mitglied dieses Jagd-Stammtisches? (*Ing. Geiger: Ja!*) – Aha! Und können Sie uns sagen, wer von Telekom Mitglied dieses Jagd-Stammtisches ist?

Ing. Franz Geiger: Der Herr Fischer, der Michael Fischer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Michael Fischer, ja. – Sonst noch irgendwelche Personen, die in diesem Zusammenhang mit unseren Beweisthemen von Relevanz sind?

Ing. Franz Geiger: Nein, nicht dass ich wüsste.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe mich nämlich gefragt: Warum ruft der Siemens-Vorstandsdirektor Geiger den Kabinettschef Ulmer an, wenn er sagt, da stimmt was nicht? Warum den **Kabinettschef**?

Ing. Franz Geiger: Ich hätte lieber den Minister angerufen, aber an den kommt man so schwer ran.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War das für Sie die übliche Adresse, sich an den Kabinettschef zu wenden?

Ing. Franz Geiger: Ich weiß nicht, was üblich bei Ihnen ist, aber ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Weil an und für sich ist es unüblich. Ich kenne die öffentliche Verwaltung relativ gut und das Innenministerium sicherlich besser als etliche andere. Das ist relativ unüblich, dass man sich an den Kabinettschef wendet.

Ing. Franz Geiger: Ich hatte ja wenige Adressen: den Minister und Mitarbeiter des Kabinetts. Das war entweder der Herr Krumpel am Anfang, und dann war es der Herr Gattringer oder der Herr Ulmer. Mehr Adressen hatte ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer war denn im Kabinett der sachlich Zuständige für das Projekt?

Ing. Franz Geiger: Ich glaube, die Tagesarbeit war bei Krumpel und Gattringer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nicht nur die Tagesarbeit, sondern das Projekt TETRON war Verantwortung zuerst von Krumpel (*Ing. Geiger: Und dann von Gattringer!*) – und dann von Gattringer. Ist vollkommen richtig.

Also an wen wendet man sich im Kabinett, wenn es irgendwas im Zusammenhang mit TETRON zu besprechen gibt? Das ist der Punkt, auf den ich versuche draufzukommen.

Ing. Franz Geiger: Der Punkt ist: an einen, der eine Entscheidung herbeiführen kann, und nicht an eine Person, die hilflos einer Frage gegenübersteht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, okay. Und welche Entscheidung wollten Sie?

Sie haben jetzt gerade gesagt, Sie wollten mit einer Person reden, die eine Entscheidung herbeiführen kann.

Ing. Franz Geiger: Im Aktenvermerk haben Sie ja gesehen, dass ich eine Entscheidung wollte, aber im Sinne: ich muss eine Botschaft absetzen bei einer Person, die etwas bewirken kann.

Das Problem war, das Projekt ist mehr als lange gesteckt, der Schaden war groß, der Imageschaden war noch größer. Mein persönlicher Schaden war auch groß, und so habe ich nichts anderes gemacht als einen weiteren Versuch, in irgendeiner Weise einen Faden in die Hand zu bekommen. Und das habe ich halt in einem Telefonat, in dem Fall, wie zitiert, mit Herrn Ulmer, gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und hat Ihnen Herr Mag. Ulmer gesagt, dass er daraufhin eine Anzeige beim BIA erstatten wird? (**Ing. Geiger:** Nein!) – Das hat er ohne Absprache mit Ihnen getan? (**Ing. Geiger:** Ja!) – Okay, keine weiteren Fragen. Danke.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Herr Geiger! Wie intensiv haben Sie sich mit dem Vertragswerk, das diesem Auftrag an das Konsortium master-talk zugrunde gelegen ist, beschäftigt?

Sie haben selber vorher gesagt, es war ein Betreibermodell. (**Ing. Geiger:** Ja!) – Wie kann man das jetzt verstehen?

Ing. Franz Geiger: Ich sage einmal, es wurden Leistungen und Leistungskriterien beschrieben, die zu erfüllen waren. Ich sage einmal die Abdeckung Österreichs in die Täler rein, in die U-Bahn, Hubschrauber, was auch immer hier an klassischen Forderungen technischer Natur definiert wurde, Mengen, Servicegrade für Entstörungen, Verfügbarkeiten, Funk- und Datenübertragung – also ordnerweise. Die habe ich sicher nicht durchgearbeitet.

Was mich in dem Vertragswerk beschäftigt hat oder wo ich mitgewirkt habe, war die Gestaltung der kommerziellen Seite.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Im Speziellen geht es ja darum – und das dürfte eine der Meinungsverschiedenheiten gewesen sein, an denen das gescheitert ist –: Wer war verantwortlich dafür, zusätzliche Nutzer da zu akquirieren oder aufzutreiben?

Ing. Franz Geiger: Ja, die Verantwortlichkeit ... Ich glaube, am Anfang des Projekts ... Deswegen ist zum Beispiel das BMI mit uns, mit mir in dem Fall, gemeinsam aufgetreten bei der Landeshauptleutekonferenz. Ich glaube, das war 2002. Salzburg war damals auf jeden Fall im Lead. Also das wurde schon als gemeinsame Aufgabe gesehen.

Master-talk selbst hatte in ihrem Plan, auch eine kleine Vertriebseinheit zu haben, um eben dann Verträge abzuschließen und so weiter. Also es war per se schon die Aufgabe auch der master-talk. Aber es war immer klar, deswegen auch die Angebotsgestaltung in der Form: Wenn es so passiert, wie es leider passiert ist, dass man sagt: Alles, nur nicht das, was das Bundesministerium für Inneres will!, dann können wir akquirieren, was immer wir wollen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): In die Richtung geht es ja. Gab es eine Garantie des BMI über die eigenen Nutzer, nämlich die Exekutive jetzt im weitesten Sinn, hinaus, dass zusätzliche Nutzer hier gewonnen werden, oder war das eine Sache des Konsortiums?

Ing. Franz Geiger: Nein, das BMI hat keine Garantie abgegeben, sondern die Verpflichtung, wenn keine Nutzer reinkommen, dass sie den Deckel zahlen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Diese Verpflichtung war Ihrer Meinung nach sehr wohl vorhanden?

Ing. Franz Geiger: Das war verankert im Vertrag, ja.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Aber wo das genau gestanden ist oder wie das formuliert war, können Sie nicht mehr sagen? Weil in der Ausschreibung liest man das anders, aber ich habe es ...

Ing. Franz Geiger: In der Ausschreibung, das mag sein. Aber unser Angebot in diesem PPP-Modell, wenn Sie es so bezeichnen, war eindeutig, dass es eine Mindestbetragsabsicherung gibt, und da gab es Staffeln, wie der einzelne User sich verringert durch die Zunahme der Gesamtteilnehmerzahlen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sie haben das ja selber geschildert: Es kam dann eben zu der Behauptung, dass es technisch nicht funktioniert, schon in dieser Phase Null, in den ersten Versuchsregionen. Und Sie haben da vorher von einer Messfahrt berichtet, die Sie mit dem Notar gemacht haben, haben aber dann nicht mehr dazugesagt, was das Ergebnis dieser Messfahrt war.

Ing. Franz Geiger: Das Ergebnis war zumindest so, dass jeder technisch Verständige sehen konnte, dass hier Funktion da ist, dass es funktioniert.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Aber interessanterweise die Rückmeldung der Mitarbeiter des Innenministeriums war eine andere, nämlich dass hier teilweise mitgehört werden konnte – das war in Tirol so, in Korneuburg und Gänserndorf –, dass man selbst im unmittelbaren Umfeld keine Verbindung hatte oder diese abgerissen ist. Das war die Rückmeldung, die wir aus den Akten kennen. Ihre Wahrnehmung ist eine andere?

Ing. Franz Geiger: Meine Wahrnehmung ist: In der Phase kann man fast alles darstellen. Ist so.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wenn es zu diesen Schwierigkeiten, die Sie selber geschildert haben, kommt und master-talk eigentlich ... – So haben wir das zumindest von Herrn Tengg gehört, und ich habe das heute bei Ihnen auch so verstanden: Man war vonseiten des Konsortiums überzeugt, dass man die Leistung erbringen kann. – Ist das so? (*Ing. Geiger: Ja, klar!*) – Warum kommt es dann zu einer Kündigung des Vertrages? Denn wenn man der Meinung ist, der Vertragspartner spielt nicht mit, erbringt seine Leistung nicht oder kommt seinen Mitwirkungspflichten nicht nach, dann ist es ja schon taktisch unklug, dass man selber kündigt und nicht einfach sagt: Ich bin ohnehin leistungsbereit. Wieso ist der Vertrag aufgelöst worden seitens des Konsortiums, obwohl man der Meinung war, man kann diese Leistung erbringen, so wie sie vereinbart war?

Ing. Franz Geiger: Das würde nur für den Fall stimmen, dass man das Haus hingestellt hat und sagt: Du kannst da eh reingehen. Das war ein Projekt, das über vier oder dreieinhalb Jahre Aufbuarbeit dann noch vor sich hatte, und wir hätten zu dem Zeitpunkt wahrscheinlich 400 bis 500 Millionen investiert gehabt und hätten dann begonnen, darüber zu diskutieren, ob die Mitwirkungspflicht zwei Jahre vorher richtig war, ob die Hubschrauberabdeckung auf 100 Kilometer Höhe oder nur auf 50 Kilometer Höhe ist, und so weiter.

Also die Sache war ganz klar. Der Wille, die Aussagen der Mitarbeiter waren so, dass es unverantwortlich gewesen wäre, 400, 500 Millionen auszugeben und dann der Willkür dieser Menschen ausgeliefert zu sein. Man hat ja dann gesehen, wie es

nachher gegangen ist, mit der Klage, nicht einmal der Vertrag sei rechtsgültig; das muss einem ja erst einmal einfallen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das heißt, das war aus Ihrer Sicht eigentlich die beste Lösung für das Konsortium unter diesen Voraussetzungen, den Vertrag aufzulösen und nicht noch mehr Geld zu investieren?

Ing. Franz Geiger: Genau! Aufzulösen, zu kündigen und zu sagen: Wir sind bereit, über Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ein Ende mit Schrecken statt ein Schrecken ohne Ende. Kann man es so sagen? (*Ing. Geiger: So ist es, ja!*)

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Herr Ing. Geiger, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement gesagt, es war eine Lose-lose-Haltung aufgrund der politischen Umstände, weil offensichtlich niemand jemand anderem etwas vergönnt hat. Können Sie das vielleicht ein bisschen näher ausführen, ein bisschen präzisieren?

Ing. Franz Geiger: Ich könnte es pointiert sagen. Ich habe in einigen Gesprächen mit Politikern, die ich jetzt nicht zitieren will ... – Aber da war die Aussage: Wenn Ernsti ein Netz haben will, dann soll er sich eines kaufen, bauen und finanzieren! Ich war bei Verantwortlichen, die auch in der Politik sind, die vor der Entscheidung standen, ein Netz aufzubauen, Stichwort: Rotes Kreuz in Kärnten, die haben gesagt: Niemals, ich bau mir mein eigenes Netz! Wozu soll ich da hineingehen?

So ein Netz reflektiert ja auch Machtansprüche. Es muss irgendeiner das Sagen in einem Netz haben. Und ist das dann die Wiener Feuerwehr? Ist das die Polizei, das Innenministerium et cetera? Da geht es um viel mehr als um die reine Funktion, dass einer mit dem anderen reden kann. Und auf der Ebene war für mich überhaupt keine Bereitschaft zu erkennen, dass in Österreich das, was man gesagt hat: Wir brauchen so ein Netz, das nicht wie in Galtür oder beim Salzburger Hochwasser ... – Alles bricht zusammen, wir können nicht mehr, wir brauchen so ein Netz! Und dann ist das vorbei, nach sechs oder zwölf Monaten sagt man dann: Der soll tun, was er will! Und wir machen, was wir wollen!

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Wenn ich Sie richtig interpretiere, dann meinen Sie, dass ADONIS eigentlich gescheitert ist an den unterschiedlichen Machtbestrebungen beziehungsweise Interessen vom BMI und einzelnen Blaulichtorganisationen auf Landesebene.

Ing. Franz Geiger: Das ist ein wesentlicher Punkt. Der zweite ist, dass man blauäugig budgetiert. Also wenn man einen Businessplan und einen Vertrag kennt und dann etwas ins Budget nimmt, was sozusagen ein hohes Risiko ist, und der Finanzminister würde dann nichts mehr dazugeben, dann ist das der zweite Grund. Also das sind meine zwei Themen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Diesen zweiten Punkt wollte ich auch gerade ansprechen, weil der Geschäftsführer von ADONIS, Herr Ing. Tengg, ähnlich argumentiert hat. Er hat gemeint, dass das Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, weil seitens des BMI hier – ich sage es einmal salopp – zu blauäugig budgetiert wurde, und dass man einen Grund gesucht hat, um aus diesem Vertrag herauszukommen, ohne dass der Minister das Gesicht verliert. – Teilen Sie diese Meinung?

Ing. Franz Geiger: Ja, die teile ich voll.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ich nehme an, Sie kennen den Herrn Martin. (*Ing. Geiger: Ja!*) – Ist es richtig, dass er bei der Firma Siemens im Rahmen des ADONIS-Projektes beschäftigt war?

Ing. Franz Geiger: Nein, das glaube ich nicht. Also ich wüsste das nicht. Nein.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Das heißtt, Sie wissen es nicht, oder, Herr Martin war nicht bei Siemens beschäftigt?

Ing. Franz Geiger: Ich habe keine Kenntnis, dass er bei Siemens beschäftigt war – und schon gar nicht fürs Projekt.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Herr Martin muss aber im Rahmen des ADONIS-Projektes sehr umtriebig gewesen sein, weil er wohl versucht hat, die Motorola-Interessen zusammenzuführen mit den Interessen von Siemens. – Haben Sie diesbezüglich eine Wahrnehmung?

Ing. Franz Geiger: Wir haben überhaupt kein Interesse gehabt, eigentlich auch gar keine Möglichkeit am Ende des Tages gehabt, Motorola als Technologielieferanten hereinzuholen. Das hat der Herr Martin versucht auszuhorchen, ob wir dazu bereit wären. Aber ich glaube, er hat sehr schnell festgestellt, dass wir das nicht sind.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Der Herr Martin hat auch eine Aussage getätig, wonach Ihr Kollege Hochleitner in einer Besprechung gesagt haben soll, und zwar geht es da um die Umsetzung des Projektes und die positive Betrachtung diesbezüglich – ich darf zitieren –:

Da kommen dann die Jagd-Grünen –

gemeint ist offensichtlich der Jägerzirkel –,

die dann dem BMI schon sagen werden, was sie zu tun haben.

Ing. Franz Geiger: Der Hochleitner hätte das gesagt? (*Abg. Herbert: Sagt Martin!*) – Das ist absurd. Der Hochleitner und die Jagd haben gar nichts gemeinsam. Also ich wüsste nicht, warum Hochleitner so eine Bemerkung hätte machen sollen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Also Sie kennen diese Aussage nicht?

Ing. Franz Geiger: Nein. Und ich bin sehr eng befreundet mit Hochleitner.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Und Sie können diese Aussage auch nicht verifizieren?

Ing. Franz Geiger: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Nun ist es aber schon so, dass Ihr Kollege Hochleitner mit dem Raiffeisen-General Konrad doch einen engen Kontakt hat. (*Ing. Geiger: Sicher, ja!*) – Es gibt nämlich Aussagen von Ing. Tengg, dass es einige Treffen zwischen Hochleitner, dem Raiffeisen-General Konrad und auch Vertretern des BMI wie auch dem Minister selbst gab, gerade in dieser heiklen Phase, als es darum ging, das Projekt ADONIS am Leben zu erhalten, um es salopp auszudrücken.

Wissen Sie von diesen Treffen?

Ing. Franz Geiger: Ich weiß, dass auf höchster Ebene solche Treffen versucht wurden beziehungsweise, ich glaube, ein solches Treffen auch stattgefunden hat. Aber alles ohne jegliches Ergebnis.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Das heißtt, diese Treffen haben sich auf das ADONIS-Projekt nicht lebensverlängernd ausgewirkt?

Ing. Franz Geiger: Nein. Raiffeisen war mit einem hohen Risiko genauso mit in dem Projekt. Somit hat halt einmal nicht master-talk oder der Vorstand, sondern haben die höchsten Vertreter des Konsortiums – oder zumindes zwei davon, wenn es dieses Treffen war – einfach versucht, zu retten, was zu retten ist.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Zu retten, was zu retten ist – ein guter Ansatz. Einer, der es wissen muss, hat mir eine interessante Geschichte erzählt: Als diese Schiedsgerichtsverhandlungen ins Stocken geraten sind, hätte sich der Raiffeisen-General Konrad höchstpersönlich um einen Vergleich bemüht, gemeinsam mit der damaligen Innenministerin Liese Prokop, und sei maßgeblich daran beteiligt gewesen, dass dieser 30- oder 29,9-Millionen-Vergleich dann tatsächlich zustande gekommen ist.

Ing. Franz Geiger: Könnte sein, ja. Also ich meine, jeder, ob Haider vom Verbund, ob Skyba, glaube ich, damals, von den Stadtwerken, ob Konrad oder Hochleitner, jeder versuchte, den großen Schaden, der da drohend war, auf der einen Seite zu verhindern. Auf der anderen Seite hat keiner dieser beteiligten Herren Lust gehabt, mit der Republik Österreich in einem Prozess zu stehen. Das ist halt auch nicht das Angenehmste, wenn man auf der anderen Seite auch wieder vielfach Aufträge von der Republik haben will. Also das ist eine schwierige Situation. Daher gab es sicherlich Versuche, hier eine Lösung herbeizuführen, und der Vergleich ist ja letztendlich dann auch ausverhandelt worden.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Das ist schon nachvollziehbar. Aber die Geschichte geht dann noch ein bisschen weiter. Angeblich hat Generaldirektor Konrad für seine Dienste verlangt, dass das Konsortium master-talk 1 Million € zu Gunsten „Rettet den Stephansdom“ spendet.

Ing. Franz Geiger: Das weiß ich nicht. Dazu kann ich nichts sagen. Ich weiß es wirklich nicht. Das kann ich nicht sagen. Ich kann es mir zwar nicht vorstellen, weil da müssten wieder die ganzen Konsortialmitglieder einverstanden gewesen sein, aber ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Angeblich soll dieses Einverständnis auch vorgeherrscht haben.

Ing. Franz Geiger: Ja, wenn es vorgeherrscht hat, dann ist wenigstens ein Teil dieses Vergleichs nicht nur der Schadensminimierung, sondern auch einem guten Zweck zugeflossen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Es finden sich alle Shareholders von master-talk auf der Spenderliste der Homepage von „Rettet den Stephansdom“.

Ing. Franz Geiger: Vorher Mariazell.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Aber ich denke, wie Sie richtig sagen, geschadet hat das sicher nicht, es ist wenigstens einem guten Zweck zugeflossen. – Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Herr Ing. Geiger, welche Rolle spielte die Myrrha GmbH beim master-talk-Konsortium? (*Ing. Geiger: Wer bitte?*) – Die Myrrha. (*Ing. Geiger: Sagt mir gar nichts!*) – Ein Tochterunternehmen der Volksbanken AG.

Ing. Franz Geiger: Ich glaube, die Volksbanken sollten einmal mit ... – Ich weiß nicht, ob es die Volksbanken waren, aber es war noch eine Bank, die im Plan war, ins Konsortium einzusteigen. Aber ich weiß jetzt gar nicht, welche. Das war in der kritischen Phase, wo seitens des BMI ... – Die mussten ja da zustimmen. Wir hätten einen Mitfinancier gerne an Bord gehabt. Das hat sich dann hingezogen und hat dann am Ende des Tages nicht geklappt. Das könnten die Volksbanken gewesen sein, wenn das mit einer Tochter war. Aber mir sagt der Name gar nichts.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Sie haben da kurz erwähnt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass das Bundesministerium dagegen war. – Warum?

Ing. Franz Geiger: Die mussten dafür sein, aber ich weiß nicht, ob die am Ende unterschrieben haben. Letztendlich war aber schon die Phase, dass gewisse Öffentlichkeit da war, dass es Probleme im Projekt gibt, was natürlich einen Financier abschreckt. Auf jeden Fall sind die dann nicht mehr eingestiegen. – Was auch gut war am Ende des Tages, weil in den Zores dann noch einen neuen Shareholder zu haben, das wäre problematisch gewesen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Gab es Probleme bei dem Projekt in der Anfangsphase schon mit der Finanzierung, oder war das gesichert?

Ing. Franz Geiger: Nein. Es gab überhaupt kein Problem mit der Finanzierung, weil der Business-Plan gestanden ist und die vier Unternehmen genau wussten, was auf sie zukommt, mit allen Unsicherheiten, die in so einem Business-Plan stecken, dass sie so groß sind. Wenn wir es weitergetrieben hätten, wäre das wahrscheinlich eher ein Desaster geworden.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Die Phase Null: Wie lange hätte die gedauert, und welche Projekte würden da umgesetzt werden?

Ing. Franz Geiger: Die Phase Null war, glaube ich, zu erreichen nach knapp einem Jahr und war sozusagen dazu da, alle Schwächen zu sehen und dann das Fein-Tuning, die Feinauslegung zu machen, sowohl hardwaretechnisch als auch softwaretechnisch, damit man ja weiß, wie man dann die Abdeckungen erreicht mit dieser Technologie auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, dass man Erfahrung sammelt: Wie funktioniert die Zusammenschaltung des Netzes etc.?

Also das war eine gemeinsame wichtige Phase, die Erfahrungen zu sammeln, um dann für den Roll-out, wenn Sie so wollen, noch die notwendigen Adaptierungen machen zu können, bevor man dann in die Breite geht.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Wer hat von master-talk unterschrieben für die Auflösung des Vertrages?

Ing. Franz Geiger: Die Geschäftsführung hat die Kündigung abgegeben, und ich glaube dass der Herr Tengg damals Geschäftsführer war. Also wird er das unterschrieben haben.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): In Absprache mit den Beteiligten?

Ing. Franz Geiger: Da war ein Konsortialbeschluss notwendig, ja.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Betreffend den Vergleich, der abgeschlossen worden ist: Wie ist die prozentmäßige Aufteilung gewesen die 30 Millionen betreffend?

Ing. Franz Geiger: Ich kann Ihnen leider nicht mehr sagen ... – Ich weiß, dass der Verbund die kleinste Share hatte. Ich glaube, die haben nur 10 Prozent gehabt. Aber ich kann Ihnen die Aufteilung nicht mehr sagen. Die anderen drei: Es kann sein, dass vielleicht 40 Siemens und dann Raiffeisen, Stadtwerke gleich und Verbund der kleinste. Aber ich kann es Ihnen leider nicht mehr genau sagen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Also die Firma Siemens hätte zirka 40 Prozent so ungefähr bekommen?

Ing. Franz Geiger: Ich glaube, ja. Aber tut mir leid, ich weiß es nicht mehr und habe keinen Zugriff auf die ...

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Ich frage nach, weil es ein Pressemitteilung vom 13.3.2008 gibt, wo da von **310 Millionen Pleite** gesprochen worden ist. – Ist das vorstellbar? (**Ing. Geiger:** Was 310 Millionen?) 310 Millionen Pleite-Projekt ADONIS.

Ing. Franz Geiger: Ich weiß nicht, wie man auf ...

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Weiß ich nicht. Sie sind ja da noch Geschäftsführer gewesen beziehungsweise Vorstand.

Ing. Franz Geiger: Die Pressemitteilung kenne ich nicht einmal und habe sie auch nicht rausgegeben, also weiß ich nicht; was da drinsteht. Also 300 Millionen alleine wäre ungefähr die Hardware-Investition gewesen des Netzwerkes. Aber dann gab es natürlich noch jede Menge andere Investitionen, Endgeräte et cetera. Ich weiß nicht, wie man auf 310 Millionen kommt. Ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Deswegen meine Frage.

Ing. Franz Geiger: Da müssen Sie den fragen, der das rausgegeben hat. Ich weiß es nicht. Tut mir leid, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Betreffend Schiedsklausel: Wie wurde diese erarbeitet? Wurde das von jedem Beteiligten auch verstanden, dass es diese Schiedsklausel gibt oder dass es dann ...? Es wurde ja teilweise dann vom Ministerium sogar in Zweifel gestellt, dass da teilweise auch Leute nicht ermächtigt wurden, sagen wir so, Unterschriften zu leisten.

Ing. Franz Geiger: Das wurde nicht nur in Zweifel gestellt, die haben eine Klage eingebracht und haben juristisch – ich weiß nicht, wie man auf so eine Idee kommt ... – Lesen Sie das Urteil des Gerichts: Das ist eine Schande für einen Juristen der Republik! (*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann weist diese Ausdrucksweise zurück.*)

Entschuldigung! Aber das zeigt den Geist dieses Projektes zu dem Zeitpunkt damals.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Geiger! Wenn ich Ihnen so zuhöre und Ihrem Kollegen Tengg zuhöre, fällt mir beim Begriff **master talk** ein: viel talk, wenig master.

Sie erzählen uns in Permanenz, dass es nur Probleme gegeben hat, nichts funktioniert hat und permanent aneinander vorbeigeredet wurde. Was denken Sie sich eigentlich, wenn es jetzt ein Projekt gibt, das funktioniert, unter gleichen Rahmenbedingungen? Österreich hat sich nicht verändert, die Bundesländer haben sich nicht verändert. In Wien funktioniert die Technologie, in Niederösterreich funktioniert sie. Wir haben 90 000 Benutzer. Einzelne Bundesländer wollen noch nicht nachziehen, werden vielleicht nachziehen.

Sie haben gesagt, besser ein Schrecken mit Ende als ein Schrecken ohne Ende. Warum wollten Sie aus dem Vertrag raus, wenn Sie ursprünglich ein Musterprojekt auf europäischer Ebene umsetzen wollten, und jetzt gibt es leider – oder Gott sei Dank; je nach Betrachtungsweise – eines, das mit anderen umgesetzt wurde. Da hat man ja so den Eindruck, dass das nicht alles professionell war.

Sie wurden gefragt: Wer war zuständig, dafür zu sorgen, dass in dieses Konzept zum Beispiel die Rettungsorganisationen, die Institutionen und Feuerwehren integriert wurden und andere Einrichtungen, um das System funktionsfähig zu machen? Wer war laut Vertrag ganz konkret zuständig? Ich nehme ja nicht an, dass das Ministerium dafür zuständig war außerhalb des eigenen Verantwortungsbereichs, nämlich der Exekutive, sich um diejenigen, die mit kommunizieren sollten, zu kümmern. Was steht klar im Vertrag drinnen: Wer war für diese Gruppe zuständig.

Ing. Franz Geiger: Im Vertrag steht klar, dass, wenn es kein anderes Teilnehmerfeld gibt, das BMI die Deckel zu zahlen hat. Was sagt das? – Es sagt, dass beide Seiten hier, die einen mehr für die private Seite ... – Master-talk war eigentlich aufgefordert, die privaten User, die so ein Sicherheitsnetz brauchen, zu akquirieren, und es war

unsere Hoffnung, und Hoffnung des BMI genauso, dass hier eine Einigkeit herstellbar ist zwischen Land und dem Bund.

Ich bin völlig überrascht, dass Sie heute behaupten, dass das Projekt so umgesetzt wurde, wie es damals geplant war. Da kennen Sie überhaupt nicht den Vertrag, wie er ausgelegt war. Sie kennen nicht das PPP-Modell. Es ist **meilenweit** davon entfernt, so zu sein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Faktum ist, dass die Technologie funktioniert. Faktum ist, dass es Funkgeräte im Digitalsystem in Niederösterreich und in Wien gibt. Faktum ist, dass diese Technologie in Klagenfurt eingesetzt ist. Faktum ist, dass sie in der Stadt Salzburg eingesetzt wird. Und die Frage ist, ob einzelne Bundesländer noch nachziehen oder nicht. Sie können ja nicht das in Zweifel ziehen, was mir Rettungsorganisationen sagen, was mir Polizeibeamte sagen: dass diese Technik funktioniert. Bei Ihnen hat es leider **nicht** funktioniert.

Und mit dieser Meinung bin ich ja nicht alleine. Es hat ja hier im Ausschuss eine Auskunftsperson klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Herr Tengg quasi als Liquidator eingesetzt wurde, um so dieses Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende zu bewirken.

Ing. Franz Geiger: Es sind zehn Jahre vergangen. Nach zehn Jahren gibt es Bereiche, die funktionieren – nona! Ich meine, ein Funknetz aufzubauen, ist doch überhaupt kein Problem. Und in Zweifel zu stellen, dass Siemens das Funknetz nicht aufbauen hätte können, das finde ich lächerlich. Es lag an ganz anderen Themen. Aber es ist eh egal, weil das vergossene Milch ist, aber es tut mir in der Seele weh, wenn Sie uns hinstellen, als wären wir hilflos gewesen und keine master-talker. – Erstens.

Zweitens: Es ist so, dass in den letzten zehn Jahren dieses Netz nicht den Stand erreicht hat, den es 2005 oder 2006 schon haben sollen. Und jetzt ist es 2012. Wenn man auch funken kann – bravo! Gott sei Dank!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie können mir glauben, ich kenne die Technologie, weil ich sie in diesem Zusammenhang als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr selbst zum Einsatz bringe und mich in diesem Bereich durchaus auskenne.

Ing. Franz Geiger: Ich glaube es Ihnen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich denke nicht, dass Siemens technologisch nicht imstande gewesen wäre, das umzusetzen. Ich habe eher den Eindruck, dass man betriebswirtschaftlich fehlkalkuliert hat. Und Sie haben selbst wortwörtlich gesagt, am Ende des Tages wäre es teurer gekommen. Und genau dort ist der Punkt: Es wollten beide Seiten aufgrund von Fehleinschätzungen aus dem Vertrag raus. Das ist der Punkt. Sie hätten wesentlich mehr Geld gebraucht, weil es technologisch aufwendiger war, als Sie es vermutlich ursprünglich eingeschätzt haben.

Ing. Franz Geiger: Sie legen mir da etwas in den Mund. Das stimmt überhaupt nicht! Ich habe gesagt, wenn man so weitergemacht **hätte**, dann hätte dieses Projekt bei dem Lösungswillen, der auf der anderen Seite nicht vorhanden wäre, natürlich auch ein finanzielles Problem werden können. Das ist klar. Aber erstens einmal haben wir budgetiert, zweitens einmal hätten wir unser Budget eingehalten, wie wir das in vielen anderen Projekten auch machen, aber drittens braucht so ein Projekt den Lösungswillen von allen Seiten. Und den gab es nicht.

Das ist die Ursache – und nicht, ob die Technik nach neun Monaten perfekt funktioniert oder nicht. Das müssten Sie, wenn Sie sich mit dem Thema auseinandersetzen, auch wissen: Wenn man so ein Netz aufbaut, dann wird es funktionieren – dann kracht es

vielleicht noch einmal links oder rechts, dann muss nachjustiert werden, dann muss eine Software nachgestellt werden etc. Das ist doch alles ein ganz normaler Ablauf!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ja, und warum haben Sie es dann nicht zuwege gebracht?

Ing. Franz Geiger: Weil auf der Visavis-Seite klar war, dass uns die Visavis-Seite ausbluten wird und ich nicht 400, 500 Millionen für ein Konsortium ausgebe und dann feststelle, dass man ähnlich, wie man das dann mit dieser Klage gemacht hat, ob ein Vertrag gültig ist oder nicht, sagt, da steht beim zwanzigsten Ordner auf irgendeiner Seite eine Funktion, und die habt ihr jetzt nicht, und deswegen zahlen wir nicht. So kann man so ein Projekt nicht machen!

Das ist ja das Problem, dass Projektleiter am Werk sind und dass Systeme da sind, die so etwas in Wirklichkeit als PPP-Modell, als klassisches, wahrscheinlich sehr schwermachen umzusetzen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da keine weiteren Zusatzfragen vorliegen, der Auskunftsperson **Ing. Geiger** und verabschiedet diese.

16.11

Obfrau Dr. Gabriela Moser ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Auf Wunsch der nächsten Auskunftsperson Dr. Ulmer entfällt der Kamerataschenk.)

16.12

Auskunftsperson Mag. Dr. Christoph Ulmer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Mag. Dr. Christoph Ulmer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter wieder darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Ulmer, danke für Ihr Erscheinen und auch für Ihre Geduld beim Warten!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Christoph Ulmer**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Dr. Ulmer, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt und Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Herr Dr. Ulmer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie sind wieder in Begleitung einer **Vertrauensperson**. Also darf ich nun auch die Vertrauensperson um Ihre Personaldaten ersuchen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Matthias Öhler**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Öhler als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Nun noch einmal die Belehrung, die Sie wahrscheinlich schon aus der ersten Befragung kennen. Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweissausage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben und anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Sie können auch erst dann die Auskunftsperson beraten, wenn sich diese an Sie gewendet hat. Bitte nicht von sich aus mit Beratungen der Auskunftspersonen beginnen.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung und zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Ulmer, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer maximal zehnminütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss zu präsentieren? (*Die Auskunftsperson nickt. – Die Obfrau erteilt Dr. Ulmer das Wort.*)

Auskunftsperson Mag. Dr. Christoph Ulmer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das möchte ich eigentlich nicht, sondern ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich nicht mehr öffentlich Bediensteter bin.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Mir liegt nur diese Anmerkung vor. Mich hat es ohnehin gewundert, aber ich lese halt brav das vor, was ich da amtlicherseits bekommen habe. – Damit ist das zu **korrigieren**.

Erste Fragestellerin: Frau Abgeordnete Lapp. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Tag, Herr Dr. Ulmer! Entschuldigen Sie bitte, dass es länger gedauert hat.

Sie sagen heute in einem Interview mit dem „Standard“: „Ich fühle mich ein wenig machtlos.“

Auch in dem Ausschuss sind wir immer wieder mit Situationen konfrontiert, dass wir manche Auskunftspersonen länger befragen müssen, als wir uns das vorgenommen haben. Meine Frage: Ist das „Standard“-Interview von Ihnen autorisiert?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Grüß Gott, Frau Abgeordnete! Ja, das ist von mir autorisiert.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Danke schön. Dann möchte ich mich da auf eine Aussage berufen, wo Sie sagen, dass Sie 2003 nicht mehr im Kabinett sein wollten und auf eigenen Wunsch hin ausgeschieden sind – und weil es eben eine Regierungsinitiative gegeben hat.

Da möchte ich fragen: Sie haben das letzte Mal, als Sie bei uns waren, ausgesagt, dass Sie am 17. Mai 2004, als Sie zu einem Treffen mit Motorola in London kamen, nicht mehr im Kabinett waren.

Ihre Aussage war damals, am 5. Juni, auf Seite 41 des Stenographischen Protokolls: „Es ist richtig, dass ich am 17. Mai 2004 nicht mehr Mitglied des Kabinetts war.“

Können Sie also bestätigen, dass Sie zu dem Zeitpunkt, als Sie mit Motorola und EADS in London verhandelt haben, nicht mehr im Kabinett des Innenministers waren?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, es ist richtig, dass ich erinnerlich Ende 2003 den Wunsch geäußert habe, das Kabinett zu verlassen und auch das Innenministerium zu verlassen. Das habe ich dem damaligen Bundesminister Strasser mitgeteilt. Ich habe dann tatsächlich das Innenministerium ... – Mein letzter Arbeitstag war nach meiner Erinnerung, Ende Jänner, der 30. oder 31. Jänner 2004. Ich habe danach meinen Erholungsurlaub aufgebraucht, war auch faktisch nicht mehr im Kabinett tätig und wurde dann, nachdem mein Erholungsurlaub aufgebraucht war, vom Innenministerium karenziert.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt also, als Sie auch am 28. Mai mit dem Innenministerium einen Beratervertrag abgeschlossen haben, waren Sie bereits ausgeschieden aus dem Innenministerium, beziehungsweise als Beamter karenziert?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also ich kann Ihnen jetzt das genaue Datum, wann mein Erholungsurlaub geendet hat und wann die Karenzierung begonnen hat, nicht mehr sagen. Wie gesagt, faktisch war mein letzter Arbeitstag der 30. Juni, das wurde im Innenministerium damals auch entsprechend bekanntgegeben, allen Führungskräften und Mitarbeitern, dass es da zu einem Wechsel kommt. Wann jetzt genau der Zeitpunkt war, dass mein Erholungsurlaub aus war und die Karenz begonnen hat, beziehungsweise damit auch das Dienstverhältnis beendet war, das weiß ich nicht mehr. Das wird irgendwann im April oder im Mai gewesen sein. Das genaue Datum weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich frage deswegen so genau nach, weil ich das Gefühl habe, dass Sie das letzte Mal so etwas wie eine Falschaussage getätigt haben. Deswegen frage ich konkret nach, denn es liegen uns Unterlagen vor, Ihr Dienstzeugnis und die Arbeitsbestätigung, dass Sie bis Ende Mai 2004 im Dienste der Republik Österreich waren, und deswegen meine konkreten Nachfragen.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, es war, wie gesagt, so, wie ich es gesagt habe. Ich habe faktisch meinen letzten Arbeitstag am 30. Jänner gehabt, das ist auch im Innenministerium dokumentiert, mit Anfang Februar. Ich habe mir im Übrigen in einem anderen Zusammenhang auch eine Bestätigung vom Innenministerium vor einigen Monaten geholt, wo mir das auch schriftlich noch einmal bestätigt wurde, dass mein letzter Arbeitstag, wo ich das Amt des Kabinettschefs dort ausgeübt habe, ich glaube, der 30. oder 31. Jänner war. Und danach habe ich meinen Erholungsurlaub aufgebraucht.

Jetzt kann schon sein, dass in einem Dienstzeugnis der Erholungsurlaub mitgerechnet wird in der Dienstzeit, das kann ich jetzt nicht ausschließen. Wie gesagt, wann genau der Erholungsurlaub aufgebraucht war, kann ich aus der Erinnerung nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wissen Sie, Sie sprechen da immer von Erholungsurlaub, ein Urlaub gehört auch zum Dienstverhältnis, ja. Deswegen da meine Nachfrage, weil ich es schon sehr interessant finde, dass Sie als Mitglied des Innenministeriums, als Mitarbeiter, am 17. Mai und am 24. Mai mit einem Werkvertrag ausgestattet Gespräche mit etwaigen BieterInnen führen. Aber ich merke, Sie können sich nicht mehr genau erinnern, wie das damals war, und Ihr Erholungsurlaub war wahrscheinlich so intensiv, dass Sie da mit dem Innenministerium keinen Kontakt mehr haben wollten, oder, weil Sie den Erholungsurlaub nicht zu Ihrem Dienstverhältnis dazurechnen. Sehe ich das richtig, dass Sie das nicht machen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete, ich versteh' jetzt Ihre Frage nicht ganz.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich will es konkretisieren, warum Sie hier sagen, dass Sie bis Ende 2003 oder Jänner 2004 im Innenministerium tätig waren und danach nichts mehr damit zu tun hatten, obwohl uns vorliegt, dass Sie bis zum 1. Juni 2004 in einem Beschäftigungsverhältnis mit dem Innenministerium waren. Sie hatten hier das letzte Mal ausgesagt, dass Sie am 17. Mai bereits mit Werkvertrag unterwegs waren. Deswegen möchte ich Ihrer Erinnerung nachhelfen, aber das ist mir jetzt wahrscheinlich nicht möglich.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, noch einmal: Ich habe ja das letzte Mal auch ausgeführt, dass mich der Bundesminister Strasser bei meinem Ausscheiden dann darum gebeten hat, beratend für das Digitalfunkprojekt zur Verfügung zu stehen und dass ich das auch getan habe.

Das ändert ja nichts an der Frage, wann mein letzter tatsächlicher Arbeitstag im Kabinett war, in meiner Funktion als Kabinettschef. Das war, wie gesagt, Ende Jänner, und danach habe ich Urlaub gehabt und gleichzeitig hat mich der damalige Minister gebeten, für dieses Projekt beratend zur Verfügung zu stehen. Das habe ich, ich kann mich jetzt an die Tage nicht genau erinnern, wann ich dann womit begonnen habe, das ist acht Jahre her, aber irgendwann, erinnerlich im Mai, habe ich damit begonnen.

(*Die Vertrauensperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Da Sie einen schriftlichen Hinweis haben, wird gebeten, dass Sie den allenfalls vorlegen, damit man das kontrollieren und beantworten kann.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wir legen Ihnen das gerne vor.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ich wollte jetzt mit dem Thema aufhören, aber ich denke mir, es ist ein Unterschied, wenn man in einem Beschäftigungsverhältnis ist. Und es ist auch in einer Anfragebeantwortung vonseiten des Innenministeriums bekanntgegeben worden, dass Sie bis zum 1. Juni 2004 im Innenministerium, im Stand des Innenministeriums waren, im Sold. Und gleichzeitig hatten Sie einen Werkvertrag, und diese, meiner Meinung nach, Unvereinbarkeit wollte ich herausarbeiten. Vielleicht hat Ihnen jetzt die Unterlage geholfen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, eine Unvereinbarkeit zwischen einem Werkvertrag und meiner Karenzierung oder auch Urlaubstätigkeit, nehme ich an, hat nicht bestanden, sonst hätte das Innenministerium einen solchen Werkvertrag ja nicht ausgestellt.

Ich sehe auch keinen Widerspruch zu dem, was ich gesagt habe. Wie schon gesagt, es ist leicht möglich oder offensichtlich so, dass bei einem Dienstzeugnis der Erholungsurlaub in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Ich habe Ihnen gesagt, wie es faktisch war und wie es auch dem Ministerium gegenüber kommuniziert wurde.

Es gab am, soweit ich mich erinnere, am 30. Jänner ein Schreiben an alle Sektionschefs, an alle Gruppen- und Abteilungsleiter, an den Behördenleiter, dass eben das mein letzter Arbeitstag ist, dass mit dem Folgetag mein Nachfolger das Amt übernimmt und dass er eben ab sofort für das Kabinett verantwortlich zeichnet. Ich habe auch, ich glaube, es war im Zuge eines Medienverfahrens vor einem halben, dreiviertel Jahr oder Jahr, ans Innenministerium eine Anfrage gestellt, mit der Bitte um eine Bestätigung, wann mein letzter Arbeitstag faktisch war. Das wurde mir von der Personalabteilung auch bestätigt.

Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das Schreiben, wenn ich es finde, gerne zur Verfügung stellen, wo das auch bestätigt wird, dass mein letzter Arbeitstag, wie gesagt, der 30. oder 31. Jänner 2004 war.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte dann weitergehen im heutigen „Standard“-Interview. Da ist ein Zitat von Ihnen: „Der Rechnungshof sagt auch, dass die Ausschreibung in Ordnung war!“

Ich nehme an, da geht es jetzt um den Rechnungshofbericht und um die zweite Ausschreibung BOS?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: So hätte ich das verstanden, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Jetzt würde mich interessieren, woher Sie Kenntnis haben vom Rechnungshofbericht? (*Dr. Ulmer: Aus den Medien!*) – Die Medienberichte habe ich auch verfolgt zu diesem Rohbericht, und wenn man sich den Rohbericht anschaut, wird dem Innenministerium – es gibt ja auch vom Innenministerium eine Entgegnung auf diesen Rohbericht –, werden sehr viele Mängel dargestellt. Das heißt, Ihre Medienwahrnehmung bezieht sich auf welche Medien?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, das bezieht sich vor allem auch auf die sehr lange und ausführliche APA-OTS-Meldung des Innenministeriums von vergangener Woche, oder ich weiß nicht genau, vor zehn Tagen vielleicht, wo sehr ausführlich auch Stellung bezogen wird, und andere Medienberichte, wo es richtig ist, dass einige Punkte kritisiert wurden.

Aber dass an sich die Ausschreibungskriterien und der Ausschreibungsverlauf oder das Ausschreibungsverfahren korrekt abgelaufen ist, wurde vom Rechnungshof nicht in Zweifel gezogen. Soweit hätte ich auch die Aussagen, soweit ich sie mitverfolgen konnte, die hier vor dem Untersuchungsausschuss getätigt wurden vom zuständigen Rechnungshofbeamten, verstanden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie haben keinen Einblick in Akten gehalten oder in den Rohbericht gehabt?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Frage der Akteneinsicht in Vorbereitung auf meine Aussage hier war ja zuletzt, als ich am 5. Juni hier als Auskunftsperson schon einmal geladen war, Thema. Herr Abgeordneter Pilz hat mich dazu befragt, und ich habe damals die Rechtsauffassung vertreten, dass es nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, wie ich mich auf den Untersuchungsausschuss vorbereite. Ich habe das hier auch ausargumentiert, habe mich danach auch kundig gemacht bei entsprechenden Rechtsexperten, die diese meine Rechtsansicht auch bestätigt haben.

Ich habe aber gleichzeitig feststellen müssen, dass in der medialen Berichterstattung und in Aussagen, die vom Herrn Abgeordneten Pilz vor allem gemacht wurden, dadurch, dass ich gesagt habe, das gehört nicht zum Untersuchungsgegenstand und ich gebe hier keine Auskunft, im Umkehrschluss geschlossen wurde, dass daher möglicherweise dritte Personen irgendwelche strafbaren Handlungen begangen haben könnten – also Geheimnisverrat konkret – und ich mich daran hätte beteiligen können. So ist das in den Medien berichtet worden.

Das ist natürlich eine höchst unerfreuliche Situation, insbesondere für Leute, die da durch den – meiner Ansicht nach völlig unzulässigen – Umkehrschluss in Verdacht geraten sind, Verbotenes getan zu haben. Daher sage ich Ihnen heute, obwohl ich nach wie vor der Meinung bin, dass die Frage meiner Vorbereitung nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört: Nein, ich habe keinen Einblick in die Unterlagen des Untersuchungsausschusses bekommen. Das gilt auch für den

Rechnungshofbericht – und zwar gilt das sowohl für die Vorbereitung für die heutige Sitzung als auch für die Befragung vor dem Untersuchungsausschuss am 5. Juni.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Ihr Zitat in dem heutigen „Standard“-Interview: „Ich bin überzeugt, wenn man sich alle Unterlagen gesamt ansieht, die dem Ausschuss vorliegen, gibt es keinen gerechtfertigten Hinweis, mich so zu beschuldigen.“, sehen Sie unter der gleichen Devise, denn ich habe irgendwie das Gefühl, Sie haben mehr Einblick in alle Unterlagen als wir alle, und dann wird irgendwann auftauchen, dass Sie keine zentrale Person bei diesen Vergaben sind, sondern dass Sie wie Phönix aus der Asche steigen? So empfinden Sie sich wahrscheinlich?!

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also was Sie mit „Phönix aus der Asche“ meinen, Frau Abgeordnete, das weiß ich jetzt nicht. Aber ich bin überzeugt davon, dass dieses Verfahren korrekt abgelaufen ist, und ich weiß, was ich selber dazu beigetragen habe. Und deshalb bin ich einfach überzeugt davon, wenn man sich die Fakten genau ansieht und die Akten studiert, dass man zu diesem Ergebnis kommen muss. Das ist meine feste Überzeugung, und aus dieser Überzeugung heraus habe ich auf die entsprechende Frage des „Standard“ auch geantwortet.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben jetzt gerade gesagt, wenn man sich die Fakten anschaut und die Akten studiert, da hätte ich jetzt gerne wieder nachgefragt, aber wahrscheinlich wird das dann einer der anderen Kollegen übernehmen. Und vor allem will ich Ihnen ja auch nicht Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention antun, also möchte ich gerne zum nächsten Thema kommen.

Und zwar hatten Sie am 17. Mai Gespräche mit zwei Bietern, nämlich Motorola/Alcatel und EADS, am 17. Mai 2004. Stimmt das?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das kann ich Ihnen nicht bestätigen, streite es aber auch nicht ab. Ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, was ich im Mai 2004, mit wem ich da welche Gespräche geführt habe. Das ist acht Jahre her.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es gibt ja Spesenabrechnungen. Also das heißt, da kann man nachvollziehen, dass Sie dann eben in London waren und Gespräche mit beiden Bietern gemacht haben. Jetzt ist meine Frage: Haben Sie mit allen Bietern gesprochen oder nur mit zwei?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, ich habe mit allen Bietern gesprochen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und dokumentiert sind aber nur die Gespräche mit zwei Bietern?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, das, was hier vorliegt an Dokumentation über meine Gespräche, sind ja meine Abrechnungen, die ich dem Innenministerium, wenn ich einen Auftrag dazu hatte, ein Gespräch zu führen, und es sind dabei Kosten entstanden, dann habe ich danach diese Spesen dem Innenministerium in Rechnung gestellt, und das wurde überprüft. Wenn bei einem Gespräch keine Kosten entstanden sind oder zumindest für mich keine Kosten entstanden sind, beispielsweise weil es halt in irgendeinem Büro stattgefunden hat oder in der Nähe war, dann taucht das auch nicht in den Abrechnungen auf. Das, was hier vorliegt, sind ja keine Rechenschaftsberichte über meine Arbeit, sondern sind Spesenabrechnungen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da finde ich interessant, ich wollte jetzt schon aufhören mit dem „Standard“-Interview, dass Sie da sagen, es gebe die einzige

vorliegende Dokumentation von Ihnen, bezüglich der Gespräche und Beratungen, et cetera. Was ist das für eine Dokumentation?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, das sind meine Spesenabrechnungen, das habe ich damit gemeint. Das wird ja immer ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie meinen die Rechnungen für Taxi und Flug und Hotels? Das ist eine Dokumentation dafür, dass Sie Gespräche mit Bietern geführt haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Daraus geht es hervor. Sie beziehen sich ja auch in Ihrer Frage darauf, auf meine Abrechnung, wo drinnen steht, dass ich mit diesen und jenen Institutionen oder Firmen Gespräche geführt habe. Das kommt ja aus meiner Abrechnung, oder?

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das haben wir vorliegen im Rechnungshofbericht, wo Gespräche mit beiden Bietern dargestellt werden, also Darstellung Gespräche Berater, im zeitlichen Konnex zum Vergabeverfahren, wo eben die verschiedenen Termine aufgelistet sind und immer steht: Gespräche mit beiden Bietern. Wir können Ihnen das gerne vorlegen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dann beziehe ich mich darauf, dass Sie heute sagen, es gibt eine Dokumentation von Ihnen. Und mit Dokumentation meinen Sie Ihre Spesenabrechnungen. Da frage ich mich: Warum hat das Innenministerium das als Dokumentation gerechtfertigt?

(*Die Auskunftsperson liest das Ihr vorgelegte Schriftstück.*)

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, warum das Innenministerium was wie dokumentiert hat, darüber kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt aber, Sie haben keine Ergebnisprotokolle et cetera zu den jeweiligen Gesprächen geführt, sondern nur Ihre Spesen abgerechnet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein, ich habe damals selbstverständlich über den Inhalt der Gespräche dem Ministerium berichtet, in unterschiedlichen Phasen. Ich würde sagen, ich weiß es jetzt nicht genau in Prozent, aber ich würde sagen, 95 Prozent meiner Beratungstätigkeit war ja nach der Vergabe. Und da habe ich mit unterschiedlichsten Personen je nach Thema Kontakt gehabt im Innenministerium und je nach Thema denen natürlich auch berichtet beziehungsweise meine Beratungsleistungen oder meinen Rat sozusagen dorthin gegeben, wo Bedarf bestanden hat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dazu liegt uns nichts vor. Wir können das jetzt nur so entgegennehmen, wie Sie das sagen. – Danke schön.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir einmal in London. Sie sagen immer, Sie haben dort Ihre Aufträge erfüllt.

Wer hat Ihnen da Aufträge gegeben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, meinen Sie zu den Gesprächen jetzt in London? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Das Innenministerium.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, „das Innenministerium“ ist nicht in der Lage, Aufträge zu geben. Das tun **Personen. Welche** Personen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, die Aufträge, Gespräche zu führen, kamen in unterschiedlichsten Phasen von unterschiedlichen Personen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nennen Sie bitte die konkreten Personen.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Wenn Sie mich aussprechen lassen, mache ich das sehr gerne, Herr Abgeordneter.

Das waren zum Teil der vorherige Bundesminister Strasser oder die Frau Bundesministerin Prokop persönlich, zum Teil war es ihr Kabinett und dort vor allem der zuständige Mitarbeiter im Kabinett, Mag. Gattringer, und je nach Themen auch andere Beamte des Innenministeriums, zum Beispiel der damalige Brigadier Skorsch, um nur einen zu nennen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nennen Sie uns bitte den Namen Ihres oder Ihrer Gesprächspartner von Motorola in London.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen generell sagen – oder zumindest ein paar Namen nennen –, mit wem ich bei Motorola Kontakt hatte. Alle sicher nicht, weil es gerade bei Motorola so war, dass sie oft in sehr großen Gruppen aufgetreten sind. Aber es ist für mich heute unmöglich, zu sagen, zu welchem Zeitpunkt ich mit wem welche Gespräche geführt habe. Also beispielsweise war in meiner Wahrnehmung – und ich glaube es war auch de facto so – der Hauptverantwortliche von Motorola für den gesamten Bereich in Europa ein Herr Sartorius, der ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie mit dem in London gesprochen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe mit dem Herrn Sartorius sicher gesprochen. Wann und wo ich mit ihm gesprochen habe, kann ich mich im Detail nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen jetzt, warum ich Ihnen das nicht glaube, das hat einen ganz einfachen Grund: Das waren ganz entscheidende Gespräche in London – wir kommen dann noch darauf zurück. Sie haben auch mehrfach im Kabinett des Bundesministers darüber berichtet. Das ist auch von Vertretern des Bundesministeriums klar geschildert worden: Ulmer war für uns in London. Der Minister hat gesagt: Ich wollte, dass er das macht.

Sie führen die Gespräche, und kurz danach fallen ein paar wichtige Entscheidungen. Nicht nur, dass ganz kurz nach der ersten Gesprächsphase Motorola den Zuschlag bekommt, sondern es beginnen auch die ersten Zahlungsströme in Richtung der Herrschaften, über die wir dann ein bisschen später noch reden werden.

Wer waren also die Personen, oder wer war die Person, mit denen oder mit der Sie im Namen des Innenministeriums in London Gespräche geführt haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, die Gespräche, die ich vor der Vergabe geführt habe, waren überhaupt keine entscheidenden Gespräche. Das ist Ihre Wahrnehmung, die entspricht aber in keiner Weise den Tatsachen. Außerdem hat mich nicht das Innenministerium nach London geschickt, sondern ich war beruflich in London tätig, und das hat überhaupt keinen Zusammenhang mit dem Innenministerium gehabt. Ich habe dort ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nach einem **Namen** gefragt – der Rest interessiert mich nicht!

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Namen kann ich Ihnen, wie gesagt, keine nennen, weil ich keine konkrete Erinnerung daran habe, mit wem ich zu diesem Zeitpunkt gesprochen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben das vergessen, ist das richtig?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe mit der Firma Motorola oder mit Repräsentanten der Firma Motorola sehr häufig gesprochen, die waren ja dann der Auftragnehmer, die hatten ja den Auftrag. Da gab es eine Vielzahl von Gesprächen um das Projekt aufzusetzen. Manche dieser Gespräche haben in London stattgefunden – deshalb in London, weil die Europazentrale von Motorola in London war. Ob ich jetzt ein Gespräch mit jemandem – keine Ahnung – im Oktober 2004 oder im Juni 2004 geführt habe und wer das war, das kann ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir können es ja vereinfachen. Die Schlüsselperson, die auch in den Darstellungen – es ist schon fast eine Anzeige – von Motorola gegenüber dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung vorkommt, ist Herr Carlos Sartorius, Europa-Chef von Motorola in London, wie Sie richtig gesagt haben. Rechtsanwalt Asner schildert das auch alles bei seiner Befragung beim Bundesamt für Korruptionsbekämpfung und wird gefragt:

Wer hat denn gewusst, dass da überall der Mensdorff dahintersteckt, dass die ganze Valurex-Geschichte einfach eine Mensdorff-Geschichte ist?

Asner nennt zwei Namen, und als dritten den von Carlos Sartorius. Motorola wird ja intern nicht leichtfertig seinen Europa-Chef eines Verhaltens bezichtigen, wo dann in anderen Zusammenhängen bereits von „Verdächtigen“ gesprochen wird. Asner beschreibt dann ziemlich klar die Rolle von Mensdorff-Pouilly.

Es sitzt dieser Carlos Sartorius als Europa-Chef dort, kennt laut Motorola den Mensdorff-Hintergrund von Valurex, weiß, dass das Ganze von Valurex eine vorgeschobene Geschichte ist, und dass das eigentlich alles der Mensdorff-Pouilly ist. Nun sitzt er dort, und Sie sind auch in London.

Haben Sie an einem der folgenden Tage in London ein Gespräch mit Carlos Sartorius geführt: 17. Mai, 23. Mai, 3. Juni, 7. Juni, 9. Juni, 15. Juni, 19. Juni – weil am 21. Juni ist dann die Entscheidung für Motorola in Wien gefallen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, all diese Ausführungen darüber, was der Herr Asner gesagt hat und so weiter, das entzieht sich alles meiner Kenntnis. Und mit wem ich diese Gespräche im Mai geführt habe – im Übrigen nicht nur mit Motorola, sondern auch mit anderen (*Abg. Dr. Pilz: Zu denen kommen wir noch!*), das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, wie ich jetzt schon mehrfach ausgeführt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da kommt der Freiberufler Dr. Ulmer nach London, im Auftrag des Ministers – der karenzierte Beamte, der karenzierte Beamte kommt nach London –, trifft sich möglicherweise mit dem Europa-Chef von Motorola, um über die Ausschreibung, das Geschäft und möglicherweise über Valurex und den Mensdorff-Pouilly zu reden, und kann sich nicht mehr erinnern, ob er den Europa-Chef getroffen hat oder nicht, kurz vor der Entscheidung.

Herr Dr. Ulmer, ich sage Ihnen nur meinen persönlichen Eindruck: Ich halte das nicht für übermäßig überzeugend. Das ist meine ganz persönliche Meinung.

Können Sie ausschließen, dass Sie den Herrn Sartorius im Vorlauf der Entscheidung in Wien getroffen haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, erstens habe ich von mir aus gesagt, dass ich den Herrn Sartorius getroffen habe, und zwar relativ oft. Ich habe sogar gesagt, dass das der Hauptverantwortliche war. (*Abg. Dr. Pilz: Mir ist es um diese Zeit gegangen!*) Ich kann nur sagen, dass Ihr Eindruck völlig falsch ist. Sie messen diesen Gesprächen, die im Übrigen mit allen Bietern stattgefunden haben, eine völlig falsche Bedeutung bei, die durch nichts zu belegen ist und – ich muss besser sagen – die jeglicher Grundlage entbehrt. Das ist, was ich sagen will. Das

Entscheidende ist: Das Verfahren, und das hat – soweit ich das nachvollziehen kann – auch jede Auskunftsperson hier gesagt, wurde von niemandem in irgendeiner Weise beeinflusst. Es gab keine Beeinflussungsversuche vonseiten des Ministeriums ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Ulmer, Sie hatten die Möglichkeit, eine zusammenfassende Erklärung abzugeben. Ich habe Ihnen eine einfache Frage gestellt. Ich unterbreche Sie nicht gerne, aber es ist jetzt nicht der Zeitpunkt für eine zusammenfassende Erklärung und Rechtfertigung. Ich möchte, dass Sie meine **Fragen** beantworten!

Können Sie ausschließen, dass Sie zu dieser Zeit mit Herrn Sartorius gesprochen haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, wenn man sich an etwas nicht erinnern kann, dann bedeutet das automatisch, dass man etwas weder bestätigen noch ausschließen kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt sind wir zum ersten Mal einer Meinung.

Was war der Inhalt Ihrer Gespräche mit Motorola in London?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, ich habe an diese konkreten Gespräche in London keine Erinnerung. Sie hatten auch keine besondere Bedeutung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da bin ich ganz anderer Meinung.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Da sind Sie falscher Meinung, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Möglich, möglich, möglich.

Wer waren Ihre Gesprächspartner bei EADS?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nachdem ich mit der Firma EADS danach keinen Kontakt mehr hatte ... – Da gab es auch mehrere aus Paris, Franzosen vor allem, ich kann mich nicht genau erinnern. Ich kann mich an die Namen jetzt nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich an einen einzigen Namen eines EADS-Vertreters erinnern?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, an den Herrn Schönbohm.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Einen Vornamen haben Sie auch? Ansonsten finden wir das schon heraus, das ist kein Problem. Haben Sie den in London getroffen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Möglich. Ich kann es nicht mit Sicherheit sagen, aber es ist durchaus möglich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zum dritten Bieter, Frequentis: Wen haben Sie von **Frequentis** in London getroffen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also erstens: der dritte Bieter bestand aus Frequentis, Nokia und T-Systems. (*Abg. Dr. Pilz: Richtig!*) In der Kommunikation mit dem Ministerium stand T-Systems im Vordergrund, und nicht Frequentis. Das heißt, die Gespräche, die stattgefunden haben, fanden – zumindest nach meiner Erinnerung – primär mit T-Systems statt und nicht mit Frequentis. Wobei es meiner Erinnerung nach auch Gespräche mit Frequentis gegeben hat. Ob die in London stattgefunden haben oder in Wien, das kann ich Ihnen aus der Erinnerung nicht mehr sagen, zumal es ja so war, dass das dritte Bieter-Konsortium in der letzten Phase – ich hoffe ich verwende da jetzt keinen falschen Begriff, aber ich glaube – kein rechtsgültiges Angebot mehr abgegeben hat, weil es nicht mehr wollte oder nicht mehr konnte. Jedenfalls sind sie auch nicht beurteilt worden, und es hat sich natürlich im Vorfeld auch abgezeichnet,

dass dieser Bewerber – wie auch immer man das jetzt ausdrückt – nicht mehr bis zum Ende im Verfahren dabei sein wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich noch an meine letzte Frage erinnern?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ob ich in London mit der Firma Frequentis ... (Abg. Dr. Pilz: Wen?) Nein, an das kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie eine einzige Person nennen, mit der Sie als Vertreterin dieses Bieterkonsortiums gesprochen haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Bei der Firma T-Systems gab es meiner Erinnerung nach jedenfalls einen Herrn Birkmann. Ich kann mich auch erinnern, dass ich bei der Firma Frequentis einmal mit dem, ich glaube, Bardach heißt der Vorstand, ein Gespräch geführt habe. Ich glaube aber, dass das früher war. Auch für die Firma Nokia waren immer Leute aus Finnland da. – Es tut mir leid, an die Namen kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie was? Ich frage Sie etwas Einfacheres: Wozu hat man Sie eigentlich im Innenministerium gebraucht, normalerweise verhandeln das ja Beamte?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, da haben Sie völlig recht. Ich habe auch nicht verhandelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auch Gespräche werden normalerweise von den direkten Vertretern des Ministeriums geführt. Warum hat man Ihnen den Auftrag gegeben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das, was ich dazu beitragen kann, habe ich das letzte Mal schon ausgeführt. Über die Motivlage, die auf der anderen Seite bestanden hat, müsste ich Sie bitten, die zu befragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das haben wir ja gemacht. Wir haben zum Beispiel den Mag. Gattringer gefragt, und der hat uns das sehr präzise und sehr genau erklärt –: Na das haben wir deswegen gemacht, damit unsere Beamte und unsere Leute im Innenministerium nicht in direkten Kontakt mit Bieter kommen. – Da habe ich mir gedacht: Die sind aber extrem vorsichtig!

Aber Sie wissen ja selbst, was das im Umkehrschluss bedeutet: Nämlich dass es keinen direkten Kontakt zwischen den Vertretern des Innenministeriums und den Bieter gegeben hat. Das heißt, dass die entscheidenden Gespräche im Auftrag – und wahrscheinlich mit Wissen und Information – des Innenministeriums und des Ministers von Ihnen geführt worden sind. Das hat uns Mag. Gattringer gesagt. – War das Ihre Aufgabe?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, das ist sicher nicht richtig, weil es ja den gesamten formalisierten Prozess des Vergabeverfahrens gegeben hat, und da hat es selbstverständlich Kontakte gegeben. Ich gehe davon aus, dass der Herr Mag. Gattringer jene Gespräche gemeint hat, die eben nichts mit dem Vergabeverfahren zu tun gehabt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Jetzt haben Sie am 17. Mai, 23. Mai, 3. Juni, 7. Juni, 9. Juni, 15. Juni, 19. Juni – also zwei Tage vor der Vergabe in Wien – in London Gespräche mit Bieter geführt. Sie können sich nicht mehr erinnern, haben die Leute vergessen, haben vergessen, worüber Sie geredet haben. Das steht jetzt alles so im Protokoll. Und dann fliegen Sie von London nach Wien zurück, das zahlt Ihnen das Innenministerium, das kostet 192 € und 8 Cent. Sie verrechnen auch die

öffentlichen Verkehrsmittel von und zum Flughafen. Lassen wir das, ist ja nicht so teuer. Und dann steht hier: (Besprechung mit KBM) am 19.6.2004. – Was ist KBM? Kabinett des Bundesministers, nehme ich an?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, das stimmt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer war denn bei dieser Besprechung? Sie kommen aus London zurück, berichten. Wem haben Sie da berichtet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, ich kann mich an diese Besprechung nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich nicht erinnern? (*Dr. Ulmer: Nein!*) – Einfach vergessen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein, nicht einfach vergessen, Herr Abgeordneter, sondern weil eine Besprechung im Kabinett wirklich nicht etwas war, was für mich außergewöhnlich war. Ich habe jahrelang im Kabinett gearbeitet. Es hat Hunderte von Besprechungen gegeben, und ich bin nicht in der Lage, zu sagen, was am 19. Juni 2004 stattgefunden hat.

Ich nehme an, es waren im Juni 2004 auch sehr wichtige Ausschusssitzungen hier im Nationalrat. Wenn Sie sich genau erinnern können, in welcher Ausschusssitzung Sie damals was gesagt haben, mit wem Sie darüber verhandelt haben, dann würde mich das sehr beeindrucken. Ich verfüge nicht über solche Fähigkeiten, und nach meiner Lebenserfahrung ist es auch so, dass die meisten Menschen nicht mehr sagen können, was sie vor acht Jahren an einem bestimmten Tag mit irgendjemandem besprochen haben. Insbesondere dann nicht, wenn es etwas war, was sehr häufig vorgekommen ist. Wenn das mein Hochzeitstag gewesen wäre, dann könnte ich mich daran erinnern. Aber etwas, wo ich hunderte Male solche Besprechungen durchgeführt habe, dann auf einen einzigen Tag zu fokussieren ist unmöglich. Das hätte nur dann einen Sinn, wenn es so gewesen wäre, wie Sie hier unterstellen, dass das irgendeine besondere Bedeutung gehabt hätte. Hatte es aber nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da kommt der Dr. Ulmer zwei Tage vor der Entscheidung zurück – das Innenministerium zahlt ihm das sogar –, berichtet von seinen Londoner Gesprächen – steht alles extra auf der Rechnung – und fliegt dann gleich wieder zurück – und das wird auch gleich auf derselben Rechnung abgerechnet – zu einer Besprechung mit Motorola am 22.6.2004.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zur Erinnerung: Ungefähr zu dieser Zeit hat in Wien – nicht in London – die Bundesheer-Reformkommission getagt. Ich war Mitglied dieser Bundesheer-Reformkommission. Ich kann mich erstens sehr genau erinnern, wer aller dabei war, und bei den wichtigen Gespräche kann ich mich an alle erinnern und kann sie zumindest in der Chronologie datieren. Das ist die Leistung eines ganz normalen durchschnittlichen Gedächtnisses.

Wir haben natürlich eine **amnesische Lawine** in diesem Untersuchungsausschuss. Nicht aufseiten der Abgeordneten, sondern das dürfte ein ganz besonderer Sitz dort sein, den müssen wir uns einmal genau anschauen. Vielleicht stimmt da etwas mit dem Sitz nicht und der löst spontanen Gedächtnisverlust aus. Ich glaube es aber gar nicht. Wenn sich jetzt jemand an überhaupt nichts erinnern kann und die anderen sagen alle, er war eine Schlüsselperson, der war ganz entscheidend, dann müssen wir uns das zumindest überlegen. Versuchen wir, ob Sie sich an etwas anderes erinnern können:

Gibt es irgendeine Person in diesem Zusammenhang kurz vor der Vergabe am 21. Juni 2006, an die Sie sich im Zusammenhang mit TETRON noch erinnern können? Irgendeine?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, was meinen Sie mit: Ob ich mich an irgendeine Person erinnern kann?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja, Sie wissen nicht, wer bei der Kabinettsitzung war. Sie wissen nicht, mit wem Sie in London geredet haben. Sie können sich an gar nichts erinnern. Sie wissen nicht, was Sie geredet haben, Sie wissen auch nicht, mit wem Sie geredet haben. Sie wissen nicht, was Sie in Wien berichtet haben. Sie wissen nicht, wem Sie in Wien berichtet haben. Jetzt frage ich Sie etwas ganz einfaches, denn das ist die allerwichtigste Person: Haben Sie direkt vor der Vergabe am 21. Juni 2006 dem Innenminister berichtet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, das kann ich Ihnen auch nicht beantworten.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Gedächtnis, wenn Sie sich erinnern können, was Sie im Juni 2004 in der Bundesheer-Reformkommission gemacht haben. (*Abg. Dr. Pilz: Das ist im Haus ganz üblich! Sie können das ganze Haus beglückwünschen!*) Ich kann mich an sehr viel erinnern. Ich habe Ihnen auch bei meiner letzten Befragung hier ausführlich auseinandergesetzt, was ich als Berater gemacht habe, und ich habe Ihnen auch Namen genannt.

Wenn Sie sagen: Ich kann mich an nichts erinnern – das stimmt nicht. Ich habe Ihnen gerade eine Reihe von Namen genannt, mit denen ich verhandelt habe. Was ich nicht kann, ist, Einzelheiten einem bestimmten Tag oder einer bestimmten Besprechung zuzuordnen. Ob irgendein Gespräch mit einer bestimmten Person jetzt im Mai oder im Juli oder im August und ob das in Wien oder in London war. Das ist der entscheidende Punkt. Und diese Besprechungen, die Sie für so wichtig halten, waren im Grunde genommen relativ bedeutungslos.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie wollen Sie das wissen, wenn Sie nicht wissen, was der Inhalt dieser Besprechungen war?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Weil ich mich, wenn sie bedeutsam gewesen wären, wahrscheinlich erinnern würde. Ich kann mich an das erinnern, was dann in meiner Beratungstätigkeit wirklich wichtig war, und das betraf, wie schon gesagt – 95 Prozent der Zeit und auch der Intensität fanden nach der Vergabe statt –, den Aufbau der Betreiberfirma und die Zusammenarbeit zwischen Betreiberfirma und Innenministerium beziehungsweise dann auch die Vergleichsverhandlungen mit master-talk und so weiter. Das war der Kern meiner Aufgabe. Dort habe ich hauptsächlich gewirkt, und es gab einige wenige Besprechungen im Vorfeld, die nicht unmittelbar mit dem Vergabeprozess zu tun hatten, und es haben Ihnen – soweit ich das mitbekommen habe – auch alle Auskunftspersonen hier bestätigt, dass es keinerlei Einflussnahmen auf dem Vergabeprozess in irgendeiner Form gab, weder vom Kabinett noch vom Minister und schon gar nicht von einem externen Berater.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Dr. Ulmer, am 13. August 2003 legen Sie nach einem Gespräch mit Herrn Franz Geiger, Vorstandsmitglied von Siemens Österreich, der vorhin bei uns zu Gast war, einen Aktenvermerk an.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*).

Ich zitiere, da schreiben Sie – ich darf es Ihnen auch vorlegen –:

Im Zuge eines zirka 30-minütigen Telefongesprächs bezüglich Tetra-Netz ADONIS erwähnte Geiger immer wieder, dass der Leiter der Abteilung IV/1, Brigadier Skorsch, destruktiv und schikanös gegenüber Mitarbeitern der Firma master-talk vorgeinge. Zudem stellte Geiger in den Raum, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen dem

Scheitern von ADONIS und der Übernahme der Leitungsfunktion von Brigadier Skorsch. – Zitatende.

Weiter vermerkten Sie, dass es aus der Sicht von Geiger Verbindungen zur Firma Motorola gebe, es aber keine Beweise dafür gebe.

Wie stehen Sie heute zu diesen Aussagen von Herrn Geiger?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, ich habe natürlich von diesem Aktenvermerk in den letzten Wochen schon mehrfach gehört, er war ja hier schon mehrfach Thema.

Es ist immer wieder vorgekommen, dass es Beschwerden über Mitarbeiter des Innenministeriums gab, durchaus auch Beschwerden über den Herrn Brigadier Skorsch. Das war bei master-talk so, das war dann bei TETRON genau gleich. Jene Mitarbeiter des Innenministeriums, die hier besonders, sagen wir einmal, **intensiv** den Standpunkt des Innenministeriums vertreten haben, wurden natürlich auch massiv kritisiert.

Allerdings, dass ein Vorstandsmitglied eines großen Unternehmens da zumindest, so wie man es hätte verstehen können, eine mögliche Unkorrektheit in dem Zusammenhang in den Raum stellt, war außergewöhnlich. Daher habe ich einen Aktenvermerk angelegt und diesen Aktenvermerk dann – nehme ich an, ich habe da keine konkrete Erinnerung, aber ich nehme an, das wird aus Ihren Akten hervorgehen –, den dafür zuständigen Dienststellen zur Verfügung gestellt, dass sie etwaigen Verdachtsmomenten nachgehen. Ich habe keine Erinnerung daran, dass da irgendetwas sich bewahrheitet hätte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie heute oder hatten Sie damals den Eindruck, dass Herr Skorsch hinter den Kulissen für Motorola mobil gemacht hat?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein, diesen Eindruck hatte ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie sind in der letzten Befragung bereits konfrontiert wurden mit einer anonymen Anzeige aus London. Haben Sie in der Zwischenzeit darüber nachdenken können oder eine Ahnung vielleicht, wer solche Anschuldigungen, wie in dieser Anzeige beinhaltet, behaupten könnte?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Auch bei Nachdenken bin ich mir ziemlich sicher – so wie das der Herr Abgeordnete Rosenkranz, ich glaube, er war das, das letzte Mal geschildert hat, und ich habe mir das im Protokoll natürlich noch einmal durchgelesen –, dass es eine solche Person nicht gegeben hat.

Wer auch immer das geschrieben hat, hat das aus irgendwelchen Drittmotiven heraus getan. Das ist meine Vermutung, aber es ist niemand, der **tatsächlich** mit mir in London unterwegs war. Da könnte ich mich, denke ich, erinnern, wenn es da jemanden gegeben hätte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen, Herr Dr. Ulmer, ein Vertrag zwischen der MPA Handelsgesellschaft Wien und der Motorola GmbH bekannt? (**Dr. Ulmer: Entschuldigung, jetzt habe ich nicht verstanden. Zwischen MPA ...?**) – Ob Ihnen ein Vertrag zwischen der MPA Wien und der Motorola GmbH bekannt ist? (**Dr. Ulmer: Nein!**) – Kennen Sie Herrn Schmicke von Motorola Deutschland? (**Dr. Ulmer: Ist mir nicht bekannt!**) – Haben Sie nie Kontakt gehabt zu ihm?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Kann ich mich nicht erinnern. Ich habe vorher schon ausgeführt bei den Fragen des Herrn Abgeordneten Pilz, dass die Motorola bei Besprechungen durchaus oft mit großer Mannschaft aufgetreten ist, und zwar manchmal mit zehn und noch mehr Leuten. Das kann ich natürlich nicht ausschließen,

dass bei irgendeiner Besprechung auch ein Herr Schmicke dabei war, aber ich habe keinerlei Erinnerung daran.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Zum ADONIS-Vertrag und zur Vertragsauflösung:

Wie bewerten Sie die Aussage von Herrn Tengg hinsichtlich der fehlenden Kostenbedeckung, die es angeblich gab von Seiten des Ressorts?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe die Aussagen von Herrn Tengg jetzt nicht im Detail studiert, aber was berichtet wurde darüber, habe ich festgestellt, dass er von Kosten von 70 Millionen € pro Jahr für das Innenministerium gesprochen hätte. Das ist natürlich ein Betrag, der völlig **jenseits** von verkraftbaren Kosten ist.

Er hat im Übrigen auch von, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, einem **Pilotprojekt** oder **Pilotversuch** gesprochen, was mich auch einigermaßen erstaunt hat, weil das Innenministerium auch keinen Pilot ausgeschrieben hat, sondern eine ausgereifte Technologie.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aus Ihrer Sicht war die Bedeckung ausreichend?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also eine Bedeckung für 70 Millionen € pro Jahr gab es nach meiner Erinnerung und meinem Wissen sicher nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Es war nicht ausreichend?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ausreichend, eine Budgetierung – das Innenministerium hätte wohl niemals für so etwas 70 Millionen € zahlen können, abgesehen von der Bedeckung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie viel hätte das Innenressort zur Verfügung gehabt, Ihrem Wissensstand nach?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also an die konkreten Budgetzahlen kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mich erinnern an eine Größenordnung, die angestrebt wurde, dass ein Endgerät in etwa 1 000 € kosten soll.

Das war eine Zielgröße, von der immer wieder die Rede war. Welche budgetäre Bedeckung dahinterlag oder wie es im entsprechenden Budgetgesetz dazu beschlossen wurde, oder in einer entsprechenden internen Budgetierung, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist aus Ihrer Sicht alles unternommen worden, um den Vertrag zu retten? (**Dr. Ulmer:** *Es ist sehr viel unternommen ...!*) – Oder ist es zupass gekommen, dass der Vertrag letztlich dann gescheitert ist?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, das ist nicht nur nicht zupass gekommen, sondern das war aus Sicht des Innenministeriums und auch aus Sicht des Ministers, möchte ich fast sagen, eine **Katastrophe**.

Minister Strasser ist auch selbst werbend für dieses Projekt in ganz Österreich unterwegs gewesen, mit ihm Beamte, mit ihm auch Landespolitiker, die sich sehr dafür eingesetzt haben, dass dieses Projekt zu einem Erfolg wird – und es war mehr als unangenehm, dann eingestehen oder erkennen zu müssen, dass es nicht funktioniert und dass man es eben nicht retten kann. Es hat eine Vielzahl von Bemühungen und Hoffnungen gegeben, dieses Projekt noch zu retten.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, der Zuschlag ist zunächst tadellos verlaufen aus Ihrer Sicht?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Sie meinen das Vergabeverfahren ADONIS? (*Abg. Amon: Ja!*) – Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass er nicht korrekt abgelaufen ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Der Rechnungshof kritisiert ja, dass der Zuschlag eigentlich erfolgt ist, obwohl kein geschlossenes Vertragswerk vorgelegt worden ist.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich weiß, dass der Rechnungshof Kritikpunkte angebracht hat in seiner Prüfung, ich glaube, es war im Herbst 2003, und das Innenministerium hat sich dann auch sehr bemüht ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das BMF sagt ja wieder, dass es untadelig war. Es gibt ja hiezu widersprüchliche Aussagen, darum frage ich: Wie bewerten Sie das?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Was das Vergabeverfahren anlangt, hat es nach meinem Informationsstand damals keine Beanstandungen gegeben, aber es gab Verbesserungspotential. Es hat vor allem beim zweiten Mal einen wichtigen Punkt oder eine wichtige Erkenntnis gegeben, man hat das zweite Verfahren ja wesentlich geöffnet gegenüber dem ersten, was die Technologie anlangt, und dadurch einen viel breiteren Wettbewerb ermöglicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Danke. Ich habe vorerst keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kommen wir noch einmal zurück zum Ende master-talk. Herr Tengg hat uns als Geschäftsführer von master-talk geschildert, dass es ein Gespräch gegeben hat zwischen Raiffeisen-Generaldirektor Konrad, Generaldirektor Hochleitner und Tengg mit dem Bundesminister Strasser und zwei Angehörigen seines Kabinetts.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Bei einem Gespräch in *dieser* Konstellation, an das kann ich mich nicht erinnern. Es gab eine ähnliche Konstellation.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welches Gespräch könnten Sie da meinen? Mir geht es um ein Gespräch schon ziemlich zum Schluss, also eine der letzten Möglichkeiten, bevor die wechselseitige Auflösung des Vertrages stattfand, wo laut Zitat Tengg der Generalanwalt Konrad sehr dezidiert den Herrn Innenminister darauf hingewiesen hat, in Wirklichkeit hätte er sich beim Budget verschämt gehabt, er hat nicht ausreichend Vorkehrung getroffen und würde sich jetzt auf technische Mängel abputzen.

Waren Sie bei so einem Gespräch dabei?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich war einmal bei einem Gespräch dabei, wo auch Herr Dr. Konrad dabei war und mit dem Bundesminister gesprochen hat. Dass diese Worte gefallen sind, daran habe ich allerdings keine Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wer wäre da noch dabei gewesen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nach meiner Erinnerung waren dabei Herr Generaldirektor Hochleitner und Herr Generaldirektor Rothensteiner. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Tengg war nicht dabei?*) – Nein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und das war schon in Richtung Beendigung des master-talk?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich nehme an, jedenfalls beim Inhalt dieses Gesprächs ging es darum, master-talk oder das ganze Digitalfunknetz zu retten. Das war der Inhalt des Gesprächs. Wann das zeitlich genau stattgefunden hat, kann ich jetzt nicht mehr sagen, aber ich vermisse mal irgendwann früh 2003.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Bei Ihrer letzten Aussage hier im Ausschuss haben Sie ausgesagt:

„Bei keiner dieser Veranstaltungen“ –

das war bezogen auf Jagden von Mensdorff-Pouilly –

„und auch bei keiner sonstigen Gelegenheit hatte Mensdorff-Pouilly jemals versucht, Informationen über das Digitalfunknetz von mir in Erfahrung zu bringen, oder sonstige Aktivitäten entfaltet, die bei mir den Eindruck erweckt hätten, dass er Interesse am Ausschreibungsverfahren Digitalfunk BOS-Austria hatte oder für irgendein Unternehmen in diesem Zusammenhang tätig war.“ – Zitatende.

Das war Ihre Aussage.

Nunmehr liegen uns verschiedene E-Mails vor. Ein E-Mail vom 21. Juli 2006, nach dem Ausschreibungsverfahren, vom 14. Juli 2006 und vom 2. August 2006. Das war ein E-Mail-Verkehr zwischen der Frau Susanne Luka, die eine Angestellte bei Mensdorff-Pouilly war, und dem Herrn Broughton-Clarke von Motorola.

Diese E-Mails sind in Kopie gegangen an den Andy Rose von Motorola und an den Hans-Joachim Wirth und auch in Kopie immer an **Sie**.

Warum haben Sie E-Mails in Kopie bekommen zwischen Motorola und MPA?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Darf ich das bitte sehen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Selbstverständlich.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Mit gelbem Leuchtstift sind die Bezug habenden Daten, Adressen und unter anderem auch Ihr „Cc“ entsprechend markiert. Da geht es um Vertragsverhandlungen, um Punkte aus Provisionsverträgen, Beraterverträgen und Ähnliches.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Rosenkranz, das dürfte dasselbe sein, was mir der Herr Abgeordnete Petzner letztes Mal schon vorgehalten hat. Ich lese hier „Qatar“, „business“ und Ähnliches. Da ging es um Verträge oder Entwürfe zu Verträgen für Geschäftstätigkeiten im Nahen Osten.

Ich habe das letzte Mal hier schon ausgesagt, dass ich mich darum bemüht habe, hier ein Mandat zu bekommen. Das war 2006 oder 2007, es ist mir aber nicht gelungen, eines zu erhalten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Motorola auch im saudi-arabischen Raum, glaube ich, oder auch andere Projekte, wo Sie tätig geworden sind. Also irgendwo im Nahen Osten.

Also das erklärt sich daraus und hat mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun? (*Dr. Ulmer: Genau!*) – Es gibt es ein E-Mail von Herrn Peter Broome von Motorola an Herrn Carlos Sartorius. Es ist datiert vom 27. Oktober, und es berichtet über ein Gespräch, das Herr Broome mit Ihnen am Montag davor, zwei Tage davor, am 25., hatte. Das deckt sich auch mit Ihren Reisekostenabrechnungen gegenüber dem BMI, wo auch ein entsprechendes Gespräch, Kaffee, Taxi und so weiter angeführt sind.

Jetzt beschreibt der Herr Broome den Inhalt dieses Telefonats, und beim ersten Punkt schreibt er:

„1. He suggested you phone Gattringer.“ – Zitatende.

Meint er da zum Herrn Sartorius, das haben wir den Herrn Gattringer gefragt, also es geht da um ein Gespräch mit Gattringer.

Beim vierten Punkt, der betrifft auch Sie, da ist der erste Satz:

“4. He was keen that I met the Hungarian consultant.” – Zitatende.

Im Jahr 2004, Oktober.

Wer ist in diesem Gespräch der ungarische Konsulent?

(Der Auskunftsperson werden weitere Schriftstücke vorgelegt.)

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das ist vom 29. Oktober 2004. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: 27.10., glaube ich, ist es! Der 25. stimmt überein mit Ihrer Aufzeichnung, dass Sie jemanden getroffen haben von Motorola!) – Ich kann mich dunkel an den Herrn Broome erinnern. Keine Ahnung, was er in seinem Mail hier meint. Ich verstehe auch nicht den sonstigen Zusammenhang, der hier geschrieben wird, soweit ich das jetzt beim schnellen Überlesen gesehen habe. Weiß ich nicht, mit Krumpel wird der Mag. Krumpel gemeint sein und ...

Es tut mir leid, ich tu mir sehr schwer, ein Mail, das Motorola-intern geschrieben wurde, hier zu interpretieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Motorola-intern, das ist jetzt wunderbar, das verstehe ich auch. Nur, es nimmt ausdrücklich Bezug auf ein Gespräch mit **Ihnen**. Das ist die Inhaltsangabe eines Gesprächs mit **Ihnen**.

„Monday's coffee with C. Ulmer“ – Zitatende.

Gehen wir einmal davon aus, dass das **Sie** sind. (Dr. **Ulmer**: Ja!) –

„In no particular order“ – Zitatende.

Das heißt, nicht in einer speziellen Reihenfolge, aber er listet Punkte auf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7. und 8., also acht Punkte.

Die beginnt er immer mit: „He suggested ...“, „He told me ...“.

Dann im 4. Punkt: „He was keen ...“, „He was very keen ...“.

Das heißt, es bezieht sich beim Inhalt, wenn man das logisch aufbaut, immer darauf, wenn er ein Gespräch wiedergibt, dass er da von **Ihnen** spricht am Anfang.

Ich meine, vielleicht bin ich da komplett daneben in meiner Logik.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Da werden Sie ja Recht haben, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Also er bezieht das auf Gespräche, was Sie gesagt haben.) – Das kann ich mir auch gut vorstellen, dass ich vorgeschlagen habe, dass der Herr Sartorius, der immerhin der Europachef für den relevanten Bereich war, den Mag. Gattringer anrufen soll. Das ist durchaus möglich, es wird irgendeinen Grund gegeben haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist der Punkt 1.

Jetzt sind wir beim Punkt 4:

„He was keen that I met ...“ – Zitatende.

Mit „I“ kann er nur gemeint haben den Peter Broome, sich selbst, und mit „he“ sind **Sie** gemeint.

Also Sie waren erfreut, dass Broome den ungarischen Konsulenten getroffen hat.

Wer ist ein ungarischer Konsulent?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das weiß ich nicht. Es steht im nächsten Satz, dass er erzählt hat über seine Pensionierung. – Keine Ahnung, ich weiß nicht, wen er damit meint.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber Sie waren erfreut darüber!

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Es dürfte in irgendeinem Zusammenhang mit seiner Pensionierung stehen, wenn ich das richtig verstehe, was hier steht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber aus Ihrer Erinnerung können Sie nicht mehr zuordnen, wer ein ungarischer Konsulent ist, über den Sie erfreut gewesen sein sollen. (*Dr. Ulmer: Nein!*) – Beim nächsten Punkt, 5.:

„He was very keen ...“ –

beim Punkt 4 waren Sie noch ganz normal „keen“, erfreut, und da waren Sie sogar **sehr** erfreut –

“on making sure that the trip in November was a success and especially that the new sales person Kumbel (????) ...“ –

mit mehreren Fragezeichen –

“was seen as a good contributor and not an MOI ‘spy’ (his words)” – Zitatende.

Was hat das zu tun, dass es da eine neue „sales person“ gibt, „Kumbel“, es wird phonetisch mit Fragezeichen geschrieben? Wenig später wird dann der Herr **Krumpel** richtig geschrieben. Vielleicht ist es nicht dieselbe Person, was auch immer.

Aber es hat ein Gespräch gegeben, wo **Sie** sehr erfreut waren, dass ein neuer Mitarbeiter im Verkauf – Kumbel –, ein guter Mitarbeiter ist und nicht ein „MOI spy“.

„MOI“, sind wir schon draufgekommen durch peinliche Befragung des Herrn Skorsch, der nicht gewusst hat, dass MOI für „Ministry of Interior“ stehen kann. In dem Zusammenhang „MOI spy“ – Spion –, also dass das kein Spion des Innenministeriums ist.

Was hat Sie dabei so erfreut, wenn dieser Inhalt stimmt und zu Ihnen einen Bezug hat?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, ich bin auch der Meinung, dass MOI Ministry of Interior heißt und dass hier wohl Herr Mag. Krumpel gemeint ist.

Was hier steht, „the trip in November was a success“ macht relativ wenig Sinn, wenn das im Oktober geschrieben ist. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das haben wir auch schon!*) Da muss er irgendetwas durcheinander gebracht haben, der Herr Broome.

Dass Herr Mag. Krumpel nicht irgendwo ein Spion des Innenministeriums war, das ist ganz sicher richtig, ja. Weshalb das hier erwähnt ist, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Er schreibt da noch dazu, dass Sie eben erfreut waren, dass er kein MOI-Spion ist – „his words“, das heißt, das waren Ihre Worte, die Sie gebraucht haben. Oder kann es sich darauf beziehen, dass sich Herr Krumpel selber nicht als Spion bezeichnet hat?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Da bin ich mir ganz sicher, dass Herr Krumpel sich nicht als Spion bezeichnet hat und ich ihn auch nicht als Spion bezeichnet hätte, weil er das mit Sicherheit nicht war, denn er hat in der TETRON sehr erfolgreich als Geschäftsführer, als einer von mehreren Geschäftsführern agiert.

Aber es kann natürlich schon sein – aber das ist jetzt meine Interpretation, das ist kein Wissen –, gerade in der Anfangsphase, sage ich einmal, war das Verhältnis zwischen Innenministerium und der Betreibergesellschaft manchmal durchaus ein gespanntes. Was in einer solchen Aufbausituation jetzt auch nicht wahnsinnig außergewöhnlich ist,

weil es halt massiv unterschiedliche Sichtweisen gegeben hatte, zum Beispiel was die Finanzierungen oder was Zeitpläne anlangt.

Da war das Ministerium gegenüber der Betreibergesellschaft sehr fordernd. Und wenn jetzt jemand im Vorstand oder in der Geschäftsführung des Unternehmens sitzt, der einen beruflichen Hintergrund aus dem Innenministerium hat, dass dann irgendjemand auf die Idee kommen könnte, dass der vielleicht nicht die Interessen der Betreiberfirma, sondern die Interessen des Innenministeriums wahrnimmt, dass jemand auf so einen Gedanken kommen könnte, in einer solchen Situation, kann ich mir schon vorstellen.

Dass man das dadurch entkräftet, indem man sagt, nein, das ist durchaus nicht so, das ist für mich nicht erstaunlich. Aber wie gesagt, das ist jetzt nicht, dass ich mich daran erinnern könnte, sondern einfach, so wie das hier liegt und in Erinnerung rufend, wie die Situation zwischen Innenministerium und der Betreiberfirma war, nämlich zwar konstruktiv, aber durchaus geprägt von sehr unterschiedlichen Sichtweisen. Und die Gespräche, die da geführt wurden, waren zum Teil sehr kontroversiell, sodass eventuell ein solcher Eindruck entstanden ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Rahmen Ihres Verhältnisses zu Hans-Joachim Wirth von Motorola: Motorola hat sich für bestimmte Arbeit in Österreich, Recherchen und ähnliches, der Frau Karimi bedient. Das ist Ihre Ex-Frau.

Im Ausschuss ist die Frage aufgetaucht, warum auf einmal ein Weltunternehmen, Motorola, auf Frau Karimi kommt, die dann noch dazu speziell eine GmbH gründet, um überhaupt für Motorola tätig zu sein, wie sie auch das letzte Mal ausgesagt hat.

Haben Sie etwas mit dem Auswahlprozess zu tun gehabt, sodass Motorola auf Ihre Ex-Frau gekommen ist?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein. Ich habe keinen Einfluss auf die Firma Motorola gehabt oder ausgeübt, dass sie irgendjemanden anstellt oder nicht anstellt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Meine Ex-Frau hätte sich da auch schön „bedankt“, wenn ich das versucht hätte!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aufgrund des Vertrages hätte sie sich wirklich bedanken können, denn dieser Vertrag mit Motorola war an sich nicht so schlecht. Ich möchte nicht in Sie dringen, wie die Ehe auseinandergegangen ist oder sonst was. Das geht uns alle nichts an.

Aber an sich, der Vertrag mit Motorola war schon schwer in Ordnung. **Schwer** in Ordnung! Insbesondere so, dass man sogar gelesen hat:

Ich sehe immer wieder Rechnungen von Verena Karimi, wir haben keinen Vertrag mit ihr und langsam bekomme ich Probleme, sie unauffällig zu buchen. Wie viele Rechnungen kommen noch? – Zitatende.

Das ist keine E-Mail an Sie. Sie haben es auch nicht in Kopie bekommen, das ist ein Motorola-interner Verkehr. An sich müsste man sich bei so einem Vertrag wirklich bedanken.

(*Obfrau-Stellvertreter Pendl übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Dr. Ulmer, bleiben wir gleich bei Frau Karimi. Das war ja mit ihr letzte Woche teilweise erheiternd, oder als sie das letzte Mal da war.

Seit wann war Ihnen denn bekannt, dass Frau Karimi für Motorola tätig ist und in Summe über 200 000 € von Motorola bekommen hat? Seit wann und wodurch ist Ihnen das bekannt geworden?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das weiß ich nicht mehr, aber ich nehme an, dass sie mir das irgendwann erzählt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Können Sie das zeitlich irgendwie einordnen? Ungefähr? (*Dr. Ulmer: Nein!*) – Gar nicht? (*Dr. Ulmer: Nein!*) – War es vor Kurzem oder war das schon vor ein paar Jahren?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das war in dem Zeitraum, wo sie da zu arbeiten begonnen hatte. Es war ja keine Geheimtätigkeit, die sie dort durchgeführt hat, insbesondere nicht für die TETRON. Sie war ja für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und ist daher auch entsprechend aufgetreten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Das haben wir mit ihr schon diskutiert, ob auch die Qualifikation dazu vorhanden ist.

Das heißt, es hat immer wieder Treffen gegeben, wo Sie und Frau Karimi Leute von Motorola auch getroffen haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein. Es hat keine Treffen von mir und Frau Karimi gegeben, wo Motorola-Leute dabei waren, sondern, wenn überhaupt, dann war es so, dass sie bei irgendwelchen Besprechungen, die mit Motorola stattgefunden haben, hinzugezogen wurde – vermutlich, wenn es um Öffentlichkeitsarbeitsfragen ging.

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Frau Karimi wurde dann von Motorola zugezogen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nehme ich an. Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Herr Ulmer hat sich gedacht: Jö! Zufällig ist meine Ex-Frau auch da. So ein Zufall. Und ist zufällig für Motorola tätig.

Können Sie sich das erklären, dass der Weltkonzern Motorola gerade auf die Ein-Personen-Firma Karimi kommt – und das zwei Monate, nachdem sie ihre Firma gegründet hat?

Frau Karimi konnte sich das nicht erklären, warum gerade der Weltkonzern Motorola nicht bei Herrn Rosam, nicht bei Publico, nicht bei einer großen Werbeagentur – GGK, wer auch immer – um PR-Beratung anklopft, sondern ausgerechnet bei der völlig unbekannten Ein-Personen-Firma Karimi?

Dass Sie sich das erklären! Frau Karimi konnte es sich nicht erklären. Sie hat gesagt: Das weiß ich nicht. – Daher muss ich Sie fragen.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Petzner, ich will über die Motivlagen von Dritten keine Mutmaßungen anstellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Da kann man schon mutmaßen. Die Frage ist halt noch einmal, wie der Weltkonzern Motorola gerade auf Frau Karimi kommt. Aber gut, das bleibt dann scheinbar eines der ganz großen Rätsel in dieser Causa.

Eine andere Frage: Die CFU Consulting, das ist ja ein Unternehmen von Ihnen, das Sie im Mai 2006 gegründet haben und wo Sie Geschäftsführer und Gesellschafter waren. Ist das korrekt?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: In welchem Zusammenhang steht das mit dem Untersuchungsgegenstand?

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Das sage ich Ihnen gleich. Ich frage nur, ob die Firma CFU Ihnen zuzuordnen ist?

(*Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Herr Abgeordneter Petzner, nennen Sie bitte zuerst den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand!

Abgeordneter Stefan Petzner (BPÖ): Ich formuliere es einmal so: Es gibt Zahlungsströme zwischen der Firma CFU Consulting und Firmen, die bei TETRON aktiv waren.

Daher frage ich jetzt Herrn Ulmer, ob die Firma CFU ihm zuzuordnen war oder zuzuordnen ist?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Petzner, bitte konkretisieren Sie, wo hätte es Zahlungen an die CFU Consulting GmbH gegeben, von irgendjemanden, der in Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand steht?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich hätte ein Bitte! Vielleicht könnte Kollege Petzner diese Zahlungsströme detaillierter darstellen, weil uns diese Zahlungsströme aus den Akten nicht bekannt sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Machen wir es einfach und spannen wir niemanden auf die Folter, auch nicht Herrn Ulmer, obwohl er eh die Ruhe in Person ist. Fast unheimlich, so ruhig, wie er ist, aber das ist wahrscheinlich die Tiroler Herkunft.

Die Firma CFU ist Ihnen zuzurechnen, da braucht man nur ins Firmenbuch hineinzuschauen. Dazu lege ich Ihnen vor, aus den handschriftlichen Notizen des Herrn Mensdorff, in denen er alles aufgeschrieben hat. Da gibt es einen Punkt: Telekom Austria 1,4 Millionen.

Auf diesen Notizseiten in seinem Notizbuch, das die Behörden sichergestellt haben, geht es laufend auch um seine TETRON-Tätigkeiten. Da gibt es dann einen Punkt **TA** – ich gehe davon aus, das heißt Telekom Austria: 1,4.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dann steht da: MPA Budapest – dann ist ein Pfeil – **CFU direkt**.

Können Sie sich diesen handschriftlichen Eintrag im Notizbuch des Herrn Mensdorff erklären: Telekom Austria 1,4 Millionen – und dann ist ein Pfeil – **CFU direkt?**

Was kann Herr Mensdorff denn da gemeint haben? Wir werden ihn das dann auch fragen, aber ich frage es zuerst Sie. Er kommt ja nach Ihnen. Daher habe ich Sie auch gefragt, ob die Firma Ihnen zuzurechnen ist.

Denn dann wäre die zweite Frage, ob Sie ausschließen können, dass es jemals Zahlungsströme von einer Firma Mensdorffs – welche es auch immer ist, ob es MPA Prag, Budapest oder Wien ist – und Ihren Firmen gibt, oder Ihrer CFU-Firma?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Petzner, zuerst kann ich ausschließen, dass es Zahlungen von der Telekom Austria an mich oder mein Unternehmen gegeben hat. Und zwar gar keine.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe nicht nach der Telekom Austria gefragt, ich habe nach Herrn Mensdorff-Pouilly gefragt. Der schreibt ja da: CFU direkt. Und darüber steht: Telekom Austria 1,4. Und es geht immer um Geld auf diesen Seiten.

Was soll von diesen 1,4 Millionen € von der Telekom Austria direkt an die CFU gehen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, wenn Sie mich aussprechen lassen, dann beantworte ich das.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bitte Sie darum.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also erstens, es gab keinerlei Zahlungen von der Telekom Austria an mein Unternehmen. Und zweitens, es gab auch keine Zahlungen von Herrn Mensdorff-Pouilly oder einem Unternehmen, das dem Herrn Mensdorff-Pouilly gehört oder zuzurechnen ist, an die CFU oder an mich. Und was hier steht, da habe ich keine Ahnung. Das sind irgendwelche handschriftliche Notizen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und wie können Sie sich das erklären, dass das da so drinnen steht?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Da steht erstens gar nichts, außer ein Pfeil und **CFU direkt**. Und das kann alles Mögliche heißen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und was steht darüber?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Darüber steht MPA Budapest und Wien, mit einem separaten Pfeil ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und noch einmal, was steht darüber?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: TA 1,4.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau. Sie können sich das überhaupt nicht erklären, was mit dieser Aufzeichnung gemeint sein könnte?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter! Eines kann ich sehr gut erklären, nämlich, es hat keinerlei Zahlungen an mich gegeben. Das ist vollkommen eindeutig. Und was irgendjemand auf irgendeinen Zettel geschrieben hat, was im Übrigen kein Mensch sagt, dass das überhaupt gemeint ist, was Sie hier intendieren, ist ein anderes Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir werden dann den Herrn Mensdorff-Pouilly fragen. Ich hoffe, dass er sich bei der Frage nicht wieder entschlägt, damit er sich nicht selber belastet.

Aber die Firma CFU, Herr Ulmer, die gehört schon Ihnen? Ist das korrekt?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, die gehört mir. Im Übrigen möchte ich schon noch ausführen, auf diesem Zettel stehen alle möglichen anderen Dinge: mit Zukunft, S und S, irgendwelche Retainer, und alles Mögliche andere auch noch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, schauen Sie her, Herr Ulmer, das gibt es seitenweise. (Abg. **Petzner** blättert in Schriftstücken). Da steht total viel drauf, und das ist ja das ganz Spannende, was der Herr Mensdorff-Pouilly da alles aufgeschrieben hat. Aber das werden wir dann mit ihm gemeinsam durchgehen. Ich wollte nur von Ihnen wissen, was er damit gemeint haben könnte, nachdem die Firma CFU Ihnen gehört.

Wir legen Ihnen etwas anderes vor.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Sie können das kurz entziffern und können uns sagen, was Sie zu diesem Schriftstück sagen können.

Für die Zuhörerinnen und Zuhörer: Es handelt sich um eine Gastro-Abrechnung, die wir in den Motorola-Unterlagen gefunden haben, und von denen gibt es sehr, sehr,

sehr viele. Und dauernd taucht einer auf, nämlich der Herr Ulmer. Und eine dieser wunderbaren Abrechnungen haben wir Ihnen gerade vorgelegt.

Und jetzt frage ich Sie, was Sie dazu sagen können und ob Sie eventuell den einen oder anderen Namen, der auf dieser Abrechnung oben steht, entziffern können? Beziehungsweise, ob Sie am 3.12. 2003, Ort: Wien, Grund: Besprechung Austria TETRON, ob Sie an diesem 3.12. 2003 ein Gespräch mit den unten angeführten teilnehmenden Personen geführt haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Von wem ist das, Herr Abgeordneter Petzner?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist aus den Motorola-Unterlagen.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das ist eine Motorola-Unterlage. – Was soll ich Ihnen jetzt vorlesen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den letzte Namen unten.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, da steht A. Ulm.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können das Sie sein? Weil „Ulm“ taucht nie einer auf. Es werden auch die Namen immer abgekürzt.

Daher frage ich Sie, waren Sie am 3.12., Sie sehen ja das Datum, bei so einer Besprechung dabei?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter! Erstens weiß ich nicht, ob ich am 3.12. bei irgendeiner Besprechung war. Und ob jemand auf die Idee kommt, mich mit „A. Ulm“ abzukürzen, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Besonders naheliegend ist es nicht. Aber bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Ulmer, Sie sind viel gescheiter, als Sie sich jetzt anstellen! Tun Sie nicht so! Schauen Sie sich alle Namen an, dann sehen Sie, dass das kein A ist, sondern das ist irgendein Zeichen, wie ein Pfeil! Die Teilnehmer, die ich entziffern kann, sind ganz oben: Gattringer – ist auch abgekürzt, mit Gatr. –, dann Wirth, Verena – ich gehe einmal davon aus, dass das die Frau Karimi ist –, dann ist da eben „Ulm“ angeführt – ich gehe davon aus, dass sind Sie. Und dann ist mittendrin ein Name, und der ist ganz interessant, wenn man den genau entziffert: Zumindest ein S kann man erkennen, ein A kann man erkennen, Torions, so irgendwie, Santori, irgendwie.

Und wenn man dann versucht, diese Handschrift zu analysieren und sie mit den Aussagen des Herrn Asner vergleicht, der bezüglich Valurex sagt, da haben immer nur zwei, drei Personen Bescheid gewusst, dass Valurex der verlängerte Arm des Herrn Mensdorff-Pouilly ist und dass das 2004/2005 folgende drei Personen gewusst haben, nämlich Neureiter, Carlos Sartorius und Wirth, und wenn man auf Basis der Namen, die man kennt, diese Rechnung anschaut, dann stellt man fest, dass das nur Sartorius sein kann.

Also, was haben Sie dort am 3.12. 2003 besprochen?

(*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Fragen wir anders: Haben Sie den Herrn Sartorius jemals auch in Wien zu Gesprächen getroffen? Auch Ende 2003.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe den Herrn Sartorius ganz sicher auch in Wien getroffen. Noch einmal, der Herr Sartorius war nicht irgendjemand, den man, wenn es von einer Motorola-Unterlage ist, überraschend entziffern muss, sondern der Herr Sartorius war **der** Verantwortliche dafür. Der war – ich glaube, die haben irgendeine Matrix-Organisation – aber jedenfalls der für diesen Bereich in Europa

Hauptverantwortliche. Und auch der Hauptansprechpartner. Der hatte seinerseits natürlich auch wieder Vorgesetzte in Chicago oder in Schaumburg, um genau zu sein. Aber in Wirklichkeit war der Herr Sartorius von Motorola – der Terminus ist vielleicht der falsche – der Projektchef von dem Ganzen und hatte darunter etliche Mitarbeiter. Einer davon war der Herr Wirth.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich verweise auf die Asner-Aussagen, wo der Herr Sartorius eine nicht unwichtige Figur ist. Aber schauen Sie, da gibt es unzählige Gastro-Geschichten. Diese sind wir schon durchgegangen. Dann gibt es was am 19.2., da treffen Sie den Herrn Wirth, und wieder ist Ulmer dabei. Dann taucht der Herr Bernecker auf, von der MPA, und wieder der Herr Wirth, wieder der Herr Bernecker und die Frau Karimi, der Herr Gattringer, der Herr Neureiter und wieder der Herr Wirth, die Frau Karimi und der Herr Wirth, der Herr Ulmer, die Frau Karimi und der Herr Wirth, der Herr Wirth und der Herr Ulmer, der Herr Ulmer und der Herr Wirth und eine nicht entzifferbare Person, der Herr Ulmer und der Herr Wirth, der Herr Wirth und der Herr Ulmer – Seitenweise geht das dahin. Einmal haben Sie 38 Kaffees bestellt, da waren Sie scheinbar ein bisschen aufgereggt und haben viel Kaffee gebraucht.

Meine Frage ist nur grundsätzlich, Herr Ulmer: Wie oft haben Sie eigentlich Vertreter von Motorola getroffen, weil da gibt es so viele Treffen? Warum haben Sie dauernd die Vertreter von Motorola getroffen? Können Sie uns eine Gesamtzahl nennen, wie oft Sie im Rahmen Ihrer TETRON-Tätigkeit mit Vertretern von Motorola und der Frau Karimi zusammengetroffen sind? Obwohl, Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern, dass die Frau Karimi für Motorola tätig war, ihr habt euch ständig getroffen, die Motorola-Leute, Sie und die Frau Karimi, also Sie müssen es relativ früh gewusst haben, aber das ist ein anderes Thema! Wie oft haben Sie zirka in Summe Vertreter von Motorola im Konnex mit dieser TETRON-Geschichte getroffen? Und wie oft haben Sie im Vergleich dazu Personen von anderen Bieterunternehmen getroffen?

Da haben wir nämlich eine massive Diskrepanz, wenn man die Unterlagen analysiert. Sie haben nämlich die Motorola-Leute dauernd getroffen, das war ja schon eine Jour-Fixe-Runde, eine tägliche, und die anderen de facto sehr, sehr selten. Also wie können Sie sich dieses Missverhältnis erklären? Motorola dauernd, andere einmal, zweimal oder vielleicht sogar gar nie.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also erstens, Herr Abgeordneter Petzner, habe ich nicht bestritten oder behauptet, ich wusste nicht, dass die Frau Karimi tätig ist, ganz im Gegenteil. Ich habe ausgeführt, dass das selbstverständlich jeder wusste, weil sie noch dazu für Öffentlichkeitsarbeit zuständig war. Und ansonsten ist es ja logisch, dass es eine Diskrepanz zu den anderen Anbietern gibt, weil die nicht den Zuschlag erhalten haben. Und wozu sollte man mit den ganzen Firmen reden, wenn der Zuschlag erteilt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das waren aber lauter Treffen, die vor dem Zuschlag stattgefunden haben. Das gibt es auch drinnen.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Welche Treffen waren vor dem Zuschlag?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, wir haben da den Timetable: Vergabe an TETRON, Vergabeentscheidung war Juni 2004, und dann gibt es da lauter Treffen, die dann immer davor waren. Eben das eine zum Beispiel, das war im Dezember 2003, da sind wir von der Vergabe an Motorola noch weit weg, von der Vergabeentscheidung.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, es gab nach der Kündigung von master-talk mit allen Firmen, die auch nur irgendwie im Entferitesten potenzielle Partner, Anbieter hätten sein können, relativ intensive Gespräche. Das reichte von den

ÖBB über T-Mobile. Mit jedem, der entweder im Bereich GSM oder GSM-R oder TETRA oder TETRAPOL ein potenzieller Anbieter war, gab es hier Gespräche, um auszuloten, in welcher Form hier bei einem neuen Projekt vorgegangen werden soll.

Diese Gespräche haben in intensiver Weise im Herbst 2003 stattgefunden, mit allen Unterlagen. Dass Sie hier Unterlagen von Motorola haben und nicht von den anderen Unternehmen, liegt wahrscheinlich daran, dass nur Motorola Ihnen Unterlagen übermittelt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Ich muss kurz weiterfragen, ich muss das abschließen. Entschuldigung.

Wie oft haben Sie denn – ich meine, Sie haben eh selbst auch die ganzen Unterlagen, Sie haben eh die Spesenabrechnungen dauernd gelegt, Sie werden das ja ungefähr sagen können – im Zusammenhang mit TETRON zirka – Größenordnung – Vertreter von Motorola getroffen, 10-mal, 15-mal, 50-mal?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, das geht ja aus meinen Abrechnungen hervor, wie oft ich sie getroffen habe. Ich habe die Abrechnungen nicht bei mir liegen. Es stimmt natürlich nicht eins zu eins überein, es wird etwas mehr Abrechnungen gegeben haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, daher frage ich Sie ja, wie viele Treffen mit Motorola es gegeben hat.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie eine Grobschätzung abgeben? (*Dr. Ulmer: Nein!*) – Wie oft haben Sie Vertreter von anderen Konsortien, wie oft haben Sie sich mit Nokia getroffen? Wie oft mit T-Systems?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Wir haben **bis** zur Vergabeentscheidung die Gespräche gleich geführt. Danach haben wir natürlich nur mehr mit der Betreiberfirma Gespräche geführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle fest – Schlussatz, Feststellung meinerseits –: Aus den Unterlagen geht hervor, dass Sie sich sowohl vor als auch nach der Vergabeentscheidung mit Motorola **dauernd** getroffen haben – in London, in Wien, da und dort, ich weiß nicht, wo, in Chicago –, und mit anderen BieterInnen haben wir solche Spesenabrechnungen und Unterlagen nicht.

Das heißt, da gibt es ein massives Missverständnis, das doch sehr, sehr auffallend ist, weil genau die Gruppe Motorola, mit der sich Ulmer dauernd trifft – in der ganzen Welt reisen Sie herum – und Frau Karimi, weil genau die das ganze Geschäft machen.

Aber gut, das können wir dann in der zweiten Runde weiter diskutieren.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, das, was Sie sagen, ist einfach falsch, das wissen Sie auch. (*Abg. Petzner: Das ist nicht falsch!*) Sogar in der Rechnungshof-Unterlage, die mir vorgelegt wurde, steht bei jedem dieser Treffen dabei: Treffen mit **beiden** BieterInnen. Bei jeder Unterlage: mit beiden BieterInnen. Das steht im Rechnungshofbericht drinnen.

Das ist einfach falsch, was Sie hier sagen. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Danke, Herr Dr. Ulmer, dass Sie mir da jetzt ein Stichwort gegeben haben, denn ich möchte noch ein Zitat aus dem Rechnungshofbericht bringen.

Auf Seite 69 schreibt der Rechnungshof unter 65.2/2:

Der ehemalige Kabinettschef des BMI war aufgrund einer vertraglichen Regelung für das BMI tätig. Der Kontakt war somit als Kontakt zwischen dem BMI und den potenziellen Auftragnehmern zu werten.

Der Rechnungshof verwies auf den zeitlichen Zusammenhang der Gespräche mit grundlegenden Entscheidungen im Vergabeverfahren. Im Sinne der Transparenz bemängelte der Rechnungshof die informelle Kontaktaufnahme zwischen dem BMI und zwei Bietern außerhalb des Vergabeverfahrens sowie die fehlende Dokumentation dieser Kontakte.

Nur für den Fall, dass Sie sich weiterhin auf den Rechnungshofbericht berufen wollten. Ich glaube nicht, dass das so in Ihrem Sinne wäre.

Ich habe eine Frage: Sie hatten eine Karenzierung im Innenministerium, die war zuerst bis 2014 und die haben Sie dann 2011 gekündigt. Stimmt das?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zunächst möchte ich sagen, dass das Innenministerium zu diesem Punkt eine völlig andere Sichtweise hat und, wie auch angekündigt wurde, da auch eine entsprechende Stellungnahme abgegeben wurde. Das habe ich den entsprechenden Aussendungen des Innenministeriums entnommen.

Ich habe mich bei meiner letzten Aussage darauf bezogen, dass Herr Abgeordneter Petzner mir vorgeworfen hat, ich hätte nur mit Motorola Gespräche geführt.

Wenn ich das zuerst richtig gesehen habe, was Sie mir vorgelegt haben, steht genau auf dieser Seite, die Sie jetzt vor mir haben, soweit ich das von hier aus sehe ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie können es auch gerne näher zu sich bekommen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Danke. Ja. Es steht genau das, was ich gesagt habe, im Rechnungshofbericht drinnen: Gespräche mit beiden Bietern, Gespräche mit beiden Bietern, Gespräche mit beiden Bietern und so weiter. – Genau das, was ich gesagt habe.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es waren damals noch drei Bieter, und Sie waren damals Beschäftigter des Innenministeriums, darum dreht sich Ihre Befragung, mit der wir uns heute schon sehr intensiv beschäftigen.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Zur Frage der Karenzierung: Ja, das ist richtig, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe. Ich war ab meinem Ausscheiden bis ins Jahr 2011 karenziert, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und zuerst bis 2014? (*Dr. Ulmer: Ja!*) – Ich habe noch eine Frage – ich weiß jetzt nicht, vielleicht kann mir der Herr Verfahrensanwalt helfen –: Wie viele Firmen haben Sie eigentlich? Ich glaube, Sie haben diese **CFU** und diese **Headquarter**, und ich möchte irgendwie darlegen, Herr Verfahrensanwalt, nur zur Erklärung, dass Herr Dr. Ulmer wahrscheinlich als öffentlich Bediensteter weniger verdient hat, als er dann mit seinen Tätigkeiten im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit oder als Auftragnehmer für das Innenministerium verdient hat, und ich möchte das auch in einen Zusammenhang bringen mit den Tätigkeiten, als er damals vom Innenministerium sozusagen karenziert wurde. – Jetzt schauen Sie mich ganz groß an.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Was wollen Sie wissen? Sie haben zunächst, glaube ich, fragen wollen, wie viele Unternehmungen die Auskunftsperson hat. Da müssten Sie, wenn Sie jetzt fragen, einen Zusammenhang herstellen mit dem

Untersuchungsgegenstand. Andererseits kann man das, wenn es Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind, Aktiengesellschaften oder Personengesellschaften, die eingetragen sind, durch die Eingabe des Namens im Firmenbuch leicht herausfinden.

(*Dr. Ulmer und dessen Vertrauensperson sprechen mit dem Verfahrensanwalt.*)

Ich bin gefragt worden, ob ich irgendeine Hilfestellung geben kann. Ich habe zunächst, Herr Kollege, gesagt, man müsste den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, nämlich mit dem diesbezüglichen Auftrag an den Untersuchungsausschuss darstellen. Und als Rat habe ich Ihnen, weil Sie gefragt haben: Was würden Sie machen?, gesagt, ich würde das aus dem Firmenbuch sehr leicht erheben können.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte die Verbindung darstellen, dass Herr Dr. Ulmer, als er sozusagen vor einem Vergabeverfahren vom Innenministerium – karenziert – mit Werkvertrag ausgestattet wurde, nach seiner Karenzierung mit seinen eigenen Firmen zu sehr großen Vorteilen gekommen ist, da er sehr viele Aufträge vonseiten des Innenministeriums mit zum Beispiel der Firma Headquarter und CFU und noch einer anderen Firma hätte.

(*Dr. Ulmer und dessen Vertrauensperson sprechen neuerlich mit dem Verfahrensanwalt.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Auf der einen Seite ist der Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand eher nicht gegeben, meine ich, weil das ja eine Zeit betrifft, die lang nach den Ereignissen liegt, die untersucht werden sollen. Jetzt kann man natürlich sagen, vielleicht ist das ein Dankeschön aus einer anderen Zeit – das wäre denkbar. Und dazu kommt, dass man durch die Fragestellung hier nicht in der Art eines Erkundungsbeweises Sachverhalte erfragen kann, um dann allenfalls einen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand herzustellen. Der muss vorher schon gegeben sein. Das ist das Problem. Das spüren Sie ja selbst auch.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Danke schön. Ich möchte das nur darstellen: Es ist eben meine Wahrnehmung, dass Herr Dr. Ulmer sehr viele Benefits hatte dadurch, dass er im Sinne der Motorola-Findung als Handelsreisender des Innenministeriums tätig war, unterwegs war, hier dazu gesprochen hat, dass er karenziert war oder auf Erholungsurlaub und dann tätig war für das Innenministerium.

Aber ich komme jetzt zu einer handfesten Unterlage, und zwar: Frau Karimi, wir legen Ihnen das vor, hat einmal für Sie eine Reise gebucht, Herr Dr. Ulmer, im August 2004.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Dazu befragt, hat Frau Karimi gemeint, und zwar am 21. Juni:

„Und dann hat die Motorola gesagt, das geht aber eigentlich gar nicht, denn da müssen wir irgendwie Tausende Papierstapeln ausfüllen und so weiter, die können nicht immer so irgendwelche Leute einladen!, und es wäre zu kompliziert gewesen, dass die Motorola in Chicago das macht. Und dann hat man mich gefragt, ob ich das nicht auf dem schnellen Weg lösen könnte. Ich buche das Ticket und verrechne es dann einfach weiter in meinem Spesenauflauf.“ Frage: War Frau Karimi eine Mitarbeiterin in Ihren Angelegenheiten?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete! Auch wenn es nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, aber ich kann das nicht so stehen lassen, dass hier auch nur ansatzweise ein Zusammenhang hergestellt wird zwischen meiner Tätigkeit als Berater für das Innenministerium und etwaigen Aufträgen, die im Jahr 2010 ... – Übrigens war das (*Abg. Mag. Lapp: 2009!*) die Firma **Headquarter**, die ihn bekommen hat. Ich war erst von Ende 2010 bis Ende 2011 Geschäftsführer und

Minderheitsbeteiligter der Firma Headquarter, und hier einen Zusammenhang herzustellen, dass – auch wenn Sie es so explizit nicht gesagt haben, aber nachdem es im Protokoll – könnte man das so verstehen, da Sie im nächsten Satz von Handelsreisender gesprochen haben. Das weise ich zurück. Hier gibt es überhaupt keinen Zusammenhang.

Was die Frau Karimi – ich habe das auch gelesen –, nach ihrer Aussage hier gemacht hat, das weiß ich nicht. Es ist richtig, dass ich ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie hat einen Flug für Sie gebucht, Herr Dr. Ulmer.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, das mag sein. Ich war zwei oder drei Mal in Chicago. Nach meiner Erinnerung – das habe ich das letzte Mal auch ausgesagt –, hat das Innenministerium für mich den Flug gebucht. Daran kann ich mich deshalb erinnern, weil das ein Riesentheater damals war und sehr kompliziert, bis ich dann endlich zu den Tickets kam.

Dass eine andere Reise von Motorola bezahlt wurde, kann ich mir leicht vorstellen, dass das Innenministerium keine Lust hatte, für sämtliche Kosten aufzukommen. Das war etwas, was zwischen Innenministerium und der Betreiberfirma zu klären war. Und wer das dann dort gebucht hat und wie die das intern verrechnet haben, das weiß ich nicht, beziehungsweise kann ich Ihnen nicht einmal sagen, ob ich das je wusste. Für mich war nur entscheidend, dass *ich* jedenfalls nicht die Kosten dafür zu tragen habe.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich verstehe Sie jetzt nicht ganz. Frau Karimi hat für Sie einen Flug gebucht. Das ist Ihnen in der Unterlage einsichtig. – Sie haben ja jetzt etwas davon erzählt, dass Motorola und das Innenministerium nicht wussten, wie Ihre Flüge zu buchen sind.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Aus diesem Schriftverkehr geht hervor, dass es sich hier um einen Besuch bei Motorola in Schaumburg handelt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Genau. Und der Flug dazu wurde gebucht von Frau Karimi und nicht dem Innenministerium, wie Sie vorher gesagt haben.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja. Das entnehme ich dieser Unterlage, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also ist es jetzt doch so, dass die Frau Karimi den Flug gebucht hat, um das leichter mit Motorola abrechnen zu können?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das weiß ich nicht. Das war offensichtlich ein Problem intern bei Motorola.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich habe Sie vorhin so verstanden – entschuldigen Sie, dass ich Ihnen jetzt ins Wort falle –, dass Sie das beim Innenministerium buchen lassen wollten. Da kenne ich mich jetzt nicht aus.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe mich bezogen auf meine Aussage beim letzten Mal, als ich auf Befragen angegeben habe – und das geht auch meiner Erinnerung nach aus einer Abrechnung, die ich vorgelegt habe, hervor –, dass bei einer Chicago-Reise das Innenministerium meinen Flug gebucht hat. An das kann ich mich auch noch erinnern, an diesen Buchungsvorgang, weil es wahnsinnig kompliziert war, bis ich dann schlussendlich zu den Tickets gekommen bin.

Ich war nicht nur ein Mal in Chicago, sondern wahrscheinlich drei Mal, ich kann es jetzt nicht genau sagen. Und dass das Innenministerium bei einem der Flüge darauf gedrängt hat, dass die Betreiberfirma das zahlt – das war alles nach der Vergabe – und nicht das Innenministerium selbst, wenn ein Gesprächswunsch vonseiten Motorola vorlag, das ist für mich nachvollziehbar. Und wie die das dann intern verbucht und

verrechnet haben – ob das TETRON oder Motorola oder eine beauftragte Firma, wie die der Frau Karimi war –, das ist ein Durchführungsdetail an das ich a) keine Erinnerung habe und das auch b) keine Bedeutung hat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Jetzt hätte ich da weitere Fragen dazu, da Sie jetzt eben überhaupt keine Erinnerung daran haben, was Frau Karimi für Sie getan hat in dieser Angelegenheit.

Gab es noch andere Menschen, die Sie unterstützt haben in Ihrer Tätigkeit?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete, die hat mich nicht unterstützt. Das geht auch aus diesem E-Mail-Verkehr hervor: Da komme ich nicht vor. Da hat nicht die Frau Karimi von mir einen Auftrag erhalten oder mir irgendetwas geschickt, sondern das ist ein interner Schriftverkehr innerhalb von Motorola mit der Frau Karimi. Das war weder in meinem Auftrag noch hat Sie für mich ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie dürfen nicht vergessen, dazuzusagen, dass ein Flug auf Ihren Namen gebucht wurde, denn sonst hat man das Gefühl, wir reden hier von anderen Reisen. (**Mag. Dr. Ulmer: Ja!**)

Sie kennen Herrn Dr. Nordberg, der ja dann mit dem Vergleich beschäftigt war?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, den kenne ich.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie ihn ausgewählt für die Bearbeitung der gesamten rechtlichen Dinge bei dem Vergleich und bei den Ausschreibungen? (**Dr. Ulmer: Nein!**)

Wie lange kennen Sie schon Herrn Dr. Nordberg?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Irgendwann seit den neunziger Jahren.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie haben Sie das mit ihm geregelt, die Abwicklung des Vergleichs mit dem master-talk-Gremium?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Mit ihm habe ich überhaupt nichts geregelt, sondern ich war bei diesen Vergleichsverhandlungen beratend für das Innenministerium dabei und Dr. Nordberg hat das Innenministerium rechtlich beraten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und da haben Sie keine Vorbereitungsgespräche oder Arbeitsgespräche, welche Linie das Innenministerium fährt im Zuge dieser Vergleichsverhandlungen, gemacht?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe selbständig das Innenministerium beraten. (**Abg. Mag. Lapp: Herr Dr. Nordberg auch!**) Es kann schon sein, dass es auch Gespräche gemeinsam gegeben hat. – Dr. Nordberg war ja der Rechtsberater des Innenministeriums. Ja, natürlich, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und da haben Sie sich schon abgesprochen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Abgesprochen? Was meinen Sie mit „abgesprochen“? Gesprochen hat man darüber sicher, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Vielleicht mache ich das in der nächsten Runde weiter, weil ich habe wirklich das Gefühl, dass jetzt ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Höchstens eine Zusatzfrage dann noch, aber bitte, das geht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Okay. – Dann möchte ich jetzt Folgendes fragen: Sie haben nicht gemeinsam mit Dr. Nordberg die Handlungsweise des Innenministeriums abgesprochen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Frau Abgeordnete! Ich weiß nicht, was Sie ... – Jetzt sagen Sie zum dritten Mal: Handlungsreisender. Ich war nicht Handelsreisender des Innenministeriums.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Nein, nein! Ich habe jetzt Handlungsweise ...

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Entschuldigung, dann habe ich das falsch verstanden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es tut mir leid, dass ich Sie da mit einem Titel von Graham Greene in die ...

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe das Innenministerium im Zuge der Vertragsverhandlungen beraten. Das habe ich vor allem deshalb getan, weil ich zum damaligen Zeitpunkt ... – Die Frau Bundesminister Prokop wollte jemanden dabei haben, der die Genese kannte und der vor allem wusste, was damals geredet, gesprochen wurde und wo die Probleme lagen. Und daher habe ich das Innenministerium beraten. Herr Dr. Nordberg war der Rechtsberater des Innenministeriums – oder zumindest einer der Rechtsberater des Innenministeriums.

Jetzt kann ich nicht ausschließen oder wahrscheinlich wird es so gewesen sein, dass wir auch gemeinsame Besprechungen gehabt haben, aber es war nicht so, dass ich mich mit dem Dr. Nordberg besprochen habe, um dann gemeinsam das Innenministerium zu beraten. Das war nicht so.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Arbeiten wir doch gemeinsam weiter am Personengedächtnis. Wer ist Mark Cliff?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, das weiß ich nur aus der Medienberichterstattung mittlerweile, dass das offensichtlich ein Mitarbeiter dieser Valurex-Firma war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie ihn jemals persönlich gesehen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, ist bei Protokoll.

Nächste Frage: Wer ist Brigadier Bernecker?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Brigadier Bernecker ist der ehemalige ... Ich glaube, Luftwaffenchef ist nicht der richtige Terminus. (*Abg. Dr. Pilz: Das passt schon!*) Leiter der Luftabteilung oder so irgendwie war sein ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Richtig, ja. Und was hat er dann zurzeit von TETRON beruflich gemacht?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wissen nicht, dass er für den Herrn Mensdorff-Pouilly gearbeitet hat?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich weiß, dass er beim Herrn Mensdorff-Pouilly ... – Ob er tätig war, weiß ich nicht, jedenfalls hat er ein Büro dort gehabt. Das weiß ich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie in dieser Zeit, über die wir jetzt sprechen – die ganze Blaulichtfunkzeit von der Entstehung des Projekts – eigentlich auch mit dem Herrn Bernecker zu tun gehabt?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es eine einzige Besprechung gegeben, an der Herr Bernecker und Sie teilgenommen haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe daran keine Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie es ausschließen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das ist, wie ich das mit den Erinnerungen vorher schon gesagt habe, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist ein Hund mit dem Personengedächtnis, ja, ja! Nein, ich beneide Sie überhaupt nicht. Stellen Sie sich vor, das spricht sich am Arbeitsmarkt herum: Das ist ein Mensch, der merkt ... – Aber lassen wir das. So.

Jetzt möchte ich Sie zu einzelnen Personen fragen. Die Frau Abgeordnete Lapp hat schon erste Namen genannt.

Als die ganze Geschichte zu Motorola hinübergeht und der Plan Motorola endlich zu funktionieren beginnt unter Ihrer Beteiligung macht die Rechtsberatung ein gewisser Herr Nordberg. Über den haben wir schon ein paar Mal geredet.

Wie ist Ihre persönliche Beziehung zu dem Herrn Nordberg?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also zunächst einmal: Es gab keinen mir bekannten „Plan Motorola“ – ich weiß nicht, wie Sie das jetzt genannt haben –, dass Motorola irgendetwas bekommt. Das stimmt nicht.

Den Herrn Dr. Nordberg kenne ich, wie schon vorhin gesagt, seit vielen Jahren. Ich würde mein Verhältnis zu ihm als freundschaftlich bezeichnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. – Also der Rechtsberater, der das Ganze da begleitet, ist ein Freund vom Herrn Dr. Ulmer.

Jetzt schauen wir uns einmal den technischen Sachverständigen an, der dann, als es um die Vergabe geht, unterschreibt und zum Bereich Technik sagt, er als Sachverständiger, er votiert da auch für Motorola. – Wissen Sie, wer das war?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Also meines Wissens gab es eine Reihe von Sachverständigen zu diesem Thema. Von ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, beim Zuschlag selbst.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich nehme an, dass Sie den Herrn Gabmann meinen (Abg. Dr. Pilz: Richtig!), aber es gab andere Sachverständige dann auch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Beim Zuschlag unterschreibt der Herr Gabmann als technischer Sachverständiger.

Wie ist Ihre persönliche Beziehung zum Herrn Gabmann?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nach meinem Wissen haben da mehrere unterschrieben und nicht nur der Herr Gabmann. Meine persönliche Beziehung zum Herrn Gabmann ist eine ... – Ich sehe ihn nicht so häufig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie befreundet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Es ist eine sehr lose Beziehung. Aber ich meine, was hat das jetzt mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schlicht und einfach, ob es hier um Ulmer-Freunderwirtschaft geht, darauf versuche ich draufzukommen: Ob der Ulmer-Freundeskreis – wir gehen ja jetzt noch eine Reihe von Namen durch – dieses Projekt begleitet und letzten Endes auch entschieden hat. Wir müssen uns das einfach genauer anschauen. Das ist ja noch nicht erwiesen, aber Sie müssen verstehen, ich muss mir das anschauen. – So.

Waren Sie damals mit dem Herrn Gabmann befreundet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter! Es gab **keinen Ulmer-Freundeskreis** und ich habe auch nicht entschieden, dass der Herr Gabmann irgendeine Rolle dort hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das habe ich Sie nicht gefragt.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, und trotzdem ist das wichtig zu sagen. Ich habe weder entschieden, dass der Herr Nordberg noch dass der Herr Gabmann da in irgendeiner Form tätig ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das behaupten Sie. Das werden wir noch klären.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, das behaupte ich, weil es so war, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas anderes gefragt. Waren Sie damals mit dem Herrn Gabmann befreundet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das war ein ... Den Herrn Gabmann kannte ich auch besser oder ... Ja, ein loses freundschaftliches Verhältnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wie lange hat es das schon gegeben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Eine Zeit lang.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine Zeit lang, also über längere Zeit. Können wir uns auf das einigen: eine längere Zeit? (**Mag. Dr. Ulmer:** Ja!)

Beim Herrn Nordberg auch: eine längere Zeit? (**Mag. Dr. Ulmer:** Ja!) – Ja. So.

Markus Schindler – es ist gegangen um PR-Beratung, Motorola. Wir werden uns das hoffentlich noch genauer anschauen.

Wie ist Ihre persönliche Beziehung zu Herrn Markus Schindler?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz! Zunächst möchte ich sagen, für diese Entscheidung waren die anderen, die Sie jetzt nicht erwähnen – PricewaterhouseCoopers, dann Dr. Platzer, das Land Tirol und so weiter; lauter Leute, die ich zum Teil nicht einmal kenne, die hier mitentschieden haben –, ganz entscheidend.

Wenn Sie Einzelne herauspicken: Natürlich gibt es Einzelne, die ich kenne oder mit denen ich auch ein freundschaftliches Verhältnis gepflegt habe oder pflege, das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass hier nicht objektiv und richtig entschieden wurde (**Abg. Dr. Pilz:** Das werden wir uns erst anschauen!) und dass eine Vielzahl von anderen, die mit mir in überhaupt keinem Zusammenhang standen, hier maßgeblich in die Entscheidung eingebunden waren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollen Sie meine Frage beantworten?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Die möchte ich schon beantworten (**Abg. Dr. Pilz:** Bitte!), aber entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Pilz, jetzt ist sie mir entfallen. Was war Ihre Frage? (**Abg. Dr. Pilz:** Wie?) – Entschuldigen Sie! Mir ist die Frage jetzt entfallen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kein Problem, ich stelle Sie gerne noch einmal. Waren Sie zum damaligen Zeitpunkt mit Herrn Markus Schindler befreundet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Markus Schindler: Ja, den kenne ich auch. Mit dem bin ich auch befreundet, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auch schon damals über einen längeren Zeitraum?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein, eher nicht über einen längeren Zeitraum (*Abg. Dr. Pilz: Eher nicht*) – Nein.

Ja, dann nehmen wir einmal Gattringer – Gattringer war zuständig im Kabinett für die ganze TETRON-Geschichte –: Waren Sie zum damaligen Zeitpunkt mit dem Herrn Gattringer befreundet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Den Herrn Gattringer habe ich erst näher kennengelernt im Kabinett.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber waren Sie mit ihm befreundet?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Es hat sich daraus eine Freundschaft entwickelt. Der Herr Gattringer ist, glaube ich, 2003 ins Kabinett gekommen. Ich habe das Kabinett Anfang 2004 verlassen, also eine besonders intensive Freundschaft war das damals sicher noch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht mir nur darum, ob es eine Freundschaft war. Der Herr Gattringer hat sich nicht für Sie geniert. Der hat ganz offen hier im Ausschuss gesagt: Ja, freundschaftliches Verhältnis.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Da geniere ich mich auch nicht, aber Sie haben mich ja nach den Jahren 2003 und 2004 gefragt und nicht nach jetzt, oder? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die letzte Frage in der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin ja noch gar nicht die ganzen Freunde und sonstigen nahestehenden Personen durch!

Sie wissen ohnehin, worauf ich hinaus will, daraus müssen wir kein großes Geheimnis machen: Wo man hinschaut ... Und bei Karimi wird es dann spannend – das machen wir in der nächsten Runde –, weil wie eine Spezialistin für Hundemodeschauen plötzlich strategisch den Behördenfunk auf die Beine stellen kann – das machen wir dann in der nächsten Runde –, darauf bin ich schon sehr gespannt. Belassen wir es einmal bei dieser ersten Freundes-Runde.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Wenn Sie die Frau Karimi beleidigen wollen, bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Auch ich darf Ihnen ein paar Unterlagen präsentieren.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Das eine betrifft zunächst einmal die Frau Susanne Luka, die bei MPA tätig ist. Sie schreibt im Jahr 2006 an den Herrn Hans-Joachim Wirth – es geht um: „MPA payment and contract“. Die brauchen das offensichtlich für ein internes Formular, das geht dann nämlich auch an den Mister Andy Rose.

Und zwar geht es da um Referenzen für das G9-Formular. Das gibt es bei Motorola, das haben wir ja auch im Akt gefunden, da geht es immer darum, mit wem man als Kooperationspartner, als Berater oder sonst was, mit wem man da Verträge abschließt. Das dürfte irgendeine Form der Sicherheit sein oder der Due Diligence, was auch immer, warum das so passiert.

Jetzt tauchen da einige Firmen auf, zum Beispiel die eine, die Retriver Kft. aus Ungarn. Der Kontakt ist dort der Herr Kurt Dalmata. Der ist offenbar jetzt gerade mit angeklagt, wenn ich die Medienberichte richtig lese, mit dem Herrn Mensdorff-Pouilly. Er war auch schon hier zu Gast im Eurofighter-Ausschuss – also ein ganz nahes, enges Firmengeflecht mit Mensdorff-Pouilly.

Dann gibt es die **Pannónia Szél Kft.**, also eine ungarische Gesellschaft, die ihren Sitz in Pottenbrunn hat, in der Pottenbrunner Hauptstraße. Der Kontakt dafür ist der **Johannes Count** – ich weiß nicht, ist das Graf?; ich weiß nicht, ob man diese Bezeichnung in Österreich noch immer verwendet oder ob das ein Vorname ist – **Trauttmansdorff**.

Und dann gibt es auch noch eine **VCP Industrie Beteiligungen AG** mit dem Kontakt Mag. Christoph Ulmer.

Die anderen beiden, die ich zuerst vorgelesen habe, das sind die, die mit dem ganzen Mensdorff-Pouilly-Flechtwerk eng verwoben sind. Und jetzt tauchen Sie dort ebenfalls als Referenz auf, und zwar bei Ihrer Tätigkeit bei der VCP Industrie Beteiligungen AG.

Haben Sie im Rahmen dieser Tätigkeit auch so eine Tätigkeit mit MPA entfaltet, dass Sie da für eine Referenz infrage kommen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, erstens ist mir der Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand nicht klar, aber ich kann Ihnen gerne trotzdem etwas dazu sagen. Also erstens einmal, ich kenne weder den Herrn Dalmata noch den Herrn Johannes Trauttmansdorff. Ich habe die beiden Personen nie gesehen und sie sind mir gänzlich unbekannt.

Das schaut so aus: Ich bin ja das letzte Mal vom Herrn Abgeordneten Pilz sehr ausführlich zu einem Telefonat mit dem Herrn Rose befragt worden, wo es um Referenzen gegangen ist. Das wird wahrscheinlich die Initiierung dieses Gespräches gewesen sein. Das war im Übrigen im Jahr 2006; wir sprechen hier vom Juli 2006.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das zeigt die Erfahrung, die wir auch schon am heutigen Tag gehabt haben, zum Beispiel nach der Aussage von Herrn Fischer von der Telekom, dass man nicht alles unbedingt sehr zeitnah sehen muss.

Nur zu meinem Hintergrund, warum ich auch Dinge abfrage, die aus dem Jahr 2006 stammen, oder sie könnten sogar noch später sein: Der Herr Fischer hat das nämlich als Altlasten bezeichnet. Da ist es ganz konkret um Zahlungen gegangen, die er im Komplex TETRON-Konsortium geleistet hat, und das wurde erst um Jahre später abgewickelt mit einer ganz falschen Überschrift und so weiter. Das heißt, mich interessieren – und so weit auch der Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand – mich interessieren also auch geschäftliche Verbindungen **nach** der Abwicklung von TETRON, sowohl was die Ausschreibung als auch den Betrieb betroffen hat, wo immer Motorola, MPA und wo auch Sie vorkommen. Daher interessiert es mich. Das ist der Grund, der nähere Hintergrund dessen.

Sie haben schon einmal gesagt, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, mit Valurex selbst können Sie überhaupt nichts anfangen, haben auch keine Erfahrung.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, erstens: Ich verstehe, dass Sie solche Interessen haben, aber das, was Sie hier vorgelegt haben, ist nicht eine Geschäftsbeziehung oder eine Anbahnung dazu, sondern eine (*Abg. Dr. Rosenkranz: Referenz!*) Referenzempfehlung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Richtig, und daher war meine erste Frage: In welcher geschäftlichen Beziehung standen Sie mit der MPA im Rahmen dieser Tätigkeit oder auch einer anderen, dass Sie für so eine Referenzliste tauglich sind?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich stand in gar keiner Geschäftsbeziehung zur MPA. Ob die VCP-Gruppe insgesamt eine solche hatte, weiß ich nicht; die VCP Industrie Beteiligungen AG, wo ich Vorstand war, jedenfalls nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das erklärt mir nicht, warum Frau Susanne Luka von der MPA Sie als Referenz angibt. Ich habe mir immer gedacht, Referenzlisten haben mit etwas zu tun, was unter Umständen real ist. Wenn Sie nur spekulieren können und sagen, ich weiß nicht, wie Frau Luka auf diese Idee kommt, dass sie mich dort anführt – nämlich VCP und dann noch als Kontakt speziell Ihren Namen anfügt –, dann werden wir das vielleicht Herrn Mensdorff-Pouilly fragen müssen, wie man draufkommt, dass man sich bei einer Referenzliste mit fremdem Federn schmücken kann, denn aus Ihren Ausführungen kann ich das nur so entnehmen. (*Dr. Ulmer: Ja!*) – Auch bemerkenswert.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Fragezeit ist erschöpft. Ich weiß, es kollidiert immer der Drang zur Aufklärung mit der festgesetzten Fragezeit.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist eine paraphilosophische Erkenntnis.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist mir immer wieder ein Anliegen, beides wahrzunehmen.

Herr Abgeordneter Petzner, Sie haben bereits 5 Minuten überzogen, die zweite Runde wäre damit schon konsumiert. Wir kommen deswegen zur Runde der Zusatzfragen, wobei Frau Abgeordnete Lapp ebenfalls schon überzogen hat. Also wenn, dann eine kurze Zusatzfrage. (*Abg. Mag. Lapp verzichtet.*)

Gut, dann Herr Abgeordneter Pilz eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte den Herrn Pilz nicht unterbrechen, aber ich brauche noch 3 oder 4 Minuten. Können wir uns irgendwie darauf verständigen, wenn das für die anderen okay ist?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wenn sich kein Widerspruch regt, nehme ich an, wenn es bei diesen 3 Minuten bleibt, dass es okay ist. Ich habe übrigens ein Instrument, das wirklich einzuhalten (*auf das Mikrophon weisend*), Sie werden einfach abgeschaltet, aber nur tonal. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auch aus dem Konvolut, aus dem der Kollege Petzner schon zitiert hat. Ich möchte zwei Punkte ein bisschen genauer machen. 16. 4. 2003 – da läuft das ADONIS-Projekt noch, da ist weit und breit kein TETRON-Projekt in Sicht –:

Besprechung Projekt „ADONIS“, Teilnehmer: W. Gattringer, J. Neureiter, H.-J. Wirth.

Sagen Sie: Wissen Sie, von welcher Firma Neureiter und Wirth kommen?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, ja, von Motorola meines Wissens.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Herr Gattringer, der im Kabinett zuständig ist, trifft sich mit Motorola-Vertretern, die unbedingt hineinwollen; wir sehen ja dann, wie es weitergeht. Es ist nur wichtig, das einmal sauber zu dokumentieren.

Am 21. 10. 2003 kommt es zu einem weiteren Treffen: Teilnehmer: Karimi, Wirth. Und dann kommt es am 3. 12. zur bereits zitierten Besprechung in Wien, Besprechung Austria TETRON. Teilnehmer – und da steht nicht **A. Ulm.**, sondern da steht –: **H. Ulm.** Vor Gattr. steht H. und vor Wirth steht H. und vor Sartorius steht H. und vor

Magerl steht H., nur vor Verena steht F., weil sie kein H. ist, sondern eine F., nämlich eine Frau ist. So einfach ist die ganze Geschichte, und der H. Ulm. – da haben wir allen Grund zur Annahme – ist natürlich der Herr Ulmer.

Warum treffen Sie sich am 3. 12. 2003 mit dem Herrn Gattringer, mit dem Herrn Wirth, mit dem Europa-Chef von Motorola, dem Herrn Sartorius, mit der Frau Karimi, mit dem Herrn Magerl? Und sagen Sie mir bitte, wer der Herr Magerl ist! Wozu?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen schon gesagt, nicht Ihnen, sondern hier gesagt, dass im Herbst 2003 mit allen Firmen eine Vielzahl von Gesprächen geführt wurde. Wir haben mit der Telekom Austria, wir haben mit der Nokia, wir haben mit Ericsson, wir haben mit den ÖBB und so weiter ... – Es sind überall Gespräche geführt worden; kann sein, oder ganz sicher auch mit Motorola.

Wer der Herr Magerl, wie Sie gesagt haben, ist, das weiß ich nicht. Was der konkrete Inhalt dieser Besprechung, so diese so stattgefunden hat, war, kann ich Ihnen auch nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das habe ich mir auch nicht erwartet. Wichtig ist nur, dass wir festhalten: Die Ulmer-Freunde treffen sich mitten in der ADONIS-Phase bereits ***immer wieder***, und zwar ohne dass sich in den Akten etwas findet, ohne dass sich irgendwo eine Spur findet (***Dr. Ulmer: Das stimmt nicht!***), ohne dass sich ein Bericht findet, mit Motorola-Leuten. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, denn Sie werden doch nicht behaupten, dass der 16. April 2003 bereits nach dem Zuschlag für TETRON war – am 16. April 2003, als es das Gattringer-Motorola-Treffen gegeben hat, ohne dass man etwas in den Akten findet.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, warum ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Unterbrechen Sie mich nicht! Es ist nicht notwendig, dass Sie mich unterbrechen. Hören Sie einfach zu!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte fragen Sie, und „***immer wieder***“ stimmt wahrscheinlich nicht, weil das eine Verallgemeinerung ist. (***Abg. Dr. Pilz: Na selbstverständlich!***) Der Herr Verfahrensanwalt ist da ganz genau.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, wir haben das mit zahlreichen Dokumenten untermauert. Jetzt gehen wir dieses Konvolut durch. Diese Treffen ziehen sich die ganze Zeit durch. (***Obfrau Dr. Moser: Ja, wiederholt!***) Und da haben wir wieder Treffen, die nicht erklärt sind, die sich nicht in den Akten finden. Während die Ulmer-Freunde behaupten, dass ADONIS umgesetzt wird, gibt es die ganze Zeit Geheimtreffen mit den Motorola-Leuten, und das Endergebnis ist ja bekannt

Ich frage Sie jetzt etwas anderes – Frau Karimi ist ja auch für strategische Beratung beschäftigt worden; das steht da auch drinnen –:

Was waren die Kenntnisse der Frau Karimi im Mobilfunk und im Behördensfunk?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter Pilz, erstens: Sie haben zunächst gesagt, Freunde von mir hätten sich am 16. 4. 2003 getroffen: der Herr Gattringer, der Herr Neureiter und der Herr Wirth.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Neureiter und Wirth habe ich nicht als Freunde bezeichnet. Ich bin eine Reihe von Treffen durchgegangen, wo zumindest ein Freund von Ihnen teilgenommen hat.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich kenne den Herrn Neureiter überhaupt nicht, der Herr Wirth ist kein Freund von mir und der Herr Gattringer war damals der erst kurz im Kabinett tätige zuständige Referent. Und er hat nicht als Freund von mir irgendwelche

Gespräche geführt. Sie unterstellen da immer mit solchen ... oder erwecken hier Eindrücke, die einfach falsch sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das werden wir dann schon bewerten. Haben Sie meine Frage noch in Erinnerung?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Was die Qualifikationen der Frau Karimi sind. Weshalb die Frau Karimi von der Firma Motorola genommen wurde, da müssen Sie die Firma Motorola fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe schon sehr großzügig die Zusatzfragen stellen lassen. Wenn Sie über das jetzige Zeitausmaß hinaus gehen, ersuche ich um die Zustimmung der anderen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nur ein Dokument kurz durchzufragen, sonst ist eigentlich nichts mehr. Das ist eine relativ kurze Geschichte, und wenn ich kurz sage, dann ist es auch kurz.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ich werde es wirklich kurz machen. Am 25. Juni 2004 geht von Frau Karimi an Hans-Joachim Wirth und an Stefan Semlegger ein Mail:

Checkliste A. Hallo HaJo, Sem und C. Anbei die vereinbarte Checkliste.

Wer HaJo ist, können wir uns vorstellen, das wird Hans-Joachim Wirth sein, wer Sem ist, da gehe ich davon aus, Stefan Semlegger. Wissen Sie, wer C ist?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Das müsste am E-Mail-Verteiler stehen, oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, eben nicht, das ist das Problem. Da wird noch eine weitere Person angesprochen, die sich nicht im E-Mail-Verteiler findet. Da ist C natürlich ...

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich kann Ihnen nur sagen, ich weiß wohl, wer der Herr Semlegger ist, ich kann auch nicht ausschließen, dass es irgendwann einmal eine Besprechung gegeben hat, bei der er auch anwesend war, aber im Grunde genommen kenne ich ihn nicht. Warum, und das ist offensichtlich ... (*Die Auskunftsperson liest im Schriftstück.*) – Nein, ich kann Ihnen nicht sagen, wer C ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, ich wollte es nur im Protokoll haben.

Sie haben dann diese Checkliste A für eine erfolgreiche Umsetzung des zu realisierenden Projektes in Österreich. Jetzt habe ich mir die Referenzen der Frau Verena Karimi angeschaut. Ich werde jetzt nicht, denn das ist wahrscheinlich nicht notwendig, die Artikel, die sie über die Hundemodeschau in New York, über liebenswürdige Strände in Italien und so weiter verfasst hat, vorlesen, aber Sie können mir glauben, irgendetwas, was mit Behördenfunk zu tun hat, haben wir zumindest nach einer intensiven Recherche nicht gefunden.

Kennen Sie irgendeine Referenz von Frau Verena Karimi vor diesem Auftrag im Innenministerium in Bezug auf etwas Vergleichbares mit Behördenfunk, das sie als Expertin, als Strategin ausweist?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Herr Abgeordneter, es ist nicht an mir, zu verteidigen oder zu erklären, warum die Firma Motorola mit Frau Karimi einen Vertrag abgeschlossen und was sie dazu befähigt hat.

Faktum ist jedenfalls, dass Frau Mag. Karimi eine Juristin mit einigen Jahren Berufserfahrung im öffentlichen Dienst im Verteidigungsministerium ist. Ob das der Grund war, weshalb man sie beschäftigt hat oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich mache es jetzt wirklich kurz, ich möchte es gar nicht mit Ihnen im Detail durchgehen. Da geht es genau wieder um die gleichen Personen. Da geht es darum, dass Herr Bernhard Krumpel ein Angebot als Geschäftsführer in der Projektgesellschaft bekommt. Das macht die Frau Karimi. Es kann doch niemand, der sich ernsthaft damit beschäftigt hat, annehmen, dass die Frau Karimi mit ihrer Vorgeschiedenheit und sachlicher Qualifikation in der Lage ist, Herrn Krumpel als Geschäftsführer auszuwählen. Und da gibt es eine Reihe weiterer Entscheidungen, die in dieser Checkliste A dargestellt werden.

Ich erspare mir das wirklich, weil ich befürchte, dass Sie einfach sagen, Sie wissen nichts, Sie haben keine Wahrnehmungen und so weiter. Deswegen schauen wir auf das gemeinsame Zeitbudget. Die Freunde sind wir durchgegangen. Den Mensdorff-Pouilly habe ich Ihnen erspart, denn der kommt jetzt eh selber, den können wir ausführlich befragen. Das war es. – Danke schön.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Darf ich dazu etwas sagen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Dr. Ulmer.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich wollte nur dazu sagen, wenn ich sehe, da steht: Hier die vereinbarte Checkliste. – Aus dem geht nicht hervor, dass das die Checkliste ist, die die Frau Karimi selber verfasst hat oder anregt. Das möchte ich nur festhalten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Zeit läuft. Ganz kurz: Was haben Sie in der Kanzlei Nordberg gemacht, wo man sich mit dem Präsidenten der Finanzprokurator Dr. Wolfgang Peschorn versammelt hat? Was haben Sie damals dort gemacht, in welcher Funktion waren Sie dort? Der Herr Dr. Peschorn war nämlich sehr überrascht, dass er Sie dort plötzlich am 22. 8. 2006 getroffen hat.

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ob Herr Dr. Peschorn überrascht war, das weiß ich nicht. Ich war jedenfalls im Auftrag des Innenministeriums dort, weil mich Frau Bundesministerin Prokop gebeten hat, im Vorfeld einen Beitrag dafür zu leisten, dass es möglich ist, dass man mit der Firma master-talk und den Eigentümern der Firma master-talk in Verhandlungen eintritt, um einen außergerichtlichen beziehungsweise außerschiedsgerichtlichen Vergleich zustande zu bringen, um ein langjähriges Gerichtsverfahren oder Schiedsgerichtsverfahren zu verhindern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hat Ihr konkreter Beitrag dann ausgeschaut?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Mein konkreter Beitrag lag vor allem darin, die damals völlig verhärteten Fronten, die es gegeben hat, und die wechselseitigen Emotionen, die da bestanden haben, zu lockern. Es war das Ansinnen der Frau Bundesministerin Prokop, hier jemanden zu haben, der sich a) in der Sache auskennt, b) aber nicht mehr Partei ist, weil er eben nicht in den Verhandlungen als Partei des Innenministeriums master-talk gegenübersteht, so jemanden namhaft zu machen.

Und die andere Seite hat das auch getan. Wir haben dann gemeinsam versucht, die beiden Parteien an einen Tisch zu bringen. Das ist ja mit der Zeit auch gelungen, schlussendlich wurde der Vergleich abgeschlossen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mich wundert immer nur, was Herr Ulmer auf Basis eines – wohlgemerkt – unentgeltlichen Werkvertrages alles gemacht hat. Können Sie einmal beschreiben, was Ihr Werkvertrag – gehen wir einmal auf das zurück, zum Schluss legen wir Ihnen eine Rechnung vor –, was Ihr unentgeltlicher Werkvertrag alles beinhaltet hat?

Da steht ja nur drinnen: Beratung des BMI bei wirtschaftlich-organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren Digitalfunk BOS Austria. – Das ist Ihre Leistungsgeschichte.

Und dann steht unten: Zeitplan: Die angeführten Leistungen werden nach Arbeitsanfall nach Maßgabe einer gesonderten Absprache beider Vertragsparteien erbracht und die Beratungsleistung ist auf Abruf zur Verfügung zu stellen. – Zitatende.

Wer hat Sie denn aller „abgerufen“ auf Basis Ihres unentgeltlichen Werkvertrages und in welchem Zusammenhang? Sie waren ja überall dabei. Was hat dieser Werkvertrag eigentlich alles umfasst? Das ist ja in Wahrheit ein riesiges Gebiet. Und das alles unentgeltlich? Na servus!

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Es war kein so besonders riesiges Gebiet, sondern es war genau das, nämlich der Digitalfunk, einerseits der Aufbau der neuen Betreibergesellschaft, um hier zu vermeiden, dass dieselben Fehler, die beim ersten Mal gemacht wurden, noch einmal gemacht werden. Und zum Zweiten: Das war über einen Zeitraum, glaube ich, von eineinhalb Jahren, wo ich halt ab und zu Gespräche im Auftrag der Frau Bundesministerin Prokop im Zuge der Vergleichsverhandlungen mit master-talk geführt habe. Das waren ein paar Gespräche, die ich geführt habe. Das war vom zeitlichen Aufwand her durchaus überschaubar.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Letzte Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Waren das wirklich 3 Minuten? Zwei ganz kurze Fragen noch, wirklich zwei ganz kurze. Wir legen Ihnen ein Dokument vor.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Haben Sie gewusst, dass Frau Karimi mit Herrn Bernecker im Zusammenhang mit dem TETRON-Projekt Kontakt hat und sich mit ihm trifft?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Nein, ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Komische ist nämlich, dass es einen Tag nach der Vergabe ein Treffen gibt, Ort London, Projektbesprechung. Teilnehmer sind der Herr Wirth, der Herr Bernecker, MPA, und die Frau Karimi. Einen Tag später, in London. Haben Sie gewusst, dass Ihre Ex-Frau schon einen Tag später mit dem Herrn Bernecker von der MPA und mit dem Herrn Wirth an einem Tisch sitzt? Was haben die denn dort besprochen? Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen dazu?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ich habe keine Ahnung, was sie dort besprochen haben. Projektbesprechung CE – steht hier, wenn ich das richtig sehe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bitte? Ich habe das akustisch ...

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Hier steht Projektbesprechung CE. Das kann ich ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, die Kopie ist schlecht, aber es geht um TETRON. Also wissen Sie nichts dazu? (*Dr. Ulmer: Nein!*)

Schlussfrage. Sie kennen die diversen Medienartikel. Können Sie ausschließen, dass Sie – und Sie haben jene Bieterfirma heute schon mehrmals explizit in den Mund genommen, Herr Ulmer –, Christoph Ulmer, an einen Bieter herangetreten sind beziehungsweise an eine Firma, die Teil eines Bieterkonsortiums ist, und dieser Bieterfirma Folgendes gesagt haben: Sie haben den Herrn Grafen Alfons Mensdorff-Pouilly empfohlen, haben gesagt, dass man den Herrn Mensdorff beauftragen möge, ansonsten werde es mit dem Auftrag für TETRON nichts? Können Sie ausschließen, dass Sie einmal solche Gespräche geführt haben?

Mag. Dr. Christoph Ulmer: Ja, das kann ich ausschließen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das habe ich auch nicht anders erwartet. Ich darf abschließend festhalten, dass die entsprechenden Unterlagen mit allen Zeugen, die dazu angeführt wurden, bei der Staatsanwaltschaft sind und dass ich davon ausgehe, dass Sie dazu das nächste Mal nicht von mir, sondern von den entsprechenden staatsanwaltschaftlichen Behörden befragt werden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der **Auskunftsperson Mag. Dr. Christoph Ulmer** und verabschiedet diese.

18.29

Obfrau Dr. Gabriela Moser ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

18.30

Auskunftsperson Alfons Mensdorff-Pouilly

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Alfons Mensdorff-Pouilly** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mensdorff-Pouilly, wenn Ihnen das Blitzlichtgewitter zu viel ist, dann sagen Sie es bitte. (**Mensdorff-Pouilly:** Ich habe genug davon!)

Ich danke für Ihr Erscheinen und für Ihre große Geduld beim Warten!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Absatz 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Alfons Mensdorff-Pouilly**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren Vertreter der Bildmedien, den Saal zu verlassen, denn ich muss jetzt die Auskunftsperson datenmäßig erfassen und die Mitglieder des Ausschusses befragen, ob sie die **Vertrauensperson** zulassen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Harald Schuster**. Ihre weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Schuster als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**, aber erst wenn sich die Auskunftsperson an Sie wendet. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor

dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt. Dieser wird mich dann, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Herr Mensdorff-Pouilly, Sie haben die Möglichkeit, noch vor Ihrer Befragung vor dem Ausschuss eine Erzählung abzugeben. Wollen Sie darauf verzichten? (**Mensdorff-Pouilly:** Ich glaube nicht, dass jemand an meinen Erzählungen Interesse hat!) – Vielleicht doch. Sie haben jedenfalls das Recht dazu. (*Die Auskunftsperson verzichtet darauf. – Die Obfrau erteilt Abg. Pilz als erstem Fragesteller das Wort.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Beginnen wir einmal mit dem **Projekt Alpha**. Sie kennen das Projekt Alpha im Zusammenhang mit der Telekom – 1,1 Millionen € von der Telekom an die MPA Budapest.

Können Sie uns sagen, was die Leistung war, die die MPA für dieses Geld erbracht hat?

Auskunftsperson Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, Sie wissen, dass da ein Verfahren gegen mich läuft, und ich entschlage mich der Antwort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, dass Herr Mag. Fischer von der Telekom, also der frühere Telekomvorstand, heute Vormittag hier im Untersuchungsausschuss die frühere Verantwortung geändert hat und jetzt zum ersten Mal zugibt, dass diese Zahlungen an die MPA im Zusammenhang mit TETRON stehen? Wissen Sie das?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. (*Abg. Dr. Pilz: Ich habe kein Problem damit!*) – Ich weiß es auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann haben Sie es uns ja gesagt. Dann wissen Sie es jetzt, und es gibt einen Erkenntnisgewinn. (**Mensdorff-Pouilly:** Jetzt weiß ich es! Das ist enorm!) – Das ist ja wunderbar. (**Mensdorff-Pouilly:** Ich danke Ihnen dafür!)

Ich tue das wirklich gerne. (**Mensdorff-Pouilly:** Lieb!)

Ich werde Sie deswegen zum Projekt Alpha gar nicht mehr viel fragen. Das ist ja gar nicht notwendig. Sparen wir uns die Mühe, dass Sie immer sagen, Sie entschlagen sich. Sie haben ja – in Ihrem Fall sage ich das – wirklich gute Gründe.

Dann haben wir **Alcatel:** 720 000 € von Mai 2005 bis April 2007:

Beratung vertikale Märkte Ungarn.

Können Sie mir eines sagen – weil das werden sicherlich nicht alle hier wissen –: Was sind „vertikale Märkte“?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. Das letzte Mal habe ich schon Herrn Abgeordnetem Petzner erklärt, wie das mit dem Jagdrecht ist. Ich glaube aber, dass

ich nicht hier bin, um Sachen zu erklären, sondern um zu antworten. Aus diesem Grund entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schon ein Punkt, den wir uns ein bisschen genauer anschauen sollten. Das ist ja keine Frage, was Sie jetzt getan haben und ob Sie irgendetwas zu Recht oder zu Unrecht genommen haben. Das ist eine Sachfrage wie: Wissen Sie, was ein Businessplan ist? Oder: Wissen Sie, was ein Schloss in Lusing ist? Oder so irgendetwas. Das sind reine Sachfragen, wo ich davon ausgehe, dass Sie sich mit den Antworten **nicht** selbst belasten können.

Das ist ja auch der Grund, warum ich Ihnen zwischendurch auch immer wieder solche schönen Fragen stelle, zu deren Beantwortung Sie meiner Meinung nach ja verpflichtet sind.

Ich wiederhole es deswegen: Können Sie uns erklären, was **vertikale Märkte** sind?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. Es hat gar keinen Sinn, ich fange nicht an, das zu erklären. Wenn alles vorbei ist, treffe ich mich gerne mit Ihnen und erkläre das. Nein wirklich, es hat gar keinen Sinn.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mensdorff-Pouilly! Wir werden uns das aus einem vollkommen anderen Grund ersparen. Ich weiß eh, was vertikale Märkte sind. Ich brauche es nicht von Ihnen, sondern es geht darum: Was wissen **Sie?** Sind Sie ein Experte? Kennen Sie sich aus? Und so weiter.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Wissen Sie, ich bin schon zu alt, um Prüfungen auf Matura-Niveau – oder nicht einmal auf Matura-Niveau – abzulegen. Dazu bin ich schon zu alt. Wenn Sie es eh wissen – entschuldigen Sie –, schade um die Zeit!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist eben unser Problem, dass wir aufgrund Ihrer Antwortstrategie noch nicht genau wissen, auf welchem Niveau es sinnvoll ist, in Ihrem Fall Fragen zu stellen. (**Mensdorff-Pouilly:** Ganz tief!) – Wir sind erst im Orientierungsbereich. Ich will dem nicht vorgreifen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Auch dieser Orientierungsbereich erfolgt völlig geordnet ohne irgendwelche süffisanten Nebenbemerkungen. Der Abgeordnete fragt, und die Auskunftsperson antwortet. Das ist ganz schlicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist auch nicht süffisant, sondern da war durchaus so ein Grundton einer gewissen Anerkennung, dass Herr Mensdorff-Pouilly genau weiß, was er tut.

Motorola: 2006 bis 2007, 388 000 € Middle-East-Beratung. Das geht jetzt alles an die MPA Budapest.

Können Sie uns da sagen, was die Leistung ist?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe das dem Herrn Staatsanwalt schon gesagt, und damit haben Sie es gelesen. Damit wissen Sie es, und es wäre schade um die Zeit, das hier noch einmal vorzutragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann gibt es noch eine kleine Nebengeschichte von Alcatel. Es ist auch wichtig, dieses ganze Netzwerk und diese internationalen Verflechtungen und Transfers einmal geordnet darzustellen.

Dann gibt es bei Alcatel noch eine möglicherweise in dem Zusammenhang stehende Überweisung an die Valora AG des Herrn Dr. Hochegger: 244 000 € für zwei Studien, 2007 und 2008, Hochegger für Himmer.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich dazu entschlagen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja, weil ich davon keine Ahnung habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das halte ich auch durchaus für möglich. Ich frage Sie nur der Vollständigkeit halber, aber in dem Punkt bin ich durchaus Ihrer Meinung, dass Sie damit wahrscheinlich nichts zu tun haben. (**Mensdorff-Pouilly: Ausnahmsweise!**) – Ausnahmsweise. Damit bin ich auch schon fertig mit dem, womit Sie nichts zu tun haben.

Jetzt bleiben wir bei **Motorola**: Da gibt es einen zweiten, wesentlich wichtigeren Zahlungsstrom von Motorola an Valurex, also Mark Cliff und Etienne Kiss-Borlase: Vertrag 1104 Infrastruktur und Vertrag 705 Endgeräte, insgesamt 1,8 Millionen € Zahlungen, 2005 bis 2007 als Provisionen für TETRON.

Von Motorola USA bis zum Staatsanwalt sind inzwischen erstaunlich viele Leute der Meinung, dass Valurex einen zweiten Namen hat, nämlich Alfons Mensdorff-Pouilly.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich bei der Frage, ob das Ihre Firma ist, entschlagen. Ist das richtig?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich nicht, das ist nicht meine Firma. (**Abg. Dr. Pilz: Das ist nicht Ihre Firma!**) Das hat auch der Herr Staatsanwalt in der Anklage gegen mich, die seit einer Woche oder so da ist, festgehalten. Ich halte mich an das, was die Staatsanwälte sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte mich auch sehr stark an das, was Motorola USA sagt, aber wir versuchen, das Ganze zu klären. (**Mensdorff-Pouilly: An das halte ich mich nicht, denn den habe ich angezeigt!**) – Wir versuchen, das Ganze zu klären.

Von Valurex wiederum gehen rund 6 Millionen €, davon 587 000 € aus dem Komplex Valurex-Motorola, an die **Brozman Business S.A.**, Geschäftsführer Kurt Dalmata.

Diese 6 Millionen € lassen wir überhaupt weg. Das hat mit Sicherheit nichts mit dem Beweisthema zu tun. Da kommen wir in den Bereich Kampfflugzeuge hinein. Das wird uns vielleicht in diesem Haus wieder beschäftigen.

Die 587 000 Valurex-Motorola sind sehr wohl relevant.

Können Sie uns sagen, wer hinter dieser Firma Brodmann Business S.A. steht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich, aber ich sage Ihnen eines: Ich sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, das haben wir auch im Protokoll. Sie wissen ja, dass Herr ... (**Mensdorff-Pouilly: Auch wenn ich da jetzt schon eine Anzeige von der Staatsanwaltschaft habe, weil ich das das letzte Mal gesagt habe!**) – Herr Mensdorff-Pouilly, Sie haben vollkommen Recht, Sie haben genau aus diesem Grund ... (**Mensdorff-Pouilly: Genau, ich habe jetzt schon eine Klage!**) – Sie haben eine Anklage wegen (**Mensdorff-Pouilly: Richtig! Falscher Zeugenaussage!**) Verdachts der falschen Beweisaussage.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Richtig. Aber ich nehme nicht an, dass man zweimal das Gleiche anklagen kann, daher wiederhole ich es auch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen wir es uns einmal an. (**Mensdorff-Pouilly: Genau!**)

Mir ist ja wichtiger, dass wir jetzt festgehalten haben, dass der zweite Anklagepunkt wegen möglicher falscher Zeugenaussage ist. (**Mensdorff-Pouilly: Zweimal hält besser!**)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich muss jetzt wieder kurz eingreifen, sonst wird das Ganze viel zu kabarettistisch: eine klare Frage des Herrn Abgeordneten und dann kommt die Antwort und keine Unterbrechung des Abgeordneten. Bitte machen wir es wirklich seriös und ernst, obwohl es natürlich manchmal sehr stark verleitet!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja kein großes Geheimnis, was ich vor habe, nämlich dieses ganze Geflecht da einmal durchzugehen. Die Aussage von Dalmata lese ich noch einmal vor – Zitat –:

Es existiert eine Person mit Namen Mensdorff. Er hat drei Unternehmen, davon nennt sich eine Brodmann, für welche er keine Steuern bezahlt. Die MPA Budapest und die MPA Wien haben Angestellte und zahlen auch Steuern. Brodmann erhält den größeren Teil der Entschädigung für die Leistungen von Mensdorff. Ein kleiner Teil der Entschädigung geht nach Wien, um die Kosten des Büros zu decken. MPA hat einen Subkontakt mit Brodmann. – Zitatende.

Ich komme dann zurück auf Herrn Kainzinger. Da sind ja zahlreiche Unterlagen bei Ihnen beschlagnahmt worden. Etliches findet sich dort, handschriftliche Ordnungsversuche über Ihre Geburung und über Ihre Zahlungsgewohnheiten von Herrn Kainzinger. Aber das machen wir später.

Ich möchte zuerst einmal diese Struktur herausarbeiten. Dann ist ein Punkt, den wir noch nicht besprochen haben. Es finden sich Unterlagen zu Valurex: 800 000 via Rechtsanwalt unter dem Titel Singapur.

Es findet sich von Brodman Business: 500 000 bar, wieder unter dem Titel Singapur. Das spielt aus einem gewissen Grund, zu dem wir dann später kommen, möglicherweise eine wichtige Rolle.

Können Sie dem Ausschuss sagen, was da mit Singapur gemeint war oder ist?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe keine Ahnung, aber Singapur hat sicher nichts mit dem Blaulicht zu tun. Ich weiß nicht, ob es dort einen Blaulichtfunk gibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Problem ist nur: Sie sind ja befragt worden zu einer der Aufzeichnungen, die bei dieser Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden sind. Ich lege es Ihnen gerne vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Gehen wir dieses Papier jetzt einmal gemeinsam von oben durch.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte immer den Zusammenhang mit dem Beweisthema im Auge zu behalten!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ganz einfach, denn oben steht M, und wir haben Grund zur Annahme ..

Alfons Mensdorff-Pouilly: Entschuldigen Sie: Als kleiner Staatsbürger bin ich nicht berechtigt, einen Abgeordneten zu unterbrechen, aber M muss noch nicht Mensdorff heißen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist ... (**Mensdorff-Pouilly:** Ich weiß schon, Sie wollen das alles vorlesen, aber das können Sie ja vielleicht austeilen an die Journalisten!) – Herr Mensdorff-Pouilly, wissen Sie was: Ich werde Ihnen Fragen stellen und ich brauche Ihre Ratschläge nicht. Die Leute, die Ihre Ratschläge angenommen haben, haben Probleme, die ich niemals in meinem Leben haben möchte. – Punkt.

In Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 1. April 2009 stellen Sie auch klar, dass M, das steht ganz oben, nicht für Mensdorff-Pouilly steht. Sie sagen – Zitat :

Die Abkürzung M steht für Motorola. – Zitatende.

Damit sind wir wieder im Beweisthema drinnen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ist das richtig? Halten Sie diese Aussage Ihrer Beschuldigtenvernehmung von 2009 aufrecht, dass hier oben auf der Seite das M – und daneben steht 800 000 – für Motorola steht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich. Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Darunter steht dann – Zitat –:

V – Singapur via Rechtsanwalt –

und dann: –

nächste W –

möglicherweise Woche –

treffen. –

Lassen wir das einmal. Da kommt dann auch noch:

Zukunft S –

und –

S 700 000. – Zitatende.

Ich mache jetzt einen Sprung zur Mitte des Ganzen. Ich habe Sie ja schon nach den 1,1 Millionen im Zusammenhang mit dem Projekt Alpha gefragt. Da sind wir mit Sicherheit im Beweisthema.

Hier steht:

TA: 1,4.

Können Sie dem Ausschuss sagen, was TA hier bedeutet?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die ersten 7 Minuten bereits vorüber sind.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich anerkenne und respektiere es voll, dass sich Herr Mensdorff-Pouilly bei der Beantwortung der Fragen der Aussage entschlägt.

Nur kann ich mit so einer Antwort nichts anfangen: Ich entschlage mich, ich habe keine Ahnung. In der Verfahrensordnung ist keine Ahnung zu haben kein Entschlagungsgrund, sondern nur eben die besagten Gründe – Strafverfahren, drohender Nachteil und so weiter.

Wenn Sie keine Ahnung von etwas haben, dann ist das schon eine sachliche Antwort, dass Sie das nicht kennen. Also in einem Atemzug: Ich entschlage mich, ich habe keine Ahnung. – Irgendwie kommt mir das ein bisschen zu viel vor. Ich würde also bei den Antworten doch darauf Wert legen, wenn Sie sich inhaltlich festlegen wollen, dass Sie etwas nicht wissen oder sonst etwas, dass man das schon präzise trennt, denn sonst kann ich damit wenig anfangen. Haben Sie jetzt gesagt, dass Sie es nicht wissen oder entschlagen Sie sich, weil Sie ein Strafverfahren haben? (**Mensdorff-Pouilly:** Ich

entschlage mich!) – Zu meinem Geschäftsordnungsredebeitrag? – Gut, danke. (Abg. Dr. Pilz: Der Antwort oder des Gedächtnisses? – Mensdorff-Pouilly: Ausnahmsweise der Antwort!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Verfahrensanwalt, belehren Sie die Auskunftsperson noch einmal!

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wir haben es heute sicher wiederholt mit der Inanspruchnahme des Entschlagungsrechtes zu tun.

Die Auskunftsperson hat aber auch zu begründen und glaubhaft zu machen, dass ein Entschlagungsgrund vorliegt. Um das überhaupt nachprüfen zu können, würde ich zunächst raten, dass eine exakte Frage zu Protokoll kommt, und dass Sie dann als Auskunftsperson sagen, wie Sie vorgehen wollen.

Wenn Sie sagen: Ich möchte mich entschlagen –, weil ein Strafverfahren anhängig ist, und ich mich durch eine Aussage belasten könnte, dann ist das überprüfbar.

Wenn Sie nur sagen: Ich entschlage mich –, ist es in Wirklichkeit nicht nachprüfbar, ob Sie dieses Recht berechtigterweise in Anspruch nehmen.

Ich glaube, wir sollten hier eine Ordnung einhalten, sonst wird das Ganze eigentlich nicht mehr ernst zu nehmen sein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke. Wir sind noch bei der Befragung durch Abgeordneten Pilz, allerdings sind die 7 Minuten bereits vorüber. Ich würde empfehlen, in der zweite Runde fortzusetzen. Oder machen Sie einen Vorgriff?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist eigentlich nur mehr diese kurze Geschichte.

Ich bin sehr einverstanden damit, dass wir so vorgehen, wie es der Verfahrensanwalt vorgeschlagen hat.

Ich wiederhole meine Frage: Herr Mensdorff-Pouilly! Sie haben das vor sich liegen:

TA: 1,4.

Ich frage Sie jetzt ganz konkret: Heißt das Ihres Wissens oder Ihrer Meinung nach Telekom Austria: 1,4 Millionen €?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich, weil diesbezüglich ein Verfahren gegen mich läuft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Darunter stehen nur noch zwei kurze Zeilen, ein Pfeil und dann:

MPA Budapest Retainer.

Wir wissen ja aus dem Projekt Alpha, dass es sich hier um die 1,1 Millionen aus Projekt Alpha handeln dürfte, deswegen ist der untere Pfeil entscheidend:

CFU direkt.

Können Sie dem Ausschuss sagen, was CFU ist?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. (Obfrau Dr. Moser: Weil?) – Weil ein Verfahren gegen mich läuft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da geht es nur um die Kenntnis einer Firma.

Ich sage Ihnen, was ich vermute – und ich bin mir eigentlich ziemlich sicher –, nämlich dass es sich hier um die C.F.U. GmbH des Herrn Ulmer handelt, und ich wüsste nicht, wie Sie sich durch diese Auskunft – wenn Sie es wissen –, dass Sie sagen, das ist die C.F.U. GmbH von Herrn Christoph Ulmer, belasten könnten. – Das müssen Sie uns schon glaubhaft machen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das kann ich Ihnen klarmachen: Ich habe keine Ahnung. Das ist weder meine Schrift, was da ist, noch weiß ich, was das ist. Daher könnte ich mich belasten, wenn ich da einen Blödsinn sage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist wesentlich einfacher, wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, was das ist. Das ist eine Antwort in der Sache.

Ich frage dann in der nächsten Runde weiter. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mensdorff-Pouilly, können Sie uns schildern, was das „Projekt Alpha“ ist?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, ich habe es schon gesagt: Es läuft ein Verfahren in dieser Sache, und ich entschlage mich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was es ist, können Sie uns auch nicht sagen? Was das Projekt ist, können Sie uns auch nicht sagen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich das einem Staatsanwalt gesagt habe, und ich warte, was dort passiert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie uns sagen, wie dieses Geschäft zwischen Ihnen und der Telekom Austria zustande gekommen ist?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Auch das kann ich Ihnen nicht sagen. (*Obfrau Dr. Moser: Und was ist der Grund?*) – Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich bin kein Jurist: Jawohl, ich entschlage mich! – Ich lerne es noch bis zum Abend.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können oder wollen Sie uns berichten, an wen Sie bei der Telekom Austria im Zusammenhang mit diesem Projekt Bericht gelegt haben?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich, weil das auch im Protokoll meiner Aussage beim Herrn Staatsanwalt ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gibt es eine Dokumentation zu diesem Projekt?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Auch dazu entschlage ich mich, auch das steht im Protokoll beim Herrn Staatsanwalt, das Sie sicher kennen, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte Ihnen eine Passage aus der neunten Beschuldigtenvernehmung von Gerhard Schieszler vom 25. Juli 2011 vorhalten – ich zitiere –:

Bereits, glaube ich, 2006 kam Mag. Fischer zu mir und teilte mir mit, dass bezüglich Alfons Mensdorff-Pouilly noch eine Verbindlichkeit der Vergangenheit offen sei, welche getilgt werden sollte. Ich versuchte, dieses Thema auszusitzen, weshalb dies kurz vor Ausscheiden von Mag. Fischer trotz mehrmaliger Urgenz von Fischer und Alfons Mensdorff-Pouilly nicht passiert ist. – Zitatende.

Ist diese Aussage von Gernot Schieszler korrekt? Können Sie damit etwas anfangen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich beende meine Befragung und danke.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mensdorff-Pouilly, ich versuche, Fragen zu finden, bei denen ich nicht sehenden Auges und offenen Ohres sofort in eine Entschlagung hineingerate.

Meine erste Frage ist: Kennen Sie Frau Susanne Luka?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich, weil sie auch in den Protokollen steht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das steht in den Protokollen, das ist schon richtig, nur ich weiß nicht, ob diese Frau zu kennen bereits ein Straftatbestand ist.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja, natürlich kenne ich sie.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In welchem Zusammenhang? War Sie eine Angestellte in einer Firma? (**Mensdorff-Pouilly:** Ja!) – Es schreibt diese Frau Susanne Luka – nur damit Sie den Zusammenhang erkennen; uns interessiert halt alles, was in diesem Dunstkreis irgendwo mit Motorola, Alcatel, Telekom, mit TETRON, was auch immer, am Rande auch zu tun hat –, es liegt mir ein E-Mail vor, wo die Firma Motorola intern für einen Vertrag ein Formular abgeben muss. Die Firma Motorola ist sehr heikel, sie nimmt nur ganz besonders honorige Firmen und braucht dafür verschiedenste Referenzen. Das ist in einem Formular, G 9 nennt sich das bei Motorola betriebsintern, festgehalten.

Frau Susanne Luka führt im Zusammenhang mit der Referenz für eines Ihrer Unternehmen – vom Verteiler her nehme ich an MPA Vienna, also MPA Wien –, im Zusammenhang mit diesen Referenzen für das G 9, drei an: zum einen die ***Retriever Kft*** mit Sitz in Ungarn, Kontaktperson Herr Dr. Dalmata, dann die ***Pannonia Szel Kft*** in Pottenbrunn, Kontakt Herr Johannes Count Trauttmansdorff, und dann noch als dritte Referenz ***VCP Industrie Beteiligungen AG***, Kontakt Mag. Christoph Ulmer.

Vor Ihnen hat die Auskunftsperson Ulmer gesagt, dass die VCP mit einer Firma von Ihnen nie in irgendeiner Form etwas zu tun gehabt hat. Er kann sich nicht erklären, wie das als Referenz angegeben wurde. – Können Sie das erklären?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann Ihnen sagen, dass das mit dem Untersuchungsgegenstand gar nichts zu tun hat, weil es da nämlich um einen Vertrag für Nahost gegangen ist. Das hat nichts mit dem Blaufunk zu tun.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das haben wir auch gehört, dass Herr Ulmer mit Verträgen mit Nahost zu tun hatte, mit dem Irak, Saudi-Arabien, Katar und Ähnliches, auch mit Motorola, aber eine Referenzliste zu erstellen, hat nach meinem bescheidenen Dafürhalten immer etwas damit zu tun gehabt, dass man mit dieser Firma schon etwas Geschäftliches zu tun gehabt hat als Referenz. – Und Herr Ulmer hat gesagt, die angeführte VCP hat noch niemals Geschäfte mit MPA gemacht!?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich weiß nicht, was Herr Ulmer weiß, ich weiß aber, was Frau Mag. Luka weiß, denn wenn die so etwas macht, dann weiß sie, was sie macht. Das waren Referenzen für den Nahen Osten, und wenn sie nicht die richtige Referenz angegeben hätte, hätte uns Motorola auch nicht den Vertrag für den Nahen Osten gegeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Sie haben das nicht beeinflusst, das hat Frau Luka von sich aus selbsttätig gemacht! (**Mensdorff-Pouilly:** Ja!) – Jetzt ist aufgekommen – und Sie haben sich da entschlagen beziehungsweise haben Sie gesagt, Sie haben nichts damit zu tun –, Valurex ist nicht Ihre Firma. Das war Ihr Wortlaut.

Haben Sie sonst wirtschaftliche Interessen oder Kooperationen mit der Firma Valurex?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Dazu entschlage ich mich, weil das Thema eines Verfahrens ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diesbezüglich interessant ist ein E-Mail auch von Frau Susanne Luka, wo es im Vorspann eine ursprüngliche Nachricht gibt von Herrn Neureiter an Herrn Mark Cliff, der bei dieser Valurex ist, wo es um Provisionszahlungen zwischen Motorola und Valurex geht. Die haben einen Vertrag gehabt, da waren Umsatzsummen, Prozentklauseln, Höchstbeträge, alles Mögliche drin, und da ist eine Teiltranche abberufen worden.

Genau dieses E-Mail geht dann von Frau Luka an Herrn Wirth von Motorola. Frau Luka schreibt:

Sehr geehrter Herr Wirth!

Herr Neureiter hat uns diese Mail bezüglich Rechnungslegung geschickt. Graf Mensdorff würde gerne wissen, ob das so stimmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Luka – Zitatende.

Meine Frage: Was war Ihr Interesse, nachdem Sie von Frau Luka angesprochen worden sind, ob die Provisionszahlungen zwischen Motorola und Valurex funktionieren oder ob das so stimmt?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich glaube, da entschlage ich mich, das passt ins gleiche Verfahren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Neureiter von der Firma Motorola schreibt an Herrn Dürr, ebenfalls bei Motorola, betreffend Valurex, Mensdorff:

Von Mensdorff habe ich folgende Info zu Valurex. Im März 2007 wurden seitens der Schweizer Finanzbehörden und der Polizei Untersuchungen der Kontobewegungen durchgeführt. Im Juni 2007 wurden diese Untersuchungen abgebrochen mit dem Ergebnis, dass es keine Verdächtigungen gegen Valurex gibt. – Zitatende.

Haben Sie Herrn Neureiter diesbezüglich informiert?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. Alles, was Valurex betrifft, ist im Verfahren. Das machen wir dann dort beim Richter.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe das natürlich auch Herrn Neureiter gefragt, und er hat gesagt:

Das ist etwas ganz Normales. Herr Mensdorff war mit uns in einer Vertragsbeziehung, das war ein Konsulent von uns, in ganz anderen Sachen, das hat mit Valurex nichts zu tun. Er hat viel Information, und als ein guter Geschäftspartner hat er offensichtlich aufgeschnappt, dass es so etwas gibt, und darum hat er uns als guter Freund und Geschäftspartner des Unternehmens gesagt, da gibt es etwas bei dieser Firma Valurex.

Das hat er uns als Erklärung geliefert.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das ist Valurex. – Machen wir es beim Richter!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Sie meinen jetzt generell, sobald ich bei meinen Fragen **Valurex** erwähne, dürfte eine Entschlagung kommen. Sehe ich das richtig?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das macht es einfacher.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann frage ich jetzt einmal nichts mit Valurex, aber auch der Erfolg dieses Mails ist, glaube ich, eher ein zweifelhafter.

Da gibt es ein Problem bei Motorola mit einer Abrechnung von Rechnungen von Verena Karimi – zu der frage ich Sie nicht –:

Wir haben keinen Vertrag mit ihr und langsam bekomme ich Probleme, sie unauffällig zu buchen. Wie viele Rechnungen kommen noch? – Zitatende.

Dann schreibt Herr Wirth zurück: Ein bis zwei. Lösung – ich bin am Suchen.

Dann schreibt Herr Schmicke wieder zurück an Herrn Wirth – Motorola-interner Verkehr –:

HaJo, wir müssen uns absichern und sowohl für diese Rechnungen –

gemeint Karimi –

als auch für die von MPA ein gutes Backup schaffen. Wer kann helfen, zu dokumentieren, für welche Leistungen wir beide bezahlt haben? Hattet ihr andere Angebote eingeholt, bevor ihr euch für diese beiden entschieden habt?

Gruß

Thomas – Zitatende.

Können Sie damit etwas anfangen, dass Motorola nicht wüsste, wo Ihre Leistungen waren?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich noch eine letzte Passage, die Referenz Mr. Alfons Mensdorff, Title MPA GmbH, Telephone – eine Telefonnotiz, auch bei Motorola, in Punkt 6:

Mr. Mensdorff, General Estate, that Valurex is very causes about disclosing any details or its customers or suppliers. – Zitatende.

Also: Valurex ist sehr vertraulich, wenn es darum geht, aufzudecken, aufzuklären, wer ihre Vertragspartner und Zulieferer und Unterstützer sind.

Können Sie damit etwas anfangen, oder ist das Wort „Valurex“ wieder hinderlich?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Sie hätten es überlesen sollen. Es war dabei, daher entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen kurz ein Dokument vor.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Das sind die Aussagen des Herrn Marcus Asner gegenüber den österreichischen Behörden. Sie, Herr Mensdorff, haben ja gegenüber den Medien angekündigt und auch erklärt, auch hier bereits im Ausschuss, dass das alles oder vieles falsch ist, was Herr Asner sagt. Sie haben in dem Zusammenhang auch die Firma Valurex genannt.

Sie haben jetzt dieses Dokument vor sich. Schauen Sie es sich in Ruhe an – im Wesentlichen beginnen seine Ausführungen auf Seite 5 – und sagen Sie mir, weil Sie ja angekündigt haben, Herrn Asner zu klagen, was falsch ist, was er dort angibt!

Lassen Sie sich ruhig Zeit!

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, es ist ja schade um die Zeit. – Ich habe Herrn Asner angezeigt wegen Verleumdung und falscher – ich weiß nicht, was alles, das weiß der Jurist. Daher sage ich nichts dazu, weil das auch ein Verfahren ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber wenn Sie ihn anzeigen, und sich dagegen wehren, muss man ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das bekommt dann der Staatsanwalt alles, Punkt für Punkt.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Sie sind gefragt worden, warum Sie angezeigt haben, welcher Sachverhalt Anlass für Ihre Anzeige war. – Ich meine, wenn Sie selbst aktiv eine Anzeige gemacht haben, sollten Sie sich überlegen, inwieweit Sie sich entschlagen.

Haben Sie in der Anzeige falsche Dinge vorgebracht, dann könnten Sie sich meines Erachtens entschlagen, denn dann könnte gegen Sie ein Verfahren eingeleitet werden. Wenn Sie aber der Meinung sind, dass Sie dort einen Sachverhalt zum Gegenstand gemacht haben, der aus Ihrer Sicht korrekt ist, dann können Sie sich meines Erachtens nicht entschlagen.

Aber das hat dann das Gremium zu prüfen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Zur Ergänzung an den Herrn Verfahrensanwalt: Die Auskunftsperson hat darüber gesprochen, dass Herr Asner unter anderem auch wegen Verleumdung von ihr angezeigt worden wäre. Eine Verleumdung würde ja davon ausgehen, dass wissentlich falsche Angaben gegenüber einer Behörde, auch einer Strafverfolgungsbehörde gemacht worden sind.

Das heißt, Sie gehen davon aus, dass aufgrund der Aussagen von Asner – wenn auch wissentlich falsch – bei einer Behörde gegen Sie Vorwürfe erhoben worden sind. – Ist das der Kern dieser Verleumdungsanklage? Dann würde nämlich trotzdem auch ein Verfahren ... (*Abg. Petzner: Entschuldigung, eine Geschäftsordnungs-Wortmeldung beinhaltet keine Frage!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Danke an den Verfahrensanwalt. Daher haben wir auch die Frage gestellt, weil wir sie für zulässig halten, auch auf Basis der Aussagen, die hier um Ausschuss schon gemacht wurden und auch gegenüber den Medien, dass man gegen Herrn Asner gerichtlich vorgehen will und vorgehen wird.

Das Wort „Verleumdung“ ist gefallen. Das heißt, wenn man das tut, dann gehe ich davon aus, dass man Fakten vorlegen kann, die Herrn Asner widerlegen, sonst macht man das ja nicht, dass man Herrn Asner vor Gericht zerrt. Insofern würde das, dass man eben richtige Sachverhalte im Zusammenhang mit so einer Klage oder mit so einem Gerichtsverfahren gegen Herrn Asner vorbringt, den Standpunkt des Verfahrensanwalts untermauern, dass diese Frage zu beantworten ist, und daher haben wir sie auch gestellt.

Ich darf daher, soweit es möglich ist, um die Beantwortung ersuchen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Asner hat mich unter anderem der Bestechung bezichtigt. – Ich habe nie jemanden bestochen, und daher habe ich ihn angezeigt,

denn das lasse ich mir nicht gefallen. (Abg. **Petzner**: Ja, das ist auch ihr Recht als Staatsbürger!)

Sechs oder fünf Jahre lang ist im anderen Fall die Bestechung gesucht worden, jetzt ist die Anklage gekommen – und da ist keine Bestechung. Ich habe immer gesagt, ich habe nie jemanden bestochen, und dabei bleibe ich auch.

Auch in dieser Sache habe ich nie jemanden bestochen. Das lasse ich mir auch von einem amerikanischen Anwalt nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Daher habe ich Sie das ja auch gefragt. Das sind deutliche Worte, das ist ja schon einmal ein bisschen etwas.

Ich lege Ihnen noch etwas anderes vor – reden wir zur Auflockerung wieder ein bisschen über die Jagd! –, nämlich ein Mail von Herrn Ulmer an Sie:

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Lieber Ali, lieber Hans-Joachim,

anbei, wie vereinbart, die Liste der möglichen Jagdteilnehmer. – Zitatende.

Die Liste umfasst 31 Namen.

Erste Frage: Ist es korrekt, dass Herr Ulmer – wie aus dem Mail-Text hervorgeht – diese Liste so vorgeschlagen hat? Er schreibt ja: anbei, wie vereinbart, die Liste der möglichen Jagdteilnehmer.

Wenn ja, welche Personen auf dieser Liste haben an dieser Jagd dann teilgenommen? Von Herrn Kreutner wissen wir es schon, von dem Herrn BVT-Menschen Polli wissen wir es. Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen, vor allem, wer das bezahlt hat!

Es gibt ja ganz viele Jagden, die da stattgefunden haben. Können Sie uns ein bisschen etwas erzählen, warum Motorola so viele Jagden bei Ihnen gebucht hat, und wer da aller eingeladen wurde, und wer das bezahlt hat? Da gibt es eben Schottland-Jagden, Rebhuhn-Jagden, Niederwild-Jagden, Tod und Teufel.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe ein Unternehmen, das Jagden verkauft. Das hat es verkauft – der Rest ist Geschäftsgeheimnis. Alle Verkäufe sind eingegangen in der Buchhaltung. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie auf Basis dieser Liste irgendwelche Teilnehmer bestätigen oder dementieren? Wahrscheinlich nicht, oder?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Bleiben wir dabei!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau. Nachdem man mit Herrn Scheuch – obwohl, das hat sich ja auch aufgelöst, welcher Scheuch es dann war. Ist ja alles halb so schlimm, war es halt der Kurt, kein Problem, der das dann auch bestätigt hat.

Noch einmal kurz zu Herrn Asner. Das ist eh alles in den Medien gestanden, Sie werden das „profil“ gelesen haben und all die Zeitungen. Sie haben jetzt erwähnt, dass dieser Vorwurf, dieser Bestechungsvorwurf des Herrn Asner falsch ist.

Gibt es da noch weitere Punkte, oder ist das das einzige, das Sie in diesem Dokument als ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, ich kenne dieses Dokument nicht. (Abg. **Petzner**: Deswegen habe ich es Ihnen vorgelegt!) – Ja, das ist ganz lieb von Ihnen, aber ich sage Ihnen, ich bin nicht fähig, das so schnell zu lesen; will ich auch nicht. (Abg. **Petzner**: Okay!) Nicht böse sein, aber wenn es eine Seite ist, schaffe ich es als burgenländischer Bauer auch, aber so eine dicke Geschichte fange ich mir gar nicht an, zu lesen; nicht böse sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Okay. Ich hätte Ihnen die Möglichkeit gegeben, es in Ruhe zu lesen. Aber gut, kein Problem. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*)

Der Herr Bernecker ist ja ein Mitarbeiter von Ihnen, nicht? Bernecker heißt er, glaube ich, oder?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Der ist leider tot.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung, er war Mitarbeiter von Ihnen. Entschuldigung, so muss man das sagen, genau, aber er war Mitarbeiter von Ihnen. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja!*)

Welche Tätigkeiten hat der Herr Bernecker im Zusammenhang mit dem Blaulichtfunk gemacht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, da entschlage ich mich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns nur ganz allgemein – ganz allgemein, ganz ungefährlich, ganz an der Oberfläche –, grundsätzlich sagen, für welche verschiedenen Unternehmungen Sie im Bereich des Behördensfunks tätig waren? Wir haben einerseits die Alcatel, für die Sie tätig waren, dann die Telekom Austria und zuletzt Motorola. Ist das einmal prinzipiell korrekt, oder habe ich da etwas vergessen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, da entschlage ich mich, weil es da genug Aussagen bei der Staatsanwaltschaft gibt, und aus dem wird es einen möglichen Prozess geben, und dort werden wir das dann klarmachen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was könnte ich Sie noch fragen, wo Sie sich nicht entschlagen? – Ich weiß, dass diese Frage nicht zulässig ist, Herr Verfahrensanwalt, ich ziehe Sie auch sofort wieder zurück. Ich habe mir nur gedacht, na ja ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich hätte etwas anderes gemeint gehabt. Sie haben eine Frage gestellt, die auch im Protokoll ist, zu diesen drei Unternehmungen, ob es da eine Geschäftsbeziehung gegeben hat. Sie sagen jetzt, Sie entschlagen sich. Wie begründen Sie in diesem Fall die Entschlagung, denn es soll ja geprüft werden?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja, aber da gibt es ganz verschiedene Auffassungen – erstens. Zweitens: Alles, was ich sage – sowieso –, wird in der letzten Zeit kriminalisiert. Und drittens habe ich gar keine Lust, ein drittes Verfahren wegen falscher Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuss zu haben. Das brauche ich nicht. Und das ist Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, es können mitunter Anzeigen wegen Falschaussagen vor U-Ausschüssen auch kontraproduktiv sein, weil dann keiner mehr etwas sagt, aber das ist ein anderes Thema. Das kann man auch so sehen.

Ich wollte Sie noch etwas fragen, Sie haben das ja auch schon bei Asner gesagt: Ist es korrekt, und kann man das bejahren, dass Sie sagen, Sie haben im Zusammenhang mit der Causa Behördensfunknetz verschiedene Tätigkeiten gemacht – das ist alles in den Akten –, aber kann man grundsätzlich festhalten, dass Sie die Position vertreten, Herr Mensdorff, Sie haben da Leistungen erbracht, es hat nie eine Bestechung gegeben, nie kriminelle oder strafrechtlich relevante Handlungen Ihrerseits in diesem Zusammenhang?

Können Sie das hier bestätigen, oder können Sie dazu gar nichts sagen? Den Herrn Asner klagen Sie jetzt zum Beispiel, weil er eben Bestechung vorwirft, also das haben Sie schon einmal zurückgewiesen, daher meine grundsätzliche Frage nach strafrechtlich relevanten Handlungen im Zusammenhang mit dem Behördensfunknetz.

Oder sagen Sie einfach, Sie sind überzeugt davon, Sie sind unschuldig, es ist alles korrekt gelaufen und das wird sich hoffentlich auch herausstellen? Was können Sie dazu sagen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann nur sagen, dass es hier meinerseits keine Bestechungen gegeben hat, und für den Rest entschlage ich mich, denn das habe ich Ihnen vorher schon gesagt, und für den Rest entschlage ich mich.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Herr Mensdorff, wie kam es zu Ihrer Tätigkeit für die Telekom im Bereich des „Projekts Alpha“?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Frau Abgeordnete, da entschlage ich mich.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Warum?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Weil das Thema des Verfahrens ist – steht auch im Protokoll –, und deswegen entschlage ich mich.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Nur der Formalität halber, damit wir das auch im Protokoll haben; ich will Sie nicht irgendwie piesacken, sondern dass wir das rein formalistisch herunterexerzieren: Wem haben Sie im Rahmen des „Projekts Alpha“ Bericht erstattet?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Frau Abgeordnete, dazu entschlage ich mich; steht auch im Protokoll der Staatsanwaltschaft.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Dann wird unter anderem auch im Protokoll stehen, welche anderen Projekte im Rahmen des Vertrags mit der Telekom Austria, in dem ja auch im Rahmen des „Projekts Alpha“ Unterstützung gegeben wurde, mitabgerechnet werden. – Ist das korrekt?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht verstanden.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Weil Sie sich vorhin entschlagen haben, wird das natürlich auch im Protokoll stehen, außer Sie gewähren uns jetzt Auskunft, welche anderen Projekte im Rahmen des Vertrags mit der Telekom Austria, in dem von Unterstützung beim „Projekt Alpha“ die Rede ist, mitabgerechnet wurden.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Es stehen alle Projekte im Protokoll der Staatsanwaltschaft und im Zusatz, den ich dann noch nachgeschickt habe.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Also auch Ihre Leistungen für die Telekom Austria im Rahmen des TETRON-Projekts?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Auf alles, das man mich dort gefragt hat, habe ich geantwortet.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Und welcher Entgeltanspruch war für diese Leistungen vereinbart?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich, weil das Inhalt des Verfahrens ist.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Herr Mensdorff-Pouilly! Wir haben heute zum wiederholten Male gehört, dass Sie Verträge für Ihre Firma MPA Budapest abgeschlossen haben, unter anderem mit der Firma Telekom für das „Projekt Alpha“, daher würde uns die interne Firmenstruktur dieser MPA Budapest sehr interessieren, die es ja ermöglicht hat, dass man überhaupt für die Telekom oder andere Unternehmungen derart hochwertige Leistungen erbringt, und daher frage ich einfach einmal durch.

Was waren die Aufgaben und Expertisen von Herrn Anton Clemens Croy in der MPA Budapest?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das ist ein Firmengeheimnis. Das brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu erzählen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Verzeihung, Herr Mensdorff-Pouilly, entweder Sie sagen, das war ein Angestellter von mir oder nicht, oder Sie sagen, das war ein Jurist oder ein Betriebswirt oder jemand anderer, aber das kann kein Geschäftsgeheimnis sein, wenn ich Sie befrage, was die Expertise oder die Aufgabe eines Mitarbeiters in der MPA Budapest war.

(*Die Vertrauensperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich glaube, ich kann mich an den gar nicht erinnern. Ich glaube, der war überhaupt nur geringfügig, wenn ich mich richtig erinnere, bei dem ...

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Und die Frau Stephanie Croy?

Alfons Mensdorff-Pouilly: In welchem Jahr war das? Weil ich mich nicht daran erinnere, das muss ja weiß ich wie lange her sein.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Das war vom 26. April 2004 bis 21. August 2004 und vom 1. September 2005, laufend, steht hier.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Büroangestellte; aber ich glaube, die war auch nur geringfügig, denn die zwei Croys, meines Wissens, waren nur geringfügig.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Und die Frau Franziska Croy?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Oder waren es sogar drei?

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ja. – Und was waren die Tätigkeitsbereiche beziehungsweise die Expertisen der Frau Ana Crnov?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Die hat im Büro gearbeitet, meines Wissens.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wie kann ich mir das vorstellen, Herr Mensdorff-Pouilly, von der Firmenstruktur her? Ohne das jetzt irgendwie werten zu wollen, aber da waren dann zehn Büroassistentinnen beschäftigt und die anderen mit Expertise, oder wie kann ich mir das vorstellen, diese Firma?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich, denn das hat mit dem Blaufunk überhaupt nichts zu tun, finde ich.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Na ja, es hat insofern damit zu tun, als wir untersuchen, ob die MPA Budapest derartig hochwertige Leistungen im Rahmen des „Projekts Alpha“ für die Telekom erbringen **könnte**, wenn Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen über derartige Expertisen verfügen und so weiter. Es hat also doch mit dem Blaulichtfunk zu tun.

(*Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Das ist sicher innerhalb des Untersuchungsgegenstandes.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da müssen Sie aber auch anschauen, was die MPA Budapest zusätzlich an Leistungen – erstens – in anderen Büros und so weiter zugekauft hat. Das müssen Sie dann dazunehmen. Ich habe jetzt keine Ahnung, wer dort noch beschäftigt war und wie viele, aber ich weiß, dass dort sicher Sachen zugekauft wurden.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Können Sie mir sagen, in welchen Geschäftsfeldern die MPA Budapest tätig war?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, denn das ist sicher ein Firmengeheimnis.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Na ja, da das im Firmenbuch steht, können wir das ja grundsätzlich einmal durchfragen.

Würden Sie bestätigen, dass die Firma MPA Budapest mit der Erbringung technischer wirtschaftlicher Dienstleistungen beschäftigt ist?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Also ich möchte Sie da jetzt nicht belehren, Frau Abgeordnete, aber wenn Sie das ungarische Handelsgesetz kennen, wissen Sie, da gibt es ganze Würste an Sachen, die man nur paketweise nehmen kann. In Österreich kann man sagen – ich weiß nicht –: Handel mit Waren aller Art oder so, und in Ungarn gibt es da ganze Würste dafür, da müssen Sie das ganze Paket nehmen. Da können Sie jetzt lange vorlesen, da kann ich Ihnen bei vielen Sachen sagen, nein, überhaupt nicht, und da werden ein, zwei Sachen dabei sein, die so sind.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich bedanke mich für die Belehrung in europäischem Recht, Herr Mensdorff-Pouilly, denn es stimmt, dass da ein ganzes Konvolut von Dingen eingetragen ist, insbesondere auch der Einzelhandel mit Kraftstoffen für Kraftfahrzeuge. Da habe ich mich gefragt, ob da vielleicht auch eine Tankstelle betrieben wurde oder nicht.

Aber jetzt noch zu einem anderen Thema: Ist Ihnen bekannt, dass seitens der Telekom Austria ein Privatbeteiligtenanschluss im gegenständlichen Strafverfahren vorgenommen wurde?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja, das habe ich, glaube ich, irgendwo gelesen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Und war Ihnen als Eigentümer der MPA Budapest bekannt, dass die Telekom Austria als Privatbeteiligte die an Sie beziehungsweise an Ihre Firma ausbezahlten 1,1 Millionen € nunmehr zurückfordert?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Bei mir hat niemand etwas verlangt.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Da Sie sagen, Sie haben keine Kenntnis darüber: Ich glaube schon, dass das auch in der Firma beziehungsweise bei der MPA Budapest doch Thema ist. Haben Sie da irgendwie eine Ahnung, wie mit dieser Forderung umgegangen wird?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe das in der Zeitung gelesen, aber sonst hat überhaupt niemand ... Also die MPA Budapest – ich war erst vor ein paar Tagen unten –, dort hat mich niemand irgendwie darauf angesprochen. Und das wäre sicher ein Thema, auf das man mich angesprochen hätte. Ich habe es hier in Österreich gelesen, dass die Telekom am Tag vor der Hauptversammlung sich noch schnell bei allen angehängt hat, aber in Ungarn weiß da niemand etwas davon – davon gehe ich aus, weil mich niemand darauf angesprochen hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde. Die zweite Runde mit 5 Minuten beginnt Abgeordneter Pilz. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen noch einmal zur Valurex. Ich lese Ihnen ganz kurze Zitate aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung vor; 21. September 2011, erstes Zitat:

Ich hatte niemals Aufträge zum Themenbezug TETRON weder für/von der Alcatel noch für eine andere Firma. – Zitatende.

Halten Sie diese Aussage, die Sie im Strafverfahren gemacht haben, aufrecht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich dazu, denn das ist Thema ... (Abg. Dr. Pilz: Das geht nicht! Nein!) Geht nicht? – Gut, dann ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist jetzt ein bisschen schwierig. Da haben wir an und für sich die Übung in diesem Ausschuss ... Ich bin der Meinung, Sie können sich durchaus entschlagen, wenn ich jetzt mehr ins Detail gehe und frage: Und was ist das und so weiter? Aber da geht es nur darum, ob Sie eine Aussage, die Sie bereits gemacht und unterschrieben haben, aufrechterhalten.

(Die Vertrauensperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Herr Dr. Pilz, da bleibt folgendes Problem: Da ist die Auskunftsperson offensichtlich als Beschuldigter vernommen worden und hat eine andere Stellung im Verfahren, was wir alle wissen. Hier muss die Auskunftsperson unter Wahrheitspflicht aussagen, und sie muss sich jetzt sehr gut überlegen, ob sie diese Aussage bestätigt, weil sie richtig und wahr war, oder ob sie sie nicht bestätigt und sich eben entschlagen will. Und es kann auch sein, dass das nicht so schwarz-weiß ist, das möchte ich schon auch dazusagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, ich bin ja durchaus Ihrer Meinung. Ich bin auch überhaupt nicht überrascht, dass wir jetzt in diese Situation kommen. Ich sage Ihnen nur: Das ist schon ein Problem, das wir bis jetzt nicht hatten, wenn eine Auskunftsperson nicht bereit ist, ihre mit Unterschrift versehene Beschuldigungsaussage in der Strafjustiz aufrechtzuerhalten.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich glaube, Sie suchen eine dritte Möglichkeit einer falschen Zeugenaussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nein, nein, das reicht schon, wirklich; ist schon genug.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Außerdem: Das ist immer eine Frage des Zusammenhangs und so weiter, daher sage ich Ihnen: Ich entschlage mich da, denn die Zusammenhänge sind ganz andere.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wir kommen ohnehin auf die Zusammenhänge. (**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ja!)

Das zweite Zitat lautet – das haben auch Sie gesagt, auch unterschrieben –:

Ich hatte niemals Aufträge zum Themenbezug TETRON weder für/von der Alcatel noch für eine andere Firma. – Zitatende.

Ich frage Sie zur Sicherheit wieder: Halten Sie diese Aussage aufrecht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich wieder, weil das genau die gleiche Sache ist; das ist eine Zusammenhangsfrage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Und jetzt kommen wir zu dem meiner Meinung nach entscheidenden Dokument. Wir haben ja schon oft gesprochen über diese G9-Formulare, unternehmensintern.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Wissen Sie, was ein G9-Formular ist? (**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ja!) – Dann brauche ich es auch nicht neu zu erklären. Nur für die anderen – wir haben es ein paar Mal besprochen –: Es ist eine Third Party Sales Representative Application. Das schaut sich Motorola an, da muss begründet werden, warum bei einem bestimmten Geschäft mit Motorola ein sogenannter **TPSR** von der Unternehmensführung genehmigt wird. Und da geht es um das sogenannte österreichische Geschäft, da geht es also um den Behördenfunk.

Gehen Sie bitte mit mir auf die Seite 6 von 7, da ist eine Unterschrift. Da steht: 22. Februar 2006; darüber ist eine Unterschrift. Kennen Sie diese Unterschrift?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Die Unterschrift ist meine.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist Ihre Unterschrift.

Oben steht unter Punkt 28 – und das ist für mich entscheidend, denn es geht immer um den Behördenfunk, um TETRON –:

MPA is working on the Austrian project as a subsidiary to Valurex International SA, Geneva branch, Schweiz. – Zitatende.

Das ist eindeutig. Herr Mensdorff-Pouilly, das haben Sie unterschrieben. Da gilt der alte Satz: Jedes Unterschriftl ist ein starkes Giftl. Da sind wir jetzt an dem Punkt. Das haben Sie unterschrieben, das liegt auch dem Staatsanwalt vor. Und wie ich das gesehen habe – ich sage Ihnen nur meinen persönlichen Eindruck –, war mir klar, dass sich der Staatsanwalt zumindest überlegen muss, ein Verfahren wegen des Verdachts der falschen Beweisaussage gegen Sie einzuleiten, und das hat er ja offensichtlich auch getan. Das betrifft aber das Gerichtsverfahren. Es geht ja bei Ihren beiden Anklagepunkten meines Wissens nach um Aussagen in zwei Untersuchungsausschüssen.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt: In dem E-Mail-Verkehr haben wir – das haben wir im Ausschuss schon öfter zitiert – dieses Fax von Motorola an Etienne Kiss-Borlase, Valurex und Mark Cliff. Das erspare ich mir dieses Mal.

Ein wichtiger Punkt ist: Neureiter Josef von Motorola, den wir befragt haben, mailt am 21. November 2005 an Mark Cliff:

„Dear Mark,

the next invoice is due now:

I am told, that you can invoice the next Infrastructure delivery 3 % (...) – und so weiter, und so fort; Teil der Phase 1.

„Please use the following Text on the invoice: ‘Partial Infrastructure deliveries Project Phase 1.’ Please send the original invoice (in paper) to Motorola Taunusstein, att. Mr. Ferudun Akin“

Das ist in genau diesem Zusammenhang, da steht: „Subject: (...) Invoice Motorola to Teton.“ Und der Mark Cliff, an den das geht, ist der Mark Cliff von Valurex; und in Cc geht das an den ehemaligen Brigadier Josef Bernecker; da steht in Klammer: josef.bernecker@mpa-vienna.at.

War der Brigadier Bernecker zum damaligen Zeitpunkt ein Mitarbeiter der MPA?

(*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Alfons Mensdorff-Pouilly: Zu irgendeinem Zeitpunkt **war** der Brigadier ... (Abg. Dr. Pilz: Nein, zum **damaligen** Zeitpunkt!) – Das kann ich Ihnen jetzt hier nicht sagen, ich weiß es nicht. Aber er war da, es gab ihn. Aber ob es ihn da schon gab? (Abg. Dr. Pilz: Ja, ja, da gab es ihn schon!) Na, wenn Sie das besser wissen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus einem einfachen Grund: Sonst hätten Sie irgendetwas dagegen tun müssen, dass dieser Brigadier Bernecker als Mail-Adresse MPA nimmt. Das ist nicht nur für mich ein starkes Indiz und ein klarer Beweis.

Ich möchte Sie noch etwas Letztes in diesem ganzen Zusammenhang fragen, weil es natürlich auch eine Frage ist, mit welcher Ernsthaftigkeit Sie dieses ganze Geschäft Valurex, Motorola und die ganzen anderen betrieben haben:

Da gibt es wieder ein Mail von Josef Bernecker, Josef.Bernecker@mpa-vienna.at, an Rose Andy: „Subject: MPA G9“, also wieder dieses Formular, und da geht es darum,

dass Personen gegenüber Motorola die Bonität Ihres Unternehmens bekunden und bezeugen. Da führt der Herr Bernecker, Ihr Mitarbeiter, an:

Herr „Schnakl Robert, neighbor“.

Dann weiter unten: „Mr. Heinz Luisser, „Schwabenhof“ (local hotel)“ und „Mrs. Martha Christa, hairdresser“.

Sagen Sie, aus welchem Grund haben Sie gegenüber Motorola Ihre Friseuse als Zeugin für Ihre Qualifikation und Bonität angegeben?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann Ihnen sagen: Erstens ist dieses G9-Ding meines Wissens für den Nahen Osten ausgefüllt worden, was immer da jetzt drinnen steht. Das Zweite war, dass ich, als die da irgendwelche Referenzen wollten, dem Josef Bernecker anscheinend gesagt habe: Die sollen mich gern haben. Entweder sie wollen uns, oder sie wollen uns nicht. Schreib den Friseur hinein, schreib den Nachbar hinein, schreib den Gastwirt hinein. – Und so ist es passiert, das sage ich Ihnen gleich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ja wenigstens nicht Ihre Hirsche hineingeschrieben, das wäre eine andere Möglichkeit gewesen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Die hätten **auch** eine gute Auskunft gegeben, wenn ich sie nicht erschossen hätte, oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, die hätten das auch bezeugt, ich bin mir vollkommen sicher.

Ein Letztes wollte ich Sie noch fragen – das dient, wenn Sie so wollen, nur mehr der kulturellen Abrundung. Wieder wegen „G-9 FormA“, David Ritchie, Montag, 6. Dezember 2004, an Belinda Sauer:

„Belinda,

I propose you delete the word ‚farmer‘ and insert ‚Land Owner and Developer‘ instead.“

Warum wollten Sie „Landbesitzer und Entwickler“ anstelle von „Bauer“ in Ihren Motorola-Unterlagen drinnen stehen haben? Welchen sachlichen Grund – das muss ja nicht ganz mit dem Behördenfunk zu tun haben – hatten Sie dafür?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, da werde ich mich **nicht** entschlagen. (*Abg. Dr. Pilz: Das is a G'schicht!*) Aber da kann ich mich überhaupt nicht daran erinnern. Ich kenne beide Namen nicht. Und was die da über mich geschrieben haben – ich kann mich wirklich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden auch darauf verzichten, Ihre Friseuse zu befragen. – Ich habe keine weiteren Fragen. Danke schön.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Die ist in Pension und war nicht meine, sondern die meiner Frau.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Herr Abgeordneter Amon, bitte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe keine Fragen, danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Rosenkranz. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Keine Fragen!*) – Herr Abgeordneter Petzner ist nicht hier. – Frau Abgeordnete Steßl-Mühlbacher.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich glaube, da das Strafverfahren anhängig ist und sich der Herr Mensdorff-Pouilly andauernd entschlägt, wird eine Befragung sicher nicht zielführend sein, und daher: keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da keine weiteren Fragen gestellt werden, der Auskunftsperson **Alfons Mensdorff-Pouilly**, verabschiedet diese und **unterbricht** die medienöffentliche Sitzung.

19.37

(Die Sitzung wird um 19.37 Uhr **unterbrochen** und um 19.38 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 19.38 Uhr bis 19.40 Uhr **nichtöffentlicht**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

19.41

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet über zur **medienöffentlichen** Sitzung und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

19.42

Auskunftsperson Arno Eccher

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Arno Eccher** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Eccher, ich danke für Ihr Erscheinen, auch für Ihr langes Warten!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name ist uns ja schon bekannt: Eccher Arno. Auch die Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Herr Eccher, wollen Sie am Beginn Ihrer Befragung nochmals Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss in Form einer zehnminütigen Erzählung präsentieren – oder dürfen wir gleich mit der Befragung beginnen? (*Die Auskunftsperson bejaht Letzteres. – Die Obfrau erteilt als erster Fragestellerin Abg. Tamandl das Wort.*)

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Eccher, ich möchte von Ihnen ganz gerne wissen, ob Sie im Sommer 2006 Geschäftsführer der **Orange Werbeagentur** waren.

Arno Eccher: Ja, ich war Geschäftsführer der Orange Werbeagentur.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie wissen, dass wir uns heute bei Ihrer Befragung damit beschäftigen, wie es zu einer Studie kam, die in diesem Zeitraum, wo Sie Geschäftsführer der Orange Werbeagentur waren, beauftragt wurde. Da ging es um eine **Analyse** zum **Online-Glücksspiel** und **Responsible Gaming** für die Österreichischen Lotterien, und da hätte ich gerne von Ihnen gewusst, welche Wahrnehmungen Sie im Zusammenhang mit dieser Studie hatten.

Arno Eccher: Ich hatte die Wahrnehmung, dass so eine Studie erstellt wird. Ich hatte die Wahrnehmung, dass da ein Auftrag lukriert wurde – ich sage gleich dazu: nicht von meiner Person –, und ich habe das also wahrgenommen, dass so eine Studie erstellt wird.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat diesen Auftrag zu dieser Studie gegeben?

Arno Eccher: Den hat Herr Ing. Peter Westenthaler gegeben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wer hat dann diese Studie erstellt? Hat die dann jemand in der Orange Werbeagentur erstellt? Oder wer hat diese Studie erstellt?

Arno Eccher: Diese hat meines Wissens ein Herr Kurt Lukasek erstellt, der in diesem Zeitraum bei der Agentur tätig war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Bei der Agentur angestellt?

Arno Eccher: Ich weiß nicht, ob er das ... – Ich glaube, er hat damals als Selbständiger Aufträge abgewickelt. (*Abg. Tamandl: Aha!*) Also er hat uns fakturiert, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das ist jetzt für mich ein neuer Aspekt. – Wenn Herr Lukasek diese Studie erstellt hat für die Werbeagentur und dann respektive für die Österreichischen Lotterien, und die Werbeagentur 300 000 € – 250 000 plus Umsatzsteuer – an die Lotterien verrechnet hat mit der Rechnungsnummer 18 vom 24. Juli 2006, können Sie sich noch erinnern, was dann der Herr Lukasek an die Orange Werbeagentur verrechnet hat für diese Studie?

Arno Eccher: Nein, das weiß ich nicht mehr. Also es war so: Der Auftrag wurde nicht außer Haus gemacht. Herr Kurt Lukasek ist täglich in der Agentur gewesen im Zuge der Wahlbewegung. Er ist auch über den Herrn Peter Westenthaler zur Orange Werbeagentur oder zum BZÖ gestoßen. Aber ich kann Ihnen nicht genau sagen ... – Also eine spezielle Abrechnung hat es für diese Studie meines Wissens nicht gegeben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): War der Herr Lukasek ein Spezialist, was dieses Thema betrifft, dass er diese Studie gemacht hat?

Arno Eccher: Das kann ich nicht beurteilen. Ich gehe davon aus, schon, sonst hätte ihm Peter Westenthaler diesen Auftrag nicht erteilt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie waren der Geschäftsführer. Ich gehe davon aus, dass alle Rechnungen, die von der Werbeagentur gestellt worden sind, über Ihren Schreibtisch gegangen sind. Haben Sie diese 300 000-€-Rechnung ausgestellt?

Arno Eccher: Die Rechnung selbst habe ich nicht ausgestellt, weil es ja eine Buchhaltung gegeben hat. Aber die Rechnung wurde auch aufgrund meiner Anweisung, nachdem ich den Auftrag von Herrn Westenthaler bekommen habe, an die Buchhaltung so weitergegeben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, der Herr Westenthaler hat Ihnen gesagt: Für diese Studie an die Österreichischen Lotterien GesmbH: 250 000 plus Umsatzsteuer. (*Arno Eccher: Ja!*) – Wie ging es denn damals der Agentur? War die Agentur damals finanziell gut aufgestellt, oder ging es der Agentur damals eher nicht so gut?

Arno Eccher: Es war hier herinnen auch schon Thema, dass die Agentur nicht sehr gut aufgestellt war. Aber sie hat gelebt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie darf ich das interpretieren?

Arno Eccher: Ja, es war nicht einfach. Das wurde hier herinnen auch schon besprochen. Es war nicht einfach, aber die Agentur hat gearbeitet, hatte Kunden, wie das BZÖ und eben auch diese. Natürlich war es schwer – das ist keine Diskussion –, aber die Firma hat gelebt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Jetzt ist es so, dass in diesem Jahr, dem Jahr 2006, ja auch Wahlkampf war. (*Arno Eccher: Ja!*) Und da ursprünglich auch das

BZÖ signalisiert hatte, einem Abänderungsantrag im Zusammenhang mit dem Glücksspiel zuzustimmen, und das dann nicht mehr der Fall war, geht man davon aus, dass diese 300 000 € die Abgeltung dafür waren, dass das BZÖ halt dann ***nicht*** mitgestimmt hat. – Haben Sie darüber eine Wahrnehmung?

Arno Eccher: Nein, überhaupt nicht. Überhaupt nicht. Also ich bin hier über die Medien informiert, aber ... – Sonst überhaupt nicht. Ich war in politische Sachen überhaupt nicht eingebunden. Das können Ihnen auch andere Angestellte der Agentur bestätigen. Ich war rein für die Organisation tätig. – Überhaupt nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Peter Westenthaler gibt in seiner Beschuldigteneinvernahme vom 28. November 2011 an – ich zitiere –:

„Zu Arno Eccher führe ich aus, dass dieser mittlerweile vom BZÖ zur FPÖ gewechselt hat. Zu den Angaben des Eccher, ich hätte ihn im gegenständlichen Fall zu etwas beauftragt, und zwar zur Ausstellung der Rechnung, gebe ich an, dass diese Angaben falsch sind. Weiters möchte ich noch sagen, dass Eccher ausführt, dass die € 300 000.- nicht dem BZÖ weitergeleitet wurden, sondern zum normalen Geschäftsbetrieb der Agentur verwendet wurden. Hätte ich damals gewusst, dass wir von irgendjemand € 300 000.- bekommen hätten, wäre dieses Geld mit Sicherheit nicht in der Agentur verblieben, sondern für den Wahlkampf verwendet worden.“

Wie sehen Sie diese Aussage?

Arno Eccher: Ja, das ist halt eine Aussage eines ehemaligen Vorgesetzten. Ich glaube auch, dass es so ist, dass man weiß und dass das ebenfalls Mitarbeiter bestätigen können, dass ich mit der Lukrierung dieses Auftrages null und gar nichts zu tun hatte und jene Personen, die den Auftrag erteilt haben, auch nicht kenne und noch nie mit denen zu tun hatte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Peter Westenthaler schildert in seiner Beschuldigteneinvernehmung vom selben Tag, also vom 28. November 2011, die Vorgänge wie folgt – ich zitiere –:

... „im Zuge einer Wahlkampfveranstaltung in Wien im Jahr 2006 von einem mir nicht mehr namentlich erinnerlichen Mitarbeiter angesprochen wurde, dass es eine Anfrage der Casinos Austria bezüglich des Themas responsible gaming gäbe, die seit einigen Wochen unbeantwortet sei. Daraufhin habe ich Lukasek gebeten, sich das anzusehen und allenfalls die Beantwortung zu schreiben. Für mich handelte es sich zu diesem Zeitpunkt um eine routinemäßige Anfrage für eine politische Stellungnahme. Solche Anfragen kommen in Wahlkampfzeiten täglich herein und wurden in der Regel von Herrn Lukasek beantwortet. Es ist mir auch erinnerlich, dass ich Lukasek gefragt habe ob er sich mit dem Thema auskenne und er dies bejahte.“ – Zitatende. Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen? Denn Westenthaler stellt das irgendwie anders dar. Das heißt: Gibt es von Ihrer Seite her eine Wahrnehmung dazu, dass sich das als eine im Wahlkampf übliche Anfrage dargestellt hätte? Haben Sie mit solchen Anfragen jemals zu tun gehabt? (**Arno Eccher:** Nein!) – Überhaupt nicht?

Arno Eccher: Nein, wirklich nicht. Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie war Ihr Verhältnis zu Peter Westenthaler? Das BZÖ ist ja Alleingesellschafter der Orange Werbeagentur gewesen, und nachdem Peter Westenthaler damals meines Wissens Bundesobmann des BZÖ war, war er ja eigentlich Ihr Vorgesetzter oder Ihr Chef? (**Arno Eccher:** Ja!) – Wie war Ihr Verhältnis zu ihm?

Arno Eccher: Ich sage es jetzt einmal so: Im engsten Zirkel war ich nicht dabei. Also dieses Gefühl hatte ich auch später in dieser Phase der Wahlbewegung nicht. Das Verhältnis war eher – ich sage es jetzt einmal so – Dienstgeber/Dienstnehmer.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte Ihnen die Rechnung über die 300 000 € vom 24. Juli 2006, die ich vorhin schon zitiert habe, vorlegen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Können Sie uns sagen, wer die Rechnung unterschrieben hat? Kennen Sie die Unterschriften?

Arno Eccher (*nach Einsichtnahme in das ihm vorgelegte Schriftstück*):

Nein, keine. (*Abg. Tamandl: Keine?*) Es sind drei Unterschriften drauf. Meine ist nicht dabei. Nein, keine, beim besten Willen nicht!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Unterschrift, die dem Firmenstempel oder der Firmenstampiglie am nächsten ist, ist nicht Ihre?

Arno Eccher: Nein, die ist nicht meine.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aha! Okay. – Vielleicht noch für den Abschluss in der ersten Runde: Halten Sie persönlich die 300 000 € oder die 250 000 € netto für diese Studie für angemessen?

Arno Eccher: Ichmute mir nicht zu, dass ich das einschätzen kann, weil ich in diesem Bereich inhaltlich auch keine Ahnung habe. Ich kann das nicht beurteilen. Schlussendlich gibt es einen Auftraggeber – und das muss der beurteilen. Das sage ich jetzt aus kaufmännischer Sicht. Ich kann das wirklich nicht beurteilen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist es öfter vorgekommen, dass die BZÖ-eigene Werbeagentur für andere tätig war?

Arno Eccher: Auch, aber jetzt nicht spezifisch in diesem Bereich, sondern eher werbeberatend und so, also nicht in diesem Bereich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie oft ist das vorgekommen?

Arno Eccher: Ich sage jetzt, vielleicht drei bis vier Mal, aber fünf Mal maximal.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): In welchem Zeitraum? Drei bis vier Mal im Jahr oder in Ihrer gesamten Tätigkeit?

Arno Eccher: Ja, drei bis vier Mal im Jahr.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Drei bis vier Mal im Jahr? (*Arno Eccher: Ungefähr, ja!*) – Was war denn da der Stundensatz der Agentur für solche Leistungen?

Arno Eccher: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Können Sie sich nicht mehr erinnern?

Arno Eccher: Nein. Kann ich nicht. Auch wenn ich möchte, ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich habe in der ersten Runde keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Uns liegen zu diesem Punkt drei Aussagen vor.

Zum einen einmal Ihre Zeugenaussage, dann die Aussage des Herrn Lukasek als Zeuge und zum anderen die Aussage des Herrn Peter Westenthaler als Beschuldigter.

Frau Kollegin Tamandl hat schon einige Dinge hier vorgehalten, unter anderem auch die Passage mit der Wahlkampfveranstaltung, wo Westenthaler meint, es gäbe nur eine Antwort auf eine Anfrage an die Casinos Austria, und er sollte die Antwort geben.

Zum anderen gibt es auch Ihre Zeugeneinvernahme und die Zeugeneinvernahme von Lukasek.

Lukasek sagt – ich zitiere –:

„Ende Juli 2006 kam Peter WESTENTHALER zu mir, ich war damals im Büro des BZÖ in der Dorotheergasse, er sagte, dass er ein Gutachten zu Responsible Gaming benötigen würde, und fragte, ob ich das machen könne. Ich fragte ihn, in welchem Zeitraum er das benötigt und in welchem Umfang es sein muss. Er sagte, dass er es am darauffolgenden Montag benötigen würde und der Inhalt soll acht bis zehn Seiten sein. Es war an einem Donnerstag oder Freitag, als mich WESTENTHALER darum ersuchte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich mit dieser Materie nichts zu tun gehabt und wusste vorerst gar nicht, worum es sich handelt. Über Internetrecherche habe ich dann dieses Schreiben zusammengestellt und an Peter WESTENTHALER übergeben. So weit ich mich erinnere, sagte WESTENTHALER, dass er das für die Casinos braucht. Unter Casinos meinte WESTENTHALER die Österreichische Lotterien GmbH. Den Hintergrund zu dieser Rechnung, welcher Auftrag dazu bestand, die Kosten dieser Arbeit usw. waren mir nicht bekannt, und WESTENTHALER hat mir dazu auch nichts erzählt.“

Weiter unten sagt Herr Lukasek dann:

„Ich bekam für meine Tätigkeit als Wahlkampfhelfer einen Spesenersatz. Für das Gutachten bekam ich kein gesondertes Honorar.“

Deckt sich das irgendwie ansatzweise mit Ihrer Wahrnehmung vom ganzen Prozess damals?

Arno Eccher: Das ist eigentlich das, was sich mit meiner Wahrnehmung deckt, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, Ihnen hat Westenthaler gesagt: Es gibt einen Auftrag zugunsten der Lotterien über einen Wert von 300 000 € brutto für eine Studie, die erstellt Lukasek, und du als Geschäftsführer wirst die Rechnung dazu verfassen! (**Arno Eccher:** Exakt, ja!) – Mich verwundert jetzt eines – Frau Kollegin Tamandl hat Ihnen diese Rechnung vom 24. Juli 2006 vorgelegt und Sie nach den Unterschriften darauf gefragt –: Keine einzige dieser drei Unterschriften kennen Sie! (**Arno Eccher:** Nein!) – Es ist vor allem auch nicht Ihre dabei. (**Arno Eccher:** Nein!)

Wer kann so etwas noch unterschreiben? – Ich kann es Ihnen auch noch einmal zeigen (**Eccher:** Ja gerne!), vielleicht kommt Ihnen eine Idee. Aber dass gleich drei Leute eine Rechnung unterschreiben, ist ohnehin einmal bemerkenswert, normalerweise genügt eine, aber wenn dann alle drei vom ausstellenden Organ selbst nicht erkannt werden, dann erscheint es mir wiederum sehr bemerkenswert.

(*Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt.*)

Arno Eccher (*nach Einsichtnahme in das ihm vorgelegte Schriftstück*):

Es tut mir leid, ich erkenne keine darunter. Ich kenne ja die Namen, die damals auch in der Agentur oder beim BZÖ gearbeitet haben. Wenn jetzt die untere rechte Unterschrift ... (*Abg. Mag. Maier: Man braucht sich nur die parlamentarischen Anfrage-Unterschriften anzusehen!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das haben wir auch getan und haben auch keine Ähnlichkeiten festgestellt, und auch nicht auf den entsprechenden

Niederschriften bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft. Wir haben keine wirklich hundertprozentigen Vergleichbarkeiten gefunden, ohne natürlich in Anspruch zu nehmen – wie vielleicht der Kollege Maier –, dass wir Graphologen sind. Wir sind keine Graphologen, Sie vielleicht schon, Herr Kollege. Wir haben Vermutungen gehabt, die haben sich aber alle nicht bewahrheitet. Wir hätten es gerne gehabt, keine Sorge.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Vielleicht überprüfen Sie es noch im Hinblick darauf, dass es sich vielleicht um Unterschriften aus dem Bereich der Casinos Austria handelt. (*Abg. Petzner: Das ist der Punkt, Frau Vorsitzende!*) Es würde naheliegen. (*Abg. Petzner: Man braucht nur die Akten zu lesen, dann weiß man es sofort!*) Gut. Es war nur ein Tipp, damit sich die Frage relativ schnell klären lässt. Der Herr Verfahrensanwalt hat auch schon die Vermutung gehegt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine Frage ist jetzt: Haben sich die Casinos Austria selbst eine Rechnung ausgestellt oder unterschrieben? Mir fehlt nämlich eine Unterschrift seitens des rechnungslegenden Organs darauf.

Es kann durchaus sein, dass es interne Vermerke, auch von den Casinos Austria, sind, zum Beispiel rechnerische Richtigkeit, Anweisungen an die Buchhaltung und so weiter. Das gibt es alles. Das kennen wir ja auch von Herrn Hochegger zur Genüge.

Aber kann es sein, dass diese Rechnung ausschließlich per E-Mail und ohne Unterschrift übermittelt wurde? Ist so etwas vorgekommen?

Arno Eccher: Nein, es kann eher sein, dass es mit Begleitschreiben übermittelt wurde, also wenn irgendwo eine Unterschrift auf einem Begleitschreiben wäre. Auf der Rechnung selbst dürfte das richtig sein, dass nur der Stempel oben ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also es kann durchaus sein, dass eine von der Orange ausgestellte Rechnung **nicht** die Unterschrift einer Buchhalterin oder des Geschäftsführers getragen hat? Das kann durchaus sein? (*Arno Eccher: Ja!*) – Jetzt zur Frage der Eigentümerverhältnisse. Diese Orange-Agentur war im Alleineigentum des BZÖ, der politischen Partei BZÖ. (*Arno Eccher: Ja!*) – Wem kommt dann wirtschaftlich eine Zahlung zugute, die an die Orange geleistet wird?

Arno Eccher: Natürlich damit auch dem BZÖ. Das ist klar. Wir haben ja, wie Sie wissen, auch Aufträge ausgeführt. Natürlich auch in Richtung des Eigentümers.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn man da einen Auftrag bekommt – und Sie sagen, der Werbereich und so weiter, das ist ja ein ganz normaler Geschäftsbereich –, und diese Firma auch ein Geschäft damit machen kann, ihre Angestellten bezahlen kann, dann hilft das logischerweise dem Eigentümer. (*Arno Eccher: Ja!*) Das ist ja beim Echo Medienhaus auch nicht anders.

Aber es ist so, dass es gerade bei diesem Zahlungsvorgang offensichtlich ist, was mittlerweile auch durch Gutachten belegt ist, dass die Leistung, die die „Orange“ erbracht hat und die der Auftraggeber „Lotterien“ anstandslos geschluckt und auch bezahlt hat – ich nehme an, Sie haben das in der Buchhaltung kontrolliert; es wurde auch bezahlt (*Arno Eccher: Ja!*) –, nicht dem Wert und der Zahlung entsprochen hat. Das Gutachten sagt, das ist um ein Zifaches für diese achtseitige Arbeit überhöht gewesen, das war diese 300 000 € nicht wert.

Da liegt jetzt der Verdacht nahe, dass es eine Scheinstudie war, um etwas anderes zu bezeichnen, nämlich eine Parteienfinanzierung unter Umgehung der entsprechenden Gesetze.

Wenn es so ist, dass eine Geldzahlung, der kein Gegenwert gegenübergestanden ist, an die BZÖ-Werbeagentur „Orange“ passiert ist, war das dann eigentlich eine Umgehung der Parteienfinanzierungsbestimmungen?

Arno Eccher: Ich kenne dieses Gutachten nicht, das über die Arbeit erstellt wurde. Es ist eine Leistung erbracht worden, und ein Kunde – ich nenne es jetzt Kunde – hat bezahlt. Also das müssen Sie mit dem Kunden diskutieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber von der Eigentümerstruktur her, haben Sie gesagt, da ist der wirtschaftliche Nutzen der Konstruktion einer eigenen Gesellschaft der des Alleineigentümers. Und der Nutznießer ist das BZÖ.

Arno Eccher: Das ist wohl so, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und wenn jetzt eine Leistung erbracht wird, die dem gar nicht entspricht, das heißt, die Gegenseite im Bewusstsein, dass es das nicht wert ist, dennoch einen überhöhten Preis bezahlt – wollen Sie sich auf die Spekulation einlassen, denn dann sage ich es Ihnen? –, dann ist es ganz einfach Parteienfinanzierung. – Danke. Keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Abgeordneter Petzner, bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also die Rechnung da (*ein Schriftstück in die Höhe haltend*), die haben Sie als Geschäftsführer damals verfasst?

Arno Eccher: Die Rechnung habe sicher ich in der Buchhaltung in Auftrag gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Das sagt auch Herr Hub. Herr Hub berichtet, dass gegenständliche Rechnung der Orange Werbeagentur GmbH über Anweisung des damaligen Geschäftsführers Arno Eccher erstellt habe.

Woher wissen Sie, was dem Westenthaler-Auftrag an den Lukasek zugrunde liegt? Woher wissen Sie das? Der Herr Westenthaler hat ja den Lukasek beauftragt. Woher haben Sie dann diese Information? Die müssen Sie ja dann von einem Dritten haben. Woher haben Sie diese Info, dass Westenthaler eigentlich da der Auslöser gewesen sein soll?

Arno Eccher: Wer den Auftrag lukriert hat?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau! Woher wissen Sie, wer den Auftrag lukriert hat?

Arno Eccher: Erstens: So groß war das Büro vom BZÖ nicht. Das habe ich schon mitbekommen, dass der BZÖ-Obmann einem Mitarbeiter, in diesem Fall Herrn Lukasek, diesen Auftrag erteilt hat. Ich war ja nicht weit weg von diesem Büro.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Waren Sie bei diesem Gespräch dabei, wo der Herr Westenthaler dem Herrn Lukasek am Freitag gesagt hat: Ich brauche bis Montag eine Studie! Waren Sie da dabei? (*Arno Eccher: Nein!*) – Also haben Sie es irgendwo vom Hörensagen erfahren? Anders geht es ja nicht, wenn Sie nicht dabei waren.

Arno Eccher: Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen, aber ich habe vom Herrn Lukasek mitbekommen, dass der Herr Westenthaler ihm diesen Auftrag erteilt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass der Herr Lukasek und der Herr Westenthaler in Unfrieden geschieden sind?

Arno Eccher: Das ist, was ich so mitbekommen habe, korrekt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nämlich, weil es Differenzen gab, auch bezüglich finanzieller Forderung.

Herr Lukasek ist ja nicht neu, er taucht ja auch beim Herrn Scheuch auf. Und auch gestern war ein Belastungszeuge zu Gast im Scheuch-Verfahren, ein Rechtsanwalt übrigens, der mitgeteilt hat, dass Lukasek diesem Rechtsanwalt angeboten hat, dieses

Tonband gemeinsam finanziell zu verwerten, mit diesem Tonband auch Geschäfte zu machen. (*Zwischenruf der Abg. Tamandl.*)

Das ist schon wichtig, Frau Kollegin Tamandl, weil wir damit auch die Glaubwürdigkeit des Herrn Lukasek hier entsprechend beleuchten können.

Diese drei Unterschriften sind relativ einfach geklärt. Sie haben es eh gesagt, Herr Eccher, dass die Unterschrift nicht von Ihnen stammt und auch nicht vom Herrn Westenthaler, auch wenn Sie Frau Kollegin Tamandl fünfmal danach gefragt hat.

Ein relativ kurzes Aktenstudium ergibt eigentlich sehr schnell die Lösung, wo nämlich auch die Verantwortlichen der Casinos Austria auch erklären, worum es geht. Ich stelle dazu auch gleich eine Frage.

Da sagt Frau Bettina Glatz-Kremsner, Vorstandsdirektorin der Österreichischen Lotterien GmbH, aus, dass für eine Rechnung in dieser Höhe „zwei Unterschriften nach der angeführten Ordnung erforderlich“ seien.

„Nach Angaben der Mag. Glatz-Kremsner sei DI Stickler vermutlich im Sommer 2006 zu ihr gekommen und habe sie ersucht, dass sie die Rechnung abzeichnet.“ – Erste Unterschrift.

„Dr. Wallner, der bei einem Auswärtstermin war, habe ihn angerufen und gesagt, dass die Rechnung im Haus sei, von ihm wäre die Sache geprüft worden und sie mögen die Rechnung freigeben. Darauf habe sie ebenso wie DI Stickler die Rechnung mit ihrer Unterschrift frei gegeben.“

Das heißt: Erste Unterschrift: **Glatz-Kremsner**. Zweite Unterschrift: **Stickler**.

Die dritte ist dann die vom Herrn **Wallner**.

Denn: „DI Stickler hatte mit Dr. Wallner telefonisch vereinbart, dass er nach seiner Rückkehr die Rechnung ebenfalls noch abzeichnen werde.“

Damit haben wir das große Rätsel, das Frau Tamandl hier aufzubauen versucht hat, gelöst. Die drei Unterschriften sind bekannt.

Herr Wallner sagt mehrfach in seinen Einvernahmen, dass er ausdrücklich auch diese Rechnung geprüft hat, die Leistung überprüft hat.

Ich habe das hier auch stehen. Wallner sagt, er hat die Sache geprüft und man möge die Rechnung freigeben.

Wissen Sie, dass die Orange Werbeagentur GmbH irgendeine Rückmeldung gekriegt hat, dass bei der Studie irgendetwas nicht passt oder was auch immer? Gab es da eine Rückmeldung? Eine negative?

Arno Eccher: Nein. Bis zu meinem Ausscheiden im Jahre ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Dann müssen wir Herrn Wallner fragen, warum ihm die Studie gepasst hat. Er hat es geprüft und die Zahlung freigegeben. Das kann man dann nicht der Orange Werbeagentur GmbH vorwerfen oder dem Geschäftsführer, Herrn Eccher zum Beispiel.

Andere Frage: Sie sind als **Zeuge** vernommen worden? (**Arno Eccher:** Ja!) – Zeuge ist ja etwas anderes als ein Beschuldigter. Sie haben in Ihrer Zeugeneinvernahme gesagt – Zitat –, der Geldeingang wäre für den weiteren Geschäftsbetrieb der Werbeagentur verwendet worden.

„Für den weiteren Geschäftsbetrieb der Werbeagentur verwendet worden“ heißt für mich, es sind diese 300 000 € der Orange Werbeagentur, die ein eigenes Unternehmen ist, **nicht** an die Partei weitergeleitet worden.

Ist das korrekt? Die sind für den laufenden Betrieb der Orange Werbeagentur verwendet worden?

Arno Eccher: Ja, natürlich. (*Abg. Petzner: Ja?*) Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nicht an die Partei weitergeleitet worden?

Arno Eccher: Nein, das sicher nicht. Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es immer so gewesen, dass Gelder, wie in diesem Fall die 300 000 € der Casinos Austria, nicht an die Partei weitergeleitet wurden, oder gab es auch Vorfälle in der Orange, wo Gelder der Orange sehr wohl an die Partei weitergeleitet wurden, aus welchen Gründen auch immer?

Arno Eccher: Aus meiner Zeit kann ich berichten, dass von der Orange Werbeagentur, soweit ich mich erinnern kann, an das BZÖ keine Zahlungen geflossen sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Keine Zahlungen! Das ist auch wichtig, zu wissen.

Wie viele Mitarbeiter hatte denn damals die Orange? – Ich frage das auch deswegen, weil wir hier Frau Karimi zu Gast gehabt haben, die als Ein-Personen-Betrieb einen Mega-Auftrag in Höhe von 200 000 € vom US-Konzern Motorola gekriegt hat.

Wie viele Mitarbeiter hat denn die Orange Werbeagentur zum damaligen Zeitpunkt zirka gehabt? Wissen Sie das auswendig?

Arno Eccher: Zwischen sechs und acht, in der Gegend.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also schon mehrere. Kein Ein-Personen-Unternehmen wie im schwarzen Umfeld? (*Arno Eccher: Nein!*) – War der Herr Lukasek bei der Orange beschäftigt, oder war er auf freier Dienstbasis beschäftigt? Der Herr Lukasek ist über den Herrn Westenthaler gekommen. War der Herr Lukasek bei der Partei angestellt? War der Herr Lukasek bei der Orange angestellt? War der Herr Lukasek selbstständig?

Arno Eccher: Soweit ich mich erinnern kann, hat er selbst fakturiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was heißt „selbst fakturiert“? Er hat selber Rechnungen gestellt? (*Arno Eccher: Ja!*) – Hat er selber irgendeine Firma, die ihm gehört?

Arno Eccher: Das wird wohl so gewesen sein. Ich glaube, er hat so etwas ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also das ist auch wichtig: Der Herr Lukasek, der die Studie erstellt hat, war weder ein Mitarbeiter des BZÖ noch ein Mitarbeiter der Orange oder in einem Beschäftigungsverhältnis zur Orange Werbeagentur, sondern er war eine **externe Person**, die Leistungen erbracht hat für die Partei oder für die Orange oder für beide, extra verrechnet hat und dafür Rechnungen gelegt hat.

Arno Eccher: Ja. Nicht für spezielle Aufträge. Soweit ich mich erinnern kann, war er speziell über den Herrn Westenthaler für die Wahlbewegung 2006 engagiert, nämlich das letzte Mal. Und da wurde ein monatlicher Fixbetrag – das weiß ich noch – vereinbart, und der wurde auch monatlich an uns, an die Orange Werbeagentur, fakturiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Lukasek war damit ein externer Beschäftigter? (*Arno Eccher: Ja!*) – Wissen Sie, war Herr Lukasek BZÖ-Mitglied? Meines Wissens nicht.

Arno Eccher: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir werden es noch einmal genau nachprüfen. Aber ich bin mir sehr sicher, dass er es nicht war.

Herr Lukasek war auch jahrelang irgendwie im FPÖ-Parlamentsklub, oder? Ist das korrekt? **Arno Eccher:** Ich glaube, das müssten Sie auch wissen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, weiß ich nicht, ich war nie bei der FPÖ. Wirklich nicht!

Arno Eccher: Ich habe den Herrn Lukasek kurz in den neunziger Jahren kennengelernt und dann eigentlich erst, ich glaube, im Juni 2006, wo er über den Herrn Westenthaler engagiert wurde, wiedergesehen. Also ich habe kein Naheverhältnis zum Herrn Lukasek. Und habe ihn seit damals übrigens auch nicht mehr gesehen, seit der Wahlbewegung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben da jetzt den Herrn Lukasek als externen Mitarbeiter, der hat selber fakturiert, das werden wir uns noch genau anschauen, wie er das gemacht hat. Aber auf alle Fälle ist er eine externe Person. Und Sie haben jetzt irgendwie gesagt auf Basis dieser Studienerstellung, dass auch der Lukasek die Erstellung dieser Responsible Gaming-Studie gegenüber der Orange verrechnet hat. Habe ich das richtig verstanden?

Arno Eccher: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie mir das noch einmal genau erklären, wie das gelaufen ist?

Arno Eccher: Es war eine monatliche Pauschale, sofern ich mich erinnern kann, mit dem Herrn Westenthaler ausgemacht. Diese wurde auch fakturiert, monatlich, solang er für die Orange Werbeagentur gearbeitet hat. Und die Studie selber, da wurde keine Leistung vom Herrn Lukasek meines Wissens fakturiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also das war in dieser Pauschale beinhaltet? (**Arno Eccher:** Ja!) – War Ihnen bekannt, dass der Herr Lukasek vor seiner Kurzzeittätigkeit fürs BZÖ von ein paar Monaten unter anderem auch im Umfeld der Österreichischen Bundesliga tätig war und sich dort auch intensiv mit Glücksspielfragen beschäftigt hat? War Ihnen das bekannt, dass er auf dieser Basis sehr wohl über Expertenwissen verfügt hat?

Arno Eccher: Das war mir bekannt, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Deswegen haben Sie vorher auch gesagt, Sie gehen davon aus, dass er sich ausgekannt hat. – Gut, das war's schon. Danke.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Eccher! Wir kennen ja den Stefan Petzner. Frau Vorsitzende, ich hätte einen Vorschlag. Es geht um die Rechnung Nr. 18. Stefan Petzner möchte uns allen hier weismachen, es handle sich bei diesen drei Unterschriften um die Unterschriften aus dem Bereich der Österreichischen Lotterien, nämlich von Herrn Stickler, von Leo Wallner vermutlich und von der Frau Kremsner. Es besteht die Möglichkeit, das abzuklären. Ich ersuche Sie, zu überprüfen, ob wir nicht von Seiten der Österreichischen Lotterien eine verbindliche Auskunft bekommen könnten, ob diese Unterschriften von einer der von mir angesprochenen Personen oder auch von dritten Personen stammen. – Das wäre das Erste.

Herr Eccher, Sie als Geschäftsführer der Agentur hatten sechs bis acht Mitarbeiter. Meine Frage: Wer konnte derartige Rechnungen abfertigen und unterschreiben? Sie haben zuerst mitgeteilt, möglicherweise wäre ein Begleitschreiben mitgesendet worden. Wer war damals auf Grund interner Regelungen befugt, derartige Rechnungen zu unterschreiben?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt schon wieder eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, obwohl von derselben Person am Beginn des heutigen Tages darauf hingewiesen wurde, dass wir uns kurz halten sollen bei Geschäftsordnungsmeldungen. Ich schlage deshalb auch vor, dass wir diese Unterschriftenfrage nächste Woche dann gleich mit Hilfe der geladenen Auskunftspersonen klären.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Dafür bin ich auch. Frau Moser, ich teile das vollkommen. Nur einen Satz als Anmerkung: Bei aller Wertschätzung für den Jacky Maier: Nicht ich habe das behauptet, sondern ich habe eben die Aussagen der beiden Zeugen Wallner und Frau Glatz-Kremsner aus den Unterlagen zitiert, die erklärt haben, woher diese drei Unterschriften kommen.

Also das ist keine Behauptung des Petzner, sondern eine Zitierung aus den Justizakten. Ich bin sehr dafür, dass wir das dann mit den Angesprochenen hier persönlich klären, aber ich bin überzeugt davon, dass es sich um diese drei Unterschriften handelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Das war trotz der durchaus höflichen Form ein klassischer Missbrauch der Geschäftsordnung. Und ich möchte jetzt nicht, wenn irgendein Vorhalt kommt, der fürs BZÖ politisch unangenehm ist, dass der politische Pflichtverteidiger sich jedes Mal zur Geschäftsordnung meldet und dann Diskussionen beginnt. Das ist nicht der Sinn von Geschäftsordnungswortmeldungen. Ich ersuche, da jetzt wirklich klar vorzugehen, auch in dem Sinn, dass wir uns derartige Missbräuche ersparen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, darum habe ich ja schon eine entsprechende Einleitung formuliert. Also in Zukunft werde ich sofort dann ins Wort fallen.

Es steht die Frage im Raum, wer die Rechnungen unterschrieben hat. Nächste Woche werden wir die dann vorhalten. Aber trotzdem, die Frage gilt es noch zu beantworten. – Herr Eccher, bitte.

Arno Eccher: Sie haben gefragt wegen der Zeichnungsberechtigung und der Rechnungen und so weiter, wer da befugt gewesen wäre. Natürlich meine Person.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Eccher! Es geht um diese Zahlung von 300 000 €. Wer hat nach Ihrem Wissensstand von dieser Zahlung der Österreichischen Lotterien tatsächlich gewusst, oder wer hätte etwas wissen müssen?

Arno Eccher: Also ich kann nur nach meinem Wissensstand sagen, dass innert der Agentur schon erwähnte Personen wie Peter Westenthaler, der Herr Lukasek, meine Person, der damalige Buchhalter oder heutige Buchhalter, ich weiß es nicht ...

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie heißt der?

Arno Eccher: Das ist der Herr Hub; er war es zumindest damals.

Bei diesen vier Personen kann ich sicher bestätigen, dass die das gewusst haben. Ich bin keiner, der das auf der Straße erzählt. Also ich glaube nicht, dass es noch viel mehr gewusst haben, aber ich weiß das natürlich nicht. Ich kann hier nur für mich sprechen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gab damals innerhalb des BZÖ einen Wahlkampfstab, also Verantwortliche für den Wahlkampf.

Meine Frage: Waren Sie jemals bei derartigen Wahlkampfbesprechungen als Geschäftsführer der Agentur beigezogen?

Arno Eccher: Ja, das war ich schon.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer waren damals die Verantwortlichen?

Arno Eccher: Das waren, wie gesagt, natürlich der Herr Westenthaler, meine Person, der damalige Finanzreferent des BZÖ, der Herr Fischl. Das war der Wahlkampfleiter, der Herr Rumpold, das war der Herr Lukasek – und ich glaube, der damalige Klubdirektor, ich weiß es aber nicht ganz sicher.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist in diesem Zusammenhang bei einer derartigen Besprechung über eine Zahlung der Österreichischen Lotterien gesprochen worden?

Arno Eccher: Nein, ganz sicher nicht. Weil es auch kein WahlkampftHEMA war. Diese Besprechungen waren dann aus organisatorischer Sicht, was den Wahlkampf betrifft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in einer größeren Runde Thema war.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gibt einen Bericht der Staatsanwaltschaft Salzburg. Diesem Bericht ist zu entnehmen, dass der Zeuge Siegfried Kobal laut einer informativen Mitteilung gegenüber dem Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung eine Besprechung zwischen Arno Eccher und Ing. Peter Westenthaler wahrgenommen haben soll, bei der eine Zahlung der Österreichischen Lotterien GmbH an das BZÖ Thema gewesen sei.

Meine Frage: Was haben Sie mit Peter Westenthaler besprochen?

Arno Eccher: Also das kann schon sein. Der Herr Kobal war damals eigentlich einer der engsten oder der engste Mitarbeiter, ohne den eigentlich kaum Gespräche stattgefunden haben. Das kann schon sein. Ich habe das ja auch nicht bestritten. Das ist jetzt aber eher die Bestätigung, dass ich es von Herrn Westenthaler erfahren habe, dass da eine Studie in Auftrag gegeben wurde.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie nur erfahren, dass eine Studie in Auftrag gegeben wurde, oder, dass mit einem Zahlungseingang zu rechnen ist?

Arno Eccher: Eine Studie ist ein Auftrag. Natürlich habe ich das gewusst, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Was sagen Sie nun zur Aussage von Peter Westenthaler – ich zitiere –:

Mir war zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt, dass es sich um ein bezahltes Gutachten handeln soll. Die im Akt befindliche Rechnung habe ich weder beauftragt noch unterschrieben.

Arno Eccher: Wie ich bereits erwähnt habe, hatte ich hier eine ganz andere Wahrnehmung, und zwar, dass ich der Meinung war, dass der Auftrag für diese Studie über den Herrn Westenthaler lukriert wurde und auch der Preis für diese Studie von Herrn Westenthaler an mich oder vielleicht auch an den Herrn Lukasek so weitergeleitet wurde.

Ich habe ja den Auftrag nicht lukriert, und es wäre für mich auch nicht möglich gewesen, weil ich zu diesen Herrschaften, die den Auftrag vergeben haben, noch nie Kontakt hatte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Also halten wir fest: Peter Westenthaler hat den Auftrag lukriert und natürlich damit gerechnet, dass dieser Auftrag auch bezahlt wird.

Daher meine Frage: Dieses Geld, diese 300 000 €, für welche Zwecke wurde dieser Betrag verwendet?

Arno Eccher: Ja, natürlich für diverse Aufwendungen, die die Orange Werbeagentur hatte. Das sind wie besprochen Personalkosten, eventuell auch Kosten für Dritte, wenn man etwas eingekauft hat. Also für solche Geschichten.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wurden diese Kosten für den Wahlkampf indirekt oder direkt verwendet?

Arno Eccher: Nein, also spezifisch für den Wahlkampf nicht, aber natürlich waren die Mitarbeiter zu dieser Zeit auch für den Wahlkampf tätig. Aber jetzt spezifisch, dass ich sage, es wurde aus diesem Geld irgend etwas für die Wahlbewegung angeschafft, das kann ich nicht sagen oder bestätigen. Nein.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie stark war die Einflussnahme von der Führungsspitze des BZÖ in die Geschäftsführung Ihrer Agentur? Gab es da konkrete Weisungen – oder konnten Sie selbstständig agieren?

Arno Eccher: Ja, natürlich war ich weisungsgebunden. Ich war in einem Angestelltenverhältnis. Die Eigentümerstruktur ist bekannt, und natürlich war ich auch weisungsgebunden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und wer hat Ihnen die Weisungen erteilt?

Arno Eccher: Die hat natürlich ausschließlich der Obmann oder der Eigentümer der Agentur gemacht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer war das?

Arno Eccher: Das war der Herr Westenthaler.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Danke. Keine Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Um zu verstehen, was damals im Frühsommer und im Sommer 2006 passiert ist, muss man sich erstens einmal ein Bild machen: Wie war es mit dem Reichtum des BZÖ in dieser Zeit bestellt? Wie reich war das BZÖ im Frühsommer 2006?

Arno Eccher: Das ist jetzt eine gute Frage. Ich wiederhole: Die Agentur hat gelebt. Ich weiß jetzt nicht, was die Frage genau soll. (*Abg. Petzner: „Reich“ ist ein sehr weiter Begriff!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War das BZÖ damals in finanziellen Schwierigkeiten?

Arno Eccher: Es war nicht so, dass wir auf Rosen gebettet waren, aber es war so, dass der Betrieb selbst eigentlich erhalten werden konnte, und das war das Wichtigste.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Herr Lukasek schreibt an den Kriminalbeamten Eckerstorfer auf dessen Fragen am 12. März 2012:

Tatsächlich war das Ganze –

also diese Gutachtengeschichte, die wir da behandeln –

ein mehr oder weniger offenes Geheimnis, weil ja das BZÖ mit den Zahlungen an die Mitarbeiter im Rückstand war, und jeder wusste, dass es mit der Zahlung der Österreichischen Lotterien Gesellschaft Geld geben würde. – Zitatende.

Ist das richtig?

Arno Eccher: Nein, das stimmt nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum stimmt das nicht?

Arno Eccher: Das stimmt absolut nicht. Wir waren mit Zahlungen an die Mitarbeiter nie im Rückstand. Das war auch für mich als Geschäftsführer das Wichtigste, dass Mitarbeiter am Ende des Monats ihr Gehalt beziehen. Das stimmt nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nicht nach der Orange Werbeagentur gefragt. Ich habe Sie nach dem BZÖ, nach der Partei, nach dem Klub gefragt.

Arno Eccher: Sie behaupten, dass irgendjemand kein Geld bekommen hat?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das bezieht sich offensichtlich auf das BZÖ!

Arno Eccher: Bitte ein normaler Ton!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit wir das konkretisieren: Ich habe Sie jetzt nicht gefragt – das war vielleicht ein Missverständnis –, ob die Rechnungen der Mitarbeiter der Orange Werbeagentur bezahlt werden konnten, sondern, ob das BZÖ als Partei und als Parlamentsklub in finanziellen Schwierigkeiten war zu dem Zeitpunkt.

Arno Eccher: Über den Parlamentsklub kann ich nichts sagen, absolut nichts sagen. Ich habe mit dem Klub nichts zu tun gehabt. Das BZÖ ist seinen Zahlungen zu diesem Zeitpunkt regelmäßig nachgekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da kommt ja einiges zusammen in diesem Sommer 2006. Da gibt es ja nicht nur dieses Scheingutachten des Herrn Lukasek, das mit den Casinos abgerechnet worden ist und das zum politischen Seitenwechsel des BZÖ im Parlament beim Glücksspielgesetz geführt hat, sondern da gibt es ungefähr zur gleichen Zeit 720 000 € über Scheinrechnungen Schmied & Schmied – das sind wir ja mit Ihnen schon durchgegangen, das war beim Beweisthema 1 – und 240 000 € über Scheinrechnungen – die Betroffenen haben ja alle sehr offen in diesem Ausschuss ausgesagt – über Frau Tina Haslinger.

Wenn wir uns also anschauen die Geldbeschaffungsmethoden des Bundes-BZÖ unter seinem Spitzenkandidaten Peter Westenthaler zum damaligen Zeitpunkt, dann sind mit Scheinrechnungen/Scheingutachten und auf Wegen, die der Untersuchungsausschuss in zwei Punkten meiner Meinung nach schon geklärt hat und bei einem dabei ist, das zu klären, 1 260 000 € geflossen.

Ich möchte es jetzt nicht bewerten. Wir werden uns ein anderes Mal darüber unterhalten, ob es nicht notwendig und ein ganz wichtiger Punkt wäre, dass das BZÖ im Sinne eines politischen Neuanfanges dieses Geld zurückzahlt, falls es das kann. Das weiß ich ja nicht. (*Abg. Petzner: Frage! Stellen Sie Fragen auch, oder tun Sie ...?*)

Kollege Petzner, Sie führen hier nicht den Vorsitz! (*Abg. Petzner: Leider! Leider! Noch nicht!*) Ich würde Sie wirklich ersuchen, den Ausschuss nicht damit zu belasten und auch die Befragungen nicht damit zu belasten, dass Sie einen politischen Keller voller Korruptionsleichen haben. Das ist Ihr Problem. Das sollte uns aber nicht daran hindern, hier in aller Ruhe eine Reihe von Fragen zu stellen.

Wann haben Sie erfahren, dass der Herr Lukasek dieses sogenannte Gutachten erstellen soll?

Arno Eccher: Ich denke, eigentlich schon mit Eingang des Auftrages. Ich kann es Ihnen jetzt zeitlich nicht genau sagen, aber ich denke, schon sehr rasch nach der Anweisung an den Herrn Lukasek, das zu tun. Ich denke, das weiß ich jetzt nicht genau, Uhrzeit schon gar nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher! Das ist mir jetzt ein bisschen unklar. Von welchem Auftrag reden Sie: Einlangen des Auftrages? Hat es einen schriftlichen Auftrag gegeben?

Arno Eccher: Ein Auftrag kann auch mündlich erteilt werden, wie Sie wissen. Hoffentlich wissen, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Deswegen frage ich ja möglichst genau nach. Also es hat einen Auftrag gegeben. Wann?

Arno Eccher: Ich habe diesen Auftrag nicht lukriert. Das habe ich heute schon drei-, viermal gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir geht es nicht darum, wann der Herr Westenthaler erfahren hat, dass dort Geld zu holen ist, sondern: Wann haben Sie diesen Auftrag bekommen?

Arno Eccher: Ich weiß nicht, ich wiederhole es jetzt. Sie halten hier Ihre politischen Referate, und ich wiederhole mich jetzt. Es tut mir leid, ich meine, Sie legen mir hier etwas in den Mund.

Ich muss davon ausgehen, dass ein Auftrag lukriert wurde. Ich muss davon ausgehen. Das war mein Wissensstand. Für diesen Auftrag wurde ein Mitarbeiter angewiesen, eine Studie zu machen. Das ist mein Wissensstand. Wenn Sie fragen, wie rasch ich das erfahren habe ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte nur wissen, und das hat nichts mit politischen Referaten zu tun, das ist eine einfache Sachfrage:

Wann haben Sie von diesem Auftrag erfahren?

Arno Eccher: Sehr wahrscheinlich mit der Zuteilung oder mit dem Auftrag an den Herrn Lukasek, das umzusetzen. Es kann aber genauso sein, dass ich es vielleicht eine Woche vorher gewusst habe oder der Herr Westenthaler mir gesagt hat, es wird eine Studie zum Erarbeiten geben. Ich kann es nicht genau sagen. Ich lasse mich hier auch nicht ins Eck drücken als Zeuge.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sehe keine Notwendigkeit, Sie in ein Eck zu drücken. Ich stelle Ihnen **Fragen**.

Arno Eccher: Ich habe das Gefühl, Sie versuchen das.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, schauen Sie, das ist ganz einfach, ich stelle eine Reihe von Sachfragen, und wir werden das nachher bewerten. Sonst überhaupt nichts. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*) – Nein, Kollege Rosenkranz! Wie Sie damit umgehen, dass dieser Herr jetzt ein freiheitlicher Landesgeschäftsführer ist, ist nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses. Und deshalb frage ich auch nicht dazu.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich glaube, wir sollten uns jetzt wirklich auf den Gegenstand konzentrieren, links und rechts wirklich links und rechts liegen lassen und mit dem Thema vorangehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und deswegen stelle ich meine Fragen weiter.

Ist es also richtig – ich versuche Sie nur möglichst genau zu verstehen –, dass Sie möglicherweise vor Kurt Lukasek, spätestens aber gleichzeitig mit ihm von diesem Auftrag erfahren haben? (**Arno Eccher:** Ja!) – Das wollte ich ja nur wissen.

Wissen Sie, wie viel Zeit zur Verfügung gestanden hat, dieses Gutachten zu erstellen?

Arno Eccher: Ehrlich gesagt, nicht genau. Ich habe das jetzt aus den Medien entnommen, anscheinend ein Wochenende; habe ich den Medien entnommen. Ich hätte es anders in Erinnerung gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja. Das stimmt schon mit dem Wochenende. Wenn man sich anschaut, wie das im Gutachten, das vom Gericht in Auftrag gegeben worden ist und vom gerichtlichen Sachverständigen Franz Marton am 15.11.2011 vorgelegt worden ist:

Gutachten zu Fragen betreffend Abhandlung Online-Glücksspiel und Responsible Gaming.

Zusammenfassung: Auch bei großzügiger Auslegung der 2006 gängigen Honorarberechnungen erscheint unter Einbeziehung der bekannten Fakten die Verrechnung von 300 000 € für ein neunseitiges Schriftstück mindestens 20-fach überzogen und nicht gerechtfertigt.

Ist Ihnen das bekannt?

Arno Eccher: Das habe ich den Medien entnommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja. Damals hat es ja das Gutachten noch nicht gegeben.

Arno Eccher: Aber ich kenne das Gutachten nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, was ich noch versuche, draufzukommen: Da kommt ein Auftrag über 300 000 € aus dem Bereich Casino Austria, also offiziell von der Lotterien AG. 300 000 €! Das ist ja keine Kleinigkeit. Ich zeige Ihnen dann ein seriöses Gutachten, das deutlich billiger war und um vieles umfangreicher ist. 300 000 € – und dann werden über ein Wochenende neun Seiten zusammengeschrieben!

Sagen Sie: Ist Ihnen nicht aufgefallen als Geschäftsführer der Agentur, dass der Preis in einem völligen Missverhältnis zur Leistung steht?

Arno Eccher: Ich weiß nicht, das ist jetzt Ihre Beurteilung und die Beurteilung eines Gutachtens, das ich nicht kenne und auch nicht weiß, wer dieses erstellt hat. Ich glaube, Preise müssen immer zwischen Kunde und Lieferant geregelt werden. Das ist so. Es gibt heute Menschen, die verlangen für zwei Stunden Vortrag 50 000 €. Also, ich getraue mich das hier nicht einzusetzen. Ich bin kein Fachmann in diesem Bereich, absolut kein Fachmann in diesem Bereich, ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich deponiere auch, ich habe diese Leistungsdauer den Medien entnommen. Ich hätte es Ihnen jetzt, wenn Sie mich heute gefragt hätten, wie lange da Herr Lukasek gearbeitet hat, nicht einmal genau sagen können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja.

Arno Eccher: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich noch an meine Frage erinnern? Ich warte noch auf die Antwort der Frage.

Arno Eccher: Für Sie ist der Preis zu hoch. Sie sagen, der Preis ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nicht für mich, Herr Eccher. Vielleicht haben Sie mich falsch verstanden?

Arno Eccher: Sie haben es auch gesagt für sich. Das Gutachten ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich habe Ihnen eine Frage gestellt. Und die Frage, ich wiederhole es Ihnen gerne – kein Grund zur Aufregung –, ist: Ist Ihnen

aufgefallen, dass das Gutachten, das neunseitige Gutachten, offensichtlich in einem krassen Missverhältnis zum Preis von 300 000 € steht?

Arno Eccher: Nein, ist mir nicht aufgefallen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen Sie, das ist eine klare Antwort: Es ist Ihnen nicht aufgefallen.

Und jetzt ein Letztes noch in diesem Zusammenhang. Der Herr Lukasek, in seinem Mail an den Beamten Eckerstorfer vom BAK, 12. März 2012, schreibt:

Hallo Herr Eckerstorfer!

Meiner Wahrnehmung nach, haben Peter Westenthaler, Arno Eccher, Geschäftsführer, Uwe Scheuch, Generalsekretär, Michael Richter und Harald Fischl definitiv Kenntnis gehabt. – Zitatende.

Westenthaler wissen wir, Sie haben wir befragt, der Dritte auf dieser Liste ist der Generalsekretär Uwe Scheuch. Entspricht das auch Ihren Wahrnehmungen, dass der Generalsekretär, der BZÖ-Generalsekretär, damals über diese ganze Causa zeitnah informiert war?

Arno Eccher: Nein, das entspricht überhaupt nicht meinen Wahrnehmungen. Ich habe das auch schon einmal in diesem Untersuchungsausschuss gesagt. Wobei ich es nicht behaupten kann, dass es der Uwe Scheuch nicht gewusst hat, ich gehe aber eher davon aus, dass er es nicht gewusst hat, weil, wie ich auch schon deponiert habe, das Verhältnis Peter Westenthaler – Uwe Scheuch nicht das innigste war und Uwe Scheuch eigentlich ab dem späten Frühjahr oder praktisch mit der Bestellung vom Herrn Westenthaler mehr oder weniger, obwohl er auf dem Papier, wie Sie sagen, Generalsekretär in Kärnten war ... – Aber ich weiß es natürlich nicht. Wenn das der Herr Lukasek weiß, dann ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Er war nicht Generalsekretär in Kärnten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, die letzte Frage in der ersten Runde!

Arno Eccher: Nein. Das BZÖ. Entschuldigung: Bund, schon Bund.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Bundes-BZÖ. Ja, ja.

Arno Eccher: Ja, aber das heißt, dass er Spitzenkandidat ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, nur die letzte Frage, dann sind wir mit dem durch. Haben Sie damals gewusst, ob Personen im Generalsekretariat über diese ganze Causa informiert worden sind? Waren Sie informiert über die Vorgänge im Generalsekretariat?

Arno Eccher: Nein, da war ich nicht informiert. (*Abg. Dr. Pilz: Danke!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur zweiten Runde: Abgeordnete Tamandl, bitte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Eccher! Ich möchte anschließen an das, was der Herr Abgeordnete Pilz gesagt hat, mit dem Gutachten von Herrn Marton, der ja eigentlich ein vernichtendes Gutachten über dieses sogenannte Gutachten gemacht hat, wo er beispielsweise formuliert – Zitat –:

Bereits in der Überschrift dieses Schriftstückes spricht Herr Kurt Lukasek von **Glückspiel** und nicht, wie allgemein üblich, von **Glücksspiel**, was bereits auf die Arbeit eines Laien schließen lässt. – Zitatende.

Jetzt möchte ich Ihnen aus der Zeugenvernehmung von Herrn Kurt Lukasek Folgendes zitieren. Er sagt, dass er im Juli 2006 von Peter Westenthaler gefragt worden ist, ob

er – es war im Büro des BZÖ – so ein Gutachten erstellen könne, und er hat gefragt, bis wann es fertig sein solle, und Westenthaler gemeint, es muss am Montag da sein, das muss er über das Wochenende machen.

Nachdem der Herr Petzner, der schon wieder entschwunden ist (*Abg. Petzner, der sich hinter den Abgeordnetenreihen befindet: Hier ist er!*), vorher gesagt hat, der Herr Lukasek wäre vorher für die Bundesliga tätig gewesen und wäre ein Spezialist auf dem Gebiet, möchte ich aus der Lukasek-Vernehmung Folgendes zitieren:

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich mit dieser Materie nichts zu tun gehabt und wusste vorerst gar nicht, worum es sich handelt. Über Internet-Recherche habe ich dann dieses Schreiben zusammengestellt und an Peter Westenthaler übergeben. Soweit ich mich erinnere, sagte Peter Westenthaler, dass er das für die Casinos braucht. – Zitatende.

Wie sehen Sie das vor diesem Hintergrund, dass der Herr Lukasek mit der Materie überhaupt vorher nicht befasst war, dass er überhaupt keine Ahnung hatte, und dass der Gutachter auch aufdeckt, dass er schon in der Überschrift einen Schreibfehler hat, was wiederum darauf schließen lässt, dass es sich in Wahrheit um ein **Scheingutachten** gehandelt haben muss? Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass der Auftraggeber jemals dieses Gutachten für irgendetwas brauchen konnte, wenn sich schon in der **Überschrift** so ein gravierender **Schreibfehler** befindet.

Arno Eccher: Ich kenne mich in der Materie nicht aus, deshalb traue ich mir hier auch nicht zu, etwas zu beurteilen. Ich traue mir das wirklich nicht zu. Ich kenne mich nicht aus und hätte diese Studie auch nicht machen können. Da kann ich eigentlich nur den Vorschlag machen, die betroffenen Personen zu fragen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben gesagt, der Herr Lukasek war als freier Mitarbeiter, oder wie man das auch immer titulieren mag, beschäftigt, als Wahlhelfer für die „Orange“ beim BZÖ?

Arno Eccher: „Wahlhelfer“ möchte ich das nicht nennen, nein. Herr Lukasek ist auf Wunsch des Herrn Westenthaler dazu gestoßen, sehr rasch nach der Nominierung des Herrn Westenthaler, und er war im engsten Umfeld des Obmannes und auch des Spitzenkandidaten auch für die Pressearbeit zuständig. Also, Wahlhelfer würde ich jetzt den Herrn Lukasek nicht nennen. Es war aber ausgemacht, während der Wahlperiode, also bis Ende des Wahlkampfs.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte noch einmal aus dieser Zeugeneinvernahme von Herrn Lukasek zitieren, wo er sagt:

Im Jahr 2006 unterstützte ich den Wahlkampf des BZÖ als Wahlkampfhelper.

Und dann sagt er eben, Obmann und Spitzenkandidat des BZÖ war Peter Westenthaler, und dass eben ein Teil des Wahlkampfes über die „Orange“-Werbeagentur abgewickelt worden ist.

Weiter unten sagt Herr Lukasek dann auch noch: Ich bekam für meine Tätigkeit als Wahlkampfhelper einen Spesenersatz.

Und weiter: Für das Gutachten bekam ich kein gesondertes Honorar. – Zitatende.

Das haben Sie bestätigt, dass er für das Gutachten kein gesondertes Honorar bekommen hat. (**Arno Eccher:** Ja!) Sie haben aber vorhin gesagt, Herr Lukasek hat eben als freier Mitarbeiter oder was auch immer ein fixes monatliches Pauschale bekommen. – Wie hoch war denn das?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht mehr. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie erklären Sie sich dann, dass Herr Lukasek da schreibt, dass er nur einen ***Spesenersatz*** bekommen hat?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht. Da würde ich vorschlagen, dass Sie ihn fragen. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte auch noch einmal ganz kurz auf den Wahlkampf zu sprechen kommen. Im Sommer 2006 hat ja bekanntlich schon der Wahlkampf begonnen. Haben Sie da als Agentur den Wahlkampf umfassend geführt? Waren Sie da umfassend für den Wahlkampf des BZÖ zuständig? (**Arno Eccher: Ja!**) – Können Sie ausschließen, dass von diesen 300 000 €, die für dieses Gutachten geflossen sind an die Werbeagentur, irgendwelche Wahlkampfaktivitäten für das BZÖ geleistet worden sind?

Arno Eccher: Wie ich Ihnen gesagt habe, spezifisch glaube ich nicht, allerdings ist natürlich im Zuge einer Wahlbewegung, wo man für das BZÖ tätig ist, auch Personal hauptsächlich für diesen Einsatz tätig. Und wenn Sie das verbinden wollen, dann können Sie das.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte meine Frage präzisieren. Sie sind vorher gefragt worden, ich glaube, selbst auch von Herrn Petzner, ob Geld geflossen sei von der Agentur an das BZÖ, wo Sie das verneint haben. (**Arno Eccher: Ja!**) Ich möchte aber meine Frage insofern präzisieren, als ich Sie fragen möchte, ob für den Wahlkampf vielleicht Leistungen nicht verrechnet worden sind an das BZÖ, was natürlich zu einer indirekten Zuwendung der „Orange“ an das BZÖ führt.

Arno Eccher: Nein, das war nicht der Fall.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Können Sie das ausschließen?

Arno Eccher: Ja, das denke ich schon. Ja. (**Abg. Tamandl: Danke! Keine weiteren Fragen!**)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War der Herr Westenthaler jemals Angestellter bei der „Orange“?

Arno Eccher: Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War der Herr Gerald Grosz Angestellter bei der „Orange“?

Arno Eccher: Nein, zu diesem Zeitpunkt nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zu diesem Zeitpunkt nicht. Zu einem anderen allenfalls ja?

Arno Eccher: Ja, ich glaube, irgendwann ab Ende 2006 oder mit Beginn 2007.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also in diesem Wahlkampf tätig. – Sie haben gesagt, sechs bis acht Personen waren in der Gesellschaft, in der „Orange“ tätig. Wurden im Wahlkampf Leistungen für das BZÖ erbracht? (**Arno Eccher: Ja!**) Wurden diese Leistungen dem BZÖ fakturiert? (**Arno Eccher: Ja!**) Voll und ganz, oder hat es da irgendwo einen günstigeren Satz gegeben?

Arno Eccher: Ich kann mich nicht entsinnen, dass über günstigere Sätze und so weiter gesprochen wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es waren ja Personen tätig, beschäftigt, auch der Herr Lukasek. Der Herr Lukasek sagt selbst, er hat eine ***Spesenvereinbarung*** gehabt. Sie haben gesagt, das ist ein ***monatliches Fixum*** gewesen. Man kann auch die Spesen monatlich pauschal machen. (**Arno Eccher: Ja!**)

Es ist auch nicht die Frage, möchte ich auch nicht beantworten, ob da allenfalls Umgehungen waren, was ein Angestelltenverhältnisse oder Ähnliches betrifft. Ob es sich hierbei konkret tatsächlich immer nur um Werkverträge gehandelt hat, ist auch nicht der Untersuchungsgegenstand.

Zur Frage selbst noch, jetzt ganz massiv. Wer hat Ihnen gesagt: Stellen Sie eine Rechnung an die Lotterien mit einem Rechnungsbetrag von 300 000 € für eine Studie?

Arno Eccher: Ich wiederhole mich hier: der Herr Westenthaler.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, nur der Herr Petzner hat das noch nicht ganz zur Kenntnis nehmen wollen.

Und jetzt geht es halt darum, was diese Studie beinhaltet hat. Der Herr Petzner hat nämlich gemeint, die Casinos haben das dreifach abgezeichnet, dass alles in Ordnung ist, dass die zufrieden und glücklich sind mit dieser Studie, und dass das 300 000 € auch wert ist.

Dieses Papier, die Studie „**Online-Glückspiel**“: Die Frau Kollegin Tamandl hat schon darauf hingewiesen, es müsste für alle, die im Fach sind, **Glücksspiel** heißen, und aufgrund der Tatsache, dass es im ganzen Text mehrfach vorkommt, kommt ja auch der Gerichtsgutachter zur Erkenntnis, dass das jemand ist, der sich mit Glücksspiel nicht wirklich auseinandergesetzt hat.

Der Gerichtsgutachter kommt auch zu ganz interessanten Dingen. Er sagt, es ist hier eine 9-seitige Analyse: Vergleich Perspektiven. Die Seite 1 ist ja nur das Deckblatt. Also da finden sich ja insgesamt nur zwei Zeilen drauf. Auf der Seite 1 und der Seite 9 sind ja nur mehr zwei Zeilen enthalten. Also tatsächlicher Inhalt sind sogar nur sieben Seiten. Der Gutachter hat gemeint, bei großzügigster Auslegung kommt er auf verschiedene Beträge dabei. Er sagt zum Beispiel da bei seinem Gutachten, dass das mit Analyse oder mit einem Gutachten überhaupt nichts zu tun hat. Dazu fehlt jeglicher Ansatz.

Der Gerichtsgutachter sagt zum Beispiel auch, zum Vergleich gibt es Stundensätze von 20 € bis 80 € für qualifizierte fachliche Kenntnisse, 50 € bis 100 € für hohe fachliche Kenntnisse und 80 € bis 150 € für besonders hohe fachliche Kenntnisse, Universitätsausbildung oder gleichwertige Vorbildung. Bei Nachweis eines höheren außergerichtlichen Einkommens kann dieses der Honorarberechnung zugrunde gelegt werden.

Man kommt jetzt drauf, dass der Stundensatz für diese Studie, wenn er das jetzt berechnet hat, die Zeit, die zur Verfügung stand, dass der Stundensatz für diese Studie: Analyse, Vergleich, Perspektiven, 8 333,33 € betragen hat, wobei er das auf die neun Seiten, also inklusive Deckblatt und der letzten zwei Zeilen, so berechnet.

Der Gerichtsgutachter zieht auch ein anderes Werk hervor, und zwar von einem Dr. Jens Kalke in den Jahren 2009 bis 2011, also das waren drei Jahre und nicht drei Tage, wo die erste umfassende Untersuchung zum Thema „Glücksspiel und Spielerschutz in Österreich, empirische Erkenntnisse zum Spielverhalten der Bevölkerung und zur Prävention der Glücksspielsucht“, durchgeführt wurde. Und das ist ein 336-seitiges Werk. Und da hat der Gutachter in Erfahrung gebracht, dass diese Werk 210 000 € gekostet hat.

Es drängt sich hier trotz der Freude vom Kollegen Petzner, dass die Casinos Austria und die Lotterien so besonders zufrieden waren und das überhaupt nicht moniert haben, der Verdacht auf, dass es sich dabei tatsächlich um ein reines **Scheingutachten** gehandelt hat. Das heißt, dass da nur Papier produziert wurde, um eine Zahlung nach außen für eine Buchhaltung bei den Lotterien zu rechtfertigen, aber

in Wirklichkeit das, was nämlich dieser überschießende Teil, den das Papier nicht wert war, ausschließlich dazu da war, die „Orange“-Werbeagentur mit mehr Geld auszustatten.

Wenn ich weiß, dass der Eigentümer das BZÖ ist, dann braucht es meiner Meinung nach nicht einen direkten Zahlungsfluss zwischen der „Orange“ und dem BZÖ, sondern die Tatsache, dass da Mitarbeiter tätig sind, die auch für das BZÖ im Wahlkampf tätig sind und verschiedenste Leistungen abwickeln, dass es hier ansonsten eine Nachschusspflicht bedeuten würde beziehungsweise derartige Einsparungen, dass das bei der „Orange“ sonst mit diesen Angestellten nicht weitergegangen wäre.

Meine Frage daher an Sie: Wenn diese 300 000 € im Wahlkampf nicht geflossen wären, wie viel hätte dann die Werbeagentur „Orange“ zur Verfügung gehabt in diesem Geschäftsjahr? Und was wäre gewesen, wenn diese 300 000 € eben nicht geflossen wären? Hätte es da eine Nachschusspflicht seitens des Eigentümers gegeben – oder wären dann manche Dinge einfach im Wahlkampf aus Kostengründen nicht erledigt worden?

Arno Eccher: Ja, wie soll ich das sagen? Wenn es diesen Auftrag nicht gegeben hätte, hätte es ihn nicht gegeben. Dann wäre er halt nicht da gewesen. Vielleicht hätte man was anderes lukriert, einen anderen Auftrag reingeholt. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Da Sie auch gefragt haben bezüglich Umsatz und so weiter: Ich bitte Sie, das ist doch sechs Jahre her, und ich habe die Unterlagen wirklich nicht mehr. Ich glaube, es waren so im Jahre 2006 – bitte binden Sie mich nicht! – um die 4 Millionen €. Ich denke, es war in der Gegend.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit in der zweiten Runde ist zu Ende.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine Verständnisfrage dazu: Diese 4 Millionen € bis 4,5 Millionen €, war das BZÖ-Wahlkampf oder war das das Budget der „Orange“ in diesem Geschäftsjahr?

Arno Eccher: Das war das Budget der „Orange“.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf dieser Rechnung 18 steht – Zitat –:

Für Beratungen im Bereich des Responsible Gaming April bis Juli 2006. – Zitatende.

Wann ist der Peter Westenthaler Obmann geworden? Ich glaube, das war irgendwann im Juni 2006, oder?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht, wann er offiziell bestätigt wurde. Das war vielleicht im Juni, er war aber schon vorher da.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Im Juni? Aber jetzt frage ich mich nur: Im April 2006 war er noch nicht da. Da war er noch irgendwo bei MAGNA. Das passt ja nicht zusammen mit den Angaben über den Auftraggeber Westenthaler.

Wissen Sie da etwas über weitere Leistungen in diesem Zeitraum April bis Juli 2006?

Arno Eccher: Nein, ich weiß nichts darüber.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben vorher gesagt – der Kollege Pilz hat das angeschnitten und dann natürlich nicht weitergefragt –, Sie haben vorher gesagt betreffend dieser Erstellung über das Wochenende – ich habe das mitgeschrieben –, Sie haben das irgendwie anders in Erinnerung.

Wie haben Sie denn das in Erinnerung?

Arno Eccher: Ich habe gesagt, dass ich diese Feststellung bezüglich dem Wochenende den Medien entnommen habe. Mir persönlich ist damals der Zeitraum länger vorgekommen. Ich war überrascht, als ich das gelesen habe, aber ich kann mich hier nicht binden, ich habe das, wie gesagt, den Medien entnommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also aus den Medien, okay. Hat der Peter Westenthaler jemals ein Einkommen über die Orange bezogen? Oder war er nur dort gemeldet, damit die Versicherung abgedeckt ist?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wissen Sie nicht mehr?

Arno Eccher: Nein, ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sage es Ihnen, er war quasi nur für die Versicherung angemeldet.

Ich möchte das noch einmal von Anfang an haben. Das heißt, diesen Auftrag von Westenthaler an Lukasek, da waren Sie nicht dabei, als Westenthaler das beauftragt hat, die Lukasek-Studie? Aber Sie waren dabei, als Westenthaler gesagt hat, die Rechnung ist zu schreiben. Wir haben da ja zwei Vorgänge, oder drei Vorgänge. Wir haben den Vorgang eins, die Geschäftsanbahnung – bezeichnen wir es einmal so – mit den Lotterien.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen, wer da wann was verhandelt hat?

Arno Eccher: Nein, das habe ich nicht. Ich habe aber vorher bereits deponiert, dass der Herr Westenthaler die Aussage getätigt hat, dass ein Auftrag aus dieser Richtung kommt. Das habe ich vorher auch so gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann hat er das ungefähr gesagt?

Arno Eccher: Das wird alles in einem sehr engen Zeitraum gewesen sein; ich kann es Ihnen jetzt nicht genau sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat Herr Westenthaler das irgendwie näher ausgeführt?

Arno Eccher: Nein, mir gegenüber nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ist dann weiter passiert?

Arno Eccher: Ich wiederhole mich gerne.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich will es nur verstehen.

Arno Eccher: Dann habe ich mitbekommen, dass Herr Westenthaler den Herrn Lukasek beauftragt hat, und dann habe ich natürlich auch mitbekommen, wie ich beauftragt wurde, die Faktura zu stellen oder weiterzuleiten an die Buchhaltung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es schreibt der Herr Lukasek – der Herr Pilz ist mit Ihnen schon das Mail durchgegangen –, es seien jedenfalls Herbert Scheibner, Klubobmann, und Günter Barnet, Klubdirektor, informiert gewesen oder hatten Kenntnis davon.

Waren da jemals der Herbert Scheibner oder der Günter Barnet involviert in diesen gesamten Ablauf? Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Arno Eccher: Nein, meines Wissens nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es auch korrekt, dass die Klubfinanzen und die Finanzen der Partei und der „Orange“ immer streng getrennt waren? (**Arno Eccher:** Ja!) Hatten Sie mit den Klubfinanzen auch etwas zu tun?

Arno Eccher: Nein, ich hatte mit den Klubfinanzen gar nichts zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herbert Scheibner war ja damals meines Wissens Klubobmann.

Also Scheibner ist da gar nie vorgekommen, hat sich auch nicht in die Geschäftstätigkeit der „Orange“ irgendwie eingemischt – oder haben Sie da irgendwelche Einmischungen generell vom Herrn Scheibner wahrgenommen? Irgendwann einmal?

Arno Eccher: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist auch wichtig, da Herr Lukasek in diesem Mail das Gegenteil behauptet. Im April 2006, der hier auch als Leistungszeitraum angegeben wird, war der Herr Westenthaler noch bei MAGNA beschäftigt. Irgendwie passt das für mich nicht ganz zusammen.

Können Sie sich diesen Widerspruch erklären: Westenthaler soll das Ganze eingefädelt haben, beauftragt haben, war aber zum Zeitpunkt, der da als Leistungszeitraum angegeben wird, noch gar nicht im BZÖ, sondern noch irgendwo bei MAGNA?

Arno Eccher: Ich weiß nicht, ob und wie Herr Westenthaler sein politisches Comeback vorbereitet hat, ich weiß auch nicht, wann er sich entschieden hat, wieder in die Politik zu gehen und BZÖ-Obmann zu werden. Das kann auch vor dem April 2006 gewesen sein, und vielleicht hat er diesbezüglich auch schon Verhandlungen gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War da Herr Michael Richter in irgendeiner Form involviert, und wenn ja in welcher? (**Arno Eccher:** Nein!) – Herr Richter wird auch genannt vom Herrn Lukasek.

Arno Eccher: Nein, das kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Michael Richter hatte definitiv Kenntnis, schreibt der Herr Lukasek, und der Fischl habe auch definitiv Kenntnis gehabt.

Arno Eccher: Beim Harald Fischl kann es möglich sein, beim Michael Richter kann ich es mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist nur wichtig, dass in dem Mail damit viermal ... – In diesen paar Zeilen, die der Herr Lukasek an die Staatsanwaltschaft schreibt, haben wir bisher fünf Fehler festgestellt, die nicht stimmen laut Ihren Aussagen. Das ist auch spannend, was die Glaubwürdigkeit des Herrn Lukasek anlangt.

Wissen Sie, ob der Herr Lukasek abseits von seiner Beschäftigung für das BZÖ in diesem Zeitraum, in dieser Wahlkampfphase auch anderen beruflichen Tätigkeiten nachgekommen ist? Oder war er in diesem Zeitraum zu 100 Prozent mit dem BZÖ oder mit der „Orange“ oder mit dem BZÖ-Wahlkampf beschäftigt?

Arno Eccher: Ich weiß nicht genau, weil ich seine Bücher nicht kenne, ob Herr Lukasek noch bei jemand anderem beschäftigt war. Mein Eindruck im Zuge der Wahlbewegung war aber doch, dass er fast zu 100 Prozent, aber ich kenne seine Stunden oder Arbeitsaufwände oder Arbeitstage nicht, doch sehr viel für die „Orange“-Werbeagentur tätig war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was hat er denn da genau gemacht den ganzen Tag, der Herr Lukasek, wenn er eigentlich zu fast 100 Prozent da war? Können Sie seine verschiedenen Aufgabenbereiche oder Tätigkeiten ein bisschen eingrenzen,

damit wir ein bisschen zuordnen können, was Herr Lukasek für wen genau gemacht hat?

Arno Eccher: Ich hatte den Eindruck, dass er im engsten Team des Herrn Westenthaler war. Er war auch in dieser Zeit maßgeblich für die Presse mitverantwortlich, auch für verschiedenste Aktionen im Zuge der Wahlbewegung, hat da auch gewisse Initiativen vorbereitet. Das war so mein Eindruck.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Herrn Lukasek bezeichnen: War das eher ein freundschaftliches, oder eher ein kühl distanziertes? Hat Ihnen der Lukasek alles erzählt, was er macht, oder hat er sich eher abgekapselt oder – wie soll ich das formulieren – eher als von außen kommende Person gesehen?

Arno Eccher: Abgekapselt habe ich ihn nicht gesehen, aber es war jetzt auch nicht so, dass wir ein inniges Verhältnis hatten und stundenlang zusammengearbeitet oder diskutiert haben. Das Verhältnis war eigentlich Null.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Schlussfrage: Es ist mir noch immer ein Rätsel, von wem Sie jetzt konkret erfahren haben, dass Westenthaler an Lukasek den Auftrag gegeben haben soll, diese Studie zu verfassen. Woher haben Sie das noch einmal genau? Wir haben vorhin diskutiert, dass Sie bei diesem Gespräch, sofern es stattgefunden hat, nicht dabei waren, also müssen Sie die Info von woanders gekriegt haben. Von wo? Hat Ihnen das jetzt der Herr Lukasek erzählt oder der Westenthaler Ihnen gesagt, ich habe gerade den Lukasek beauftragt, oder wie?

Arno Eccher: Ich wiederhole mich auch in dieser Sache: Ich denke, ich habe das mitbekommen, weil der Herr Lukasek nicht so weit weg von mir gearbeitet hat, dass ich es auf diese Art mitbekommen habe, aber vielleicht auch in der Phase oder in dem Moment, wo der Herr Westenthaler den etwaigen Auftrag gegeben hat. Vielleicht bin ich auch in der Nähe gestanden; ich möchte mich jetzt nicht binden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Frau Vorsitzende, ich würde Sie ersuchen, dass Mitarbeiter der Parlamentsdirektion bei der Staatsanwaltschaft Salzburg nachfragen, ob es bereits eine zeugenschaftliche Aussage des Herrn Siegfried Kobal gibt. Laut des vorliegenden Zwischenberichtes, den ich nochmals zitiere, habe er gegenüber dem Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung eine Besprechung zwischen Arno Eccher und Ing. Peter Westenthaler wahrgenommen, bei der eine Zahlung der Österreichischen Lotterien an das BZÖ das Thema gewesen sei. Das ist für die weitere Behandlung, insbesondere, was die Rolle des Ing. Peter Westenthaler betrifft, von wesentlicher Bedeutung.

Herr Eccher, ich hätte an Sie konkret einige Fragen, nämlich zur finanziellen Situation Ihrer Agentur. Ich beziehe mich nun auf die Angaben, die anlässlich Ihrer ersten Befragung von Ihnen gemacht wurden. Ich zitiere vorerst eine Frage, die der Kollege Amon an Sie gerichtet hat. Kollege Werner Amon fragte Sie: „Können Sie sagen, woher die Gelder für diesen Wahlkampf kamen?“

Ihre Antwort: „Das waren großteils Gelder aus Mandatsabgaben, sprich aus dem Parlamentsklub, dann wurde natürlich auch die Wahlkampfkostenrückerstattung einbudgetiert, und schlussendlich hat das Ganze aber nicht ganz gereicht und wir mussten nach der Wahlbewegung auch einen Kredit aufnehmen.“

Meine konkrete Frage: Wurden mit diesen 300 000 € dieser Kredit teilweise abgezahlt? Die Summe von 300 000 € wurde von den Österreichischen Lotterien am 2.10.2006 überwiesen. Die Rechnung selbst ist am 28. September 2006 bei den Casinos eingelangt. Also wir sind noch einmal bei der Frage, wie diese 300 000 € verwendet wurden.

Frage: Wurde das direkt oder indirekt für die Abdeckung dieses Kredites verwendet?

Arno Eccer: Nein, das war nicht der Fall, da der Kredit deutlich später aufgenommen wurde.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wann wurde dieser Kredit aufgenommen?

Arno Eccer: Ich glaube, im ersten oder vielleicht sogar zu Beginn des zweiten Quartals 2007.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wurden andere Verbindlichkeiten aus dem Wahlkampf damit abgedeckt?

Arno Eccer: Wie ich bereits erwähnt habe, im Zuge einer Wahlbewegung gibt es viel zu tun. Es war natürlich das Personal der „Orange“ fast ausschließlich – ich betone: **fast** – auch für den BZÖ-Wahlkampf tätig. Wenn Sie das wollen, dann können Sie es so verbinden. Aber, wie gesagt, es war die Agentur.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Kam bei diesem Wahlkampf der Rahmenvertrag zwischen dem BZÖ und der Agentur Schmied und „Orange“ zum Tragen?

Arno Eccer: Sehr wahrscheinlich auch, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es dann nicht üblich, dass bestimmte Aufträge, die die Agentur Schmied für das BZÖ übernommen hat – ich betone für das BZÖ im Wahlkampf übernommen hat –, durch Geldmittel der „Agentur Orange“ finanziert wurden und somit auch aus den Beträgen, die die Lotterien bezahlt haben?

Arno Eccer: Sie können jetzt mit diesen 300 000 € umgehen, wie Sie wollen. Vielleicht ist von anderen 150 000 € gekommen. Ich meine, das lässt sich ja bei keiner Firma genau definieren, für was etwas, was eingegangen ist, schlussendlich wieder verwendet wird, wenn das Budget deutlich größer ist. Also sonst erklären Sie mir das!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Nein, ich glaube schon, dass Sie sich nicht mehr daran erinnern können. Es ist lange her. Aber es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Teile dieses Betrages, der von den Lotterien bezahlt worden ist, auch im Wahlkampf des BZÖ Verwendung fanden – insbesondere im Zusammenhang mit der Agentur Schmied, mit dem Rahmenvertrag mit der Agentur Schmied.

Arno Eccer: Also wenn, dann sicher nicht absichtlich. Ich betone nochmals, es war eine Wahlbewegung. Wenn, dann sicher nicht absichtlich. Also das kann man ja nicht detailliert auflisten. Ich kann das wirklich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Können Sie mir vielleicht erklären, wie die Ablagemodealitäten bei der „Agentur Orange“ waren? Ich gehe einmal davon aus, dass alle Rechnungen und auch alle Kontobelege abgelegt wurden. (**Arno Eccer:** Ja, natürlich!) – Wann sind Sie aus der Agentur ausgeschieden?

Arno Eccer: Das war im Juni 2007.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Zu dem Zeitpunkt hat es noch einen kompletten Bestand der Rechnungen aus den Jahren 2006/2007 gegeben?

Arno Eccer: Ich gehe davon aus, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Die „Agentur Orange“ ist liquidiert worden. – Wissen Sie, wo sich derzeit die Belege der Agentur befinden?

Arno Eccer: Nein, das weiß ich nicht. Ich bin, wie gesagt, im Juni 2007 ausgeschieden. Das kann ich beim besten Willen nicht wissen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Können Sie uns vielleicht sagen, ob zum Schluss noch alle Belege vorhanden waren?

Arno Eccher: Ja, ich gehe davon aus, ja, als ich gegangen bin 2007.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kollege Maier, ich vermute, dass diese Geschichte sehr einfach ist. Die Agentur, die zu 100 Prozent im Parteieigentum ist, wird liquidiert. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder ist kein Geld mehr da, dann, nachdem ausgesagt worden ist, dass es eigentlich nur Aufträge BZÖ im Großen und Ganzen gegeben hat, hat das BZÖ von den laufenden Aufträgen profitiert – oder bei der Liquidierung ist etwas übriggeblieben, dann ist es dem Eigentümer zugefallen, und das ist wieder das BZÖ.

So oder so: Das BZÖ hat es gekriegt, und zwar bis auf den letzten Euro und letzten Cent, deswegen macht ja die Liquidierung auch wirtschaftlich Sinn, denn damit macht man einen Schlussstrich, und die Partei hat alles durch die Liquidierung im Zeitablauf kassiert – finito, so einfach ist das. Und das ist auch nicht zu widerlegen, weil es gar nicht anders geht.

Zweitens, Herr Eccher, diese Rechnung 18a vom 24. Juli 2006 an die Österreichischen Lotterien GmbH über 300 000 €, da steht – ich zitiere –:

Sehr geehrte Damen und Herren, für Beratungen im Bereich des Responsible Gaming, April bis Juli 2006, verrechnen wir brutto 300 000 €. – Zitatende.

Jetzt möchte ich Sie einmal eines fragen: Was waren die Beratungsleistungen für die Lotterien im April 2006?

Arno Eccher: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das müssen Sie den Herrn Westenthaler fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde Ihnen dann zeigen, dass das längst geklärt ist: nix. – Wir kommen dann zu dem Punkt.

Was war es im Mai? Sie haben ja eine Rechnung darüber gelegt. Man darf als ordentlicher Kaufmann nur eine Rechnung legen über tatsächlich **erbrachte** Leistungen.

Oder stellen Sie auch Rechnungen aus über Leistungen, die möglicherweise gar nicht erbracht worden sind?

Arno Eccher: Ich denke nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eben. Also: Im Mai 2006, welche Beratungsleistungen hat das BZÖ für die Österreichischen Lotterien erbracht?

Arno Eccher: Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie es damals gewusst?

Arno Eccher: Ich kann mich nicht entsinnen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber Sie haben gerade gesagt, Sie sind ein ordentlicher Kaufmann und haben sich überzeugt ... (*Arno Eccher: Ich sage ...!*) – Nein, jetzt bin ich dran! (*Arno Eccher: Ja, dann reden Sie weiter!*) Sie haben gerade gesagt, Sie sind ein ordentlicher Kaufmann (*Arno Eccher: Ich hoffe, ja!*) und haben sich davon überzeugt, dass die Leistungen erbracht worden sind. Jetzt haben wir den April: wissen Sie nicht. Jetzt haben wir den Mai: wissen Sie nicht.

Probieren wir einmal etwas anderes: den Juni 2006. Welche Leistungen sind im Rahmen dieser Rechnung für die Lotterien im Juni 2006 erbracht worden?

Arno Eccher: Da würde ich vorschlagen, dass Sie den Auftraggeber und denjenigen, der den Auftrag lukriert hat, fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist eine exzellente Idee, deswegen werde ich am Ende Ihrer Befragung den Antrag stellen, den **Abgeordneten Westenthaler** als **Auskunftsperson** am 11. Juli in diesen Ausschuss zu laden, weil Sie uns jetzt wirklich davon überzeugt haben, dass wir ihn brauchen. Der kann uns Sachen sagen, Sie haben vollkommen recht, die Sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wissen.

Wissen Sie, was der Herr Stickler sagt in seiner Befragung? (**Arno Eccher: Nein!**) Ich lese es Ihnen gerne vor, einfach der Vollständigkeit halber.

Arno Eccher: Ich kenne den Herrn Stickler ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie kennen ihn oder nicht?

Arno Eccher: Ich kenne ihn nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, okay. Das tut aber nichts zur Sache. (**Arno Eccher: Ich sage es nur!**) Am 23. Februar 2012 sagt Friedrich Stickler in seiner Zeugenvernehmung – ich lese Ihnen das vor –:

Ich bin bei dieser Rechnung von einer Beratungsleistung ausgegangen. Wann ich diese Studie zum ersten Mal gesehen habe, weiß ich nicht mehr, und diese Studie ist auch meiner Meinung nach keine 300 000 € wert. Ich weiß es bis heute nicht, ob es eine Beratung durch die Orange Werbeagentur gab, also das Ganze ein Gesamtpaket war. Wenn es diese Beratungen nicht gegeben hat, kann man natürlich aus heutiger Sicht und dem nunmehrigen Wissen schwer argumentieren, dass die Freigabe der Rechnung gedeckt gewesen wäre. – Zitatende.

Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Der Herr Stickler erfährt das, schaut nach im eigenen Unternehmen, und bis auf dieses Papierl, dieses neunseitige Papier stellt er nichts fest, findet keine Beratungsleistungen, aber in der Rechnung werden **Beratungsleistungen** abgerechnet, vom April 2006 weg.

Der entscheidende Punkt, den sagt der Herr Stickler, und da richte ich in dem Zusammenhang dann gleich eine Frage an Sie. Er sagt:

Wenn es diese Beratungen nicht gegeben hat, kann man natürlich aus heutiger Sicht und dem nunmehrigen Wissen schwer argumentieren, dass die Freigabe der Rechnung gedeckt gewesen wäre. – Zitatende.

Das ist jetzt natürlich auch ein Vorwurf an die eigenen Organe. Das geht jetzt gar nicht gegen Sie, das geht ja auch an die eigenen Organe. Nur gibt es ja zwei Möglichkeiten, die wir uns auch anschauen müssen: ob das zwischen Organen der Lotterien und rechnungsbefugten oder auftragsbefugten Organen des BZÖ so vereinbart war, also eine gemeinsame Schädigungsabsicht gegenüber den Lotterien bestanden hat, oder ob es jemandem aus dem BZÖ, was ich für sehr unwahrscheinlich halte, gelungen ist, die Lotterien als Auftraggeber zu täuschen.

Das halte ich für **sehr** unwahrscheinlich. Denn auch die Casino AG hat eine eigene Abteilung für Responsible Gaming gehabt. Die haben ja gewusst, worum es da geht.

Deswegen frage ich Sie in diesem Zusammenhang, nur zur Sicherheit: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen von Beratungsleistungen seitens des BZÖ oder seitens der „Orange“-Werbeagentur, die über dieses neunseitige sogenannte Gutachten in Zusammenhang mit dieser Zahlung von 300 000 € hinausgehen?

Arno Eccher: Wahrnehmung habe ich keine, aber es kann – wie ich vorher deponiert habe – sein. Ich weiß es nicht. Ich sage es noch einmal: Da müssen Sie den fragen, der den Auftrag lukriert hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt frage ich Sie noch einmal, nur damit wir es im Protokoll haben: Wer ist denn das?

Arno Eccher: Das war aus meiner Sicht Herr Ing. Peter Westenthaler.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wir landen immer wieder bei Westenthaler und ich glaube, Sie haben uns jetzt wirklich überzeugt. Ich glaube, den anderen Fraktionen muss es jetzt schon genauso gehen. Der Westenthaler muss her!, denn wie kommen Sie dazu, dass Sie Fragen beantworten sollen, die eigentlich nur der Ing. Westenthaler beantworten kann? Sie haben vollkommen recht. Ich bin jetzt wirklich Ihrer Meinung. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sind ja auch von den Behörden als Zeuge einvernommen worden, nicht wahr? (**Arno Eccher:** Ja!) – Ich darf da nur Folgendes feststellen:

In einem Zwischenbericht – Zitat: vom 6. Juli 2011 – der Staatsanwaltschaft – Zitat: Aufgrund der bisherigen Ermittlungen – also in dieser Causa – dürfte sich der Verdacht der Untreue nicht erhärten. – Zitatende.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nachdem der Herr Kollege Pilz ja etwas vom Herrn Stickler zitiert hat, darf ich auch noch etwas zitieren und Ihnen eine Frage stellen. Aus der Einvernahme von Herrn Dr. Leo Wallner. (**Eccher:** Den ich nicht persönlich kenne!) – Das wäre auch nicht meine Frage gewesen. (**Eccher:** Ich sage es ja bloß!) – Dr. Leo Wallner sagt nämlich:

Ich ließ mir die Analyse/Vergleich –

also dieses Neun-Seiten-„Konvolut“ –

vorlegen, die von der Orange Gruppe erstellt wurde. Es wurde sowohl eine mündliche, als auch eine schriftliche Beratungsleistung durch die „Orange Gruppe“ durchgeführt. Wer beraten wurde, kann ich heute auch nicht mehr angeben. Für mich war es irrelevant, wer den Auftrag gegeben hat. Ich hatte zu beurteilen, ob das unseren Gegebenheiten entspricht. – Zitatende.

Leo Wallner spricht also auch von mündlichen Beratungsleistungen, die es gegeben hat. Sie wissen davon nichts? (**Arno Eccher:** Nein!)

Heute hat allerdings eine Auskunftsperson den Verdacht geäußert, dass diese Leistung, sprich Zahlung, der Casinos Austria beziehungsweise Lotterien quasi als Notfeuerwehr dafür gegeben wurde, das BZÖ – entgegen einer ursprünglichen Einigung hinsichtlich Änderung des Glücksspielgesetzes, Aufweichung, Monopol et cetera – von seinem Kurs abzubringen.

Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Arno Eccher: Nein, habe ich keine. Wirklich keine. Ich deponiere das. Ich kenne auch dieses Gesetz nicht. Ich war für diesen Bereich auch nicht zuständig.

Ich sage noch einmal: Ich komme aus dem Bereich der **Organisation**. Da empfehle ich auch, jene zu fragen, die da eventuell mehr wissen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine Frage war nur – weil Sie oft räumlich so nahe waren –, ob Sie etwas gehört haben könnten. (**Arno Eccher:** Nein!) – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson ***Arno Eccher*** für ihre Auskünfte und ihr Erscheinen und verabschiedet diese.

21.14

21.15

Obfrau Dr. Gabriela Moser lässt die **Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer** zur Fortsetzung der – am Vormittag unterbrochenen – Befragung in den Saal bitten und erklärt, dass die Befragung nach der ersten Fragerunde unterbrochen worden war. Da die erste Fragerunde von Abgeordneten Amon begonnen worden war, schlägt Sie vor, die zweite Fragerunde in der Reihenfolge ÖVP, FPÖ, BZÖ, SPÖ und Grüne durchzuführen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) erklärt sich mit dieser Vorgangsweise einverstanden und fügt hinzu, dass seine Fraktion ohnedies keine Fragen mehr an die Auskunftsperson hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) erklärt sich ebenfalls mit dieser Vorgangsweise verstanden, fügt jedoch hinzu, dass er einen Ladungsantrag eingebracht hat und äußert den Wunsch, dass dieser nun geschäftsordnungsmäßig behandelt wird.

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet zum **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung über.

21.16

(Fortsetzung: 21.16 Uhr bis 21.19 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

21.19

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 21.19 – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über.

21.19

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer

(zu Beweisthema 6)

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Rosenkranz das Wort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe vorerst keine Fragen. Es gibt dann noch die Möglichkeit der Zusatzfragerunde.

Es war auch so, dass wir das an sich abgeschlossen hätten. Nur hat der Herr Kollege Pilz bei der Fraktionsführerbesprechung gemeint, was er am Tapet hätte, das würde noch zwei Stunden dauern, und daher würde ich ihn gerne bitten, mit den zwei Stunden zu beginnen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Fischer, eingangs noch einmal danke, dass Sie Zeit gefunden haben, um diese sehr späte Uhrzeit noch zu kommen. Es ist immerhin 21.19 Uhr!

Von meiner Seite aus können wir das relativ schnell durchziehen. Ich habe nur ein paar kurze Fragen.

Meine erste Frage schließt an das an, was wir heute Vormittag diskutiert haben:

Sie haben gesagt, im April 2006 haben Sie mit Peter Westenthaler ein Gespräch geführt beziehungsweise Sie hätten im April 2006 Wahrnehmungen im Hinblick auf die Person Peter Westenthaler und es hätte Gespräche gegeben, die in diesem Zusammenhang zum Glücksspielgesetz stattgefunden haben.

Wissen Sie, in welcher Funktion Herr Westenthaler damals aufgetreten ist?

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zwei Sachen vielleicht, Herr Petzner: Ich glaube, es war nicht im April, sondern im Frühjahr 2006, also vor dem Thema, vor dem Status des Initiativantrages. Soweit ich mich erinnern kann – und vielleicht täuscht mich das, weil ich mir auch nicht immer über alle Funktionen im Klaren bin –, war Herr Westenthaler damals, glaube ich, Klubobmann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Westenthaler war damals weder Klubobmann noch Nationalratsmandatar, noch beim BZÖ. Der Herr Westenthaler war damals in der Privatwirtschaft tätig, bei der Firma MAGNA. Westenthaler hat da mit dem BZÖ überhaupt nichts zu tun gehabt und ist erst im Frühsommer beziehungsweise Sommer des Jahres 2006 als Spitzenkandidat zum BZÖ gestoßen und ist erst im Herbst des Jahres 2006 für das BZÖ in den Nationalrat eingezogen. Insofern kann Ihre Wahrnehmung nicht stimmen, weil Peter Westenthaler zum Zeitpunkt des Gespräches im Frühjahr 2006 keinerlei politische Funktion und keinerlei Mandat hatte.

Daher habe ich Sie gefragt, in welcher Funktion Sie da mit Herrn Westenthaler gesprochen haben wollen. Er hat nämlich gar keine im BZÖ gehabt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aus meiner Wahrnehmung heraus haben wir mit ihm gesprochen. Mehr kann ich dazu auch nicht sagen. Das ist schon ewig lange her.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann helfen Sie uns einfach, denn dann fragen wir andere dazu. Wer hat denn jetzt genau mit ihm gesprochen? Wer war das genau? Haben Sie persönlich mit ihm geredet, oder war das jemand anderer?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe **einmal** mit ihm persönlich gesprochen. Ich habe auch einmal mit Herrn Scheibner gesprochen, aber ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, wann das war, zu welchem Zeitpunkt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Fischer, ich möchte das auch ganz kurz machen. Es gibt eine Einvernahme von Ihnen, ein Protokoll, in dem Sie zur Beschuldigtenvernehmung des Peter Hochegger befragt worden sind.

Hochegger gab Folgendes an:

„Befragt zur Rechnung der MPA Handelsgesellschaft vom 28.7.2008 bezüglich der Weiterverrechnung eines Fluges ‚Wien-Dundee-Wien‘ vom 16.-19.10.2008 über €21.800 gebe ich an:

Dieses Honorar wurde auf Wunsch der Telekom Austria bezahlt und keinem konkreten Projekt zuzuordnen. Diese Rechnung ist für mich nur ein Durchläufer. Es wurde einem der Projekte mit der Telekom Austria zugeordnet und von mir gegenüber der Telekom Austria geltend gemacht. An das konkrete Projekt kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß im Moment nicht, wer mich diesbezüglich von der Telekom Austria kontaktiert hat. Es müsste noch eine weitere Rechnung von A. Mensdorff-Pouilly oder einer seiner Firmen an die Valora geben, weil er unterstützend bei einem größeren Projekt in Niederösterreich mitgewirkt hat.“

Meine Frage: Haben Sie Mensdorff-Pouilly in irgendeiner Form beschäftigt oder beauftragt, im Glücksspielbereich für die Telekom tätig zu werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nicht, dass es mir erinnerlich ist.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Schließen Sie das aus?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es ist mir nicht erinnerlich und ich schließe es für mich schon aus. Ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Eine zweite Frage: Was mich etwas irritiert hat, das sind die Abrechnungen beziehungsweise das Zustandekommen der Werkverträge mit Hochegger. Es war immer so: Hochegger hat ein Angebot gestellt und dann wurden einige Werkverträge abgeschlossen.

So gibt es den Werkvertrag Nr. 420.0316.292 vom November 2006 über 139 320 € für Lobbying, PR-Begleitung Aon-Entertainment; Liefertermin: 31. August 2006; Leistungszeitraum: Jänner bis August 2006.

Können Sie uns erklären, warum dieser Werkvertrag erst im November abgeschlossen wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht erklären, aber der Aon-Entertainment-Vertrag beinhaltet die Aktivitäten des Herrn Hochegger und seines Teams in Zusammenhang mit dem Programm der Initiative Zusammenarbeit Novomatic-Telekom Austria.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es nicht üblich, dass man einen Werkvertrag vor **Beginn** einer Leistungserbringung abschließt – und nicht zu einem Zeitpunkt, zu dem die Leistung bereits **erbracht** ist?

Ich wiederhole: Leistungszeitraum – so in der Rechnung –: Jänner bis August 2006. Und der Werkvertrag dafür wurde im **November 2006** erstellt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da fragen Sie mich zu viel. Ich habe den Werkvertrag nicht erstellt. Ich bin nicht der Buchhalter der Telekom Austria; so leid es mir tut.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer ist dann für diesen Werkvertrag zuständig?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Normalerweise machen das der Einkauf und die Finanzabteilung.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass auch beim Werkvertrag Nr. 420.0329.901 vom Februar 2007 über 206 520 € eine ähnliche Situation auftritt: Liefertermin ist der **31. Juli 2007**; Leistungserbringung: **Oktober 2006 bis Juli 2007**.

Das heißt, während der **laufenden** Leistungserbringung wurde der Werkvertrag errichtet und von der Telekom unterfertigt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Steht dieses Thema jetzt in Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ja. Es geht um Lobbying, PR-Begleitung Aon-Entertainment.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es geht schlichtweg um die Frage, weshalb Werkverträge **rückwirkend** abgeschlossen werden und natürlich darum, welche Leistung dabei erbracht wurde. Das sind Fragen, die werden wir auch Herrn Hochegger stellen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es nicht sagen. Ich weiß es nicht. (Abg. Mag. Maier: Danke!)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann gleich alle beruhigen, das werden keine zwei Stunden. Das wird wesentlich schneller gehen. Ich möchte einfach nur diese Befragung dort fortsetzen, wo ich am Vormittag aufgehört habe.

Wir hatten das erste Gespräch bei Finanzminister Grasser. Sie haben – wenn ich das richtig in Erinnerung habe – gesagt, bei diesem Gespräch waren mit Sicherheit der Novomatic-Generaldirektor Wohlfahrt und Sie dabei.

Sind Ihnen noch sonstige Personen, Teilnehmer an der Sitzung erinnerlich?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann nur sagen, ich weiß nicht mehr, ob damals bei dem Erstgespräch Herr Hochegger oder Herr Meischberger zugegen waren. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sonst niemand?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Sonst, glaube ich, beim Erstgespräch nicht. Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kann es sein, dass Herr **Winkler** aus dem Kabinett des Finanzministers dabei war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, bei dem ersten Gespräch eher nicht. Ich kann es nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo hat dieses Gespräch stattgefunden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Beim Minister im Büro.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wer hat dazu eingeladen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, es gab eine Anfrage, ob ein Termin zu dem Thema zustande käme.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine Anfrage von wem?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, die war von Meischberger oder von Hochegger, ganz normal im Rahmen des Projektes.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine Anfrage bei Grasser?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Eine Anfrage an das Sekretariat von Grasser, mit dem Thema. Es gab dann einen Termin. Wie lange das im Vorlauf war, kann ich, ehrlich gesagt, nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und da – das haben Sie ja schon hier ausgesagt – ist es bereits konkret um ein gesetzgeberisches Vorhaben gegangen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, es ist zuerst einmal um die Darstellung des Projektes gegangen, um die Zusammenarbeit mit der Novomatic, mit dem Wunsch da ein Projekt aufzusetzen.

Natürlich kam zur Sprache, dass – sollte die Umsetzung eines derartigen Projektes versucht werden – eine gesetzliche Änderung stattfinden muss. Das war uns schon damals bewusst. Es ist nicht so, dass wir blauäugig in das Thema hineingegangen sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es sagt Herr Wohlfahrt von Novomatic:

Der BMF –

also Bundesminister für Finanzen, Mag. Grasser –

schien bei der damaligen Vorsprache von der sachlichen Richtigkeit der vorgetragenen Argumentation überzeugt zu sein.

Deckt sich das mit Ihren Wahrnehmungen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, eigentlich schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist Ihnen aber eigentlich gelungen – nachdem Meischberger oder wer auch immer diesen Termin autorisiert und ausgemacht hat –, den Finanzminister bei einem Treffen in seinem Büro zu überzeugen.

Was hat der Minister darauf gesagt? Hat er eine Verwendungszusage abgegeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Überhaupt nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Sondern?*) – Es ging darum, dass bei der Darstellung des Projektes ... – Man muss dazusagen, aus der damaligen Sicht war ja schon abzusehen, dass der Wunsch auch innerhalb der EU vorhanden ist, das Glücksspielmonopol in den einzelnen Ländern, wo es noch ein Monopol gibt, da entsprechend zu verändern. Das schwebte ja schon im Raum. Es war ja nicht so, dass das völlig aus der Luft gegriffen war. Dadurch war es natürlich auch dem Bundesminister Grasser ein – ich würde nicht sagen hundertprozentiges, aber trotzdem – Anliegen, etwas zu tun. Er hat jedenfalls gesagt: Ja, ich habe Verständnis dafür! Es war dem Bundesminister wichtig – deswegen kam es ja dann auch zum Folgetermin –, dass wir nachweisen können, dass es Mehreinnahmen für den Bund gibt, dass die Auswirkungen auf die Casinos Austria aus unserer Sicht einmal abgeschätzt werden sollen, wie die Marktanteile sich entwickeln, wie die Nachfrage sich entwickelt, ob das Unternehmen in Österreich sesshaft bleibt und und und.

Also da gab es ein paar Kriterien, und die haben wir dann in den laufenden Monaten entsprechend aufgearbeitet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe, es ist um **zwei** strategische Ziele gegangen. Erst das kleinere, eine Änderung des Glücksspielgesetzes, um Internet-Wetten zu ermöglichen, und ein großes, das

Aufbrechen des staatlichen Glücksspielmonopols. (*Mag. Fischer: Richtig! Ja!*) – Und das war klar bei dieser Sitzung? (*Mag. Fischer: Im Wesentlichen schon! Ja!*) – Von beiden konnte der Finanzminister überzeugt werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich würde einmal so sagen: Der Minister hat positiv dem Thema zugehört, hat seine Gedanken dazu geäußert, die wir dann auch weiter bearbeitet haben. Aber das war es dann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur eine kurze Vorfrage: Wie sind Sie eigentlich zur Novomatic gekommen? Ich kenne die Novomatic schon lange aus der notwendigen Distanz. Und meinem Eindruck nach – und da bin ich nicht der Einzige – ist es nicht gerade ein besonders gut beleumundetes Unternehmen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist jetzt vielleicht eine subjektive Meinung. (*Abg. Dr. Pilz: Ja, das ist auch eine subjektive Meinung!*) – Meine subjektive Meinung war etwas anders. Ich habe die Novomatic kennen gelernt eigentlich zu Zeiten, wo der „Gio“ Hahn noch Geschäftsführer oder Vorstand bei der Novomatic war. Also dieses Unternehmen ist nicht unbekannt für mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das mit dem Hahn ist ja für mich kein positiv überzeugendes Argument, aber das ist ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Sie haben mich nur gefragt, seit wann ich das Unternehmen kenne, und ich habe gesagt, seit dem Zeitpunkt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber den Hahn lassen wir jetzt einmal, das gehört nicht zum Beweisthema.

Wie geht es dann weiter? Sie haben in Ihrer Einvernahme ausgesagt, da sind dann Arbeitsgruppen eingesetzt worden? (*Mag. Fischer: Ja, richtig!*) – Können Sie das ein bissel genauer beschreiben? Welche Arbeitsgruppen, und wer war in diesen Arbeitsgruppen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, ich habe das am Vormittag erwähnt, es war von Herrn Hochegger der Herr Krenn, es war von uns der Herr Krenn involviert, es war auch laufend Meischberger in die Themen involviert.

Wer sonst im Detail mitgearbeitet hat, kann ich nicht sagen, weil ich in die Arbeitsgruppen selbst nicht eingebunden war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch einmal zur vorigen Geschichte, damit ich es einfach nicht vergesse.

In der Aussage von Wohlfahrt lesen wir, Meischberger wäre an Novomatic herangetreten und hätte die Idee, wie sie für eine Gesetzesänderung eine bestmögliche strategische Positionierung durchführen können, dargelegt. Meischberger sei es letztendlich gewesen, der den Kontakt zu Telekom über Hochegger hergestellt hatte.

Sie verstehen, dass das für uns durchaus von Bedeutung sein kann: eben die Rolle dieser Personen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das habe ich ja heute Vormittag schon bestätigt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das stimmt so? (*Mag. Fischer: Ja!*) – Okay. Ich wollte nur noch ganz sicher sein.

Was war die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe, an der **Krenn**, **Meischberger** und **Hochegger** teilgenommen haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, es ist schon relativ umfangreich, ein derartiges Projekt aufzuarbeiten. Da geht es um Geschäftspläne, da geht es um eine Kooperation mit einem anderen österreichischen Unternehmen. Wir hätten ja dann – hätte dieses Thema auch tatsächlich geendet in einem Initiativantrag und und und – entsprechende Mittel in die Hand nehmen müssen. Es war der Vorstand der Telekom Austria informiert. Es gibt Geschäftspläne, es gibt Businesspläne, da gibt es auch jede Menge Dokumentation.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Mich überzeugt das zwar nicht ganz und die Vorstellung fällt mir ein bissel schwer, dass der Herr Meischberger einen Businessplan erstellt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Den hat auch nicht der Herr Meischberger erstellt, sondern den haben die Mitarbeiter von uns erstellt in Zusammenarbeit mit dem Herrn Krenn.

Bleiben wir bei den Tatsachen. Der Herr Meischberger hat seine Ideen eingebracht, wie im Grunde genommen ein derartiges Projekt aufgesetzt werden könnte, wo die Themenschwerpunkte liegen sollten, auch das Argumentarium im Zusammenhang damit, wie verkaufen wir es auch der Politik. Das ist ja nicht von der Hand zu weisen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist gegangen – ich werde Sie auch noch zum Zeitpunkt fragen – um die Erarbeitung eines **Textes** für einen **Abänderungsantrag** zum Glücksspielgesetz?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das haben Sie mich heute Vormittag auch schon gefragt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber wer hat das erarbeitet?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das weiß ich nicht. Ich habe es nicht erarbeitet. Ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen, denn ich war nicht involviert in die Gestaltung dieses Initiativantrages.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer könnte uns jetzt sagen, welche Auskunftspersonen könnten uns sagen, wer den Abänderungsantrag ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Anzahl der Personen, die mit diesem Projekt beschäftigt waren, ist relativ überschaubar, nur ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also sagen wir einmal, die bereits von Ihnen zum Teil genannten Personen, okay.

Und dann sagen Sie – das wollte ich nur ein bissel genauer –, Sie haben dann auch Gespräche mit Vertretern der Parlamentsklubs der Regierungsparteien geführt.

Fangen wir einmal an mit dem BZÖ: Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie gesagt, mit dem Abgeordneten Scheibner und dem Abgeordneten Westenthaler haben Sie diese Gespräche geführt? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*)

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wie ich jetzt gehört habe, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, da hat der Kollege Rosenkranz recht, dann können wir ihn eh laden. Dann haben wir überhaupt kein Problem. Wenn das wirklich so ist, wie es der Herr Eccher gesagt hat, dass Lukasek eigentlich nur scheinbeschäftigt war bei der „Orange“-Werbeagentur, damit er Sozialversicherung hat, und ein Arbeitsverhältnis in der „Orange“-Werbeagentur vorgetäuscht worden ist gegenüber der Sozialversicherung, dann kann das ja keine Hinderung einer Ladung in einen Untersuchungsausschuss sein.

Sagen Sie: Hat es bei den Gesprächen mit Scheibner und Westenthaler bereits einen Abänderungsantrag zum Glücksspielgesetz gegeben, einen Text?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da ist es noch um das politische Vorhaben gegangen? (*Mag. Fischer: Genau!*) – Waren die schon überzeugt, dass das gescheit ist, das zu machen – oder mussten Sie sie noch überzeugen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, wir haben das Projekt generell einmal vorgestellt, mit allen Argumentarien, die aufbereitet wurden. Und soweit ich mich jetzt noch erinnern kann, gab es sozusagen positive Nasenlöcher.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie ungefähr, wann diese Gespräche stattgefunden haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die müssten irgendwann alle im Zeitablauf erstes Halbjahr 2006 passiert sein. Aber wann, zu welchem Zeitpunkt, kann ich jetzt nicht mehr zuordnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sicherlich vor Anfang Juli 2006. (*Mag. Fischer: Absolut, ja!*) – War Herr Stummvoll, Ihr Gesprächspartner im Klub der Österreichischen Volkspartei, Ihr einziger Gesprächspartner im ÖVP-Parlamentsklub?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Stummvoll war damals der Vorsitzende im Finanzausschuss, und damit natürlich auch eine wesentliche Figur bei dem Thema. Ich habe persönlich mit dem Herrn Stummvoll damals gesprochen als einzige Person, soweit ich mich erinnern kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, der Herr Abgeordnete Stummvoll war im Detail über dieses Vorhaben rechtzeitig informiert? (*Mag. Fischer: Ja!*) – Hat er Ihnen gesagt: Ja, das ist gescheit, so machen wir das!?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Abgeordneter Stummvoll hat sich natürlich auch nicht sofort von einer Minute auf die andere breitschlagen lassen, sondern er hat sich auch die ganze Liste der Argumentarien angehört. Ich weiß nicht, er hat dann wahrscheinlich auch interne Gespräche geführt; mit wem, weiß ich nicht. Er hat uns dann nur das Signal zukommen lassen, ja, er wird einen Antrag unterstützen, wie es auch passiert ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann war klar, dass Herr Abgeordneter Stummvoll als Vorsitzender des Finanzausschusses diesen Abänderungsantrag unterstützt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vielleicht ein paar Wochen vorher.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also relativ zeitnah an der Sitzung des Finanzausschusses? (*Mag. Fischer: Sicher!*) – Ein paar Wochen, okay.

Und beim BZÖ war das zeitmäßig ähnlich?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das müsste ähnlich gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das haben Sie ohnehin schon geschildert, das geht auch aus Ihren Einvernahmen sehr klar hervor. Sie waren sich offensichtlich sicher und wahrscheinlich die Firma Novomatic auch und offensichtlich der Finanzminister auch, dass das dann in der Sitzung des Finanzausschusses so über die Bühne geht.

In einem Einvernahme-Protokoll sehe ich – ich habe das nicht ganz verstanden –:

Es war ein Pech, dass das der letzte Punkt auf der Tagesordnung war.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: So hatten wir es übermittelt bekommen, dass der Initiativantrag angeblich der letzte Punkt auf der Tagesordnung war. Ob es wahr ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf der Tagesordnung des Finanzausschusses meinen Sie?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, es war sogar im Parlament. Uns wurde gesagt, es war eigentlich schon im Parlament zur Beschlussfassung des Initiativantrages – das war meine Wahrnehmung zu dem Thema –, wurde dann aber verschoben, weil es andere Themen gegeben hat, die länger gedauert haben, und wäre am nächsten Tag dann auf die Tagesordnung wieder gekommen. Und dort ist es dann verschwunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich vermute, dass das eher den Finanzausschuss betrifft und nicht das Plenum des Nationalrates, denn diese Änderung, dass es dann unter der gleichen Zahl, ich glaube, 844/A, einen minimalen, nicht mehr bemerkenswerten Abänderungsantrag der Abgeordneten Stummvoll und Neudeck gegeben hat, das ist im Finanzausschuss passiert.

Sagen Sie noch einmal – damit wir das genauer haben –: Wann haben Sie dann erfahren, dass das BZÖ die Seiten gewechselt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Was immer das jetzt für eine Sitzung war, einen Tag danach.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Einen Tag danach, als es schon passiert war? (**Mag. Fischer:** Ja!) – Und wer hat Sie darüber informiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: An das kann ich mich heute wirklich nicht mehr erinnern. Das weiß ich nicht mehr. Aber es war sicher jemand aus der Projektgruppe. Vielleicht war es auch der Herr Meischberger. Ich weiß es aber nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nur noch eine einzige Frage. Es gibt eine APA-Zusammenfassung Ihrer Befragung von heute Vormittag, und da steht ein Satz drin, den ich nicht ganz verstehe:

Bis zum Antrag auf die Tagesordnung im Parlament sei die angestrebte Novelle bei allen Klubs für gut befunden worden. – Zitatende.

Stimmt das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich weiß, bei den Klubs, wo ich gesprochen habe, ja. Aber es wurde ja auch mit anderen Klubs die gleiche Thematik diskutiert, und ich habe immer ein positives Feedback bekommen. Aber ich habe mit keinen anderen Klubs gesprochen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lese Ihnen nur kurz etwas vor, weil ich kann mich ja selbst gut erinnern, und ich habe ja dann selbst später auch die Anzeige gegen alle Beteiligten erstattet.

In der 160. Sitzung des Nationalrates am 13. Juli 2006 beschreibt unser Finanzsprecher, der Abgeordnete Kogler, was da alles los war, wie das Parlament voll war mit Lobbyisten, wie sie sich gedrängt haben, und dann sagt Kogler – ich zitiere –:

„Das sind also die wesentlichen Argumente. Und am Schluss habe ich ja den Verdacht – aber das werden wir auch noch herauskriegen –, dass hier noch ganz schnell etwas über die Bühne gebracht werden sollte, was schlicht und ergreifend die Einflusssphären von bestimmten Unternehmen betrifft und von bestimmten Managern dort und von bestimmten Leuten, die dort noch Manager werden sollen – und die

möglicherweise, wie schon so vieles in diesem Land, aus dem Kabinett des Finanzministers kommen.“ – Zitatende.

Mit dieser Begründung haben wir das selbstverständlich – das war aber bei Novomatic und Telekom vorher schon bekannt – **abgelehnt**.

Deswegen ist es mir sehr wichtig festzuhalten: Zu keinem Zeitpunkt hat es dafür eine Zustimmung auch nur eines einzigen grünen Abgeordneten gegeben! Das lässt sich anhand der Stenographischen Protokolle des Nationalrates festmachen.

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen – mir ist das wirklich wichtig – einer Zustimmung auch nur eines einzigen grünen Abgeordneten zu diesem Vorhaben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich persönlich habe keine Wahrnehmungen dazu. Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann kann das also so, wie es in der APA steht, auch nicht aufgrund ausschließlich Ihrer Aussage stimmen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe das auch so nie gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Das habe ich auch so in Erinnerung.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe mit zwei Klubs gesprochen, das ist richtig. Ich weiß, dass andere Partner mit anderen Klubs gesprochen haben. Ich kann aber nicht sagen, mit wem sie gesprochen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer, ich will das gar nicht dramatisieren. So etwas kann bei einer langen Parlamentssitzung passieren. Das ist auch viel verlangt, da jedes Wort exakt mitzuschreiben und keinen einzigen Fehler zu machen. Nur: Die Berichtigung dieses Fehlers war mir wichtig. Ich habe das mit Ihnen geklärt, das ist jetzt auch in diesem Stenographischen Protokoll festgehalten. Die Sache ist erledigt.

Ich habe keine weiteren Fragen. – Danke schön.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nachdem ich auf die erste Runde verzichtet habe – in Spannung auf die zwei Stunden –, habe ich gedacht, Kollege Pilz wird alles fragen. Das war aber jetzt doch nicht der Fall.

Nun zum zeitlichen Horizont: Am **22. Mai 2006** war Ing. Westenthaler **designierter** Spitzenkandidat und **designierter** Bundesobmann des BZÖ. Laut Internet-Recherche ist das in der APA so ... (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Wie auch immer, ein Detail am Rande. Das kann das BZÖ ja in der Parteigeschichte irgendwann einmal klären. Vielleicht einmal ein dünnes Buch wieder. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Jedenfalls ist auffällig gewesen bei verschiedenen Bereichen, auch beim Blaulichtfunk, dass sich manche Personen, die im Bereich des Ministeriums sind – Kabinett, Mitarbeiter, Beamte –, nachher dann bei privatwirtschaftlichen Unternehmungen finden. Sie haben gesagt, es war für Sie wichtig, dass auch nichts hinausdringt an die Casinos, weil das war doch eine Konkurrenzsituation Novomatic – Casinos Austria AG.

Es gibt da eine Zeugeneinvernehmung des Herrn Erlacher, ein karenzierter Beamter des BMF, damals im Finanzministerium tätig, und der sagt – ich zitiere –:

Rund um den Finanzausschuss betreffend dieses Gesetz – ich kann jetzt nicht mehr sagen, ob das ein paar Tage vor oder nach dem Finanzausschuss war – wurde ich zu Generalsekretär Dr. Peter Quantschnigg gerufen, und der hat mir den Entwurf einen Abänderungsantrages übergeben, von dem er mir gesagt hat, dass er diesen aus dem Parlament hat. Dieser sei für die Zweite Lesung im Plenum des Nationalrates

vorgesehen. Wesentlicher Inhalt war die Schaffung einer weiteren Konzession gemäß § 12a Glücksspielgesetz. Er hat mich gefragt, was ich davon halte, und ich habe ihm einmal erklärt, was elektronische Lotterien und so weiter sind. Er war auch sehr überrascht, dass es sich dabei nicht nur um Ausspielung im Internet handelt ... –

und so weiter. –

Er hat mich nach den Auswirkungen gefragt, die das hätte, und ich habe ihm vorgeschlagen, nachdem dies ein wesentliches Abgehen vom System des Glücksspielmonopols in Österreich, nämlich Alleinkonzession Lotteriebereich und so weiter wäre, nämlich die Casinos Austria AG und die österreichische Lotterien GmbH um eine Stellungnahme zu ersuchen. Dies hat er mir strikt untersagt und gemeint, dies sei eine Angelegenheit des Parlaments. – Zitatende.

Soweit der Beamte, der gesagt hat, man muss die Casinos jetzt einmal einbinden und Stellungnahmen einholen.

Ich habe zu Beginn gesagt, dass der Herr Erlacher karenzierter Beamter des BMF ist. Derzeit ist er so „hinkarenziert“, dass er Angestellter der **Casinos Austria** ist.

Haben Sie das gewusst? (*Mag. Fischer: Nein!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der **Auskunftsperson Ing. Mag. Fischer** für deren heutiges zweimaliges Erscheinen, verabschiedet diese – und erklärt, mit einem speziellen Dank an die Parlamentsdirektion sowie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Parlamentsklubs, die 40. Sitzung des Untersuchungsausschusses für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 21.47 Uhr